

DIALOG GLOBAL



10. Bundeskonferenz
der Kommunen und Initiativen

Globalisierung
gestaltet Kommunen -
Kommunen gestalten
Globalisierung

Impressum:

Herausgeber:

InWEnt gGmbH –

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn

Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-160

info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 16

Projektleitung: Ulrich Nitschke

Textbearbeitung: Heike Wülfing

Transkription: Tipp GmbH Bonn

Redaktion: Michael Marwede, Jörg Waber, Heike Wülfing

Fotos: Christoph Buckstegen, Rees

Titelgestaltung: dreimalig, Köln

Layoutgestaltung: BNW Werbeagentur, Kaarst

Druck: Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

100% Recyclingpapier

ISSN 1610-9163

Bonn, Oktober 2007

7.01-0001-2007

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe Dialog Global wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen
Herausforderungen für
Partnerschaft und Integration

Hamburg 2006

Inhalt

Impressum	1
I. Vorwort	9
II. Begrüßungen	
Dr. Michael Freytag, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg: <i>Begrüßung</i>	11
Bernd Schleich, Geschäftsführer der InWEnt gGmbH: <i>Begrüßung</i>	14
III. Vorträge	
Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: <i>Kommunen als Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit</i>	19
Dr. Heinrich Hoffschulte, Erster Vizepräsident des deutschen RGRE, Oberkreisdirektor a.D.: <i>Rechtliche und politische Grundlagen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der Föderalismusdebatte und der EU-Debatte über den Stellenwert der Kommunen</i>	26
Father Smangaliso Mkhathshwa, Erster Präsident des Weltverbands der Kommunen (UCLG): <i>Shaping globalisation with local authorities: Challenges to partnership and integration, The contribution of cities to the millennium development goals</i>	35
Michael Marwede, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH: <i>Deutsche Kommunen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit: Ergebnisse der Umfrage 2006</i>	40
Prof. Dr. Franz Nuscheler, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden: <i>Migration, Armut und die Auswirkungen der internationalen Migration auf deutschen Kommunen</i>	44
Botschafter Friedrich Däuble, Beauftragter für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung des Auswärtigen Amtes: <i>Friedenserhalt als Voraussetzung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit</i>	53
Peter Knip, Geschäftsführer der Vereinigung niederländischer Gemeinden (VNG) – International: <i>Shaping Globalisation with local authorities: challenges to partnership and integration</i>	59
Jakob von Uexküll, Stifter des alternativen Nobelpreises/Right Livelihood Award: <i>Einfluss des globalen Wandels auf unsere Werte</i>	65
Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D./Mitglied der UN-Kommission für internationale Migration: <i>Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration?</i>	73
IV. Diskussionen	
Podiumsdiskussion 1: Globale Partnerschaft – lokale Partnerschaft	
Dr. Bernd Bornhorst, Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.	84
Thomas Fettback, Oberbürgermeister der Stadt Biberach	
Prof. Dr. Frauke Kraas, Geografisches Institut der Universität Köln	
Katrin Lichtenberg, United Nations Office of Project Services (UNOPS)	
Ulrich Schmid, Leiter Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)	
Podiumsdiskussion 2: Interesse und Verantwortung: Internationale Partnerschaft auf Augenhöhe	96
Dr. Günter Bonnet, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	
Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international e.V.	
Dr. Götz Nagel, InWEnt gGmbH	
Dr. Claudia Warning, VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen	
Frieder Wolf, Amt für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln	

V. Entwicklung und Diskussion der Erklärung der 10 Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen	
Die Foren	
Forum 1: <i>Integration, Interkulturalität und Entwicklungszusammenarbeit verbinden</i>	106
Forum 2: <i>Zusammenarbeit Kommune-Zivilgesellschaft und Kommune-Kommune</i>	108
Forum 3: <i>Kommunale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit: Wie finanzieren?</i>	109
Forum 4: <i>Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und Agenda 21 in Kommunen</i>	111
Dr. Rolf Derenbach, Deutscher Landkreistag und Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH: <i>Die Abstimmung der Erklärung</i>	112
VI. Schlusswort	
Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH: <i>Schlusswort</i>	114
VII. Rahmenprogramm	
Dr. Frank Claus, iku GmbH: <i>Einführung in das Programm und Vorstellung der Methodischen Bausteine</i>	115
Michael Marwede, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH und Dr. Frank Claus, iku GmbH: <i>Tagesresümees</i>	116
MobiTED: <i>Meinungsbilder der Teilnehmenden</i>	118
Kulturelles Programm	
• <i>Senatsempfang im Hamburger Rathaus</i>	126
• <i>HafenCity: Besuch des Kesselhauses</i>	127
• <i>Alternative Hafenrundfahrt</i>	128
<i>Abendessen im Restaurant Altes Rathaus und Theatervorführung vom Pantheater Hamburg e.V.</i>	
VIII. Vorbereitung	130
IX. Evaluation	131
X. Anhang	
Programm	133
Teilnehmerliste	138
Publikationen	144
Über uns	146

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen war die zweite Bundeskonferenz, die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH und Mitträgerinnen und Mitträgern durchgeführt wurde. Nach zwei Veranstaltungen dieser Art stellt sich noch keine Routine ein. Angesichts der Bedeutung der Bundeskonferenzen und ihrer 18jährigen Tradition waren wir auch dieses Mal im Vorfeld der Konferenz sehr gespannt. Es geht ja bei den Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen um einige sehr wichtige Fragen: Welche Verbindungen existieren zwischen den Themen internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung und denen der deutschen Kommunalentwicklung und wie können Kommunen und Initiativen diese in ihrem Handeln berücksichtigen und nutzen? Wie können in den Debatten um internationale Zusammenarbeit und Entwicklung auch die kommunalen Akteure stärker einbezogen und berücksichtigt werden und wie sind die Handlungsoptionen und Problemlösungskompetenzen der Kommunen durch Engagement im internationalen Kontext zu erweitern?

Konkret ging es bei der 10. Bundeskonferenz um die Themenschwerpunkte kommunale Partnerschaften und Integration. Die Bundeskonferenz trug damit den Entwicklungen der letzten beiden Jahre Rechnung, etwa der Partnerschaftsinitiative Fluthilfe der Bundesregierung sowie der wachsenden Migration an den Rändern Europas und der vermehrt diskutierten Integrationsprobleme in deutschen Schulen und Städten.

Die Themenschwerpunkte haben insgesamt fast 200 interessierte Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer in die altehrwürdige Patriotische Gesellschaft im Zentrum Hamburgs gelockt. Das lag auch an den hochrangigen Entscheidungsträgern und Experten, die wir für die Konferenz gewinnen konnten und deren Vorträge in dieser Dokumentation gesammelt vorliegen. Ferner finden Sie hier die komplette Mitschrift der zwei Podiumsdiskussionen und die Thesen, die in den Arbeitsforen von den Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt und diskutiert wurden. Last but not least ist hier auch die Abschlusserklärung der 10. Bundeskonferenz dokumentiert, von der wir hoffen, dass sie entsprechend Verbreitung findet.

Mein besonderer Dank gilt dem Projektteam für die konzeptionelle Vorbereitung der Bundeskonferenz; das Team bestand aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, Eine Welt-Netzwerke, VENRO und verschiedenen Bundesländern sowie einigen mit den Konferenzen seit langem vertrauten Persönlichkeiten.

Ferner möchte ich – und das kann ich wohl im Namen aller tun, die an der Konferenz teilgenommen haben – der Freien und Hansestadt Hamburg, der Senatskanzlei und dem Veranstaltungsservice in der Patriotischen Gesellschaft, Hamburg, sehr für die großartige Gastfreundschaft und Hilfe danken. Kommunales Engagement für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung wird von uns künftig noch stärker als bisher mit dem Namen der Stadt Hamburg verbunden werden. Den Hamburger Fairmaster Kaffee und auch die fair gehandelten Fußbälle, die uns allen die Stadt großzügig geschenkt hat, werden uns diese Konferenz noch lange angenehm in Erinnerung halten.

Ich wünsche Ihnen viele Anregungen beim Lesen!

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/
InWEnt gGmbH

II. Begrüßung

Dr. Michael Freytag, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg:

Begrüßung

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul, sehr geehrter Herr Schleich, sehr geehrter Herr Mkhathswa, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg begrüße ich Sie – Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und entwicklungspolitischen Initiativen – zur 10. Bundeskonferenz in Hamburg. Ich überbringe Ihnen insbesondere die Grüße des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust, der wegen einer Bundesratssitzung heute in Berlin sein muss. Ich freue mich, dass der Veranstalter InWEnt unsere schöne Metropole am Wasser als Konferenzort gewählt hat.

Wir befinden uns hier, in dieser Straße, nur wenige Schritte von der mittelalterlichen Keimzelle des Hamburger Hafens entfernt – dem Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und der weltweiten Verbindungen Hamburgs. Und ein paar hundert Meter, hinter der denkmalgeschützten Speicherstadt aus dem 19. Jahrhundert, beginnt Hamburgs städtebauliche Zukunft am Wasser – die Hafencity, eines der größten Bauprojekte Europas. Sie werden morgen, zur Halbzeit der Konferenz, Gelegenheit haben, sich von der Land- und von der Wasserseite aus ein Bild zu machen von der historischen Architektur am Hafenrand und der des 21. Jahrhunderts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung – diese Wechselwirkung, aber auch Spannung markiert das Thema Ihrer Konferenz. Städte und Gemeinden sind vielfachen Einflüssen der globalen Entwicklungen ausgesetzt, aber sie sind nicht nur deren Objekte. Natürlich beeinflussen die großen Städte als Lebensraum eines immer größeren Teils der Menschheit, als Zentren der technischen Innovation und als Schaltstellen der Wirtschaft faktisch die globalen Entwicklungen mit. Aber das ist oft eher eine Verunstaltung der Welt, wenn wir an die sozialen und ökologischen Folgen denken. Es kommt aber auf eine bewusste und weit blickende Gestaltung an, auf ein Handeln an unzähligen Orten weltweit, um den Globalisierungsprozess in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu lenken.



Kommunale Politik und Verwaltung allein stoßen hier bald an ihre Grenzen. Um alle lokalen Potenziale zu erschließen, bedarf es der Zusammenarbeit mit der Bürgergesellschaft und mit innovativen Unternehmen. Nicht zuletzt brauchen Städte und Gemeinden Unterstützung durch übergeordnete Ebenen, also Länder, Bund und EU. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist in diesem Sinne sicher privilegiert, nicht wegen ihrer Größe, sondern wegen ihres Status als Stadtstaat, der ihr mehr Gestaltungsspielraum bietet, als den Städten in Flächenländern. Dennoch meine ich, dass drei Erkenntnisse, die wir für Hamburg nutzen, im Grundsatz auch für andere Städte, Gemeinden oder Gemeindeverbände gültig sind:

1. Die lokale mit der globalen Perspektive verbinden

Natürlich muss jede Kommune ihre eigenen lokalen Hausaufgaben erledigen, um zukunftsfähig zu bleiben. Gleichzeitig dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, welche Auswirkungen unser Handeln zu Hause im globalen Zusammenhang hat. Das betrifft alle Pro-

duzenten und Konsumenten – ob es nun um Energieverbrauch oder den Kauf von Tropenholz geht. Seit 2002 findet in dieser Stadt jährlich eine Hamburger Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt. Ihre Leitfrage lautet: Was können wir in Hamburg und von Hamburg aus für die nachhaltige Entwicklung tun? Experten und Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung, Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren neben klassischen Umwelt- und Nord-Süd-Entwicklungsthemen auch z.B. Fragen der demografischen Entwicklung, der nachhaltigen Finanzpolitik oder der Korruptionsbekämpfung. Beim lokalen Themenschwerpunkt werden immer auch internationale Aspekte mitbedacht und umgekehrt. Zudem bilden sich aus den Konferenzen heraus immer wieder thematische Arbeitsgruppen mit Vertretern von Bereichen, die sonst wenig Berührung miteinander haben.

2. Kommunale Sachkompetenz in die EZ einbringen

Städte und Gemeinden sind meist nicht in der Lage, finanziell große Beiträge zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Sie verfügen aber über großes Know-how im Bereich der kommunalen Infrastruktur, des Bauwesens, der Ver- und Entsorgung, von Feuerwehr und Krankenhäusern. Dies sind Fachgebiete, für die in den wachsenden Großstädten und Mega-Cities des Südens ein großer Bedarf an technischer und organisatorischer Beratung besteht. Hier können die deutschen Städte – auch in Zusammenarbeit mit dem Bund und mit der Wirtschaft – ihre besondere kommunale Sachkompetenz einbringen. Ich möchte Ihnen drei Beispiele aus der internationalen Zusammenarbeit Hamburgs nennen:

- Vor zwei Wochen wurde in unserer Partnerstadt Shanghai die Ecobuild 2006 eröffnet. Bei dieser von Hamburg mit unseren Partnern in China konzipierten ökologischen Bauausstellung geht es um Planung und Realisierung von energieeffizienten Gebäuden, die sich durch einen besonders geringen Wärme- und Heizungsbedarf auszeichnen.
- Die ersten Gebäude, die dort schon im Rahmen dieser Ausstellung errichtet worden sind, haben 75 Prozent weniger Energieverbrauch als bisher dort ortsüblich. Das heißt, man kann die konkreten Ergebnisse solcher

Projekte sofort ablesen und unsere Partner davon überzeugen, dass sich die Projekte positiv im Lebensalltag abbilden.

- In einer weiteren Partnerstadt, León in Nicaragua, unterstützt Hamburg die Realisierung einer integrierten Abfallwirtschaft. Das beginnt mit der Sicherstellung einer geregelten Müllabfuhr auch in den Außenbezirken der Stadt. Vielen Menschen ist die Beseitigung der Gesundheit gefährdenden Abfälle vor ihrer Hütte wichtiger als der Bau eines festen Wohnhauses.
- Seit letztem Jahr unterhält Hamburg auch intensivere Beziehungen mit einer afrikanischen Metropole, nämlich Dar es Salaam. Hier ist u.a. die Hamburger Feuerwehr Vorreiter der Kooperation, liefert den Kollegen in Tansania gebrauchte Geräte für Lösch- und Bergungseinsätze und schult sie in deren Gebrauch. An dieser Stelle möchte ich nicht versäumen, in unserer Mitte Frau Rosemary Nyerere zu begrüßen. Sie ist vom Bürgermeister von Dar es Salaam zur Koordinatorin der Zusammenarbeit beider Städte bestellt worden und hat sich in den letzten beiden Wochen in Hamburg einen Überblick über die möglichen Felder der Kooperation verschafft.



Mit Interesse habe ich erfahren, dass InWEnt ein deutsch-südafrikanisches Qualifizierungs- und Beratungsprojekt zwischen den FIFA-WM-Städten von 2006 und 2010 organisieren will. Auch Hamburg kann mit seinen praktischen Erfahrungen als Austragungsort von WM-Spielen in diesem Jahr wertvolles Expertenwissen beitragen.

3. Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern

Kaum einer wird heute noch widersprechen, dass Bildung die Menschen zur verantwortlichen Teilhabe an einer nachhaltigen Entwicklung befähigen und sensibilisieren soll. Dafür stehen Begriffe wie umweltverträglicher Konsum, globales Lernen und interkulturelles Verständnis. Der Bildungsraum ist das Lebensumfeld jedes einzelnen – also seine und ihre Stadt oder Gemeinde. Hier erreichen ihn die Bildungsangebote, hier können sich öffentliche und nichtstaatliche Bildungsträger engagieren und vernetzen. Hamburg hat vor eineinhalb Jahren einen Aktionsplan zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014 vorgelegt. Mit seinem Maßnahmenkatalog enthält er viele gute Beispiele, wie sich Politik, Verbände und Bürger für Bildung zur Nachhaltigkeit einsetzen. Diese Aktivitäten spannen sich von den Kindertagesstätten über Schul- und Berufsbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Gerade vor wenigen Wochen wurde Hamburg vom Nationalkomitee für die UN-Dekade als einer der ersten deutschen Städte die Auszeichnung Stadt der Weltdekade zuerkannt. Darüber freuen wir uns sehr und beglückwünschen auch die zugleich mit Hamburg ausgezeichneten Städte Heidelberg und Neumarkt in der Oberpfalz. Globales Lernen – um diesen Aspekt herauszugreifen – bedeutet nicht nur, aus Büchern und Filmen etwas über Weltwirtschaft und Lebensbedingungen in anderen Erdteilen zu erfahren. In unserer lokalen Umgebung finden wir Zuwanderer aus vielen Ländern, die aus eigener Kenntnis und Erfahrung vermitteln können, was Globalisierung und ungleiche Entwicklung für ihre Heimat und ihre Lebensperspektiven bedeuten.

Es ist meines Erachtens ein wichtiger Ansatz für die kommunale Arbeit, Integration, Interkulturalität, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit in Zusammenhang zu bringen. Auch Migrantinnen und Migranten sind übrigens Adressaten der Bildung für nachhaltige Entwicklung, wobei sicher kulturelle Unterschiede etwa in der Umweltpädagogik zu bedenken sind.

Meine Damen und Herren! Heute Abend werden Sie Gäste des Hamburger Senats im Rathaus sein, wozu ich Sie herzlich einlade. Historisch gesehen, befinden wir uns auch hier schon in einem Rathaus: Der ältere Teil dieses Gebäudes wurde nach dem großen Hamburger Brand von 1842 errichtet und beherbergte mehrere Jahrzehnte lang Senat und Bürgerschaft. Danach hat die Patriotische Gesellschaft von 1765 dieses Haus übernommen, eine der ältesten noch bestehenden nichtstaatlichen und nichtkirchlichen Vereinigungen dieser Stadt. In der Epoche der Aufklärung wurde sie als Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe gegründet und hat sich seitdem auf vielen Gebieten der uneigennütigen Beförderung des Gemeinwesens gewidmet. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen greift die Patriotische Gesellschaft auf, seit einiger Zeit z.B. mit einem Arbeitskreis interkulturelles Leben. Ihm geht es darum, die Kommunikationsfähigkeit zwischen allen in Hamburg lebenden Gruppen unterschiedlicher nationaler und religiöser Zugehörigkeit zu unterstützen. Auch dies ist ein lokaler Beitrag, konstruktiv den Auswirkungen der Globalisierung zu begegnen.

Meine Damen und Herren, ich danke allen, die diese auch für Hamburg wichtige Bundeskonferenz ermöglicht haben, für ihr großes Engagement. Ich wünsche Ihnen für die nächsten Tage viele anregende Vorträge und Diskussionen, die Ihnen bei Ihrer Arbeit in den Kommunen und Initiativen von Nutzen sind. Nutzen wir unsere Möglichkeiten, an der Gestaltung der Globalisierung aktiv mitzuwirken! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bernd Schleich, Geschäftsführer InWEnt gGmbH:

Begrüßung

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul, sehr geehrter Herr Senator Dr. Freytag, sehr geehrter Father Mkhathswa, lieber Gunter Hilliges, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, Sie zur 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Hamburg zu begrüßen. Der Titel unserer diesjährigen Konferenz lautet Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung: Herausforderungen für Partnerschaft und Integration. Die Bundeskonferenz greift damit ein für uns alle relevantes Spannungsfeld auf und knüpft hiermit an eine lange Tradition an: Seit nunmehr 18 Jahren spiegelt sie zentrale Themen und Trends der Kommunalentwicklung in Deutschland wider. Ende der 80er Jahre gab die Bundeskonferenz dem neu gegründeten Nord-Süd-Forum ein Podium, um über Ideen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. Zu Beginn der 90er Jahre übernahm die Bundeskonferenz den Gedanken der Rio-Konferenz und förderte das kommunale Engagement im Sinne der Lokalen Agenda 21. 2001 unterstützte die Bundeskonferenz erfolgreich den Beitritt Deutschlands zum Nord-Süd-Zentrum des Europarates. Im selben Jahr richtete die Bundesregierung die Servicestelle zur Beratung der Kommunen in Fragen der Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie kennen diese heute unter dem Namen Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Auch dies war ein zentrales Ziel der Bundeskonferenz und ich bin Ihnen, verehrte Frau Bundesministerin, sehr dankbar, dass sie die Gründung der Servicestelle damals nicht nur unterstützt, sondern aktiv mit befördert und betrieben haben. Damit wird deutlich, dass die Bundeskonferenz nicht nur Spiegel, sondern immer auch Motor der Internationalisierung der Kommunalpolitik war und ist. Eine Entwicklung, die wir als InWEnt unterstützen möchten.

Meine Damen und Herren, es ist trivial zu sagen Globalisierung ist ein unaufhaltsamer Prozess. Wichtiger ist es darauf hinzuweisen und uns auch individuell immer wieder daran zu erinnern, dass Globalisierung gestaltet werden kann und muss, dass sie als Gestaltungsaufgabe eine fortwährende Herausforderung ist. Globalisierung ist ein



Prozess auf den wir einwirken können, wenn wir den Herausforderungen gemeinsam begegnen und nach Lösungen suchen, die nicht immer nur die Einen bevorteilen und die Anderen immer weiter ins Abseits rutschen lassen. Zentrale Herausforderung und Themen die sich in diesem Kontext stellen sind unter anderem der ständig zunehmende Standortwettbewerb der Wirtschaft aber auch um Wissen. Es sind die Urbanisierungstrends, Senator Freytag hat darauf aufmerksam gemacht. Es ist die Migration und die damit verbundenen zunehmenden, wachsenden Integrationsanforderungen. Ein zentrales Phänomen möchte hierbei herausgreifen, mit dem sich auch die diesjährige Bundeskonferenz beschäftigen wird: Migration. Migration wird von vielen als negativer Trend gesehen. Dabei spielt und spielte Migration schon immer eine zentrale Bedeutung in der Entwicklung und Veränderung unserer Gesellschaft. Migration wird jedoch zunehmend als Bedrohung des traditionellen Wohlfahrtsstaates gesehen. Immer neue Bilder über Menschen, die auf lebensgefährliche Weise versuchen, nach Europa zu gelangen, erreichen uns tagtäglich. Die Politik vieler europäischer Staaten reagiert mit Abschottung und restriktiven Regelungen. Bilder der Menschen, die aus Deutschland oder Europa auswandern bzw. hierher aus beruflichen Gründen einwandern, sieht man dagegen selten. Wichtig ist – nach meiner Ansicht –, einen konstruktiven Umgang mit Migration zu finden, um die Chancen von Migration zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren. Daher möchte ich dafür appellieren, Migrantengruppen in Deutschland positiv einzubinden.

Vor wenigen Wochen hatte ich die Gelegenheit, mit verschiedenen Vertretern von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik aus Afrika im Rahmen des 11. Internationalen Wirtschaftsforums die Rolle der Diaspora zu diskutieren. Ein Resultat unserer Diskussionen war, dass es ein großes Potenzial für eine gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Gruppen gibt. Die Diasporagruppen leisten heute in manchen Ländern schon mehr finanzielle Hilfe als die Entwicklungszusammenarbeit. Diasporazahlungen sind so neben der Entwicklungszusammenarbeit und den Direktinvestitionen zu einer wichtigen Devisenquelle vieler Entwicklungsländer geworden. Gleichzeitig schlagen Diasporagemeinschaften Brücken. Brücken zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie übermitteln nicht nur Geld, sondern auch Wissen, Kontakte und neue Perspektiven. Diese Verbindungen gilt es zu nutzen. Dies ist unter anderem ein wichtiges, zukünftiges Arbeitsfeld von InWEnt, auch über die Arbeit der Servicestelle hinaus. Wir wollen diese neue Form der Kooperation mit Diaspora fördern, unter anderem mit unserer Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Kommunen. Die Initiativen des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das auf diesem Gebiet neue und voraus blickende Ansätze entwickelt, bieten für diese gemeinsame Arbeit eine hervorragende Plattform.

In diesem Rahmen, meine Damen und Herren, können Kommunen noch aktiver werden, in dem sie ihre Erfahrung untereinander und mit denen der Diasporagemeinschaften bündeln, austauschen, gemeinsame Initiativen starten um Entwicklungsprojekte und andere Aktivitäten auf kommunaler Ebene voran zu treiben. Zahlreiche Ansätze im Rahmen von bi- oder auch trilateralen Städtepartnerschaften gibt es bereits. Diese Ansätze sollten wir systematisieren und ausbauen. InWEnt und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stehen Ihnen hierfür als Partner zur Seite. Denn auch Kommunen können nur sehr begrenzt Probleme allein bewältigen. Der Ansatz des global Denken, lokal handeln greift oftmals zu kurz. Global denken, vernetzt handeln muss das Motto lauten.

Vernetzt handeln, um:

- Erfahrungen auszutauschen,
- Wissen zu teilen,
- Partnerschaften aufzubauen,
- Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung zusammenzubringen und damit
- Ressourcen Ziel gerichtet und effektiv einzusetzen.

Die Kommunen, Initiativen, die Nichtregierungsorganisationen haben hierbei wichtige Schritte in der Vergangenheit gemacht. Ich bin davon überzeugt, dass diese Bundeskonferenz ein neuer, ein erneuter Impuls für diese Arbeit sein wird. Ein prominentes Beispiel sind die beeindruckenden Initiativen in Folge der Tsunami Katastrophe im Dezember 2004 in Südost Asien. Aus unzähligen Hilfsangeboten konnten zahlreiche Partnerschaften zwischen deutschen und südostasiatischen Kommunen über die Servicestelle Partnerschaftsinitiative ins Leben gerufen werden. Dank der Unterstützung und der Finanzierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konnte diese Partnerschaftsinitiative binnen kürzester Zeit aufgebaut werden. Uli Nitschke und die Kollegen werden sich erinnern, dass wir an einem 5. Januar nachmittags um eins zusammen saßen und wir abends um 5 Uhr eine erste Telefonzentrale aufgebaut hatten, wo die Anrufe der Bevölkerung eingingen, die ihr Engagement effektiv zum Einsatz bringen wollten. Die Partnerschaftsinitiative steht seit dem als Vermittlerin und Beraterin den Kommunen zur Seite und diese Arbeit wird auch zukünftig, wenn die Partnerschaftsinitiative zu Ende geht, über die Servicestelle Kommunen in der einen Welt weiter geführt werden. Ein Beispiel dieser Zusammenarbeit möchte ich gerne herausgreifen: Unter dem Motto Aachen hilft unterstützt die Stadt Aachen zusammen mit dem Hilfswerk Misereor Projekte im indischen Bundesstaat Tamil Nadu in den Bereichen

- Hilfe für traumatisierte Kinder,
- Unterricht und Berufsberatung sowie
- Gesundheitsarbeit.

In diesem Rahmen will die Stadt Aachen langfristig einen Beitrag zum Wiederaufbau dieser vom Tsunami besonders betroffenen Region leisten. 900.000 Menschen verloren hier durch den Tsunami ihre Lebensgrundlage. Die Stadt unterstützt daher Projekte zur psychosozialen Betreuung verwaister Kinder, zum Auf und Ausbau der schulischen Betreuung und zur Errichtung von Gesundheitszentren und der Ausbildung von Gesundheitshelfern in den betroffenen Dörfern und Gemeinden.

InWEnt und insbesondere die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützen die Kommunen seit vier Jahren dabei, lokale Antworten auf globale Herausforderungen zu finden. Die Servicestelle schafft Handlungsmöglichkeiten. Sie erarbeitet Konzepte. Sie eröffnet Zugänge zu wichtigen Partnern und sie vernetzt Akteure national wie international. Eine wichtige Förderin der Servicestelle ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Daneben unterstützen sie zahlreiche Bundesländer sowie Spitzenverbände der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen. Damit ist die Servicestelle selbst in ein breites institutionelles Netzwerk eingebunden und kann zusammen mit den anderen Arbeitseinheiten und Teams von InWEnt den internationalen Erfahrungsaustausch fördern. Dabei spielen auch die über 80 Vereinigungen ehemaligen Stipendiaten eine wichtige Rolle, es sind Menschen, die mit Unterstützung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Deutschland eine berufliche Weiterbildung gemacht haben und die sich in Vereinigungen ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten in über 60 Ländern zusammengeschlossen haben. Sie spielen eine zunehmend wichtige Rolle, weil viele dieser Kolleginnen und Kollegen heute einflussreiche Positionen, Funktionen in Kommunen oder auch Kommunalenverbänden und Organisationen innehaben und mitwirken. InWEnt kann mittels seiner Standorte in allen Bundesländern optimal auf die regionalen und lokalen Bedürfnisse der Kommunen eingehen.

InWEnt als die deutsche Organisation für internationale Personal und Organisationsentwicklung bietet ein breites Spektrum an Wissen und Methoden, um Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Zudem führt InWEnt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammen-



arbeit und Entwicklung die Entwicklungsbezogene Informations- und Bildungsmaßnahmen in Deutschland durch. InWEnt und ihre Vorgängerorganisationen blicken hierbei bereits auf eine langjährige Tradition zurück. Kommunen, ihre Spitzenverbände sowie kommunale Dienstleister in Deutschland waren und sind wichtige Partner und Berater in der Durchführung von internationalen Programmen der InWEnt in Aufgabengebieten wie dem Management städtischer Infrastruktur, dem städtischen industriellen Umweltschutz, der Verwaltungsreform und Dezentralisierung, um nur einige Beispiele zu erwähnen. Aber auch in der anderen Richtung gibt es einen wichtigen Erfahrungsaustausch.

Nennen möchte ich hierzu beispielhaft das Thema kommunale Bürgerhaushalte. Ein Modell, das erstmals im brasilianischen Porto Alegre eingeführt, und inzwischen auch in einigen deutsche Kommunen in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen angewendet wird. Es bindet Bürger aktiv in die Gestaltung ihres kommunalen Umfeldes ein und schafft in Zeiten dünner Finanzpolster Verständnis, Transparenz und Engagement.

InWEnt, als Durchführungsorganisation des BMZ, und ihre Servicestelle Kommunen in der einen Welt bieten damit eine solide Basis für die Partnerschaft mit den Kommunen. Eine Partnerschaft, in der wir die lokalen Problemlösungskompetenzen der Kommunen mit unseren Erfahrungen und Wissen auch in Zukunft weiterhin erfolgreich verknüpfen und austauschen möchten.

Meine Damen und Herren, die 10. Bundeskonferenz ist eine wichtige Plattform, um für diese Anregungen, Initiativen, gemeinsame Ansätze zu entwickeln und auszubauen. Sie bietet mit ihrer Tagesordnung ein außerordentlich breites Spektrum von Fachvorträgen und Diskussionsforen an. Am Ende der Veranstaltung soll eine Verständigung über gemeinsame Handlungsempfehlungen stattfinden, aus denen dann konkrete Konsequenzen und Initiativen abgeleitet werden können. Ich bin der Überzeugung, dass Globalisierung zwar ein unaufhaltsamer, aber kein unabänderlicher Prozess ist. Gemeinsam mit den Kommunen kann die Entwicklungszusammenarbeit auf Globalisierung einwirken. Gemeinsam sind wir starke Partner für nachhaltige Entwicklung.

Mein Dank gilt bereits jetzt unserem Gastgeber der Freien und Hansestadt Hamburg und unseren Partnern in der Senatskanzlei Hamburg, insbesondere Herrn Grätz, der sehr aktiv bei der Vorbereitung der Konferenz mitgewirkt hat. Auch Frau Anette Riegel von der patriotischen Gesellschaft danke ich herzlich, dass sie alles für uns so trefflich vorbereitet haben. Meine Damen und Herren, ich wünsche der 10. Bundeskonferenz für Kommunen und Initiativen einen guten Verlauf.

III. Vorträge

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Kommunen als Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass ich jetzt bei Ihnen sein kann und bitte Sie, meine späte Ankunft zu entschuldigen. Die Haushaltssitzungswoche des Deutschen Bundestages forderte und fordert auch weiterhin meine Anwesenheit in Berlin, deshalb werde ich leider nicht die ganze Zeit bei Ihnen bleiben können.

Dieser Umstand birgt aber auch eine gute Botschaft in sich: Am vorangegangenen Abend haben wir den Haushalt unseres Ministeriums für das Jahr 2007 abgestimmt, der rund 320 Millionen Euro zusätzlich gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 ausmacht. Ich hoffe, Sie freuen sich mit mir über diese positive Nachricht. Zudem werden wir die schwierige Aufgabe der Umsetzung des Stufenplans zur Steigerung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt angehen. Wir befinden uns jetzt bei 0,36% des BIP. Bis zum Jahr 2010 wollen wir die 0,51% und schließlich die 0,7% in 2015 erreichen. Die Umsetzung dessen wird ein riesiger Kraftakt sein. Ich bin deshalb froh, dass ich mich hier bei Ihnen in Hamburg in so guter Gesellschaft befinde, denn ich weiß, dass wir das gleiche Interesse haben und dieselben Bemühungen unternehmen.

Die aktuelle Diskussion über die Gefahr der Klimaveränderung ist ein Beleg für unsere gemeinsamen Anliegen. Wir sind die, die auf den verschiedensten Ebenen die Frage der nachhaltigen Investitionen wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken müssen. Das ist nicht immer angenehm, weil aktuelle Fragen zuweilen anderes überstrahlen, aber umso wichtiger ist ein kontinuierliches Engagement. Ich freue mich, dass ich hier die Gelegenheit habe, mich für ihr Engagement und ihre Arbeit ausdrücklich zu bedanken.

Das Thema dieser Bundeskonferenz, Globalisierung gestaltet Kommunen, Kommunen gestalten Globalisierung betrifft auch und gerade die Zusammenhänge zwischen lokalen und globalen Entwicklungsprozessen. Der Titel spiegelt Ihren Willen und Ihre Bereitschaft zur aktiven Teilnahme bei der Lösung internationaler Probleme.



Wir haben heute, seit der Festlegung auf die Millenniumsentwicklungsziele, acht gemeinsame Regeln für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Leider gibt es Menschen, die diese nicht kennen. Doch: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir müssen immer wieder auf die Millennium Development Goals hinweisen, die den Fahrplan zur Bekämpfung der weltweiten Armut vorgeben und der Maßstab unserer entwicklungspolitischen Arbeit sind.

Evelyn Herfkens, die UN-Sonderbeauftragte für die Millenniumskampagne, weist darauf hin, dass die Millenniumsentwicklungsziele erreichbar sind. Sie sagt: Wir sind die erste Generation, die die Armut beseitigen kann und wir weigern uns, diese Chance zu verpassen. Genau darum geht es und deshalb ist die Gestaltung der Globalisierung die zentrale Herausforderung. Die darin liegenden Chancen für die große Bevölkerungsmehrheit und für die, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, müssen genutzt werden. Die Frage nach den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung hat auch unser eigenes Land erreicht, umso mehr können wir uns vorstellen, dass dies für Regionen und Kontinente, wie etwa Afrika, gilt, die in diesem Prozess der bisher ungesteuerten Globalisierung an den Rand gedrängt sind. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir entweder dazu beitragen, diese Lücke der Gerechtigkeit schrittweise zu schließen oder in einer Zukunft zu leben, die von mehr Gewalt, mehr Auseinandersetzungen und mehr Fremdheit geprägt sein wird. Das setzt das Wissen voraus, dass wir auch im eigenen Land für Gerechtigkeit sorgen müssen. Hier sind die Akteure aller Ebenen gefordert. Wir haben uns

vorgenommen, Globalisierung wirtschaftlich, sozial, ökologisch und auch politisch gestalten zu helfen.

Im Jahr der EU- und G 8-Ratspräsidentschaft der deutschen Bundesregierung werden wir mit einem Entwicklungspartnerschaftsabkommen der europäischen Union gegenüber den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten zu tun haben. Es wird um die Frage gehen, wie wir den Handel tatsächlich entwicklungsförderlich gestalten können. Ich greife exemplarisch den Bereich der Entschuldung heraus. Nick Stern, der frühere Chefökonom der Weltbank, hat mit seinem Bericht die zu Recht aufrüttelnde Position zur Frage des Klimawandels auf den Tisch gelegt. Er sagt, dass heute rechtzeitige Investitionen in den Klimawandel kostengünstiger sind als die Beseitigung der sonst zu erwartenden volkswirtschaftlichen Schäden, die bis zu 20% Verluste beim Bruttoinlandsprodukt ausmachen werden. Gleichzeitig, so Stern, birgt die Umgestaltung in klimapolitisch sinnvolle Technologien auch Riesenchancen für neue Märkte im Umfang von 500 Milliarden US Dollar. Dies politisch zu gestalten, verlangt nach einem neuen Rat in der Welt, einen UN-Sicherheitsrat für nachhaltige Entwicklung, in dem ökonomische, soziale und ökologische Fragen hochrangig zwischen den internationalen Organisationen diskutiert werden.

Damit sind wir bei der Frage, die sich viele Menschen stellen: Ist die Globalisierung eigentlich ein Geschäft auf dem Markt, über den die Wirtschaft entscheidet, oder ist es die Politik, sind es die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Stimme Einfluss nehmen? Hier handelt es sich in letzter Konsequenz um eine grundsätzliche Frage der Demokratie, die den Vorrang der Politik vor der Ökonomie sicher zu stellen hat. Dies sind die Rahmenbedingungen, die wir mit unseren Partnern und mit unseren Möglichkeiten versuchen zu gestalten.

Jetzt möchte ich auf die Bedeutung der Städte eingehen. In Städten leben jetzt, im 21. Jahrhundert, die Hälfte aller Menschen. Damit haben wir einen Wendepunkt der Siedlungsgeschichte der Menschheit erreicht. Hinter dieser urbanen Entwicklung stehen tief greifende ökonomische, ökologische und soziale Veränderungen.

Zur ökonomischen Bedeutung der Städte: hier wird rund 50% des Bruttonettoproduktes weltweit erwirtschaftet, in Asien sind es sogar 80% mit steigender Tendenz. Die Städte sind Wachstums- und Entwicklungsmotoren im Globalisierungsprozess, in denen sich Wissen, Kapital, Kultur aber auch Probleme konzentrieren. Gerade in den Schwellen- und Entwicklungsländern existieren hier zwei Welten nebeneinander. Hier ein Beispiel: China. Dort gibt es einerseits die Städte, die glänzender sind, als manche der so genannten alten Welt, doch 100 Kilometer außerhalb von Peking ist die Lebenssituation für die Landbevölkerung oft entsetzlich. An der Stelle möchte ich vor einem so gut informierten und kommunikativen Publikum dafür werben, mit China zusammenzuarbeiten. Wir arbeiten auch deshalb mit China zusammen, um Einfluss zu nehmen, um soziale Explosionen in einem Land mit 1,2 Milliarden Menschen zu verhindern. Zum Stichwort Energieeffizienz und erneuerbare Energien: Wenn wir mit China zusammenarbeiten, tun wir das auch, um einen Beitrag zur Förderung ökologisch nachhaltiger Zukunftsinvestitionen zu leisten, die in letzter Konsequenz uns allen nutzen.

Zur ökologischen Bedeutung der Städte: hier zeigt sich eine konzentrierte und in den Entwicklungsländern auch problematische Nutzung natürlicher Ressourcen, die sich in der Übernutzung einerseits durch Armut und andererseits durch Verschwendung und komfortable Lebensstile niederschlägt. Phänomene wie Grundwasserverschmutzung, umweltfeindliche Produktionsformen und Smog durch Industrieemissionen sind Ihnen bekannt. Gleichzeitig besteht aber auch die Chance, in Städten neue Ressourcen, schonende Verfahren bei Recycling oder bei der Energie- und Wasserversorgung anzuwenden.

Zur sozialen Bedeutung der Städte: In Entwicklungsländern verkörpern sie die Hoffnung auf ein besseres Leben. Boomende Großstädte wie Mumbai und Lagos wachsen rasant, weil große Teile der Bevölkerung dem von Armut, Hunger und Konflikten geprägten Landleben entfliehen. Menschenleben entwurzelt in diesen Ballungszentren, die auch Ziele von Arbeitsmigrantinnen und Migranten anderer armer Länder sind.

Hochrechnungen zum Städtewachstum weltweit besagen, dass von den 2 Milliarden Menschen, um die die Weltbevölkerung bis 2030 vermutlich weltweit wachsen wird, 90% in Städten, von denen dann 500 Millionenstädte sind, leben werden. Im Jahr 2050 werden rund 6 Milliarden Menschen, also fast so viele Menschen wie es heute auf der Welt gibt, in Städten leben. Die Bedeutung der Kommunen in der globalisierten Welt ist groß und wird weiter wachsen und Städte, vor allem Groß- und Megastädte geben wichtige Impulse für die Entwicklung ihres Landes vor.

Ich möchte die entwicklungspolitische Bedeutung der Kommunen ansprechen, die eben schon durch Herrn Schleich deutlich gemacht wurde. Angesichts der rapiden Urbanisierung entscheidet sich die Erreichbarkeit der Millenniumsentwicklungsziele auch in den Kommunen: angefangen bei dem ersten Ziel der MDG, der Beseitigung von Armut und der damit einhergehenden Reduzierung der Slums, über die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, bis hin zu Fragen der Bildungsmöglichkeiten für Kinder, der Bekämpfung von Kinder- und Müttersterblichkeit durch bessere sanitäre Anlagen, durch Zugang zu sauberem Wasser. In all diesen Bereichen liegen kommunale Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten, um die Millenniumsentwicklungsziele in den Entwicklungsländern tatsächlich umzusetzen.

Als Entwicklungsministerium unterstützen wir unsere Partnerländer in über 80 Vorhaben zur Stadtentwicklung und tragen hier vor allen Dingen dazu bei, dass konkrete Probleme vor Ort durch kommunale Förderung gelöst werden. Hierzu nenne ich ihnen ein Beispiel: In vier ägyptischen Verwaltungen armer Stadtgebiete im Großraum Kairo und in Alexandria werden Bürgerinnen und Bürger sowie die organisierte Zivilgesellschaft an Entscheidungsverfahren beteiligt dadurch nimmt die Bevölkerung an allen lokalen Entscheidungen teil und wird zuverlässig informiert. Im ärmsten, dicht besiedelsten Stadtteil Kairos wird die Versorgung mit sauberem Trinkwasser als Gemeinschaftsaufgabe von der Lokalverwaltung und der Bevölkerung selber durchgeführt. Genau dies ist die Stärke der Kommunen: Sie suchen und finden lokale Lösungen für globale Probleme!



Die Bedeutung der Kommunen für Entwicklung und Nachhaltigkeit ist auf allen Ebenen anerkannt. Auf der Ebene der UN dokumentieren dies vor allem die Einrichtung eines Beirates der Kommunen im Jahr 2000 und die Bürgermeister-Foren im Rahmen des Johannesburg-Gipfels 2002. Ein wegweisendes Beispiel aus Deutschland: Die Mayers' Conference on Early Warning, die im März 2006 in der UN-Stadt Bonn stattfand und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und anderen Institutionen durchgeführt wurde. Das Motto dabei: Local Solutions for Global Challenges.

Gleichzeitig wachsen internationales Engagement und internationale Vernetzung in den Kommunen der Entwicklungs- und Industrieländern. Hierzu gibt es die Weltforen der Städte, die in Barcelona oder auch in Vancouver stattgefunden haben.

Das Bewusstsein von der Einen Welt ist positiv gewachsen. Kommunen bringen aktiv ihre Stimme ein und stärken so das Recht der Bürgerinnen und Bürger, an der Gestaltung einer lebenswerten Welt für alle mitzuwirken. Dabei leisten sie auch internationale Solidarität, regelmäßig und keineswegs nur bei Nothilfe oder entsprechenden Katastrophen. Kommunen aus 127 UN-Staaten haben sich in Peking 2005 im Weltverband der Kommunen zu den Millenniumsentwicklungszielen und auch zu eigenen aktiven Beiträgen in der ‚Local Government Millennium Declaration‘ auf der lokalen Ebene bekannt.

Deutsche Kommunen nehmen ihre Verantwortung in der Einen Welt wahr, sie engagieren sich für Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik. An dieser Stelle würde mich interessieren, was Ihre Erfahrungen in diesem Bereich sind. Einerseits merke ich, dass es viel Engagement in den Kommunen gibt, andererseits wird aber leider gerade in diesen Bereichen gespart. Das halte ich für kurzfristig, gerade angesichts der heutigen steuerlichen Einnahmen die Kommunen besteht wieder mehr Möglichkeit zur Investition und nicht zur Kürzung dieses Bereichs. Denn was an dieser Stelle gestrichen wird, muss anschließend für Initiativen ausgegeben werden, die Gewalt oder Fremdenfeindlichkeit bekämpfen sollen. Ich appelliere deshalb an die Kommunen, mit ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten fortzufahren.

Für das entwicklungspolitische Engagement der deutschen Kommunen will ich einige Beispiele nennen.

- Zunächst die Städtepartnerschaften: derzeit sind etwa 650 deutsche Städte- und Projektpartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern verbunden. Damit eröffnen sich den Kommunen Entwicklungspotenziale, Erkenntnisse und Kontakte.
- An zweiter Stelle möchte ich die Partnerschaftsinitiative Fluthilfe ansprechen. Die Partnerschaftsinitiative wurde von den Kommunen und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt getragen. Hier wurden Spenden in Millionenhöhe, über 1300 vorwiegend kommunale Hilfsangebote und über 300 Projektpartnerschaften für die Opfer des Tsunami mobilisiert und umgesetzt. Formell wird Ende des Jahres 2006 diese Tätigkeit beendet sein, aber ich appelliere an alle Beteiligten, die entsprechenden Partnerschaften aufrecht zu halten. Ich danke der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, insbesondere Herrn Nitschke und den Kolleginnen und Kollegen, die in manchen Zeiten rund um die Uhr gearbeitet haben, herzlich für ihr Engagement.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Verweis auf Aceh, dort hat die Katastrophe dazu geführt, dass sich die Menschen im Friedensprozess zusammengefunden haben. Es ist leider die Katastrophe nach der Katastrophe, dass sich hingegen in Sri Lanka die Beteiligten heute weiter als zuvor von einander entfernt haben. Alles im

Zusammenhang mit dem Wiederaufbau wollen wir aufrechterhalten, wenngleich wir manche der Tamilengebiete nicht mehr erreichen können. Ich stehe ausdrücklich dazu, dass wir mit der srilankischen Regierung so lange keine neuen Regierungsverhandlungen führen, solange sie nicht im Sinne von Friedensverhandlungen und der Einhaltung von Waffenstillstand mit der tamilischen Seite an einem Tisch sitzt. Es ist wichtig, entsprechend Einfluss zu nehmen.

- Ich komme zum Agenda Prozess, der seit 1992 mit über 2600 Beschlüssen zur lokalen Agenda 21 einen wichtigen Beitrag zum entwicklungspolitischen Engagement leistet.
- Und an vierter, nur numerisch letzter Stelle der Faire Handel. Vielleicht war jemand der Anwesenden hier beim zweiten Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels dabei? Ja, einige, wie ich sehe. Dort sind einfach tolle Projekte vorgestellt worden. Es waren insgesamt 180 Projekte, die zeigen, was es etwa in Dortmund, in Ravensburg, in Magdeburg an schönen Initiativen gibt, wovon andere lernen können. Hierunter fällt das lokale Beschaffungswesen, das auch unter dem Gesichtspunkt sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gestaltet werden kann.

Natürlich mobilisieren Kommunen auch tatsächlich Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass die Kommunen Bürger und Bürgerinnen für Entwicklungspolitik gewinnen, wie beispielsweise die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda zeigt. Selbst während des Wahlkampfes war die Unterstützung der Einwohner einer mittelgroßen Stadt an der Mosel für ein konkretes Krankenhaus und ein Jugendprojekt in Ruanda ungebrochen. Dieses Engagement halte ich für vorbildlich. Auch Solidaritätsaktionen, wie in Wiesbaden, als der Hurrikane Mitch wütete und unsere Partnerstadt in Nicaragua überschwemmt hatte, sind hervorhebenswert. Der Wiesbadener Bürgermeister übermittelte der Bürgermeisterin dort Finanzmittel, die niemand kritisierte, sondern jeder für richtig und wichtig hielt. Es gibt wunderbare Initiativen und Leistungen, die zur Nachahmung einladen können. Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der entwicklungspolitischen Dreieckspartnerschaften: der Rhein Sieg Kreis und die italienische Stadt

Spoleto beraten mit Hilfe der Konrad Adenauer Stiftung zwei große Kommunen in Kambodscha bei einem erfolgreichen Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprojekt.

Deshalb unterstützt die Bundesregierung die kommunale Entwicklungszusammenarbeit: einmal durch die Förderung entwicklungspolitischer Bildung in Kommunen, die deutsche Millenniumskampagne und insbesondere durch die Unterstützung der Servicestelle der Kommunen in der einen Welt. Die Servicestelle bietet eine deutschlandweit alternative Beratung für Kommunen mit entwicklungspolitischen Vorhaben jeder Art. Ich bin deshalb glücklich, dass wir sie einrichteten, vor allem mit Blick auf die Tsunami-Fluthilfe. Wir hätten mit ihr die Möglichkeit, Kontakte zu vielen Akteuren herzustellen und für die Qualität der Hilfsprojekte zu sorgen, denn die Umsetzung in der Realität macht den Unterschied in der Entwicklungszusammenarbeit aus. Die Servicestelle bietet also von Partnerschaftsprojekten über den Fairen Handel bis zur Aufstellung der Millennium Tore in Ihren Kommunen Beratung. Übrigens: Die Millennium-Gates kann ich jedem nur empfehlen. Sie gastierten bereits in 20 Städten. Allein in Stuttgart kamen im Oktober 2006 über 10.000 Besucherinnen und Besucher. Ein großer Erfolg für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Abschließend möchte ich zwei künftige Schwerpunkte der Arbeit der Servicestelle ansprechen: Unterstützt vom BMZ wird die Servicestelle kommunale deutsch-französische Dreieckspartnerschaften mit afrikanischen Kommunen stärken. Die Realität ist meist vielgestaltiger als die Gedanken, denn schon vor Jahren sprach man mich im Kreis Groß Gerau an, dort wollte man mit dem Senegal und der französischen Partnerstadt eine Dreieckspartnerschaft eingehen, kam aber mit der Bürokratie in diesem Bereich nicht zurecht. Im Jahr 2007 wollen wir solche deutsch-französischen Partnerschaften mit Burkina Faso und dem Senegal voran bringen und unterstützen.

Auch das zweite Projekt der Servicestelle ist erfreulich: in diesem Projekt werden südafrikanische und deutsche Kommunen für die FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2010 zusammenarbeiten. Hier soll für die Weltmeisterschaft Erfahrungsaustausch und Hilfe für südafrikanische Kommunen

geleistet werden. Dies wird im Übrigen in Südafrika auch langfristige Wirkungen haben und ist so eine nachhaltige Investition.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt auch in Zukunft unterstützen und für ihre neuen Aufgaben Ressourcen bereitstellen.

Zum Schluss danke ich Ihnen allen sehr herzlich. Sie sehen, dass uns die Aufgaben nicht ausgehen, wir leben in einer veränderten Welt, in der keine einlinigen Nord-Süd-Muster funktionieren. Deshalb ist es wichtig, unsere Chancen bei der G 8-Ratspräsidentschaft und im ersten Halbjahr 2007 bei der EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um diese Themen auf die Agenda zu setzen. Wir werden bei der G 8-Ratspräsidentschaft den Schwerpunkt Afrika setzen: nachhaltige Investitionen, Einlösung der Versprechen zur Entschuldung und Finanzierung und auch die Bekämpfung von HIV/AIDS, insbesondere bezogen auf Frauen. Das nächste Jahr bietet uns die Chance, auf allen Ebenen zu zeigen, dass es noch eine Globalisierung jenseits der Finanzmärkte, IT oder von Firmen gibt.

Entwicklungszusammenarbeit muss als Gemeinschaftsaufgabe von allen gesellschaftlichen Akteuren wahrgenommen werden: neben Nationen, Staatenbündnissen und multilateralen Organisationen sind auch die Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, die Länder und Kommunen als Akteure gefragt. Kommunen sind bereits starke Partner in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie verdienen eine wachsende Aufmerksamkeit in nationalen und internationalen Gremien. Ihr Beitrag zu den weltweiten Entwicklungszielen und insbesondere zur Bekämpfung der Armut in der Welt ist mitentscheidend für einen Erfolg der Weltgemeinschaft, die Vision der Vereinten Nationen von einem Leben, frei von Armut, Furcht und ökologischer Zerstörung für alle Menschen zu verwirklichen.

Sie alle sind der Beleg dafür, dass es auch die Globalisierung von Solidarität gibt. In letzter Konsequenz wird dies auch Ausschlag gebend sein für die Fragen, in welcher Welt wir zukünftig leben. Sie leisten also einen ganz wichtigen Beitrag für die friedliche Entwicklung der Welt. Dabei gibt

es zwar immer wieder Rückschläge, aber wie Bischof Kamphaus einmal gesagt hat: Man braucht in diesen Themen Mut, natürlich hat jeder den ersten Mut, man braucht aber auch den zweiten Mut, man braucht manchmal den dritten, den vierten und den fünften Mut. Das aber sind wir denjenigen Menschen in der Welt auch schuldig, die auf uns hoffen und die ihre Erwartungen an uns haben.

Mein besonderer Dank gilt den Veranstaltern des diesjährigen Bundeskongresses: der Stadt Hamburg, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, den mitwirkenden Kommunen, Spitzenverbänden und NROen sowie allen übrigen Beteiligten. Ich wünsche Ihnen –und uns – viele neue und spannende Impulse für die Mitarbeit der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und viel Erfolg für ihre Arbeit!



> Fragen

Hildegard Huber: *Frau Ministerin, Sie haben freundlichweise gefragt, was wir als Kommune unternehmen.*

In unserer Stadt Rheinstetten, die etwa zwanzigtausend Einwohner zählt, haben wir im Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels den 3. Preis für unsere Dienstanweisungen verliehen bekommen. Oberbürgermeister Dietz will seine Bemühungen auch weiterhin intensiv verfolgen, wie er Ihnen auch persönlich mitteilte. Unsere Aktivitäten sind vielfältig: Es sind Plakate mit dem Logo der Stadt entworfen worden, um für unsere Veranstaltungen mit fairen Produkten zu werben es gibt Tischaufsteller für Veranstaltungen, die mit Rezepten für fair gehandelte Produkte versehen sind anlässlich des Faschings gab es fair gehandelte Mango-Päckchen von Breda, die statt billiger Bonbons geworfen wurden Nikoläuse der Gepa wurden bestellt bei Großveranstaltungen wird fairer Kaffee ausgeschenkt und der Bürgermeister lädt zu ehrende Bürgerinnen und Bürger zu einem fairen Frühstück ein.

Zuletzt zum so genannten Bürgerbrief, den jeder Neubürger unserer Stadt erhält. Dieser Brief stellt klar, dass Rheinstetten eine Agenda 21-Stadt ist, der Neubürger er-



hält Informationen und Dinge, die Symbole unseres entwicklungspolitischen Engagements sind. Parallel dazu laufen unsere partnerschaftlichen Aktivitäten.

Christiane Schnura: Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, ich greife Ihr Stichwort Arbeitsnorm auf. Ich selbst bin von der Kampagne für saubere Kleidung, wir haben in NRW eine Initiative gestartet mit verschiedensten

Nicht-Regierungs-Organisationen, dem zuständigen Landesministerium, gewerkschaftlichen Vertretern, Arbeitsbekleidungsunternehmen und Vertretern verschiedener nordrhein-westfälischer Kommunen. Unser Anliegen ist es, dass die ILO-Kernarbeitsnorm als Vergabekriterium bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt wird. Mittlerweile werden in über fünfzig deutschen Kommunen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei Vergaben nicht berücksichtigt. Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen, denn wir wollen, dass die ILO-Kernarbeitsnormen berücksichtigt werden. Zunächst beschäftigen wir uns mit dem Bereich Arbeitsbekleidung, dort geht es darum, die neuen EU-Richtlinien in das deutsche Vergaberecht mit zu übernehmen. Diese eröffnen die Möglichkeit, ökologische und soziale Aspekte bei der Vergabe berücksichtigen zu können. Der Deutsche Städtetag hat sich hierzu ganz eindeutig positiv positioniert, er regt auch gegenüber der Bundesregierung an, die europäische Empfehlung eins zu eins ins deutsche Vergaberecht zu übernehmen. Deshalb bitte ich auch Sie sich für unser Anliegen einzusetzen. Danke schön.

Wortmeldung: Frau Ministerin, meine Damen und Herren, was halten Sie von dem bedingungslosen Grundeinkommen für jeden? Sie würden damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen würde die Armut in Deutschland bekämpft werden und zum anderen würden Sie in der Bevölkerung Kapazitäten für Engagement z.B. in der Entwicklungshilfearbeit frei setzen.

Bundesministerin Wieczorek-Zeul: Eine hinlängliche Beantwortung dieser Frage benötigt viel Zeit, das lässt das Konferenzprogramm nicht zu. Dieses Thema ist mir in meiner Lebensgeschichte bei vielen Diskussionen begegnet. Ich bin skeptisch, ob man ein Grundeinkommen, losgelöst von der Frage welche Arbeit jemand ausübt, verwirklichen sollte. Ich bin der Überzeugung, dass ein Großteil der Selbstverwirklichung auch über Erwerbsarbeit erfolgt und wir wollen dazu beitragen, Erwerbsarbeit für jeden zu ermöglichen. Deshalb bin ich dafür, dass wir im Zweifelsfall, dort wo es keine tarifvertragliche Regelung gibt, einen gesetzlichen Mindestlohn verankern und ihn diskutieren.

Zu Rheinstetten kann ich nur sagen: großartig! Bitte grüßen Sie den Bürgermeister herzlich von mir. Rheinstetten zeigt,

wie viel Einfallsreichtum entwickelt werden kann und wie Andere motiviert werden können. Ich bin sicher, dass Sie dies auch auf der Konferenz verbreiten können. Ich bin gerne bereit, Ihr Beispiel ins Netz des BMZ zu stellen, damit viele von Ihnen lernen, auch die, die sagen, sie wüssten nicht, wie sie entwicklungspolitische Anliegen konkret umsetzen. Zur dritten Frage nach öffentlichem Auftragswesen und Kernarbeitsnormen. Das Engagement für die Kernarbeitsnormen sollte alle unsere Arbeitsfelder prägen. Ich bin froh, dass es nun einen weltweiten internationalen Gewerkschaftsbund gibt, der als Dialogpartner fungiert und Fragen des Sozialdumpings, Löhne und Arbeitsbedingungen global thematisiert.

Die Richtlinien des öffentlichen Auftragswesens werden wir laut Koalitionsvereinbarungen eins zu eins umsetzen. Dies ist erstens die Gelegenheit zu handeln und zweitens, ist die Behauptung zu widerlegen, dass das Vergaberecht die Berücksichtigung solcher Standards nicht erlaube. Wenn jemand in diesem Fall Rückfragen hat oder Unterstützung braucht, sprechen Sie uns bitte an, wir können es den Kommunen noch einmal ausdrücklich mitteilen. Seien Sie sicher, wir werden diesen Punkt der EU-Richtlinie aufgreifen und umsetzen. So, jetzt möchte ich mich bei Ihnen bedanken und alles Gute und viel Erfolg wünschen!

Dr. Heinrich Hoffschulte, Vizepräsident des deutschen RGRE, Oberkreisdirektor a.D., Stadtdirektor

a.D.: Rechtliche und politische Grundlagen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der Föderalismusdebatte und der EU-Debatte über den Stellenwert der Kommunen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben eben selbst erlebt, wie die Bundesregierung, heute vertreten durch Frau Bundesministerin Wiczeorek-Zeul, deutsche Gemeinden ermuntert, im Sinne der Völkerverständigung kommunale Partnerschaften einzugehen.

Schon Konrad Adenauer regte dies in den Anfangsjahren der Bundesrepublik an, um durch millionenfache persönliche Kontakte von Alt und Jung im Rahmen solcher Partnerschaften zur Versöhnung unserer Völker beizutragen. Sein Interesse galt vor allem der Überwindung der so genannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich. So forderte er in den frühen fünfziger Jahren dezidiert die Städte und Gemeinden auf, Menschen durch Städtepartnerschaften zueinander zu bringen.

Damals noch Schüler und später als Jurastudent oder junger Kommunalbeamter konnte ich selbst beobachten, dass es gar nicht so einfach war, diesen Appell des Bundeskanzlers vor Ort umzusetzen: Nicht dass die Kommunalpolitiker gezögert oder gar ablehnend reagierten, im Gegenteil: Es gab bald tausende von Kontakten. Aber die Kommunalaufsicht wies immer wieder darauf hin, dass sowohl die Zielsetzung einer europäischen Friedensordnung wie auch außenpolitische Kontakte überhaupt grundsätzlich gemäß dem Grundgesetz Sache des Auswärtigen Amtes und nicht der Kommunen seien. Längst ist angesichts des internationalen Engagements von kommunaler Außenpolitik die Rede. Es hat sich also vieles getan. Doch die Frage der Zuständigkeit ist bis zum heutigen Tage nicht ganz geklärt, wobei es positive Tendenzen gibt. Davon wird noch zu sprechen sein.

Derzeit stehen wir in den Kommunen einmal mehr vor neuen Herausforderungen, ja an einem Scheideweg: Was dürfen Kommunen künftig tun, wie werden sie gestärkt, in dem was die Europäische Union und die UNO heute von



ihnen verlangten. Hierzu benenne ich Ihnen zwei Beispiele:

1. Die Umsetzung europäischen Rechts auf den Bürger und seinen Einzelfall geschieht zu 70-80% in der Kommunalverwaltung und in den Rathäusern.
2. Der scheidende UN-Generalsekretär Kofi Annan betonte erst kürzlich, dass die Umsetzung der Millenniumsziele zu über 70% nur gemeinsam mit den Kommunen möglich sei. Dabei missachtet er weder die freien Träger noch die Regierungen, doch de facto können die Ziele, da es sich um lokale Aktivitäten, Aufgaben und Zuständigkeiten handelt, auch nur vor Ort, also in den Städten und Gemeinden realisiert werden.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die etwas sperrige Formulierung meines Vortragstitels, in den ich bewusst neben den rechtlichen auch die außen- und entwicklungspolitischen Grundlagen einbezogen habe. Sie merken es schon an den ersten Ausführungen: Wenn man nur nach den rechtlichen Zuständigkeiten der Kommunen fragt, dann wird nicht viel in den Kommunalgesetzen (der Bundesländer, nicht des Bundes) aus unserem gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagement. Wenn wir fragen oder gefragt werden, was wir denn im Namen der Bürgerinnen und Bürger, zumindest aber mit ihrer Toleranz – und der der Haushalt-Geplagten Ratsgremien dürfen, dann muss man die Antworten und Begründungen gut vorbereiten. Doch wenn etwas politisch wirklich realisiert werden soll, dann fragt man – auch in der Kommunalpolitik und angesichts des Selbstverständnisses der Kommunen

nicht immer nach der Genehmigung von oben und der Ermächtigungsgrundlage.

Positiv ist, das sei gleich vorausgeschickt, auch in diesem Zusammenhang, dass die Kommunen in Deutschland laut Art. 28 des Grundgesetzes allzuständig sind, was die Bürgerinnen und Bürger betrifft, es sei denn, Verfassung und/oder Gesetze hätten die Zuständigkeit auf eine andere Ebene gehoben. Bei der großen Außenpolitik ist das klar, bei der Kleinarbeit der bürgerschaftlichen Zusammenarbeit jedoch oder der Städtepartnerschaften ist dies keineswegs offenbar.

Dass dies bis heute aktuell ist, erlebe ich auch in meiner Funktion als Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in unserem nationalen Verband, wenn uns in den letzten Jahren leider häufiger über Austritte berichtet wird. Die Bürgermeister schreiben uns, die Kommunalaufsicht habe ihnen vorgehalten, dass es sich bei entwicklungspolitischen Städtepartnerschaften um eine freiwillige Aufgabe handele, die sie leider angesichts der finanziellen Lage der Kommunen untersagen bzw. beenden müssten. In Nordrhein-Westfalen gibt es von 31 kreisfreien Städten nur noch drei Städte – Düsseldorf, Bonn und Münster –, die nicht unter Haushaltsbeobachtung stehen. Alle anderen Städte müssen sich rechtfertigen, warum sie diese oder jene Aktivitäten unterhalten, die nicht im Gesetz vorgesehen seien, also freiwillig und angesichts leerer Kassen einzuschränken seien.

Das trifft uns sehr hart und – wie ich meine – ungerecht, vor allem wenn wir uns im Rahmen dessen bewegen, was nationale Regierungen gemeinsam als Zielsetzung vereinbart haben darüber sollte man deshalb in jedem Einzelfall auch mit der Aufsicht diskutieren. Aus meiner langjährigen Erfahrung, zunächst als Stadtdirektor in einer Kommune, dann auch als Oberkreisdirektor und damit zugleich staatlicher Kommunalbeaufseher in Nordrhein-Westfalen, hilft es, in dieser Thematik argumentative Brücken zu bauen mit dem Hinweis auf die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger und der freien Träger in unseren Gemeinden: Wenn Bürgerinnen und Bürger sich gemeinschaftlich engagieren und sie oder freie Träger entwicklungspolitisch aktiv sind, ist dies in der Regel eine gute Rechtfertigung für Rat und

Verwaltung und eine politische Motivation zugleich, unterstützend aktiv zu sein. Genau so lautete deshalb unsere Antwort, als vor Jahren sämtliche Innenminister der westdeutschen Bundesländer – zuletzt 1985, also noch zu Zeiten der deutschen Teilung – eine EntschlieÙung zu unserem damaligen Programm des RGRE unter dem Titel Solidarität der Tat verabschiedeten: Entwicklungshilfe und solidarischer Beistand für Kommunen anderer Länder seien nicht Aufgabe der Kommunen und Haushaltsmittel dürften hierfür nicht in Anspruch genommen werden. Dennoch ist es uns geglückt, Toleranzen zu finden, um unser Engagement fortzuführen.

Zum Thema Globalisierung stimmt die kommunale Familie mit Mario Vargas Llosa, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, überein, der sagt: Wir dürfen die Globalisierung nicht aufgeben, sondern müssen lokale Demokratie globalisieren. Dies ist unser kommunaler Auftrag in der internationalen Familie, so verstehe ich unseren Rat der Gemeinden und Regionen Europa, ebenso gilt dies für die Weltunion der Kommunen, den UCLG (United Cities and Local Governments), der heute auch durch eine Mitarbeiterin vertreten ist und für unseren Welt – Vizepräsidenten, der ebenfalls im Rahmen dieser Veranstaltung zu Ihnen sprechen wird. Das ist unsere Aufgabenstellung im internationalen Geschäft und ich werde Ihnen erläutern, dass dies inzwischen auch rechtlich besser abgesichert ist.

Am Anfang der Bundesrepublik galt nach dem Zentralismus während des Nationalsozialismus - und angesichts dessen, dass im anderen Teil unseres Landes ebenfalls zentralistische, da kommunistische Strukturen herrschten – das Motto Kommunale Selbstverwaltung ist die Schule der Demokratie, frei nach Theodor Heuss, dem ehemaligen Bundespräsidenten. Winston Churchill hat dies mit anderen Worten ähnlich formuliert: local democracy is grassroot democracy“. Und Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler unserer wiederbegründeten Republik, war ja keineswegs zufällig ein durch seine kommunalen Erfahrungen geprägter Bundespolitiker, der sich als Kölner Oberbürgermeister gegen Zentralismus und Totalitarismus hatte zur Wehr setzen müssen.

Wenn wir in internationalen Kontakten, in meinem Fall häufig für und mit dem Europarat oder der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Interesse der Entwicklung freier kommunaler Selbstverwaltung in Europa und weltweit unterwegs waren, konnte jeder von uns erleben, wie sehr mangelhafte lokale Strukturen, Kompetenzen oder auch Ausstattung – finanziell wie auch in human resources – nachhaltige Entwicklung in vielen Nationen behindern. Da ist es schon eindrucksvoll, wenn entsprechende Verbesserungswünsche der Bürgermeister und Kommunen z. B. vom usbekischen Gemeindeverband und einer neuen Stiftung für die Förderung lokaler oder Ortschaftsverwaltung (der machalia foundation) in Taschkent oben zitierten Slogans und Sätze zusammenfassen und dort zum Programm gemacht haben unter dem Titel roots and schools of democracy. Das mag ein kleines Beispiel dafür sein, wie ergiebig dieses Arbeitsfeld nicht nur für Entwicklungshilfe ist und bleiben wird.

Unter dem Stichwort Dezentralisierung schlägt uns das in den Debatten der Uno immer wieder entgegen. Seit etwa zehn Jahren arbeiten wir an dem Ziel einer Weltcharta der Kommunalen Selbstverwaltung (World Charter of Local Autonomy) und – etwas bescheidener, aber ebenso weitreichend in den Konsequenzen für einen anstehenden Wandel – an Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen. Signifikant für die Dynamik der Diskussion ist: Auch die Vertreter der Volksrepublik China äußern sich seit 2-3 Jahren positiv hierzu, und fügen gerne hinzu, sie seien ein sehr dezentralisiertes Land. Bei einer näheren Betrachtung der dortigen Rechtssetzung stimmt dies zwar, aber die zentralistische Kontrolle findet auf einer anderen Ebene statt – ebenso wie dies seinerzeit in der DDR und in anderen kommunistisch-zentralistisch verwalteten Ländern der Fall war. Die chinesischen Gemeinden und Städte operieren in der Tat stark dezentralisiert und zeigen dabei enorme Stadtentwicklungen, aber bis ins Detail kontrolliert durch lokale Vertreter der allgegenwärtigen zentralistischen Parteiebene.

In der UNO sind, darüber machen wir uns keine Illusionen, zwei Drittel der Nationen zentralistisch und nicht dezentral organisiert. Und lokale Demokratie ist nicht der Standard in diesen Staaten, häufig noch in der Nachfolge kolonialer

Strukturen. Im Sinne von freiheitlicher Demokratie ist für die meisten deshalb schon Dezentralisierung ein wesentlicher Schritt zu einer freiheitlichen >bottom up< -Demokratie, also von unten nach oben.

Vor 30 Jahren haben wir uns in der Regel noch nicht vorstellen können, den Begriff der Subsidiarität zu einem Grundprinzip demokratischen und dezentralen Staatsaufbaus entwickeln zu können. Der Begriff war noch zu abstrakt, auch bei der Formulierung des Grundgesetzes weigerten sich die Väter unserer Verfassung noch, den Begriff zu verwenden. So entstand der Artikel 28 GG über das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Gemeinden, und die schon erwähnte grundsätzliche Allzuständigkeit der Kommunen ist nichts anderes als ein Ausdruck des Prinzips der Subsidiarität. Ja, der Vertrag von Maastricht und noch detaillierter der EU-Verfassungsentwurf ergänzen diesen Begriff um das Prinzip der Verhältnismäßigkeit als Schutz gegen detaillierte und allzu perfektionistische Regelungen, gegen das, was wir in Deutschland mit der häufig kommunale Selbstverwaltung aushöhlenden Regelungsdichte umschreiben. Unsere englischsprachigen Freunde sprechen insoweit von intensity: Wie dicht, wie intensive dürfen zentralstaatliche Vorgaben sein? Im Verfassungsentwurf heißt es dazu: Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gehen Maßnahmen der Europäischen Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verfassung erforderliche Maß hinaus. (Art. I-11, Absatz 4)

Der Begriff der Subsidiarität wurde auf EU-Ebene erstmals durch einen italienischen Kommunisten eingeführt, der vor dem Hintergrund des italienischen Unitarismus zentralistische Strukturen, die er für Italien befürwortet hatte, in der EWG bzw. EG/EU vermeiden wollte. Im Februar 1984 verwendete er in einem ersten Entwurf über eine künftige europäische Verfassung den bis dato öffentlich europaweit wenig bekannten Begriff der Subsidiarität. Im Verfassungskonvent der EU 2002-2003 war dieses Subsidiaritätsprinzip zentraler Angelpunkt der Reformdebatte, um zu definieren, was darf Brüssel tun und wie ordnet man die Zuständigkeiten zwischen EU und Nationalregierung. Ebenfalls ein Novum in der Geschichte: die Kommunen werden expressis verbis in einem Gemeinschaftsvertrag, also im künftigen Primärrecht der EU erwähnt bis dato kamen sie in ratifizier-

ten Vertragswerken überhaupt nicht vor. Dies stärkt unsere kommunale Position enorm – die Arbeit hat sich gelohnt. Der Begriff der Subsidiarität wird häufig falsch verstanden als Vorwand zur Entlastung des Staates von unbequemen Aufgaben oder Problemen zulasten der Kommunen, Subsidiarität darf nicht nur als Dezentralisierung begriffen werden. Hierzu möchte ich Ihnen die treffende Aussage einer Karikatur schildern: die Lasten werden nach unten delegiert, Probleme werden dezentralisiert, keineswegs allerdings die personellen und organisatorischen Kapazitäten, geschweige denn die Finanzen, um diese Probleme zu lösen. Das kennt man aus missbräuchlicher Dezentralisierung in den postkommunistischen Staaten. Das kennen wir aber auch in Deutschland sehr gut: Bund und Länder einigten sich sehr oft darauf, bei Problemen, die ihnen über den Kopf wachsen, diese und die Kostenfolgen auf die Kommunen zu delegieren. Hartz IV ist nur einer der jüngeren Modellfälle hierfür – die Lasten liegen, trotz einiger inzwischen nachgeschobener Korrekturen noch immer in der kommunalen Familie.

Das gleiche Problem gibt es auch in der internationalen Debatte, denn viele Mitglieder der UNO besitzen keine dezentralisierten, demokratischen Traditionen. Zwar wurden die Köpfe der Kolonialherren ausgewechselt aber das System blieb dasselbe, wie ein bekannter Politikwissenschaftler der kenyanischen Universität von Nairobi wiederholt hervorgehoben hat. Dies ist aber eben auch in der internationalen und interkommunalen Entwicklungszusammenarbeit ein Thema: Wie kann die Hilfe effizienter gestaltet werden? Die Antwort ist wohl auch hier: Dezentralisierung und Stärkung lokaler Demokratie und Selbstverwaltung, indem man nicht nur die Zuständigkeiten neu regelt, die Bürgerinnen und Bürger beteiligt – und wo ginge dies, wenn nicht vor Ort – und indem wir künftig zunehmend auch bei Hilfs- und Kooperationsabkommen darauf abstellt, wo und wie Hilfe – seien es die human oder financial resources – am effizientesten eingesetzt werden kann. Ich weiß seit langen Jahren, dass die Bundesregierung immer sehr stolz auf die Mitfinanzierung von Kleinprojekten war und stets großzügig ihren finanziellen Teil hierzu beitrug. Die Verdoppelung kirchlicher Spendenaktionen mit staatlichen Steuermitteln war da eine logische und nachahmenswerte Politik. Dieses Geld wirkt oft effizienter als die

Mittel, die den einzelnen Nationen zugedacht sind, auf internationalen Konten hin und her bewegt werden und – nicht nur, aber auch wegen der weit verbreiteten Korruption – die Bürgerinnen und Bürger nicht erreichen.

In Russland erleben wir seit dem Zusammenbruch des Kommunismus die gleiche Problematik. Im intensiven städtepartnerschaftlichen Austausch und im Rahmen der Arbeit des europäischen RGRE, vor allem aber auch im Rahmen des Europarates und seiner Hilfe in den Reformstaaten haben wir oft mit russischen Partnern diskutiert. Ich zitiere an dieser Stelle gern den russischen Dissidenten Alexander Solschenitzyn, Schriftsteller und Nobelpreisträger: Wir haben schon deshalb keine Demokratie in Russland, weil noch keine funktionierende örtliche Selbstverwaltung geschaffen wurde. Auf der unteren Verwaltungsebene geben die lokalen Parteibosse - heute Privatseure und Neureiche - weiterhin den Ton an. Und die derzeitige erschöpfte Reaktion der alten Zentralisten ist dabei nur ein Aspekt, wenn auch ein trauriger und ein Schritt in die falsche Richtung, wie die Beobachter überwiegend meinen. Der Vizepräsident Russlands gab kürzlich in einer mutigen Rede zu: Wir sind noch lange nicht soweit, obwohl wir es rein rechtlich, laut Verfassung sind. Die russischen Kommunen brauchen internationale Kontakte und Austausch, um von den Erfahrungen, der so genannten ‚best practice‘ anderer Kommunen zu lernen. Wir brauchen für jede Stadt und Gemeinde einen Manager und haben bislang überwiegend nur abgestellte Zentralisten des Staatsapparates. Und wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr alles von oben erwarten, sondern in die Lage versetzt werden, sich selbst und eigenverantwortlich ihrer lokalen Probleme anzunehmen. Der Mann hat Mut, das so offen zu bekennen – und legt damit gleichzeitig offen, wie lang und beschwerlich der Weg ist. Kommunalen Austausch und Partnerschaften sind hier ein Dauerbedarf.

Ich brauche Ihnen den Begriff des ‚Föderalismus‘ nicht zu erläutern, der nichts anderes ist, als die staatsrechtliche Ausformung des Prinzips der Subsidiarität. Aber der Ausgangspunkt ist dabei, dass alle Angelegenheiten der staatlichen Gemeinschaft dort wahrgenommen werden sollen, wo sie entstehen und durch diejenigen, die sie betreffen, also durch die Bürgerinnen und Bürger und ihre bür-

gerschaftlich lokal gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Wir haben im europäischen Verband des RGRE mit den nationalen Regierungen schon zu Zeiten der EWG Diskussionen geführt und feilschen heute noch mit der EU an einem europäischen Entwurf zur Stellung und Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Politiken der Gemeinschaft. Seit dem Frühjahr 2006 liegt ein Kommissionsentwurf vor, und die Debatte über die Rolle der Kommunen der EU wird andauern. Hierbei haben wir häufig darauf hinweisen müssen, dass schon das Wort Politik oder Politiker etymologisch auf das griechische Wort Polis – Stadt zurückgeht. Das heißt, jeder Politiker ist begrifflich zunächst einmal Vertreter aus und für seine Kommune(n). Es ist wichtig, so betont historisch zu argumentieren, weil wir bis zum heutigen Tage – im Gegensatz zum Zentralismus – behaupten können, dass die Bürger durch ihre Wahl Funktionsträger auf verschiedenen Eben für jeweils unterschiedliche Aufgaben beauftragen, aber die demokratische Legitimation der Vertreter einer Polis, einer Kommune also, ist genauso originär vom Bürger abgeleitet wie die der nationalen Ebene und nicht etwa – und dies ist entscheidend – weil der Zentralstaat die Kommunen dazu ermächtigt hätte. Im Gegenteil: Jede Ermächtigung und Legitimation zum Handeln auf einer Ebene jenseits der Kommunen ist subsidiär – ergänzend und – um die Formulierung des heute geltenden Maastrichter Vertrages und des Verfassungsentwurfes zu wiederholen: inhaltlich wie formal nicht über das erforderliche Maß hinaus.

Ich bin sehr froh, dass dies in der EU *acquis communautaire* geworden ist und sich auch in der UNO durchzusetzen beginnt. Wir haben eine europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung geschaffen, die 1985 von den ersten sechs Nationen ratifiziert wurde und 1988 ein Jahr vor der Wende in Kraft getreten – ‚just in time‘ für die Länder in Ost- und Mitteleuropa und die dort anfallenden Reformen... Der Europarat beschloss damals erstmalig, dass ein Staat nur dann als Neumitglied aufgenommen werden kann, wenn er (mindestens) zwei von insgesamt über 180 Konventionen des Europarates ratifiziert, nämlich die Menschenrechtskonvention, die grundlegende und älteste Konvention des ER von 1949, und die Charta der lokalen Selbstverwaltung von 1985. Warum? Weil diese Charta der lokalen Selbstverwaltung nichts anderes ist, als ein

Instrument der Dezentralisierung und der Schaffung lokaler Demokratie.

Diese Charta von 1985 hat auch für die rechtliche Situation der deutschen Kommunen eine Änderung herbeigeführt. Kommunen können sich im Falle eines Eingriffs der Kommunalaufsicht auf die Charta berufen. In Artikel 10 der Charta steht, dass die kommunalen Gebietskörperschaften bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten berechtigt sind, zusammenzuarbeiten. (...) Sie besitzen das Recht der kommunalen Gebietskörperschaften, einer Vereinigung zum Schutz und zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen anzugehören. Dazu gehört auch ihr Recht, einer internationalen Vereinigung kommunaler Gebietskörperschaften anzugehören. Dieses Recht muss von jedem Staat anerkannt werden, heißt es kategorisch in der Charta. Das beschränkt sich keineswegs auf die jeweilige innenpolitische Stellung der Kommunen, im Gegenteil: Um es auch international klarzustellen, haben die Verfasser der Charta – es waren letztlich die Regierungen der Mitgliedstaaten entsprechend den Forderungen der europäischen Kommunalverbände seit 1953 – hinzugefügt: Die kommunalen Gebietskörperschaften sind berechtigt, im Rahmen der vom Gesetz vorgegebenen Bedingungen mit den kommunalen Gebietskörperschaften anderer Staaten zusammenzuarbeiten (Art. 10 Absatz 3 der Europäischen Kommunalcharta). Nicht mehr das Ob einer solchen internationalen Kooperation ist danach streitig, allenfalls können nationalgesetzliche Rahmenbedingungen für das Wie gesetzt werden.

Sie erinnern sich: Die Innenminister der deutschen Bundesländer befanden noch 1985 – ausgerechnet im gleichen Jahr, in dem nach mehr als 34-jährigem Tauziehen und Ringen die nationalen Regierungen im Europarat die Charta verabschiedeten, dass Außenpolitik Sache der nationalen Regierungen und nicht der Kommunen sei. Jetzt geht es auf einmal um internationale Verbände, die anerkannt werden, und um internationale Kooperation, weit über das hinaus, was Konrad Adenauer zu Zeiten der noch nicht wieder gewonnenen nationalen Souveränität, aber im Interesse einer dauerhaften europäischen Friedensordnung angeregt und gefördert hatte. Und doch hat man immer noch ein wenig den Eindruck, dass auf finanzielle Fragen verengte Kommunalaufsicht das Inkrafttreten der Europäischen

Kommunalcharta nicht recht zur Kenntnis genommen hat. Die Charta ist durch Beschluss des Bundestages und – wie in solchen kommunalen Belangen erforderlich – des Bundesrates als Kammer der für sie zuständigen Länder ratifiziert worden und damit geltendes Recht der Bundesrepublik. Das können seither die Kommunen entgegenhalten, wenn ihre interkommunale Zusammenarbeit einschließlich der Entwicklungspartnerschaften kommunalaufsichtlich infrage gestellt wird. Die Charta ist heute verbindliches Verfassungsrecht, dies stellt eine enorme Qualitätsveränderung dar, wenn auch erst Jahrzehnte nach dem Appell Konrad Adenauers.

Wir haben diesen „internationalen Führerschein“ als europäischer Kommunalverband schon 1951 für die Kommunen gefordert – die Charta ist 1988 in Kraft getreten... Ich hoffe, dass der Prozess in der UNO etwas schneller voranschreitet. Es gibt in der UNO ähnliche Bemühungen: § 12 der Istanbul Declaration of Human Settlements, der Habitat Deklaration von 1996, erkennt die Kommunen erstmals als our closest partners, die unmittelbarsten Partner zur Umsetzung der internationalen Politik, an. Dies ist die Vorstufe dessen, was Kofi Annan für die Vereinten Nationen formuliert hat, wenn er sagt: Wir brauchen die Kommunen zur Umsetzung der Millennium Ziele. Und in der gleichen Habitat-Deklaration stehen Forderungen wie promote decentralization through democratic local authorities – das Fördern der Dezentralisierung durch die Stärkung lokaler Gebietskörperschaften, und zwar sowohl in ihren finanziellen als auch institutionellen Kapazitäten.

Wer wie Sie, meine Damen und Herren, in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv ist, weiß, dass es sehr viel best practice und know how zu transportieren gibt, dass ein Erfahrungsaustausch sehr lohnenswert ist. Es heißt in der Habitat Erklärung deshalb auch weiter: „Promote local democracy and ensure transparency“. – Vorantreiben der lokalen Demokratie und Sicherstellung von Transparenz.

Auch in der Vorbereitung der Habitat-II-Konferenz von Istanbul (1996), die doch die ureigentlich kommunalen Schwerpunkte Stadtentwicklung, Stadt- und Regionalplanung hatte, befanden die damals fast 190 nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten übrigens, dass die

Kommunen kein Stimm- und Sprechrecht haben sollten. Eine nachgerade paradoxe Überheblichkeit, wenn es auf der Konferenz nahezu gänzlich um kommunale Aufgabengebiete ging. Es war eben die klassische veraltete Haltung der sogenannten souveränen Regierungen mit ihrer noch im 19. Jahrhundert geprägten staatsrechtlichen Ideologie.

Auf Drängen unseres internationalen Verbandes wurde dann aber doch eine formale Vorkonferenz zugelassen. Im Anschluss daran durfte einer der Teilnehmer der Vorkonferenz, als Sprecher aller Kommunen die Ergebnisse im UNO-Forum vortragen. Daraus entstand 1996 die genannte Declaration. Von da an, quasi in diesem Moment wurde die UNO, allen voran die Administration sehr wach und offen, über die Umsetzung der eben zitierten Beschlüsse zu diskutieren und zwar in enger Kooperation mit den Kommunen und ihren internationalen Verbänden.

Es gab in diesem Zusammenhang übrigens in der UNO ebenso wie in der EU über lange Jahre hinweg eine Diskussion über den Status der kommunalen Spitzenverbände, die früher fälschlicherweise als Nichtregierungsverbände, als NRO gehandelt wurden. Das war eine offenbar bisweilen willkommene Degradierung, denn wir sind keine NRO, sondern durch internationales Recht anerkannte Vertreter demokratisch legitimierter Kommunen und ihrer Räte bzw. Mandatsträger! Die UNO hat dies zwischenzeitlich begriffen und spricht korrekterweise immer in einem Atemzug von kommunalen Spitzenverbänden und NRO, sodass hier eine Reibungsfläche wegfällt. Und ganz offiziell wurde das in den Dokumenten von Istanbul, wenn die Staaten dort von governments on all levels, including local authorities sprechen, also von Regierungen auf allen Ebenen, einschließlich der lokalen Gebietskörperschaften die Rede ist. Auch die EU hat sich inzwischen darauf eingestellt, ganz im Interesse der lokalen, demokratisch legitimierten Umsetzung ihres Gemeinschaftsrechts in der gebotenen Bürgernähe, über die nun einmal Organe der EU noch wenige verfügen als die Regierungen der Nationalstaaten und Bundesländer. Der Verfassungsentwurf der EU vollzieht dies nun nach, indem er auf die „grundlegende politische und verfassungsrechtliche Struktur einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung“ der Mitgliedstaaten abstellt (Art. I-5, Abs.1) und

die Funktionen der „zentralen, regionalen oder lokalen Ebenen“ schützt (Art. I-11, Abs. 3).

Wir waren danach – das zeigte sich sehr bald – gefordert, international als Kommunen stärker mit einer Stimme zu sprechen. Daraus ist die Fusion der größten Weltverbände der Kommunen entstanden, als sie sich auf einem Kongress in Paris im Mai 2004 zur „Welt-Union der Kommunen“ (WUK, wie wir im Deutschen sagen), der UCLG (United Cities and Local Governments) zusammen schlossen.

Da das Thema kommunaler Mitwirkung nun in der UNO diskutabel geworden war, griffen wir aufgrund der positiven Erfahrungen der europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung, die ein unendlich wichtiges Instrument der Demokratisierung und Dezentralisierung in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) geworden war, den Ball auf. Ich stand einer UNO-Arbeitsgruppe vor, die den Auftrag hatte, eine Weltcharta der lokalen Selbstverwaltung auszuarbeiten. Wir haben einen Entwurf vorgelegt, den wir mit über 100 Nationen diskutierten und es wäre vor 4 Jahren fast gelungen, scheiterte aber am Widerstand der USA und Chinas. Für viele kam der Vorschlag wohl zu schnell und zu früh.

Ihnen allen sind die Millennium Goals und die darin festgestellte Bedeutung der lokalen Ebene zur Erreichung der Ziele bekannt. Aus der Erkenntnis, dass es keine Charta geben würde, entstand daher die Alternative, eine formell nicht verbindliche Resolution, eine Declaration in der UNO anzustreben. Diese kann – das ist der Vorteil – im Gegensatz zu einem bindenden Vertrag sehr viel detaillierter sein. Meiner Meinung nach wird dieses Papier, ein „**Framework of Guidelines on Decentralisation und Strengthening Local Authorities**“, im April folgenden Jahres in Nairobi angenommen werden. Die Chancen für die Verabschiedung dieser Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen stehen derzeit gut.

Deutschland trägt hierbei im ersten Halbjahr 2007 für die Kommunen weltweit eine hohe Verantwortung, da es ab Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Ein erster Erfolg war es, dass der Versuch anderer Nationen, das Thema von der Agenda zu streichen, durch eine Vertreterin



des Auswärtigen Amtes mit dem Verweis auf den Wunsch der gesamten Europäischen Union verhindert wurde. Zudem habe ich in Moskau bei einer Konferenz des Europarates von allen 46 Nationen Unterstützung für die Konvention bekommen. Dies markiert meiner Einschätzung nach einen bedeutenden Schritt. Inzwischen haben sowohl das State Department, das Außenministerium der USA, wie auch Vertreter Chinas, ihre Unterstützung signalisiert.

Zur Frage des Einsatzes finanzieller Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit haben wir zu Beginn des Jahres 2006 in Washington zum ersten Mal den Dialog mit Vertretern der Weltbank und der UNO geführt. Diese Grundsätze können künftig für die Kreditvergabe des internationalen Währungsfonds wie auch der Weltbank Bonitätsfragen sein. Sie werden es zunehmend hoffentlich auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten bei der praktischen internationalen Entwicklungszusammenarbeit sein. Denn gerade der deutschen Tradition entsprechen nicht so sehr einzelne Großprojekte sondern vielmehr kleine, überschaubare Projekte, die aber eben auch den Charme unserer Kommunalpolitik ausmachen.

In der Schlussresolution Ihrer Konferenz würde ich mich über eine Unterstützung unseres internationalen Vorhabens freuen. Wenn uns das gelingt, haben wir in der UNO für 192 Nationen neue faszinierende Voraussetzungen zur best

practice Vermittlung geschaffen. In den vorbereiteten „Leitlinien“ der UNO wird darüber hinaus in einem eigenen Kapitel die nationale wie internationale Zusammenarbeit der Kommunen und der freien Träger ausführlich besprochen. Damit werden wir über eine neue Basis für die internationale Zusammenarbeit der Kommunen schaffen – auch und nicht zuletzt im Zusammenwirken mit den Verbänden und Organisationen der sogenannten „Zivilgesellschaft“. Dass daraus ein paar Jahre später dann doch eine verbindliche Charta geschaffen wird, ist meine persönliche Hoffnung und die vieler Beteiligter.

Ein letzter Punkt: Aktuell diskutiert man auch in der Euro-

päischen Union im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit über die Stärkung der Rolle Kommunen. Es gibt im Europäischen Parlament einen Vorentwurf des stellvertretenden Pariser Bürgermeisters. In diesem Bericht wird unter Berufung auf Kofi Annan u.a. die dringende Stärkung der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit gefordert. Im März 2007 soll der Bericht im europäischen Parlament verabschiedet werden. Ich empfehle Ihnen dies als Lektüre, denn hier gibt es viele Ansatzpunkte für künftiges gemeinschaftliches Handeln in der Entwicklungspolitik. Sie sehen, die Tendenzen sind positiv! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

> Fragen

Ladislav Ceki:

Ich bin dankbar, dass Sie dieses Thema angesprochen haben, denn es begleitet mich seit einigen Jahren.

In meiner Funktion als Koordinator für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Düsseldorf habe ich mich zum Jahreswechsel 2005/6 an Diskussionen mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung beteiligt, die behauptet, dass entwicklungspolitische Bildungsarbeit Angelegenheit des Bundes sei. Deshalb lautet meine fast schon verzweifelte Frage, was kann man angesichts dieser Unwissenheit tun und was könnten Sie uns als Hilfestellung unabhängig von parteipolitischen Belangen geben, damit wir mit einer entsprechend autorisierten Antwort entgegentreten können?

Wortmeldung: Meine Frage passt gut zu der von meinem Vorredner angesprochenen Problematik. Die rechtliche Zuständigkeit für entwicklungspolitische Anliegen ist in Deutschland nicht hinlänglich geklärt, auch weil die Länder die rechtliche Zuständigkeit für die Kommunalverwaltung innehaben. Ich fand die Berichte über die Aktivitäten, die auf europäischer und UN-Ebene stattfinden und die dortige Stärkung der Selbstverwaltung, hoch interessant. Das Problem, was die deutschen Kommunen in Sachen kommunaler Entwicklungspolitik dürfen, ist nach wie vor ungelöst. Ich komme aus Bayern, dort gibt es Aufsichtsbehörden, die den Kommunen strikt verbieten, Projektunterstützungen



auch im Rahmen von internationalen Organisationen zu betreiben. Es wäre interessant zu erfahren, ob Ihre Organisation auf der nationalen Ebene im gesetzgeberischen Bereich eingreifen möchte.

Dr. Eberhard Neugebohrn: Ich bin bei der nordrhein-westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung tätig. Zur Entwicklungspolitik auf Landesebene: dies sieht meinem Erachten nach weniger negativ aus, als eben von Ladislav Ceki geschildert. Es gibt einige nach wie vor gültige Ministerpräsidentenbeschlüsse, die anerkennen, dass Länder auf dieser Ebene Aufgaben haben. Auch in Nordrhein-Westfalen ist diese Position mehrheitlich vertre-

ten, vor allem haben wir mit Minister Armin Laschet einen engagierten Entwicklungspolitiker. Ich komme zu meiner Frage: Sie haben sich zu Recht davon abgegrenzt, dass Sie keine Nichtregierungsorganisation sind. Was ich in Ihrem Vortrag ein wenig vermisst habe, ist die Darstellung, wie sich die kommunale Ebene in Bezug zur Zivilgesellschaft sieht. Sie haben oft betont, dass sie nah an der Bürgerschaft seien. Wir haben einen riesigen Schatz an zivilgesellschaftlichem Engagement in diesem Bereich. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist nicht nur eine Servicestelle für Kommunen sondern auch für Nichtregierungsorganisationen. Ich denke das Subsidiaritätsprinzip gilt auch im Verhältnis von Zivilgesellschaft zu jeder Staatsebene, auch zur kommunalen Ebene. Mich treibt um, wie wir die Zivilgesellschaft in die Lage versetzen können, ihre Arbeit gut zu tun und was können Kommunen dazu beitragen?

Dr. Klaus Wazlawik: Als Vertreter der Lokalen Agenda Treptow-Köpenick will ich Ihnen aus dem Leitbild 3 der beschlossenen und einstimmig von der Bezirksverordnetenversammlung gebilligten Lokalen Agenda 21 vorlesen: Der Bezirk Treptow-Köpenick verpflichtet sich, West-Ost und Nord-Süd-Partnerschaften einzugehen und mit denen zur Verfügung stehenden Ressourcen Entwicklungsprozesse solidarisch zu unterstützen. Steht dies in einer beschlossenen Lokalen Agenda haben Sie die Möglichkeit, mit der Zivilgesellschaft aktiv zu werden.

Dr. Heinrich Hoffschulte: Zum Thema Kommunalaufsicht wiederhole ich zwei Kernempfehlungen: Die erste hat mit der veränderten rechtlichen Situation zu tun, die durch die Charta des Europarates von 1985 bewirkt wurde, seit 1988 verbindliches staatliches Recht ist. Dort steht: ‚Die kommunalen Gebietskörperschaften sind berechtigt, im Rahmen der von Gesetz vorgegebenen Bedingungen mit den kommunalen Gebietskörperschaften anderer Staaten zusammenzuarbeiten.‘ Dies deckt zunächst nur die Verbandsarbeit und beispielsweise keine kommunalen Ausgaben für Investitionsprojekte in Entwicklungsländern ab. Doch Kooperationen, auch in Verbänden und zwischen einzelnen Kommunen weltweit sind Ihr gutes Recht.

Zweitens zur Thematik der Zivilgesellschaft. Ich hatte schon angesprochen, dass die Deckung der Bürgerschaft wesent-

lich ist. Nichtregierungsorganisationen sind ebenfalls Teil unserer Bürgerschaft. Die Zusammenarbeit von Rathaus und Zivilgesellschaft ist meinem Erachten nach sehr wichtig.

Am Anfang des RGREs ging es um Städtepartnerschaften in Deutschland und Frankreich, die von Experten und von den Rathäusern initiiert wurde. In und nach der Wende haben wir in Ost- und Westeuropa etwas völlig anderes erlebt, es wurden unzählige Partnerschaften gegründet, deren Initiative von privaten oder karitativen Initiativen, also der Bürgerschaft ausgingen.

Zu Treptow-Köpenick: Am Anfang hatten wir hier in der Tat große Schwierigkeiten, denn ich habe wenige Gemeinden erlebt, in denen die Kommunalaufsicht diesen Beschluss wegen Genehmigungsfähigkeit auf den Tisch bekommen hätte, da er nicht genehmigungspflichtig ist. Es handelt sich um eine praktische Tätigkeit, in der wir uns als Kommunalpolitiker um Wege bemühen müssen, nicht nach neuen Vorschriften rufen sollten. Wir sollten uns in unserem gegenseitigen Engagement stärken und keine zusätzlichen gesetzlichen Regelungen fordern.

Dr. Frank Claus: Vielen Dank, Herr Dr. Hoffschulte. Wolfgang Grätz, Referatsleiter Entwicklungspolitik der Hamburger Senatskanzlei möchte Ihnen vor der Kaffeepause noch etwas mitteilen.

Wolfgang Grätz: Als Vertreter der gastgebenden Stadt zeige ich Ihnen jetzt unser Präsent für die Referentinnen und Referenten, den Hamburger Stadtkaffee, der den Namen ‚Hamburger Fairmaster‘ trägt.



< Die Sortenmischung des Hamburger Fairmasters stammt aus Guatemala, Nicaragua und Mexiko. Der Fairmaster wurde dank einer privaten NRO-Initiative mit Unterstützung des Rathauses vor drei Jahren hier eingeführt.

**Father Smangaliso Mkhathshwa, Co-President
of the United Cities and Local Governments:**

Shaping globalisation with local authorities: Challenges to partnership and integration, The contribution of cities to the millennium development goals"

Dear Ladies and Gentlemen, I have been asked to speak on the contribution of cities to the Millennium Development Goals (MDGs). In doing so I will go beyond the obvious, which is that cities have an obligation to provide the services required for the MDGs to be realized. One should also highlight, even as early as now, that any discourse on MDGs should not assume homogeneity around the world. The reality of the historical development of our world is that the North is generally more developed than the South, a situation which means, from a MDGs point of view, local governments from the North are generally more concerned with maintaining levels and standards while their counterparts in the South are generally faced with the challenge of providing basic services. Where such services as water are taken for granted in the North in various parts of the South – notably Africa – they are still literally a matter of life and death.

Given that we are gathered here against the background of partnership and integration, I shall begin with a delineation of the context of our discourse and proceed to the need for a collaborative effort on the part of cities in dealing with the MDGs.

The MDGs, as we all know, centre on poverty, primary education, gender equality, child mortality, maternal health, combating diseases, environmental sustainability, and global partnership for development.

Over the past few years the MDGs have become a talking point, a household idea to a stage where they have almost become a mantra. In the process the world may have forgotten that these deliverables and targets were based on an empirical analysis of what, given the situation prevailing at the time of their formulation, was considered achievable. It must have been concluded then that from a human, financial, skills and other resources point of view, the countries of the world would be able to meet the set targets.



As we rightfully, however, consider the MDGs a central aspect of our discourse and practice of development, we would do well not to consider them as an end in themselves but rather a beginning of sustainable development in our villages, towns and cities. What 2015 – which is a target date for most of the MDGs – means, then, is that we would universally have some minimum levels of development from which the developing nations can move forward in pursuit of greater progress.

Cities are implicated in virtually all of the MDGs, a situation which tacitly suggests that without the contribution of cities it would be practically impossible to achieve the MDGs. The role of cities becomes particularly pronounced in a context where by next year 50% of the world's population will be living in cities.

In Africa, where the greatest challenge with regard to the attainment of MDG targets exists, 37% of the continent's population currently live in cities, and research reliably predicts that by 2030 that figure will have risen to between 51 and 54 percent. That massive urbanization takes place in a context where the continent is generally infrastructural ill-equipped and illprepared to cope. How our cities, then, are going to deal with the implications of this situation from an MDG point of view is a question someone must answer.

The question is compounded by the fact that, as we talk, 72% of urban populations in Africa live in slums and informal settlements – often in crowded conditions which result in various social and health aberrations which, in their turn, drain development budgets. Instead, then, of most African local authorities investing in the provision of basic services and infrastructure they are too busy responding to slum-related ills such as cholera, dysentery, TB, floods, food poisoning, and many more. They are therefore sidetracked from focusing on the primary interventions required, namely the provision of basics such as decent shelter, clean water, sanitation, electricity, health and education. In the process, instead of progress in the quest to meet the MDG deadlines, there is painful retrogression in a number of cities around the continent.

Cities broadly, and more especially in Africa, face the dichotomous situation where, on the one hand, per capita income increases with movement into cities, leading to the theory that development goes with urbanization while, on the other hand, the growth of cities can be accompanied by a concomitant growth in poverty as unbridled urbanization can result in slums. It is partly because of this phenomenon that, to meet current challenges, infrastructural development in the developing world requires 400 billion dollars a year.

Another contradiction of sorts is a situation where cities of the South need to ensure environmental sustainability in a context where the technology used is still rather crude and not sophisticated enough to ensure the clean emissions required for environmental preservation. Consider also a situation where poor communities have to rely, for example, on wood in when the preservation of trees is critical for clean air and the clash between development and ecological sensitivities becomes highly pronounced.

Despite all the challenges one has sketched thus far, there is an easy answer to the question of cities and their contribution to the MDGs, and it is the fact that simply by ensuring clean and adequate water supplies cities shall have addressed more than half of the MDGs. Both the UN Habitat and the World Bank have been at pains to emphasise the idea that water is an entry point to delivering on the MDGs.



Water is critical for the attainment of the poverty eradication, child mortality, maternal health, disease control and environmental sustainability MDGs. It is thus incumbent upon cities, as an integral part of their MDG agendas, to prioritise the provision of water.

Water is also critical for industry, and therefore investment. Over the last few years it has become evident that it is actually more investment rather than donor aid which drives the development of cities. Africa, in particular, has in the past forty years received 800 billion dollars in development aid, but has little to show for it. During the same period most of the Asian economies and their cities have evolved, through industry and economic investment, into what are enviously referred to as Asian Tigers.” Instructively, most of them are geared to meet, and exceed, the MDG targets.

It is clear, then, that economic investment is another sine qua non for cities to deliver on the MDGs. It is those cities with sound economic fundamentals in place – including basic water, electricity, communication and roads infrastructure – which are better geared to attract investors and, by extension, better equipped to meet their MDG delivery challenges. With business investment comes more revenue from rates and taxes which, in turn, lead to the provision of even more basic services like water and sanitation and infrastructure such as telecommunications. This in its turn makes our cities more attractive as residential and invest-

ment destinations. In the process we see a welcome break from the vicious cycle of underdevelopment to a virtuous circle of development.

Related to the local economic development of cities is information and communication technology. The Bilbao information society conference highlighted the importance of ICT in local economic development – something without which, as already averred, the MDGs cannot be realized. It is no accident that the very Asian economies which have set a trend in development over the last four decades have done so on the back of strong growth in information and communication technology. Conversely, Sub-Saharan Africa, which is the weakest region in the world as far as ICT is concerned, is also the least economically developed.

It has been said that according to the World Bank, slow growth in Sub-Saharan Africa has meant increases in both the poverty rate and the number of the poor in the 1990s, leaving it as the region with the largest proportion of people living below \$1 a day. Forecasts anticipate per capita growth averaging 1.6 percent over the 2006 to 2015 period – a reversal of the region's longterm decline. But even this is far short of the growth needed to reduce poverty to half the 1990 level. In fact, the number of poor people is expected to raise from 313 million in 2001 to 340 million people by 2015.

It has also been noted, and reported, that some of the countries in the region have, however, made progress. Uganda and Ghana, for example, have sustained remarkable growth and achieved some progress in poverty reduction and other MDGs. A recent survey indicates that Cameroon is also making some progress towards achieving the poverty target. In other developments efforts to achieve education for all in many African countries have resulted in significant enrolment increases at the primary level, a situation which is pressurising governments to expand secondary education.

Another critical determinant of the readiness of cities to realise the MDGs is the extent to which their countries are equipped to deal with health challenges. It has been found, for example, that African countries – mostly above the

Sahara – best geared to achieve the MDGs also have strong health sectors. What this means, effectively, is that as a country makes progress on the health MDGs, it actually amplifies its chances for success where the other goals are concerned.

The sum total of the points I have made thus far, ladies and gentlemen, is that the capacity of cities to deliver on their MDG mandates depends largely on the extent to which they are economically developed. Given that state of affairs, it becomes clear that the economically depressed cities – most of who are in the South and mainly Africa – are not in a position to meet MDG targets. A pertinent question which arises is how cities can collaborate to ensure that not only the developed ones but also their developing counterparts are in a position to deliver on the MDGs.

The answer, for me, lies in partnerships in city to city cooperation in the sharing of information and knowledge in the exchange of best practices in partnerships between the public and the private sectors in the involvement of local communities in mutual capacity building and technical advice in advocating decentralization and relevant funding in promoting sound corporate governance – including accountability, responsibility, transparency, and non-corruption in twinning arrangements and in networks and alliances. What one is saying, ladies and gentlemen, is that cities should make a concerted effort to speak with one voice in support of a framework applicable to all for the attainment of the MDGs. It is important for cities to articulate a common vision to national governments, regional bodies and the United Nations on the kind of basic and minimum support each city should be given to meet the MDG targets.

It is this unity and partnership – with the sharing that it implies – which the United Cities and Local Governments of Africa (UCLGA) has identified as a critical requirement for Africa's local governments to be able to meet the challenges occasioned by the MDGs.

Thanks to globalisation, the principle of international relations is a reality none of us can run away from. Our challenge is to translate it, at the level of our cities, into a vehicle for a shared delivery of the MDGs. We are saying, then,

that in the discourse on, and the struggle to meet, the MDGs, international relations must not be for their own sake but for tangible needs and results, as well as mutual benefits. An example is a situation where the environmental degradation resulting from non-development in the South has implications also for the North in terms of climate change and global warming, thus posing a long-term threat even to the North.

It is in the interests of the North, then, to ensure that resources are mobilized, knowledge shared and skills exchanged for the South to be equipped to meet its MDG targets, for Southern development is Northern development too also considering that development minimizes conflicts, promotes democracy, and therefore limits unbridled economic emigration and uncontrollable immigration.

The test we face is whether our definition of international relations is in the interests of achieving MDGs or not. If it is, then we have to acknowledge the fact that some countries – mostly in the South – are not in a position to achieve the MDGs on their own, and that they therefore require the support and partnership of their counterparts – mainly in the North – as well as of international donors, funders and

development institutions. The thinking here is that the challenges faced by the cities of the world are of such a magnitude that peer support and partnerships are critical if they are to be managed and overcome.

In conclusion, ladies and gentlemen, one must reiterate points which may have been suggested rather than explicitly stated in one's presentation thus far.

The first one is that cities are the locus of development, and they bear the brunt of the challenges relating to the attainment of the MDGs. The second one is that without adequate support from national governments, regional bodies and the UN, cities will not be in a position to deliver on their mandates with regard to the MDGs. Without the empowerment of cities MDGs will not be realized, especially in Africa. The third and final one is that the international collaboration of cities is crucial for the MDGs to be achieved worldwide and not only in pockets of the North and the developed world.

On that note, allow me please to pause and thank you all.

> Fragen

Wortmeldung: Sie haben zu Recht gesagt, dass die Staaten gestärkt werden müssen. Dies könnte auch durch eine vermehrte steuerliche Gerechtigkeit, z.B. die offizielle Verbuchung der Gelder der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Auch der infrastrukturelle Aufbau in ländlichen Gebieten kann zur Verminderung der Landflucht beitragen.

Father Smangaliso Mkhathshwa: I agree absolutely to your comment.

Gunther Hilliges: Father Mkhathshwa, I like to make one comment and one question. The comment concerns the importance of solidarity. You have mentioned 800 Billion of aid. It is a very typical argument in our northern hemisphere



to ask: What have they done with all this aid?”, and then to state: Obviously they are unable...” We need to concentrate in the MDGs campaign on the 8.th chapter which demands from the industrialized world a global partnership. Until we don't stop subsidies for our farmers, until we don't open our market for your products there is no global partnership. So we should try to use the MDG campaign to overcome the traditional charity feeling of the rich towards the south. We should also demand - with your voice even more convincing – to stop the exploitation of the south. You are not only aid receiver you are first of all exploited.

Until we haven't achieved the 8th chapter of the MDGs, the global partnership, which is in particular a challenge for the north, there is no chance. That is my strong felt necessary comment.

My questions are: We have been quite impressed in the last six years about the African Cities Movement there have been conferences with about 2000 mayors dealing with sustainable development at the local level. I am very interested to learn how MDGs in your African Cities Conferences have taken an important role? How can we link your network with our European Cities network? That could be a step forward to make the grassroots movement of cities an important point to achieve the MDGs. Thank you.

Father Smangaliso Mkhathshwa: I agree absolutely to your comment. One of the reasons why the 800 Billions US-Dollars probably achieved a little development is the fact, that a lot of the aid was incidentally based like the floods in Mozambique where thousands of people needed to be rescued likewise the tsunami in Asia. You have to assist those people in fighting against disaster, human problems and emergencies. The process was always the same: We had for instance an outbreak of disease like Malaria, HIV or Diabetes or a famine and then millions of dollars aid had been given to help the people. This help must be continued but there was very little element of empowerment of the people with the result that the relationship of dependency is continued. We need to change that paradigm all together now. Not long ago we had a meeting of the UCLGA there we postulate a 20 year development plan which addresses precisely this challenge.

Let me share a respond with you, when I asked a former president of certain African country about the 800 Billion US-Dollars. He answered: Yes, I can give you one of the contributory reasons and effects. Talking for instance about the United States of America's help: If they give you a donation of millions of Dollars they employ Americans to implement the program. So the half of the donated amount goes back to the USA and therefore the empowerment of the local people continues to suffer and you don't overcome poverty.

Now with regard to your question concerning the African Cities Movement: What are the cities planning to do, what can we do as African Cities to invite European, Asian and American partners to become more involved? Most of the time in a conference you tend to debate and to create conceptions but also to share valuable experiences and to know each other which is very important. In Nairobi we took the decision that in future all the African Summits will be organised by the UCLGA. The UCLGA already agreed that we need to map out a new direction: from on the next African Summit all our partners are asked to report of what they have done and achieved and not longer to talk about discussions and concepts. Thank you for your attention.



**Michael Marwede, Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt/InWEnt gGmbH:**

*Deutsche Kommunen als Akteure der Entwicklungs-
zusammenarbeit: Ergebnisse der Umfrage 2006*

Sehr geehrte Damen und Herren, wie gelingt es zu so später Stunde, nach Diskussionen und Vorträgen Aufmerksamkeit zu erzeugen? Dies war Ausgangspunkt meiner Überlegungen, um Ihnen Evaluationsergebnisse, vordergründig eine Kumulierung von Zahlen, in ansprechender Form zu präsentieren. Deshalb sind es meine Anliegen, Ihnen die Bedeutung der nachfolgenden Evaluationsergebnisse und zugleich auch den Spaß zu vermitteln, den der Umgang mit Zahlen machen kann.

Was sind eigentlich Zahlen? Wie relativ sind Zahlen? Was sind Zielgruppen? Wie erreiche ich Zielgruppen? Sie alle kennen das! ARD, ZDF, auch Premiere und Arte suchen Zuschauer - aber nicht jeden, denn es gibt darunter auch die, die nicht bezahlen... Es gucken aber auch viele Ältere oder viele der konsumfreudigen Zielgruppe, für die die Wirtschaft Werbung macht und zahlt. Alle wollen wissen, wer wir sind, deshalb landen wir in Kategorien, oft ohne gefragt zu werden. Sie sind ‚Fernseh-Dinosaurier‘ weil Sie ARD sehen oder Senioren weil wir ZDF gucken oder hip oder dumm weil wir neun live Fan sind oder Snob wenn wir Arte präferieren. Auch Sie sind in Kategorien erfasst: Sie sind Teilnehmer, Mann, Frau, Kommune, NRO...

Das andere, das ich hiermit vermitteln möchte, ist, dass Sie uns als Zielgruppe sehr am Herzen liegen. Und da Wissen eben Spaß macht, befragen wir Sie. Wir wollen mit diesem Wissen Kunden gewinnen - auch die, die nicht bezahlt haben - und wir wollen gemeinsam entwicklungspolitische Arbeit gestalten.

Warum fragen wir eigentlich? Wir haben im Jahre 2002, im ersten Jahr der Servicestelle, die erste bundesweite Umfrage durchgeführt. Kommunen und Nichtregierungsorganisationen wurden gleichermaßen befragt. Deswegen war es jetzt geboten, nachzuschauen, wo wir und unsere Themen sich befinden, wohin sich das ein oder andere Themenfeld entwickelt hat. Denn das, was im Focus ist – hier wieder die Parallele zum Medium Fernsehen – gibt im-



mer auch eine Form der Kundenorientierung vor. Auch wir wollen unser Programm weiterentwickeln und an das anpassen, was Ihnen wichtig ist. Daraus definieren wir unsere Handlungsfelder.

Wenn man eine Umfrage macht, muss diese sich auch technisch einfügen, d.h. es folgen ein paar reale Zahlen. Wir haben fast zwei Monate lang unsere Befragung durchgeführt, etwas länger als im Jahre 2002. Unsere Kernorganisationen haben die Umfrage mitgetragen, die Kommunalen Spitzenverbände und die Dachorganisation der Nichtregierungsorganisationen in Deutschland.

Erstmals hatten wir unseren Fragebogen auch online gestellt und die Ergebnisse werden Sie baldmöglichst in unserer Schriftenreihe nachlesen können. Zudem, was nun folgt, muss ich am Anfang feststellen, dass es sich hier nur um eine Auswahl handelt. Ich kann Ihnen an dieser Stelle nicht alle Zahlen präsentieren - dies würden Sie nicht durchstehen...

Ich baue die Fragen in Blöcken zusammen.

Wir haben Sie um allgemeine Informationen gebeten, damit wir erfahren, wer Sie sind. Wir haben Ihnen Fragen zu den Eine Welt Themen gestellt, um zu wissen, wie sie arbeiten. Wir haben Sie nach Strukturfragen gefragt, damit wir lernen, womit Sie eigentlich arbeiten und wir haben Sie auch erstmals gefragt, wie Sie eigentlich uns finden. Zum Schluss werde ich noch einmal zum Fernsehen zurückkehren.

Wie Sie sind. Allgemeine Informationen

Zu den Ergebnissen: Wir hatten eine 10%-Rücklaufquote, das ist nicht ganz so viel wie 2002. Ich kann Ihnen das nicht hinlänglich erklären, denn es gibt ungeheuer viele Möglichkeiten, warum wir dieses Jahr nicht so viele Rückläufe hatten oder warum es 2002 so viele waren. Denn im Gegensatz zu diesem Jahr wurden wir im Jahre 2002 sehr stark mit Fragen konfrontiert, mit dem Tenor, wer denn die Servicestelle wohl sei.

Sehr schön im Vergleich zu 2002 ist das Verhältnis unserer beiden Zielgruppen, der Nichtregierungsorganisationen und den Kommunen. Der Rücklauf aus diesen Zielgruppen liegt ausgewogen bei 50 zu 50. 2002 gab es hier eine größere Schiefelage, die Vergleiche erschwerte. Jetzt sind Vergleiche zwischen den beiden Zielgruppen leichter möglich und rein statistisch waren 44% der jetzigen Antwortgeber auch 2002 dabei. Viele Fragebogen kamen aus den starken Bundesländern wie NRW, nur wenige aus den neuen Ländern.

Der nächste Bereich, zu dem wir Sie auch beim ersten Mal befragt haben, war eine Hitliste mit Themen vor Ort, die sie für besonders wichtig halten. Wir haben sieben vorgegeben, sie durften auch nur sieben auswählen. Das erste hat nichts mit Eine Welt zu tun, vielleicht mit Globalisierung, denn es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen als Hauptfokus. Das Thema Förderung von Kindern und Jugendlichen schließt an, danach geht es um zukünftige Stadtentwicklung, den demographischen Wandel und Integration und Migration folgen. Der Ressourcenschutz folgt ziemlich weit abgeschlagen, dann die Bürgerbeteiligung. Ich muss hinzufügen, dass es sich hier nicht um eine vollständige Liste handelt, zudem gab es auch keine Möglichkeit fünf Bestnoten zu verteilen.

Eine Welt scheint meistens Männersache zu sein (59%). Ein Grund mag sein, dass sie das Thema für Chefsache halten, denn die Antworten kamen meistens über die Leitung dieser Organisationen, die Hälfte waren Chefs der Organisationen und Vereine, die uns geantwortet haben. Da besteht noch Handlungsbedarf. Der andere Grund kann darin bestehen, dass es meistens so genannte ‚alte Hasen‘ sind,

die das Thema bearbeiten, die also schon seit 15 Jahren in diesem Tätigkeitsfeld aktiv sind. Diese Erkenntnis kann auch beunruhigend sein...

80% von denen, die uns antworteten, haben einen Agenda 21-Beschluss vor Ort. Davon sind 13% immerhin zum Thema fairen und sozialen Beschaffungswesen und 8% bereits für Partnerschaften nach dem Tsunami.

Zu den Partnerschaften im Süden ein kleiner Schlenker: Es gibt einen Unterschied, wo diese Partnerschaften im Schwerpunkt liegen. Projektpartnerschaften z.B. befinden sich zu 37% in Afrika, Städtepartnerschaften hingegen finden zu 49% in Europa statt und Schulpartnerschaften bestehen immerhin zu 45% in Afrika.

Wie Sie arbeiten. Antworten zur Eine-Welt-Arbeit

Ein anderes Thema: Was sind die gemeldeten ‚Topthemen‘, mit denen sie sich im Bereich eine Welt vor Ort beschäftigen? Das sind der faire Handel, die politische Bildung und die Nachhaltigkeit. Felder, die auch von staatlichen Organisationen gefördert und gewünscht sind, und faire Städtekafees sind natürlich auch Bestandteil des fairen Handels. Die Aufsteiger im Vergleich zu 2002 sind die Themen Migration und Integration und die Millennium Development Goals, kurz MDGs. Die MDGs waren zum Zeitpunkt der ersten Befragung noch nicht so ein prominentes Thema wie dies zum jetzigen Zeitpunkt der Fall ist.

Wer im Rathaus der Schirmherr ist, wissen knapp 80% der Leute, die uns geantwortet haben. Dies sind laut Aussage die Oberbürgermeister und Landräte. Etwas bedauerlich ist, dass 22% der Leute überhaupt keine Idee haben, wer vor Ort das Themenfeld zentral vertritt.

Womit Sie arbeiten. Antworten zur Struktur der Arbeit.

Sie arbeiten vor Ort kommunikativ – nicht nur auf solchen Konferenzen. Wie Sie sehen, haben mehr als die Hälfte im Fragebogen angekreuzt, dass sie alles transparent kommunizieren. Im Bereich der Nichtregierungsorganisationen ist dies allerdings nicht ganz so zufrieden stellend wie in den Rathäusern.

Die Top-Kooperationspartner vor Ort sind die Kirchen, die Eine Welt - Vereine – das wundert bei einem Eine Welt Thema niemanden – sowie drittens die Schulen und die Raritäten-Partner sind Sport- und Schützenvereine und Supermärkte, sie folgen weit abgeschlagen, was eigentlich schade ist.

Die Top drei der Geldquellen sind Spendenmittel, kommunale Haushaltsmittel und Bundesländermittel. Die Aufsteiger sind in diesem Fall Kirchenmittel, da gibt es einen Zuwachs von 10%. Bei Stiftungen beläuft er sich auf 7%. D.h. nicht, dass es 10% mehr Geld für die Realisierung der Projekte gab, sondern dass die Aufteilung unter den Geldgebern sich verschoben hat, denn die Kommunen und der Bund haben weniger Geld zur Verfügung gestellt. Dafür haben Kirchen und Stiftungen eine höhere Repräsentanz als Mittelgeber.

Was Ihnen die Arbeit vor Ort erschwert, hat sich gegenüber 2002 in keiner Art und Weise geändert: Es gibt einfach zu wenig Mitarbeiter, die bezahlt werden. Es gibt zu wenig Geld, um das zu machen, was man eigentlich machen möchte. Und meistens interessiert es zu wenige Leute. Auch wird moniert, dass die Bürgerbeteiligung wenig überwältigend ist, wie schon erwähnt, war das auch in 2002 die Hitliste.

Wie Sie die Servicestelle sehen. Ihre Antworten zu uns

Damit komme ich jetzt schon zum letzten Block, da geht es dann um die Servicestelle. Man kann feststellen, dass uns rund 70% der Leute geantwortet haben, die uns vorher schon kannten. Das ist, wenn man diejenigen anschreibt, die man kennt, nicht so verwunderlich. Allerdings kann festgestellt werden, dass rund die Hälfte der Briefe aus Verteilern kamen, die nicht unsere waren. Insoweit ist dies ein erfreulicher Wert. Der andere positive Aspekt wird in der guten Mischung unserer Zielgruppe deutlich. Die Hälfte der Rücksender sagt, sie seien auf uns zugekommen – die nenne ich die Aktiven, die die uns etwas fragen – und die Passiven, das sind diejenigen, die wir angesprochen haben: Sie machen da so ein Projekt habe ich gehört. Können sie mir das näher erläutern?



Weiterhin positiv ist die Tatsache, dass rund 40% die Mitarbeiter der Servicestelle persönlich kennen, d.h. dass wir eine gewisse Repräsentanz nicht nur bei solchen Veranstaltungen haben, sondern auch bei unseren Beratungen vor Ort.

Mit sehr hohen Werten von 90-98% der Leute, die uns geantwortet haben, schneiden wir bei Ihnen als Kunden als freundlich, verlässlich, kooperativ, partizipativ, neutral und fachlich kompetent ab.

Es gibt drei Schwerpunkte, an denen man arbeiten muss, die weniger gut ausfallen: 9% halten uns für voreingenommen, 10% für teuer und 17% für dominant. Zum Themenfeld teuer würde ich gerne bemerken: Wenn wir zu Ihnen kommen, müssen sie das nicht zahlen.

Mit welchen Themenfeldern werden wir denn identifiziert? Es gab eine geschlossene Liste, bei der die Themenfelder, die Sie kennen und Sie mit der Servicestelle in Zusammenhang bringen, angekreuzt werden konnten. Da landen unsere Eine Welt Nachrichten, der Newsletter, der einmal im Monat erscheint, auf dem ersten Platz. Bei der anderen Frage haben immerhin 70% gesagt, dass sie den Newsletter auch kennen. Das nächste Themenfeld ist der faire Handel, dann kommt das faire Beschaffungswesen der Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels und dann die Partnerschaftsvermittlung und die Tsunamiarbeit. Sie sehen einen gewissen Zusammenhang zwischen den Themenfel-

dern, die die Gruppen vor Ort bearbeiten und den Themenfeldern mit denen sie uns identifizieren. Das finde ich generell sehr gut nach vier Jahren der Arbeit. Wir haben offensichtlich nicht an Ihnen vorbei gearbeitet.

Zum Schluss

Zum Schluss noch ein bisschen Fernsehen. Ich weise darauf hin, dass wir das alles dokumentieren werden. Ich stehe gerne zu Verfügung, wenn sie das Dargestellte diskutieren möchten – das gehört zum partizipativen kooperativen Anteil unseres Arbeitsverständnisses. Wenn sie gezielte Fragestellungen haben, die sie loswerden möchten, dann bin ich dafür sehr offen und werde diese auch beantworten.

Das andere ist natürlich ein gewisses Maß an Stolz. Wir freuen uns über die Rücklaufquote, Ihr Urteil uns gegenüber. Und meins ist: Danke schön.

> Fragen

Wortmeldung: Ich habe eine ganz banale Frage: Wie viel bedeuten die von Ihnen genannten 10% in konkreten Zahlen?

Michael Marwede: Das waren in diesem Falle 280.

Prof. Dr. Franz Nuscheler, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden:

Armut – Migration – Integration und die Auswirkungen der internationalen Migration auf die Kommunen

Migration ist ein komplexes Problem, das vielschichtige Ursachen hat und sich auf mehreren Ebenen abspielt. Es hat seinen Ursprung in der ungleichen und konfliktreichen Entwicklung der Weltgesellschaft und stellt die Staaten- und Gesellschaftswelt vor große Herausforderungen, weil Migration des Fremden allenthalben als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wird.

Internationale Migration hat am Ende einer komplexen Wirkungskette auch erhebliche Auswirkungen auf die kommunalen Lebensräume. Dort begegnen sich In- und Ausländer hautnah und beide müssen das Miteinander lernen, damit aus dem Nebeneinander kein Gegeneinander wird.

In einem kurzen Beitrag können nur skizzenhaft Antworten gefunden werden, warum Menschen in großen Zahlen – sei es freiwillig oder durch widrige Umstände gezwungen – ihre Heimatgebiete verlassen, sich auf eine häufig risikoreiche oder gar lebensgefährliche Wanderschaft über Staatsgrenzen, Meere und Kontinente hinweg begeben, und am Ende selten dort willkommen sind, wo sie ankommen. Wir haben es mit einer Vielzahl von Exit-Motiven, Migrationsformen, Wanderungswegen, rechtlichen Statuspositionen und Interessenlagen der Aufnahmeländer zu tun.

Der Bund macht unter Mitwirkung der Bundesländer Ausländer- und Asylgesetze, aber die Kommunen haben es mit den existentiellen Problemen der Zuwanderer zu tun. Hier, wo die Zuwanderer mit einem unterschiedlichen Rechtsstatus leben, entscheidet sich, ob die Integration gelingt oder misslingt – und sie ist bisher weitgehend misslungen. Die Ausländerpolitik wurde vorwiegend als Ordnungs- und Gefahrenabwehrpolitik und nicht als Integrations- und Gesellschaftspolitik verstanden und gehandhabt.

Worum geht es eigentlich?

Verwirrung von Begriffen und Zahlen

Vorweg ist eine begriffliche Klärung notwendig. Deutsch-



land hat die seit vielen Jahren niedrigste Zuwanderung zu verkraften, weil sowohl die Zahl der Asylbewerber als auch die Zahl der Aussiedler auf minimale Größen gesunken sind. Der Großteil der fälschlicherweise Zuwanderung genannten Einwanderung findet durch die Reproduktion der bereits Eingewanderten und durch den Familiennachzug statt. Wir haben sogar eine negative Wanderungsbilanz, d. h. es wandern mehr Menschen aus als ein. Dabei stellt allerdings die Grauzone der illegalen Zuwanderung amtliche Statistiken in Frage.

Wir haben es also im Kern und in den Kommunen vorwiegend um schon länger hier lebende Inländer mit Migrationshintergrund und nicht um neue Zuwanderer zu tun. Aufgrund der Verengung der legalen Zugangswege wächst allerdings die Zahl der Illegalen bzw. auf irregulären Wegen Zugewanderten, die ebenfalls in den Kommunen häufig jahrelang unter prekären Lebensbedingungen zu überleben versuchen.

Weltweit bildet diese sog. irreguläre Migration ohne legalisierende Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse (die sog. undocumented migration) das eigentliche Problem, weil die Mehrheit der von der IOM (International Organization for Migration) auf rund 200 Mio. geschätzten MigrantInnen zu dieser Gruppe gehört. Darunter befinden sich auch

Millionen Opfer des internationalen Frauenhandels, die sich hinter dem Sammelbegriff der Feminisierung der Migration verbergen. Viele von ihnen landen schutzlos, wie eine Ware gehandelt und behandelt, in den kommunalen Rotlichtbezirken. Die Kommunen haben hier nicht nur polizeiliche Ordnungsfunktionen, sondern auch menschenrechtliche Schutzfunktionen.

Das vom UNHCR behandelte Flüchtlingsproblem im engeren Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bildet dagegen für die OECD-Länder nur noch ein Randproblem, allerdings nicht für die Nachbarländer von Kriegsgebieten und schon gar nicht für die Millionen von Binnenflüchtlingen (displaced persons), die im Kongo oder in Darfur vor mörderischen Milizen auf der Flucht sind. Die OECD-Länder finanzieren den UNHCR, damit das Weltflüchtlingsproblem, das in den 80er Jahren im Gefolge vieler Bürgerkriege virulent war, weitgehend regionalisiert werden konnte.

Wir haben es heute nicht so sehr mit der Flucht vor Krieg und Terror, sondern mit der Flucht vor Not, Hoffnungslosigkeit und zunehmend auch vor Umweltkrisen zu tun, also – nach einer neuen Sprachregelung der UN – mit Bedrohungen der menschlichen Sicherheit (human security). Nach Erkenntnissen der UNU (United Nations University) übersteigt die Zahl der Umweltflüchtlinge bereits die Zahl der Kriegsflüchtlinge – und sie wird im Gefolge des Klimawandels weiter steigen und zumindest teilweise an den Grenzen der Wohlstandinseln ankommen. Die UNU prognostizierte schon für das Jahr 2010 rund 50 Mio. Umweltflüchtlinge.

Verzerrte Wahrnehmungen des internationalen Migrationsgeschehens

Unsere Bilder und Wahrnehmungen des nationalen und internationalen Migrationsgeschehens sind einerseits vom dramatischen Geschehen an den Südgrenzen Europas, andererseits von städtischen Problemzonen à la Kreuzberg in Berlin, Billstedt in Hamburg oder Marxloh in Duisburg geprägt. Hier ist das Misslingen von Integration alltäglich erfahrbar und wurde zu einem brisanten kommunalpolitischen Problem. Ich werde also im ersten Teil – notwendigerweise skizzenhaft – auf das internationale Migrationsge-

schehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts und im zweiten Teil auf dessen Auswirkungen auf die Kommunen eingehen. Ich werde auch zeigen, dass die Aktualität des internationalen Migrationsgeschehens, das auch hierzulande allerlei Ängste erzeugt, die Kommunen nur marginal berührt, weil sie vor allem mit Hypotheken der misslungenen Integration früherer Migrantengenerationen konfrontiert sind.

Die Welt ist in Bewegung – und die Globalisierung erleichtert und beschleunigt diese Bewegung. Aber diese Bewegung ist nicht neu, weil die moderne Welt – nicht nur die neue Welt in Amerika – maßgeblich durch die globale Migration geprägt wurde. Die Weltgeschichte ist eine Migrationsgeschichte, die erst durch die Entstehung von Staaten mit territorialen Herrschaftsansprüchen an Grenzen stieß. Ein Migrationsforscher (Thomas Faist) stellte sogar die überraschende Frage Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten? Seine Behauptung, das 20. Jahrhundert habe entgegen landläufigen Horrorszenerarien nicht das Migrationsvolumen des 19. Jahrhunderts erreicht, wird allerdings nur durch den präzisierenden Zusatz im Falle von sog. freiwilligen Migranten (wie den europäischen Auswanderern in alle Welt) verständlich. Kennzeichnend für das zu Ende gegangene Jahrhundert der Flüchtlinge war aber gerade die Unfreiwilligkeit der Migration, die Flucht von anderen Migrationsformen unterscheidet.

Diese von Armut und Hoffnungslosigkeit angetriebene Unfreiwilligkeit, für die wir den pauschalisierenden und stigmatisierenden Sammelbegriff der Wirtschaftsflucht erfunden haben, bleibt auch im beginnenden 21. Jahrhundert die wichtigste Schubkraft für Migration, die mangels legaler Migrationspfade größtenteils von Schleppern organisiert wird. Vordergründig haben sich die Schub- und Sogfaktoren (push- und pull-Faktoren) der Migration in Geschichte und Gegenwart nicht wesentlich verändert:

Es waren und sind auf der Herkunftsseite der Bevölkerungsdruck und das unzureichende Erwerbsangebot, die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen und nicht selten auch politische Repression, auf der anderen Seite das Angebot besserer Lebensbedingungen und menschlicher Sicherheit. Was den Auswanderern aus Europa als rational

choice und Bereitschaft zum Risiko zugebilligt wurde, sollte heute den Migranten aus Afrika nicht verweigert werden. Der gravierende Unterschied zwischen damals und heute liegt in den Größenordnungen und in der Verengung der Flucht- und Migrationsräume, aber auch in Ängsten der potenziellen Gastländer vor dem Verlust von kulturellen Identitäten, sozialer Integration und politischer Stabilität.

Die mediale Berichterstattung und politischen Diskussionen über die Welt in Bewegung erzeugen allerdings auch einen falschen Eindruck, der für Abwehrhaltungen herhalten muss: dass die OECD-Welt und im besonderen Europa im Fadenkreuz von massenhaften Migrationsströmen aus allen Himmelsrichtungen liegt. Die große Mehrheit der Migrantinnen und Migranten, nicht nur der Flüchtlinge, ist innerhalb des Südens unterwegs, nämlich dorthin, wo es Arbeit gibt oder bessere Lebensbedingungen erhofft werden. Überall sind Grenzräume und städtische Slums auch Migrationsräume.

Es kostet viel Geld für Schlepperorganisationen, das sich die Ärmsten der Armen gar nicht leisten können, um auf irgendwelchen Schleichwegen oder auf seeuntüchtigen Booten in den Schengen-Raum zu gelangen. Die Schlepperdienste vom subsaharischen Afrika nach Europa kosten 4.000 bis 6.000 Euro, also eine Summe, die nur ganze Familienverbände aufbringen können, die dann auf reichliche Geldüberweisungen aus dem vermeintlichen Paradies Europa hoffen. Es gehört aber nicht nur viel Geld, sondern auch viel Risikobereitschaft bis zur Todesverachtung dazu, um ein solches Wagnis mit unsicherem Ausgang einzugehen.

Förderung statt Verhinderung der Migration?

Aus Afrika kommt auf legalen Wegen nach Europa nur durch, wer hier gebraucht wird – nach der Maxime des bayerischen Innenministers: Kommen darf, wen wir brauchen können, nicht wer uns brauchen kann: also gut ausgebildete Ärzte, Krankenschwestern oder Ingenieure, die dann zu Hause als dringend benötigte Entwicklungsressource fehlen. Aber es ist offensichtlich auch so, was die Theorie der dualen Arbeitsmärkte behauptet: dass die OECD-Länder entgegen aller amtlichen Rhetorik auch einen

Bedarf an illegaler Beschäftigung haben, die als billige und jederzeit disponible Reservearmee auf Plantagen, Baustellen und in der Gastronomie teure einheimische Arbeitskräfte ersetzen kann. Migrationsforscher sprechen hier von den neuen Heloten der internationalen Arbeitsteilung: rechtlose und deshalb ausbeutbare Illegale und Opfer des von Syndikaten organisierten Frauenhandels. Und sie klagen eine Heuchelei an, die öffentlich beklagt, was sie stillschweigend toleriert.

Die aktuelle entwicklungspolitische Diskussion über den Brain Gain, der in Gestalt von Geldüberweisungen den Herkunftsländern von legalen oder illegalen ArbeitsmigrantInnen mehr Devisen einbringt und mehr zur zielgerichteten Armutsbekämpfung beiträgt als alle Entwicklungshilfe, kann jedoch die Klage von Entwicklungsorganisationen über den Brain Drain, also über den Verlust von Humankapital, nicht entkräften. Diese Überweisungen machen zwar den drei- bis vierfachen Umfang der ODA aus und können damit auch den Migrationsdruck entschärfen. Aber die logisch erscheinende Folgerung, die vor kurzem ein Leitartikel in der Welt zog, dass die Migration sogar gefördert werden sollte, um die Ursachen der Armutsmigration zu beheben, löste bei Innenministern helles Entsetzen aus.

Der jüngste Vorschlag des deutschen und französischen Innenministers, durch eine zirkuläre Migration, der für einige Jahre eine Einwanderungs- und Arbeitserlaubnis vorsieht, um Geld und Wissen für die Zeit nach der Rückkehr sammeln zu können, war durchaus diskussionswürdig, stieß aber in den Ländern (besonders in Bayern) sofort auf Ablehnung. Es ist in Deutschland schon schwer, statt auf sture Abwehr auch auf vernünftige Problemlösungen zu setzen. Dennoch zeichnet sich in der EU-Migrationspolitik schrittweise ein Strategiewechsel ab. Es ist schwierig, aber nicht völlig unmöglich, die internationale Migration so zu organisieren und zu steuern, dass sowohl für die Herkunfts- und Zielländer als auch für die MigrantInnen selbst eine win-win-Situation entstünde.

Prognosen für die Zukunft

Migrations- und Entwicklungsforscher sagen für die nächste Zukunft die folgenden Tendenzen im weltweiten

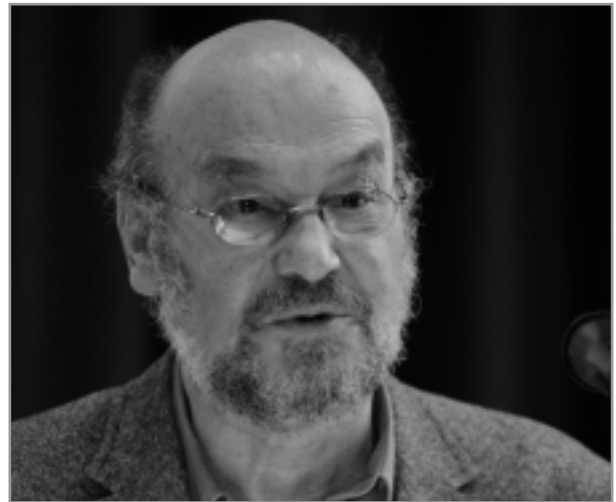
Migrationsgeschehen voraus:

1. eine weitere Globalisierung der Migration, d. h. die Einbeziehung von immer mehr Staaten als Herkunfts- und Zielländer in das Migrationsgeschehen
2. eine weitere Zunahme der Migration aufgrund der Verschärfung ihrer Schubfaktoren, vor allem in Gestalt der ungesteuerten irregulären Migration
3. eine Militarisierung der Abwehrversuche, wie sie bereits im Mittelmeer, am Rio Grande zwischen den USA und Mexiko oder an den Grenzen der fernöstlichen Wohlstandsinseln stattfindet.

Das hohe Bevölkerungswachstum, das in den ärmsten Ländern Afrikas am höchsten ist, und die Überforderung dieser armen Gesellschaften, den hohen Anteil von jungen Menschen produktiv zu absorbieren, wird den Migrationsdruck aus dem subsaharischen Afrika verstärken. Die junge Altersstruktur erzeugt eine demographische Eigendynamik und gerade die arbeitslosen Schul- und Hochschulabgänger bilden das größte Migrationspotenzial.

Viele Skeptiker gehen deshalb davon aus, dass Hoffnungen auf eine Erfolg versprechende Prävention mittels Entwicklungspolitik und Verwirklichung der MDGs trügerisch seien und nur von rechtzeitigen Einsichten in das Unvermeidliche ablenken: nämlich der militärischen Absicherung der Festung Europa. Sie findet bereits statt, darf uns dennoch nicht von der Einsicht befreien, dass das Migrationsproblem mittel- und langfristig nur durch die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern, durch Eindämmung der Umweltzerstörung und durch eine friedenspolitische Absicherung des Bleiberechts entschärft werden kann.

Außerdem sollte Europa wieder mehr legale Zugangswege öffnen. Darauf zielte auch der leider schnell zerzauste Vorschlag des deutschen und französischen Innenministers für eine zirkuläre Migration ab, der auch vernünftige Forderungen der International Commission on Migration aufgriff. Hier war die migrationspolitische Querdenkerin Rita Süßmuth Mitglied, die mit ihrem Kommissionsbericht zur Zuwanderung die Debatten über das deutsche Zuwanderungsgesetz erheblich beeinflusste. Nur so könnte auch den Schlepperorganisationen das lukrative Geschäft



ein wenig verdorben und vielen Migranten nicht nur eine lebensgefährliche Odyssee, sondern auch ein prekäres Leben in der Illegalität erspart werden. Die zirkuläre Migration könnte zumindest eine Teillösung bilden, allerdings nicht mehr, weil sie wiederum Kettenmigrationen auslösen könnte.

Auswirkungen auf die Kommunen

Wie eingangs bereits betont, sind die Kommunen nach der Abriegelung der EU-Grenzen für Asylbewerber und dem Versiegen des Zustroms von Aussiedlern nur noch wenig mit den Ausläufern des aktuellen internationalen Migrationsgeschehens, sondern eher mit den Folgen der misslungenen Integration früherer Einwanderungswellen konfrontiert. Inzwischen hat sich auch die Politik, obgleich verspätet und noch immer widerwillig, zu der Einsicht durchgerungen, dass Deutschland zum Einwanderungsland geworden ist. Sie verabschiedete das Zuwanderungsgesetz, das auch Mittel für Integrationsleistungen bereitstellte.

Aber die Kommunen müssen dort, wo die Zuwanderer ankommen und leben, Voraussetzungen für die Integration schaffen: Bildung vom Kindergarten bis zum Abitur, menschenwürdigen Wohnraum, den Zugang zum Gesundheitswesen, die Förderung der Berufsbildung und Integration in den Arbeitsmarkt und die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Stadtleben. In den städtischen Problemvierteln mit einem hohen Ausländeranteil, hoher Jugendarbeitslosigkeit mit den bekannten Begleiterscheinungen,

sozialer Ausgrenzung und Erscheinungen von Parallelgesellschaften sind spezielle Integrationsbemühungen notwendig, wie sie jetzt Hamburg beschlossen hat. Hier bildet sich heraus, was Soziologen transnationale Sozialräume genannt haben, die – wenn die Integration versagt – mit den Herkunftsgesellschaften enger verbunden sind als mit den Gastgesellschaften. Ähnliches meint der Begriff der Parallelgesellschaften, der allerdings einen stigmatisierenden Beigeschmack hat.

Viele Kommunen haben erkannt, dass misslungene Integration die soziale Stabilität und innere Sicherheit der Stadtgesellschaften gefährdet und ausländerfeindlichen Gruppen einen Nährboden liefert, andererseits gelungene Integration das Stadtleben wirtschaftlich und kulturell bereichern kann. Weil der Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund weiter ansteigen und die Konzentration von Einwanderern in von Armut und Arbeitslosigkeit und sozialer Segregation geprägten Stadtteilen zunehmen wird, wird die Integrationspolitik zu einer zentralen kommunalpolitischen Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe. Viele Kommunen haben sich dieser Herausforderung gestellt. Ein Vordenker städtischer Integrationspolitik war der frühere Stuttgarter OB Rommel, dem nun sein Nachfolger, Dr. Schuster nacheifert.

Ein vom BMI in Auftrag gegebener und von der Bertelsmann-Stiftung organisierter Wettbewerb unter Kommunen, der unter dem richtungweisenden Titel Erfolgreiche Integration ist kein Zufall publiziert wurde, förderte wichtige Erkenntnis- und Verhaltensänderungen in der kommunalen Ausländerpolitik zutage:

1. Alle Kommunen, denen eine erfolgreiche Integrationspolitik bescheinigt werden konnte, rückten vom einst weit verbreiteten Defizit orientierten Ansatz ab, der in den Zuwanderern in erster Linie ein Problempotenzial sah. Sie begriffen die Migranten (beiderlei Geschlechts) zunehmend als eine Chance für das gesamte Gemeinwesen.
2. Es bildete sich eine Kultur des Dialogs heraus, der Zuwanderer als Subjekte behandelt. Integrationskonzepte können nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Zuwanderer mit eigenen Ideen, Initiativen und Forderungen in die kommunalen Integrationsvorhaben einbringen

können.

3. Integrationspolitik darf keine Angelegenheit von Ausländerbeauftragten bleiben, sondern muss als eine Ressort übergreifende Gesellschaftspolitik verstanden und organisiert werden. Die Ressort übergreifende Bearbeitung von Integrationsaufgaben ist die Voraussetzung, dass ganzheitliche Integrationskonzepte realisiert werden können.
4. Wichtig ist auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die den Gemeinschaften der Zuwanderer den Eindruck vermittelt, als Teil des Ganzen akzeptiert zu werden. Eine Kultur der Anerkennung erfordert nicht nur die Anerkennung von kulturellen Unterschieden, sondern auch die Anerkennung der Gleichberechtigung. Integration verlangt allen Ebenen des Staates, der Aufnahmegesellschaft, der Wirtschaft und vor allem den Zuwanderern viel ab: Integration kann sehr anstrengend, aber für alle Seiten auch lohnend sein.

Zusammenfassung: Kommunale Integrations- und Entwicklungszusammenarbeit

Diese Konferenz behandelt vorrangig die Frage, was die kommunale Entwicklungszusammenarbeit leisten kann, im Besonderen zur Verwirklichung der MDGs. Ich will keineswegs den Wert von kommunalen Partnerschaften in Frage stellen. Ich erkenne an, dass ohne Aktivitäten der kommunalen NRO-Szene der MDG-Zielkatalog ein Buch mit sieben Siegeln geblieben wäre. Aber ich bin dennoch davon überzeugt, dass eine gute kommunale Integrationspolitik oder ein fürsorglicher Umgang mit Asylbewerbern für die Völkerverständigung mehr leisten kann als irgendwelche kleinteiligen Entwicklungsprojekte oder gar schlecht organisierte Städtepartnerschaften. Die Kommunen entscheiden darüber mit, ob die transnationalen Sozialräume, in denen sich Migranten einrichten, partnerschaftliche Verbindungen zu ihren Herkunftsregionen bewahren oder Fremdkörper im Gemeinwesen bleiben.

Meine These ist also, dass erfolgreiche Integrationspolitik auch eine erfolgreiche kommunale Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Es ist schon richtig, dass Migration die Dritte Welt in die Erste Welt verpflanzt. In den Kommunen entscheidet sich, ob aus Migration ein Problem oder eine

Erfolgsgeschichte für Migranten und für die städtische Aufnahmegesellschaft entsteht. Wenn die Migranten hier Geld verdienen und einen Teil davon in die Herkunftsorte überweisen, kommt in der Summe sogar mehr zusammen, als sich Kommunen leisten können. Wenn sie zurückkehren, nehmen sie mit, was sie hier gelernt haben, sowohl positive als auch negative Erfahrungen. Die Werte von Toleranz und Partizipation können hier gelernt, aber auch verschlissen werden.

> Fragen

Wortmeldung: In Deutschland leben inzwischen 19 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Wie können wir diese Menschen für die Entwicklungspolitik gewinnen? Viele kommen aus Entwicklungsländern, werden aber von der Entwicklungspolitik nicht als Akteure verstanden, geschweige denn als Alliierte. Sie überweisen Geld nach Hause, sie bilden transnationale Gemeinschaften. Das findet nicht auf der nationalen, sondern auf der lokalen Ebene in den Freizeit- und Sportvereinen und in Cafés statt. Sie treffen sich dort und bilden Beziehungen mit ihrem Herkunftsland und aber auch mit der Region. Die Migranten



Zum Schluss noch einmal: Gute Integrationspolitik ist auch gute kommunale Entwicklungszusammenarbeit, vielmehr die beste Entwicklungszusammenarbeit, nicht zuletzt deshalb, weil sie in manchen Stadtteilen die Entwicklung von Dritte Welt-Verhältnissen verhindern kann. Fangen wir beim Einwanderungsland und migrationspolitischen Entwicklungsland Deutschland an, bevor wir als Entwicklungshelfer in alle Welt ausschwärmen!

leisten Hilfe bei Naturkatastrophen in ihren Herkunftsländern, indem sie große Summen mobilisieren. Eine zirkuläre Migration würde uns helfen, das Know-how zu transferieren. Festzustellen ist auch, dass je besser die Integration hier gelungen ist, umso mehr für die Herkunftsregion geleistet wird. Was können Kommunen tun, um in dieser Richtung voranzukommen?

Prof. Dr. Franz Nuscheler: Ich stimme Ihnen in allem zu und ich wiederhole meine Forderung dass eine offensive Integrationspolitik betrieben werden muss. Ich war 35 Jahre lang Hochschullehrer in Duisburg, einer Stadt, die mit großen Migrationsproblemen zu kämpfen hatte. Ich habe versucht, meine Studierenden, von denen 700 einen Migrationshintergrund haben, zu bewegen, in ihren Stadtteilen transnational aktiv zu werden. Sie entgegneten, dass sie sich zuerst in dieser Kommune heimisch fühlen müssten, bevor sie mit Entwicklungszusammenarbeit beginnen könnten. Ich habe regelmäßig so genannte studentische Hilfskräfte aus verschiedenen Ländern. Mein jetziger Mitarbeiter kommt aus Marokko, er sagt: ich würde ja gerne etwas tun, aber ihr seid unglaublich. Meine These lautet deshalb: Erst wenn sich die Menschen hier zu Hause fühlen, sind sie auch bereit, die Werte von Toleranz, die wir dauernd predigen, zu erleben und erst dann sind wir glaubwürdig. Wenn Toleranz erlebt wird, dann kann Wertetransfer stattfinden, dann steigt die Bereitschaft, mit unseren Werten in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Und es ist die unsere Aufgabe, zu ihrem Wohlbefinden beizutragen! Zu Ihrem nächsten Punkt: Ja, es wird sehr viel Geld über-

wiesen. Außer der monetären Überweisungen gibt es noch die Gütertransporte. Sie sehen im Sommer wie voll die Autobahnen in Richtung Süden sind. Die IWF sagt, dass durch solche Gütertransporte sogar mehr in den Süden transportiert wird, als durch monetären Überweisungen.

Dr. Klaus Wazlawik: Ich komme aus dem Stadtbezirk, in dem die NPD-Zentrale von Deutschland ihren Sitz hat.

Ich möchte ein schönes Projekt darstellen: die interkulturellen Gärten. Wir legen inmitten des Zentrums von Alt-Glienicke einen interkulturellen Garten an und gestalten damit positiv Integration, tun also genau das, was Sie eben gesagt haben. Doch das Projekt ist aufgrund des eingangs von mir geschilderten politischen Hintergrundes brisant. In Lichtenberg wird ebenfalls ein interkultureller Garten angelegt. Dort hat die NPD vor den Wahlen ein Flugblatt herausgegeben, in dem es heißt: Was sie erwartet in dem Garten: Lärm, Unrat, multikulturelle Auseinandersetzung, Neukölln lässt grüßen und Lebensgewohnheiten die nicht zu unseren passen! Das ist ein offizielles Statement einer Abgeordneten, die in das Lichtenberger Parlament gewählt worden ist. Deshalb richte ich an Sie alle die Botschaft: Unterstützen Sie das eben gesagte und machen Sie eine deutschlandweite Aktion daraus! Diese Gärten sind ein hervorragendes praktisches Beispiel für interkulturelle, positive Zusammenarbeit, das auch bei Ihnen umzusetzen ist! Ich bin gerne bereit in einer der Pausen kurz über diese Dinge zu berichten. Danke!

Wortmeldung: Ich möchte einen Blick in die Völkergeschichte zurückwerfen. Migration war der Normalzustand immer und überall, speziell auch in großen Städten. Ich wohnte eine Zeit lang im Tschad. Dort waren während der Trockenzeit etwa über die Hälfte der Leute nicht im Lande, zur Regen- und Erntezeit hingegen war die Stadt voller Menschen. Wo waren die Leute? Sie zogen regional verteilt in andere Gebiete. Jede Familie besitzt ein Geflecht von Standorten, zwischen dem die Menschen hin und her wandern, einige gehen auch nach Europa. Diese Art von Migration ist selten im Blick der Bevölkerungswissenschaftler, die städtische Bevölkerungszahlen oft sehr statisch sehen. Dieser Naturzustand der Migration wird unter Umständen auch instrumentalisiert: schon immer gab es

Stammesführer, die plötzlich eine bestimmte Community für unerwünscht erklärten. Die Frage ist, wie man damit umgeht.

Jetzt zu dem Punkt, den mein Vorredner erwähnte. Es ist so, dass nicht nur Geld in die Herkunftsländer fließt, sondern auch Ideen. Das Beispiel, das wir als Gesellschaft geben wird als dementsprechende Ideen transportiert.

Prof. Dr. Franz Nuscheler: Darf ich etwas zum Integrationsgeschehen in Afrika ergänzen? Sie haben völlig Recht, die von Ihnen geschilderte Situation ist der Normalzustand, wie die Berichte vieler Ethnologen belegen. Ein junger Mann, der nicht migriert, ist kein richtiger Mann. Nur, auch in Afrika, wo die Gesellschaft sich durch hohe Hospitalität auszeichnet, hat sich etwas geändert. Die Ereignisse in Cote d' Ivoire verdeutlichen das: Migranten im Norden rebellieren bis der Staat zweigeteilt ist, das hat in ganz Afrika zu einer ungunstigen Wahrnehmung der Migration geführt. Das Geschehen in Cote d' Ivoire wird langfristige Wirkungen haben, auch in Afrika wird Migration als Gefahr für die innere Sicherheit wahrgenommen. Mir macht das große Sorgen, weil es bisher völlig normal war, Grenzen zu überschreiten. Auch in Afrika kann dies, auch aufgrund der zunehmenden Konkurrenz und Ressourcen um Arbeitsplätze zu Fremdenfeindlichkeit führen.

Dr. Eberhard Neugebohrn: Der Begriff der Parallelgesellschaft ist, so denke ich, einerseits eine zutreffende Problembeschreibung, andererseits auch ein Kampfbegriff. Zu



Beginn des 20. Jahrhunderts sind die polnischen Migranten ins Ruhrgebiet nicht integriert worden, sondern assimiliert worden. Gegen diesen Begriff grenzen wir uns in der Regel ab.

Bei Parallelgesellschaften oder den nationalen, kulturellen Gemeinschaften muss man darauf achten, dass Gemeinschaften einer bestimmten Größe bedürfen, damit sich eigene kulturelle Identität entwickeln kann. Menschen, die keine eigene Identität in ihrem Migrantendasein entwickeln können, sind allenfalls noch assimilierbar, aber nicht mehr gut integrierbar. Dann wird die Parallelgesellschaft zum Problem. Parallelgesellschaften wird man integrieren können, indem man Sprachunterricht erteilt, aber auch die Herkunftssprachen weiter gepflegt werden.

Prof. Dr. Franz Nuscheler: Hier möchte ich einhaken: Integration und Assimilation. Ich komme aus einem Gebiet, in dem ein Drittel der Bevölkerung polnischer Abstammung ist. Was ist dort geschehen? Die Migration fand zuerst im Arbeitsprozess statt: Die berühmte Polen-Zeche. Das war die Voraussetzung für eine schrittweise Assimilation. Die Voraussetzung war die Integration, vor allem die Integration im Arbeitsleben, wir müssen also erst einmal den ersten und dann den zweiten Schritt gehen.

Dr. Eberhard Neugebohrn: Meine nächste Frage betrifft das Argument, dass legale Zuwanderung den illegalen Migrationsdruck reduziert. Dem wird gelegentlich das Argument gegen gehalten, dass verstärkte legale Migration die illegale oder irreguläre Migration steigert. Denn dort, wo schon viele Pakistanis sind, wollen noch mehr hin. Der Problemdruck der Herkunftsländer ist so groß, dass man ihn durch jede Form der legalen Migration, die man dagegenhält, nicht lösen können. Was halten Sie davon?

Prof. Dr. Franz Nuscheler: Wer auf legalen Wegen, sei es nach Deutschland, Frankreich oder Großbritannien kam, wird andere nachziehen, die keine legalen Chancen haben. Wir vermeiden den Begriff der Illegalität, weil es eine Stigmatisierung ist. Irregulär ist nicht auf gültigen Dokumenten aufgebaut. Sie haben Recht und ich kann nicht widersprechen, weil der Problemdruck so stark ist! Ich sagte, man solle es versuchen, doch ich sagte nicht, dass sei die Lösung des Problems. Es ist lediglich eine Teillösung. Ich

denke, dass Europa es versuchen sollte, denn wenn Europa Zuwanderung braucht, dann auch aus Afrika. Es müssen mehr legale Zuwanderungswege geschaffen werden! Ich sehe das Problem auch, aber trotzdem sage ich: Denkt doch über andere Wege nach, als nur an militärische Absicherung!

Dr. Frank Claus: Meine Damen und Herren, die Zeit läuft uns weg. Das Thema kann noch im Forum 1 Platz finden. Ich würde jetzt noch weitere vier Fragen zulassen: Herr Grätz, Frau Dr. Drühnert, Herr Deihle und die Dame vorne!

Wolfgang Grätz: Die Suche nach flexiblen Lösungen scheitert sehr häufig daran, dass wir im Umgang mit Ausländern in verschiedenen Kästen denken: Wir haben den Kasten Integration, das ist eine soziale Angelegenheit. Wir haben das Ausländerrecht, das im Grunde eine polizeiliche Angelegenheit ist. Und wir haben die Entwicklungszusammenarbeit, die irgendwo anders angesiedelt ist. Das bringt uns dazu, dass die Integrationsleute sagen: Menschen, die hier bleiben wollen, sollen sich integrieren! Dann ist ihr Lebensmittelpunkt bei uns. Die Ausländerrechtler hingegen sagen, dass das Aufenthaltsrecht begrenzt wird und sie allenfalls als Besucher zu uns kommen dürfen.

Eine flexible Lösung könnte so ausschauen: Wenn wir sehen, dass Menschen hier integriert und qualifiziert sind, geben wir ihnen die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit in ihre Heimat zurückzugehen, um da entwicklungspolitisch hilfreich zu sein. Sie können aber nach einigen Jahren zurückkommen, ohne ihren bisher erworbenen Aufenthaltsstatus zu verlieren, denn noch ist es so, wer einmal zurückgeht, muss sich wieder hinten anstellen, wenn er neu nach Deutschland kommen will.

Dr. Ellen Drühnert: Herr Prof. Nuscheler, ich fand es sehr interessant, dass Sie uns mit den transnationalen Sozialräumen eine ganz neue Perspektive eröffnet haben. Ich habe mir überlegt: Wie kann man diese gestalten? Ein Beispiel hierzu, das der interkulturellen Gärten, wurde aufgeführt. Ich will ein weiteres Beispiel nennen: Künstlerfreunde riefen mich aus Sao Paulo, wo die Biennale stattfand, an. Meine Freunde sagten mir, dass Deutschland mit 18 interessanten Beispielen der Kunst vertreten ist. Ich fragte: Wer sind die-

se Künstler und Künstlerinnen? Mir wurden nur ausländische Namen genannt, die als Repräsentanten von Deutschland dort angesehen werden. Das sollte uns eigentlich als Anregung dienen, wenn wir über die Gestaltung dieser transnationalen Räume nachdenken: Welche Rolle können die Künste spielen?

Wortmeldung: Ich wollte einen Aspekt gerne betonen, den Sie angesprochen haben: die strukturelle Integration. Wir sprechen viel über sozio- und interkulturelle Sensibilisierung, über Begegnung, über Toleranz. Meines Erachtens ist die Grundlage für Integration die strukturelle Integration. Das bedeutet, die rechtliche Basis, um einen sicheren Aufenthalt zu schaffen. Hier muss sich die Verwaltung öffnen, es müssen in der Polizei und in der Verwaltung mehr Menschen mit Migrationshintergründen beschäftigt werden, gleiches gilt für Lehrer und für Führungspositionen in Unternehmen. Solange dies rechtlich auf Bundesebene nicht möglich ist, ist es für mich fadenscheinig, über interkulturelle Sensibilisierung und Begegnungsprojekte zu sprechen. Hier muss auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung geschaffen werden.

Gerd Deihle: Wir hatten schon viele Wellen von Integration oder von Migration nach Deutschland, sie unterscheiden sich von den jetzigen dadurch, dass die Migrantinnen und Migranten des letzten Jahrhunderts im Wesentlichen aus unserem eigenen Kulturkreis kamen, dass die eben angeführten Polen katholisch und so leichter zu integrieren waren. Wie können wir jetzt die Demokratie in unseren Kommunen retten? Welche Rolle glauben Sie, Herr Prof. Nuscheler, spielen die Religionen? Was können wir tun, um andere Religionen so zu integrieren, dass ein friedliches Nebeneinander möglich ist? Bislang erleben wir eher ein Gegeneinander oder eine völlige Abschottung.

Prof. Dr. Franz Nuscheler: Jetzt haben Sie zum Schluss ein Fass aufgemacht! Sie wissen vielleicht: Eine der Hauptforderungen des Bertelsmann-Gutachtens war die strukturelle Integration, und zwar nicht nur der Ausländerbeiräte, die keine echte Integration bedeuten. Es heißt auch: Öffnung der Verwaltungen und der Polizeidienste, was teilweise, der Not gehorchend in bestimmten Stadtteilen, schon getan wird. Auch das Bertelsmann-Gutachten stimmt dem zu:

wenn wir die Verwaltungen nicht öffnen, dann ist die Wahrnehmung: Wir werden in den Kommunen nicht akzeptiert. Ausländerbeiräte oder kulturelle Stadtteilstiftungen schaffen das nicht, sondern die Akzeptanz muss auch institutionell deutlich werden. Die Communities müssen sehen, dass sie hier akzeptiert werden.

Jetzt zur anderen Frage: Einer meiner Kollegen sagte kürzlich, dass er in die USA auswandere, weil es hier nicht gelungen sei, so etwas wie einen europäischen Islam zu schaffen. Auch in der Politik hätte es keine Bemühungen gegeben, einen aufgeklärten, toleranten Islam zu schaffen. Eine islamische Kollegin sagte jüngst: Dummes Zeug, man kann den Islam nicht verändern, man kann die Muslims nicht verändern. Die Muslims verändern sich, wenn sie hier leben. Wir können allenfalls etwas in uns verändern. Die Muslime, die in Europa leben, müssen erfahren dass wir tatsächlich Toleranz praktizieren. Hierzu ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Duisburg: Es gab lange einen Pastor, der regelrechte Kreuzzüge gegen den Muezzin führte, der vom Turm herunter rief. Mein Oberbürgermeister fragte mich: Was können wir tun? Ich entgegnete ihm: Lass die Muslims singen und übe Druck auf die Evangelische Kirche aus, dass der Pastor schweigt. Das ist auch so geschehen. Jetzt findet langsam auch die Stadtbevölkerung von Duisburg die Akzeptanz. Das war also der einzige Weg, Muslime zu toleranten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu machen. Den Versuch, den Islam zu europäisieren, halte ich für den verkehrten Weg. Wir müssen lernen, mit anderen Glaubensgemeinschaften zusammen zu leben. Ich zweifle sehr an dem Versuch, den Islam auf deutschem Boden zu verändern und ich weigere mich auch, in die islamischen Länder zu gehen und dort unsere europäischen Werte zu predigen. Auch das ist der falsche Weg. Wir haben dies in Beirut und Damaskus gemacht und es erwies sich als völlig falscher Weg. Integriert, akzeptiert die Muslime, dann ändert sich auch der Islam!

Ulrich Nitschke: Franz Nuscheler ist immer für eine kontroverse Debatte bereit das hat sich heute Morgen wieder bewiesen. Ein Zeichen positiver Migration ist der Hamburger Fairmaster, den jeder Referent und jede Referentin bekommt und deshalb natürlich auch du!

**Botschafter Friedrich Däuble, Beauftragter für zivile
Krisenprävention, Konfliktlösung und
Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt:**

*Friedenserhalt als Voraussetzung
für kommunale Entwicklungszusammenarbeit*

Als ich das Thema meines Beitrags zum ersten Mal las, dachte ich: Friedenserhalt als Voraussetzung von Entwicklungszusammenarbeit: ja das ist doch selbstverständlich! Das liegt doch auf der Hand! Frieden und Entwicklung gehören eben zusammen! Aber so einfach komme ich nicht davon. Die Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit mit politischer Friedensunterstützung – oder sogar mit dem, militärische Elemente einschließenden peace-keeping, wie Friedenserhalt übersetzt ja heißt – diese Aufgabenstellung reflektiert einen neueren Stand der Debatte.

Frieden erhalten und schaffen, bedeutet immer auch: Strukturen schaffen und stärken, die gemeinhin als öffentlich, oder staatlich bezeichnet werden. Natürlich in einem Sinne, der unseren Vorstellungen und Werten entspricht. Beispielhaft nenne ich einen Bereich, der derzeit großes Interesse auf sich zieht: die Reform des so genannten Sicherheitssektors. Dabei geht es um eine funktionierende, rechtsstaatliche Polizei, und auch um das Militär. Unser Verständnis des Sicherheitssektors schließt freilich den Justizbereich und auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten ein. In der geordneten Welt des Kalten Krieges hat sich die Entwicklungszusammenarbeit von Staat und Politik gerne ferngehalten und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Konflikte ließen sich im weltpolitischen Koordinatensystem meist zuordnen – und letztlich waren alle Konflikte auch Stellvertreterkriege. Davon wollte man die Entwicklungspolitik nach Möglichkeit freihalten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir aber nicht, wie von manchen erwartet, ein Verschwinden der gewaltvollen Konflikte beobachten können.

Im Gegenteil: Anstatt des Verschwindens des Krieges haben wir eine Zunahme der Gewalt – und wir sehen vor allem neue Konfliktarten. Das Zusammenbrechen unlängst so stabil erscheinender Staaten, sogar mitten in Europa, in ei-



nem fürchterlichen inneren Krieg – das ist so eine der neuen Entwicklungen. Die implodierenden Staaten, die wir zuerst fragil, und dann failed States benennen, kennzeichnen vielleicht in erster Linie die aktuellen Herausforderungen.

Das hatte Folgen. Die Verhinderung der Katastrophen rückte in den Mittelpunkt. Der UN-Generalsekretär forderte die Staaten zu einer Kultur der Prävention auf, also eine Konzentration der Politik nicht auf das Zusammenkehren der Scherben, sondern darauf, dass erst gar nichts zu Bruch geht.

Das hat unsere Entwicklungspolitik nachhaltig beeinflusst. Sie hat dem Friedenserhalt als zentraler Aufgabe mehr Raum gegeben. Jedes Projekt unserer staatlichen Entwicklungszusammenarbeit muss nunmehr eine Art Prüfung durchlaufen, ob es diesem Zweck dient.

Die Bundesregierung hat noch mehr getan. Vor drei Jahren hat sie einen Aktionsplan zivile Krisenprävention beschlossen, und damit auf die neue Lage reagiert. Zivil ist dabei nur insofern eine Abgrenzung zum Militärischen, als der Plan nur nicht-gewaltsame Maßnahmen vorsieht – und eines seiner Ziele darin besteht, den Einsatz militärischer Zwangsmittel überflüssig zu machen.

Der Plan ist erkennbar ein rot-grünes Kind. Ich muss ihn erwähnen, weil er meine Existenzgrundlage bildet. Er hat die Stelle eines Beauftragten für zivile Krisenprävention erst ge-

schaffen. Aber der Plan ist keineswegs Geschichte. Die neue Bundesregierung hat vielmehr vereinbart, die Krisenprävention zu stärken.

Ich glaube, die aktuelle Lage verschafft dem Konzept Konjunktur. Angesichts einer zunehmenden kritischen Debatte darüber, ob wir Bundeswehrangehörige an die unterschiedlichsten Orte in der Welt schicken und dann auf unbestimmte Zeit dort belassen sollen, richtet sich das Augenmerk auf die Frage: können wir denn nicht mehr tun, um Krisen im Vorfeld so zu beeinflussen, dass kein militärischer Einsatz erforderlich wird?

Der Aktionsplan stellt in seinem ersten Satz fest: Frieden und Stabilität sind Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand. (Das ist doch der Titel meines Vortrags!) Umgekehrt, – ich zitiere weiter – können diese (Frieden und Stabilität) ohne Entwicklung nicht nachhaltig sein.

Aus diesen abstrakten Erkenntnissen zieht die Bundesregierung einen operativen Schluss. Sie sagt in dem Plan, dass Krisenprävention ein kohärentes und koordiniertes Handeln aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure erfordert. Und: die Verzahnung der Politikbereiche ist Voraussetzung einer effizienten und nachhaltigen Beseitigung der Ursachen von Konflikten. Praktisch hat das zur Folge, dass es bei der Krisenprävention keine autonome politische Sphäre gibt – genauso wenig, und auch das setzt die früher herrschende Lehre teilweise außer Kraft – wie es keine autonome Entwicklungspolitik geben soll.

Zusammenarbeit aller schließt selbstverständlich die Kommunen und ihre Entwicklungszusammenarbeit ein. Zur internationale Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure für Krisenprävention – wie das einmal genannt wurde – gehören natürlich die Kommunen. Sie haben entscheidende Erfahrungen beizutragen: denn die Menschen bei uns wie in fernen Ländern erfahren den Staat zuallererst im Dorf, in der Gemeinde oder im Stadtteil.

Ich würde jetzt gerne von der Entwicklung in zwei Ländern berichten, in denen die Kommunen sich besonders engagiert haben. Von der Theorie also zu Beispielen aus der Praxis. Es geht um die große Hilfsbereitschaft nach der



Tsunami-Katastrophe, um die Partnerschaftsinitiative, in der die Kommunen ja außerordentlich aktiv waren.

Diese Leistung war so außergewöhnlich, dass sie einen kurzen Rückblick verdient. Bei der Servicestelle Kommunen in der einen Welt sind nicht weniger als 1374 Hilfsangebote eingegangen. Davon konnten 920 vermittelt werden, oder sind gegenwärtig in Bearbeitung. Häuser für Obdachlose wurden gebaut, Waisenhäuser aufgebaut, Schulen und Krankenhäuser ausgestattet. Unser Ziel, die Zivilgesellschaften aktiv in die Hilfe einzubeziehen, flankierend zu den Bemühungen der Bundesregierung, wurde voll erreicht.

Wie sieht es jetzt heute in Aceh, und in Sri Lanka aus, den beiden am schwersten betroffenen Regionen, auf die sich unsere Hilfe konzentriert hat? Aceh gibt Anlass zu Optimismus. Ein Friedensabkommen zwischen der Zentralregierung und der Bewegung für ein freies Aceh wurde schon 2005 abgeschlossen, und mit einem Autonomiegesetz wurde in diesem Jahr die wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden geschaffen. Einen vorläufigen Abschluss werden die lokalen Wahlen im nächsten Monat bilden.

Ganz anders in Sri Lanka: Kaum hat sich das Land von den Folgen des Tsunami erholt, flammt der Bürgerkrieg wieder auf. Terroranschläge auf der einen Seite, rücksichtslose Antwort der Regierungstruppen auf der anderen. Seit Ende Juli gibt es rund zweieinhalbtausend Tote. Am Beispiel Sri Lankas erkennt man sofort die Koppelung von Frieden und

Entwicklungszusammenarbeit: das BMZ hat seine Zusammenarbeit mit Sri Lanka für 2007 auf Eis gelegt. Wir können nur hoffen, dass wir damit einen Beitrag dazu leisten, dass die Konfliktparteien sich um eine Lösung bemühen, dass sie den Dialog suchen. Unsere Botschaft vor Ort bemüht sich sehr, den Dialog wieder in Gang zu bringen. Ende Oktober fanden in Genf Gespräche statt - ohne Ergebnis. Keine Seite will einlenken.

Der Unterschied zeigt: die Hilfe kann nicht weitergehen, wenn die Lage instabil wird. Wenn die Personen, die Hilfe und Zusammenarbeit anbieten, in Gefahr für ihr Leben geraten. Gleichzeitig bleibt doch Ratlosigkeit. Kann die Hilfe zur Entwicklung nicht dazu beitragen, einen Konflikt zu beenden oder zumindest zu entschärfen? Doch, sie kann natürlich. Das grauenhafte Ausmaß der Katastrophe in Aceh hat beiden Konfliktseiten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit vor Augen geführt, es hat sie regelrecht zusammen gezwungen.

Warum aber hat es auf Sri Lanka nicht zum gleichen Innehalten geführt? Hier wie dort: sehr alte Konfliktlinien, historisch, ethnisch, sozial unterfüttert: also mit allen Ingredienzien heftiger, gewaltsamer Konflikte. Warum dieser Unterschied? Ich habe keine einfache Antwort darauf. Vielleicht reicht die Not alleine nicht zur Überwindung alten Hasses. Man wird wohl an die Wurzeln der Konflikte gehen müssen. Das könnte in Aceh gelingen. Hoffentlich auch eines Tages in Sri Lanka.

Noch ein Hinweis auf eine praktische Erfahrung, die ich in Afghanistan machen konnte. Dort kenne ich mich selbst ein wenig aus für das Auswärtige Amt bin ich zuständig für den Polizeiaufbau in diesem Land. Deutschland hat sich bereit erklärt, dabei eine führende Rolle zu übernehmen. Am afghanischen Beispiel wird derzeit heftig debattiert, wie sich militärischer und ziviler Einsatz zueinander verhalten sollen, bei der Stabilisierung dieses Landes. Gerade in Situationen, die alles andere als friedlich sind! Man sollte aus dieser Debatte zunächst die Elemente entfernen, die nur darauf gerichtet sind, zu zeigen: wer trägt die Schuld an den negativen Entwicklungen? Setzen wir zuviel Militär, aber zu wenig zivile Kräfte ein oder umgekehrt? Oder ist es im Wesentlichen ein Problem der Abstimmung?

Die beiden erst genannten Fragen wird man an Hand der Einschätzung der Lage, aber auch aufgrund grundsätzlicher Überzeugungen unterschiedlich beantworten. Jedenfalls bleibt: im zivilen Bereich muss mehr getan werden. Eine offene, konstruktive Debatte über die letzte Frage ist unausweichlich, denn in der Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Akteuren hat es erhebliche Probleme gegeben, und es gibt sie weiterhin. Nicht zuletzt ist im Zusammenhang mit der Abstimmung der Akteure auch die Frage zu beantworten: wo sind die Grenzen militärisch-ziviler Zusammenarbeit? Es gibt für die zivilen Akteure Linien, die nicht überschritten werden sollen. Auch darüber ist eine Debatte mit Sicherheit erforderlich.

Auch die Kommunen leisten ihren Teil bei der großen Anstrengung, das riesige und schwer zugängliche Land zu stabilisieren. Afghanistan ist immerhin eineinhalb Mal so groß wie unser Land! Die Stadt Walsrode in der Lüneburger Heide hat sich besonders darum bemüht, afghanischen Kommunen Erfahrungen aus der städtischen Verwaltung zu vermitteln. Sie hat damit Hilfe geleistet bei der Wiederherstellung dezentraler staatlicher Strukturen. Der bis vor kurzer Zeit amtierende Bürgermeister ist jetzt als Experte vor Ort und setzt diese Arbeit fort. Er tut dies im Norden des Landes, dort, wo auch die Bundeswehr stationiert ist. Nicht nur, weil dort die Sicherheitslage besser ist, sondern natürlich auch, weil in anderen Teilen des Landes ganz andere Probleme im Vordergrund stehen – und eine solche Beratungsleistung – mangels aller Voraussetzungen – noch gar nicht nachgefragt wird.

Stelle ich mir das Thema meines Beitrags nochmals als Frage: ist Friedenserhalt Voraussetzung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, für Entwicklungszusammenarbeit überhaupt? Dann bleibt die Antwort auch jetzt einfach: natürlich ist das so. Aber damit ist noch kein Problem gelöst noch nicht einmal begrifflich: denn Friedenserhalt ist natürlich zugleich Ziel und Inhalt der Entwicklungszusammenarbeit. Es bleibt schließlich so: jede Situation stellt sich anders: das Angehen eine konkreten Lage durch die hilfsbereite internationale Gemeinschaft folgt keinem einfachen Rezept, in der Regel gibt es keinen Masterplan. Wann ist die Lage so außer Kontrolle, dass Entwicklungszusammen-

arbeit unmöglich wird, oder ergänzt werden muss durch andere Mittel, um eine Situation zu stabilisieren?

Wir müssen uns wohl damit abfinden: wir werden die vielgestaltige Erscheinung nicht in eine klares Verhältnis zwingen können. Friedenserhalt bleibt Voraussetzung für vieles – aber es bleibt vor allem eine Aufgabe, gerade für Deutschland – und nicht nur aus gutem Willen, sondern in

einer globalisierten Welt auch aus wohlverstandemem Interesse. Ein kriegerischer Konflikt, der eine bestimmte Größenordnung annimmt, berührt direkt unsere Interessen, und auch unsere Sicherheit – ganz gleich, wo er sich abspielt.

> Fragen

Wortmeldung: Die Stadt Wolfsburg sammelte Geld für die Tsunami-Opfer in Sri Lanka. Sollte das Geld in Anbetracht der Umstände in Sri Lanka eventuell an einem anderen Ort eingesetzt werden? Zu Afghanistan: Unser Verein: Katachela e. V. arbeitet in Kundus mit der Bundeswehr zusammen. Wie weit darf die Bundeswehr bei unseren Aktivitäten mit aktiv werden? Wir sehen vor Ort auch, dass andere Hilfsorganisationen lediglich ein Büro eingerichtet haben, das mit hoch bezahlten Personen besetzt ist. Diese Löhne stehen im krassen Gegensatz zu dem, was die Einheimischen als Lohn erhalten. Dieser Gegensatz trägt nicht dazu bei, Frieden zu schaffen, sondern die Konfliktlage vielmehr zu verschärfen!

Botschafter Friedrich Däuble: Ich beginne mit Ihrer Frage zu Afghanistan, denn hier kann ich eigene Kenntnis einbringen. Es handelt sich um ein grundsätzliches Problem der Zusammenarbeit in einer so schwierigen politischen Lage. Wir haben in Afghanistan einen militärischen Einsatz, von unterschiedlicher Qualität und Intensität. Auf der einen Seite stehen die Truppen, deren Auftrag ausschließlich die Stabilisierung des Landes ist, dazu gehört die Bundeswehr. Auf der anderen Seite gibt es militärische Einsätze, die im Kampf gegen die alten Terroristennetzwerke, heute gegen die Taliban stehen. Im Moment verwischt sich diese Trennung, die bis vor kurzem sehr klar bestanden hat. Deshalb gibt es die Debatte, wie weit zivilgesellschaftliche Akteure involviert sein können, doch bis jetzt ist die Bundeswehr im Norden nicht davon betroffen. Letztlich ist die Abstimmung mit dem Kommandeur vor Ort entscheidend. Wichtig ist, dass wir in den Zentren, von denen wir

einen Wiederaufbau, eine Stabilisierung des Landes organisieren wollen, nicht als rein militärische Organisation angelegt sind. Dort haben wir eine militärisch-zivile – zivil bedeutet in dem Fall nicht zivilgesellschaftlich, sondern von Auswärtigem Amt, Innenministerium und BMZ gemeinsam – gebildete Führung der Anstrengungen, vielleicht ist dies ein Anhaltspunkt für Ihre Initiative. In Afghanistan liegen uns noch keine lessons learnt vor, deshalb werden wir nach Beendigung unseres Einsatzes viel aus den dort gemachten Erfahrungen lernen.

Zu Ihrer Sri Lanka betreffenden Frage: Weil ich mit der Problematik nicht direkt beschäftigt bin, kann ich Ihnen keine befriedigende Antwort geben. Doch ich kann Ihnen das schildern, was unser Entwicklungshilfeministerium unternimmt. Sein Ziel ist es, die Entwicklungsprojekte sowohl im Süden als auch im Norden des Landes, also im Aufstandsgebiet genauso wie in dem von der Regierung kontrollierten Gebiet, zurückzufahren bzw. einzustellen, damit die beiden Konfliktparteien einen ausreichenden Druck empfinden, um miteinander zu sprechen. Leider ist dies noch nicht erreicht und deshalb ist es mir nicht möglich, Ihnen an dieser Stelle zu sagen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Katrin Lichtenberg: Meiner Meinung nach sind friedenserhaltende und kommunale Entwicklung stark miteinander verkoppelt und gehören zu unseren wichtigsten Programmansätzen. Meine am Vortage aufgeführten Beispiele verdeutlichen dies. In Gebieten, die von Krisen erschüttert sind, versuchen wir gemeinsam mit der Bevölkerung

Prioritäten durchzusetzen und wir versuchen eine Kommunikationslinie darüber aufzubauen, um so zur Konfliktbefriedung beizutragen. In vielen Gebieten, in denen wir arbeiten – Kosovo, Bosnien – Herzegowina, Zentralamerika – wurden Friedensabkommen unterzeichnet und Menschen haben sich dazu bekannt, weiterhin zusammenzuarbeiten. Aber die zuvor existierenden Konflikte sind nicht völlig ausgeräumt, es besteht weiterhin Konfliktpotenzial, das eventuell zu einem erneuten Ausbruch des Konflikts führen kann. Wir greifen diesen Aspekt im Ansatz, vornehmlich auf lokaler Ebene zu arbeiten, auf und führen einen Dialog mit allen relevanten Bevölkerungsteilen.

Rüdiger Schlager: Die Kooperation zwischen BMZ, Auswärtigem Amt und BMVG wurde jetzt erstmals ansatzweise in einem Aktionsplan festgeschrieben. Was wird getan, um ihn weiterzuentwickeln, denn es handelte sich nur um erste Ansätze, die weitere Konkretisierungen und Konzeptionen erforderlich gemacht hätten. Des Weiteren: Welche Möglichkeiten sehen Sie, als Vertreter des Auswärtigen Amtes, in der öffentlichen Debatte, die sich am Beispiel Afghanistan fast ausschließlich um den Einsatz von Militär dreht, ein ziviles, präventives Denken in den Vordergrund zu schieben? Wie arbeitet die Bundesregierung an der anderen Forderung, im Umgang mit den eigenen europäischen und transatlantischen Freunden eine Kultur der Prävention zu entwickeln? Wie kann dies zu einer europäischen Strategie werden, und nicht nur als Insellösung der Bundesregierung betrieben werden?

Dr. Klaus Wazlawik: Ich habe zwei konkrete Fragen, die erste lautet: In welchem Verhältnis steht Ihr Budget zum Rüstungshaushalt der Bundesrepublik? An dieser Frage können wir ersehen, welche Wichtigkeit diese Sache einnimmt. Ich komme aus der ehemaligen Friedensbewegung der DDR, die damals nicht dafür eingetreten ist, dass der Rüstungshaushalt die heutige Dimension annimmt. Meine zweite Frage steht im Kontext der Großstadtversorgung in Afghanistan für Europa. Ist die Natodoktrin nicht dazu getan, dass wir in der Zukunft genügend Rohstoffe für unsere nicht nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft haben? Nicht – Nachhaltigkeit wird als Wert in ein anderes Land hineingebracht, dabei verweise ich rückblickend auf den vor-

hergehenden Vortrag zu Migrationsströmen. Ein komplexer Systemwandel von der jetzigen Militarisierung hin zu einer zivilen Veränderung unserer Gesellschaft ist nötig.

Dr. Wolfram von Wartenberg: Wenn eine Verschlechterung der politischen Situation eintritt, kann Hilfe nicht weitergehen. Ich persönlich war im letzten Halbjahr 2005, ersten Halbjahr 2006 in Tahiti für eine NRO tätig. Für unsere Arbeit war es sehr wichtig, unabhängig von der UNO und der Regierung des Landes zu arbeiten und nur für die Menschen vor Ort tätig zu sein. Wir führten eine Arbeit in ungewissen Zeiten fort, das bedeutet: Wenn sich die politischen Verantwortlichen zurückziehen würden, wäre es ein Vertrauensbruch gegenüber den Partnern im Land. Das darf in der Praxis nicht passieren! Genauso wichtig ist es, dass eine Koordination zwischen UN und NROs stattfindet.

Father Smangaliso Mkhatswa: It is given, that stability and peace is a *conditio sine qua non* if you really want development. I can give you typical examples: The Democratic Republic of Kongo is potentially one of the richest countries of the Africa Continent but today one of the poorest because of lacking stability. Angola is another example. And what is going on in Iraq? I am also quite aware that there are different players bringing peace: the UN, different governments and religious organizations. But this has to focus much more on the important role of the local authorities because. On the level of the UCLG we use city diplomacy“, local government practitioners act together with other organizations to solve conflicts.

Botschafter Friedrich Däuble: Ich freue mich, dass die Fragestellung offensichtlich doch Viele bewegt. Beginnend mit dem ersten Beitrag, möchte ich klarstellen, dass ich nicht versuche, eine Gegenüberstellung von Frieden und Entwicklung zu deklarieren. Es ist genauso, wie Sie es gesagt haben: Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden“. Ich wollte lediglich darlegen, dass es eine gewisse Akzentverschiebung in der Regierung gegeben hat, dass wir unsere Entwicklungspolitik sehr viel stärker als noch vor fünf oder zehn Jahren auf den Friedenserhalt ausrichten. Ich halte dies für eine positive Entwicklung und wollte keineswegs eine Kritik an den Bemühungen der Vereinten Nationen üben. Im Gegenteil, wir gehören weltweit zu den Staaten, die gerade den

Aspekt der Friedensarbeit der Vereinten Nationen mit am stärksten unterstützen, auch durch das, was wir materiell zur Verfügung stellen.

In der Tat sind Aktionsplan, Ressortkreis, Verzahnung der Ressorts, Konzentrationen auf diese Aufgabe und Kultur der Prävention noch relativ zarte Pflänzchen, die innerhalb der Bundesregierung keineswegs eine Selbstverständlichkeit besitzen. In einigen Ressorts gibt es die Anschauung, dass es ein Ressortkreis mehr sei und sich um ein weiches Thema handele. Die Kritik, die hinter Ihren Beitrag stand, halte ich für berechtigt. Im Grunde kann ich nur die Nichtregierungsmitglieder auffordern, nicht locker zu lassen. Ebenso wie die Beauftragten der anderen Ministerien habe ich die Aufgabe das Ganze voran zu bringen und deshalb brauche ich diese Unterstützung.

Dann die Frage zu Afghanistan: Wie kann man den Fokus von der militärischen zur zivilen Frage hin ausrichten? Der Versuch wird mit unserem Engagement im zivilen Sektor, insbesondere dem Polizeiaufbau dort, schon unternommen. Wie haben uns angesichts der Kritik unserer Partner und Freunde dazu entschlossen, den Einsatz in diesem Bereich wesentlich zu verstärken: mehr Unterstützung, mehr Ausbildung, mehr Mentoring. Das heißt, dass wir dem Führungspersonal der Polizei und entscheidenden Personen im Ministerium einen Berater zur Seite stellen, dies soll ausgebaut werden. Eine Einschränkung noch: Wir bilden dort eine Polizei aus, deren Arbeit nicht für Ausnahme-, sondern für Normalzustände angelegt ist, sie kann also weder für Frieden noch für Stabilität sorgen.

Die Frage nach dem Verhältnis des Rüstungsbudgets zu meinem Budget: Meine ehrliche Antwort lautet, dass ich überhaupt keines habe. Damit ist aber noch nicht alles beantwortet, denn es ist so, dass wir eine Menge mehr an präventiven Dingen im Haushalt des Auswärtigen Amtes versteckt haben: in den Beiträgen zu den Vereinten Nationen, zu SZI, zu Wahlbeobachtungen und zu Grenzmissionen. Zudem unterstützen wir auch die Zivilgesellschaft direkt mit Mitteln und Projekten. Aber aus meiner Sicht gibt es hier noch ein strukturelles Defizit, da keine klare Planung und Priorisierung stattfindet.

Zur Frage der Aufgabe von entwicklungspolitischen Projekten bei politischer Instabilität. Am Beispiel Sri Lankas stellte ich die politische Reaktion des BMZ dar. Allen Beteiligten ist bewusst, dass es sich um eine Rechnung mit vielen Unbekannten handelt, doch die Implikationen, die eine solche politische Entscheidung hat, sind uns bekannt. Damit handelt es sich letztlich um eine Abwägungsfrage. Ein Problem, das stets dabei zu beachten ist, ist die Sicherheit aller Beteiligten. Sobald wir nicht sicher sind, dass diejenigen, die in unserem Auftrag tätig sind, heil nach Hause zurückkehren, können wir eine Sache nicht weiter fortführen.

Abschließend zur Frage der Konzentration auf die kommunale Ebene, die tribalen Strukturen in Afghanistan. Ich halte dies für vollständig richtig und hoffe, dass dies in unserer Entwicklungsstrategie im Wesentlichen auch berücksichtigt wird. Ich beobachte dort, wo ich den direkten Einblick habe – das ist Afghanistan –, dass eine Rückbesinnung auf dieses Prinzip stattfindet. Es setzt bei den familiären Strukturen der dörflichen Ebene an und gewinnt zunehmend wieder an Wichtigkeit.

Ulrich Nitschke: Herr Botschafter Däuble, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie gekommen sind! Ich will noch einmal ganz deutlich betonen, dass bei aller Dramatik und Tragik des Tsunamis, er uns das Auswärtige Amt in die Arbeitsstrukturen der Servicestelle gespült hat und dass sich daraus für uns sehr schöne Vorteile ergeben. Wir können auf nationaler Ebene draußen wie drinnen zusammen wirken. Im Auswärtigen Amt ist es eine gute Tradition im Falle einer Unabkömmlichkeit eines Botschafters, in diesem Fall Botschafter Witschel, einen anderen Botschafter zu schicken. Ich freue mich über die ganz hervorragende Zusammenarbeit und danke Ihnen herzlich für Ihr Kommen!

Peter Knip, Geschäftsführer der Vereinigung niederländischer Gemeinden (VNG) - International:

Shaping Globalisation with local authorities: challenges to partnership and integration

Thank you very much for the invitation to be in your midst today! Yesterday, I read that Hamburg is ranking on the 25th position of best cities in the world to live in. In a recent research report by the Barclays Bank, German cities are identified as the richest cities in Europe 7 out of the top 10 of richest cities are German! And Hamburg is one of these. So, today, I find myself amidst a distinguished company of local government representatives that must have worthwhile expertise and sufficient resources to invest substantially in development cooperation!

It is a great pleasure for me to share with you my experiences as director of VNG International with Municipal Development Cooperation in The Netherlands. The organisers asked me to provide knowledge on how municipal development cooperation is pursued in the Netherlands and to reflect on the issue of European strategies for municipal development cooperation. I propose to divide my presentation into 3 parts. First of all I will brief you about the state of affairs of municipal development cooperation in The Netherlands. I have advocated the importance of municipal development cooperation in the past 20 years so it would be rather easy to present excellent arguments and practical examples to underline why local governments in European countries should be involved in development cooperation. Taking into account the growing recognition for this municipal role by donor institutions and national governments and the appearance of many other speakers who stressed the significance, I would like, as second part of my speech, to focus on a few problems and challenges we face in the further development of this work. Finally I would like to share with you a few thoughts and observations about European strategies for municipal development cooperation.

State of affairs of municipal development cooperation in the Netherlands

Allow me to say first of all a few words about my organisation VNG International. It is the International Cooperation



Agency of the national Association of Netherlands Municipalities (VNG). Based upon the fact that many public tasks have been decentralised to local governments the VNG is a very influential lobby and service organisation with nearly 300 staff. Until the end of the eighties the VNG was hardly involved in municipal international cooperation.

Now, 15 years later, we developed with VNG International an organisation that runs capacity building projects for local governments and their associations in more than 40 countries in the world. Its mission is to strengthen democratic local government worldwide. It has a staff of 50 people in The Hague, 25 people in field offices and two daughter companies with national associations of local authorities in South Africa and the Czech Republic. We do not have any guaranteed core funding our 13 million Euro annual turnover is based on subsidies for projects and programmes and public tenders. Annually more than 150 Dutch cities with their partners in other countries are involved in our programmes. The development of the organisation of VNG International reflects in itself the growing willingness of local governments to make their capacity available for development cooperation and peace building in the world.

In the early nineties the Ministry of Foreign Affairs, the Minister for Development Cooperation, Jan Pronk, started

with a programme to cofinance municipal development cooperation with partners in the South. Individual cities with partners in developing countries could get additional money for their projects if their proposals complied with the criteria. The management of this programme, giving information and advice to the municipalities, assessing the proposals, monitoring the implementation of the projects and reporting to the Ministry was delegated to the VNG. Though it started with small money (250.000 Euro) and a small number of municipalities the programme grew over the years. In the course of the nineties the Ministry of Foreign Affairs decided after a lobby by the VNG to start a similar programme for city-to-city cooperation with Central and Eastern European countries. During the years a lot of time and efforts were invested in training and education of the staff of Dutch cities. Increased attention in the world of development cooperation for project designs with proper logical frameworks, impact measurement, and sharp auditing standards required professional improvement of working methods. An official evaluation of these municipal development cooperation programmes by the Netherlands Development Assistance Research Council 5 years ago resulted in a critical report. The potential of the work was mentioned, the usefulness of colleague-to-colleague contacts and the exchange of municipal know how was recognised but, the report analysed, the programmes were too fragmented. It was hardly possible to conclude how the different activities of individual cities in many different countries contributed to development of local government capacities and to poverty reduction. Beside this individual cities had insufficient capacities together with their partners in developing countries to get a full picture of the existing legislation, the national government policies in the country, and the relevant interventions taking place relevant for their projects.

In an intensive dialogue with our membership as well as with the Ministry of Foreign Affairs VNG and its International Cooperation Agency VNG International had to take serious new steps in order to preserve the cofinancing from the Dutch government for municipal development cooperation. And we knew that there was a lot at stake because in the same period the Swedish SIDA decided to decrease its support for the twinning programme with the



Swedish Association, SALA. The dialogue resulted in The Netherlands in an improved programme for municipal development cooperation. Strengthening good local governance as a condition for poverty reduction remained the overall objective, but crucial new elements in the approach were introduced:

- reduction of the number countries in which Dutch municipalities can work to 17 countries that have a development relation with the Dutch government and to 5 pre-accession to the EU countries
- development of country or thematic programmes, based on a sound situation analysis and a proper logical framework in order to ensure that all municipal cooperation activities are coherent with the local government development, taking into account the environment in which the local governments operate account, owned by all participating municipalities, match with the locally developed long term development goals, and tuned to national policies and interventions by other donors
- all local governments involved in one country or thematic programme are facilitated to have much more opportunities to share and disseminate experiences
- much more flexibility in the choice of activities and the adjustments during implementation has been given
- and last but not least VNG International has got a stronger coordinating and steering role in the programmes together if possible with the national association of municipalities in the country where the programme is imple-

mented in addition to this VNG International has got possibilities to start direct capacity building support for national associations of local governments as well.

The first experiences with the more coordinated and result oriented approach are very positive. In the countries where we work there is much more synergy between the different municipal actors, there are relations with the national association and relevant donor interventions as well as with national ministries so that also legal and financial issues hampering project implementation can be addressed. Examples are a housing programme with all South-African-Dutch city links and a programme on strategic planning and municipal finance in Nicaragua with the 18 Dutch twinned cities with this country. The financial substance of the programmes has been significantly increased. Today the programme with the South, the 17 countries, consists of an annual amount of 4 million Euros and for the preaccession countries an annual amount of nearly 2 million is available.

In the past year the policy dialogue with the Dutch minister for Development Cooperation intensified and improved even further. We share the view that poverty is a multidimensional phenomenon that can only be attacked by the joined efforts of all stakeholders and demands coordination between the various spheres of government in a country. National governments and local governments each have their specific responsibilities and their specific possibilities and limitations. Though there is an NGOing debate on the relationship between decentralisation and development, there is general expectation that the effectiveness and responsiveness of government tends to improve as the locus for decisionmaking moves closer to the citizens. This is why the Dutch government supports decentralisation in development countries as a specific result area. We analysed that there is a certain ambiguity in the realisation that on the one hand support to local government is necessary and needs to be upgraded and on the other hand that donors move towards sector and budget support modalities that are concluded at national levels with recipient governments. The ambiguity lies in the fact that a recent evaluation of the sector approaches concludes that they entail a centralising effect and fall short in getting the funds down to local levels. That is why the minister for Development

Cooperation in a recent reaction to Dutch Parliament emphasized on the role that organisations such as VNG with its membership can play to develop capacities at local level - not only for enhancing governance but also to capacitate local governments and their national associations to pull down resources from central level. This highly interesting dialogue, which might hopefully inspire my German colleagues as well, will hopefully lead to a further increase of the municipal development cooperation programme in the period 2007-2010 for which an annual amount of 6 million Euros might become available.

Ladies and gentlemen, does this mean that all Dutch municipalities are actively involved in these rather professional development activities? Let me be clear: no, that is not the case. Out of the 458 Dutch municipalities a group of about 80 cities and other decentralised governments (provinces and water boards) participate in the described programmes with the Ministry of Foreign Affairs. A recent research amongst all Dutch municipalities showed that 75% of Dutch municipalities, i.e. more than 350, are somehow involved in international cooperation. The kind of activities are rather diverse: nearly all internationally active cities have municipal partners in other countries, the majority in the European Union, but about 75 cities have contacts in developing countries, about 100 Dutch cities supported visibly the MDG campaign, more than 250 Dutch cities have subsidy programmes for local citizens based organisations that support projects in developing countries, and 44% of Dutch municipalities try to contribute to awareness raising activities. My management team visited in the past period more than 50 Dutch mayors of cities with +50.000 inhabitants to discuss their international priorities for the coming period. It is striking that the three most often mentioned priorities were not or hardly related to development cooperation:

- Europe (the importance of participating in European city networks to get new knowledge, to create new opportunities and to gain additional money)
- Profile (giving your city or the region of your city a stronger international profile or branding in order to attract tourism or investments or to strengthen the position of your companies and institutions in the international arena)

- Contacts with countries of origin (many cities establish contact with countries like Morocco, Suriname, Turkey, Cape Verde because of the influx of citizens from these countries in their own community for instance the city of Amsterdam has finalized its development cooperation programme with Beira in Mozambique and Managua in Nicaragua and started new cooperation programmes with cities in Morocco and Surinam).

It is, however, reassuring that they all stressed that development cooperation should remain on the municipal agenda's. They stressed as well that adopting more professional working methods is a crucial challenge for municipal development cooperation in the coming years.

Problems and challenges for municipal development cooperation

I would like to share with you 5 problems or challenges that might be crucial for the further development of the work you are discussing during this conference.

1. The visible citizen's support for municipal development cooperation is in most cities in Europe rather fragile at the moment. As a consequence most mayors we visited told us that the councils were often rather critical about the international work with partners in the South. They even asked us as VNG to invest more in information supply to the elected council members. The good" old criticism of the mayor who is making fancy journeys, junkets, is still in the air. This limits as well the ability of most cities to spend more money on international cooperation. Despite the richness of our Western cities their development cooperation spending is marginal - with the exception of a few European cities that invest in development cooperation as part of their international profile: Lyon, Barcelona, Rome, etc - and that doesn't contribute to a more professional and recognised position in the development arena.
2. The growing professional involvement of cities and their national and international associations of municipalities require much more attention for coordination and finetuning of our work. And don't say that you don't recog-

nise it. Many cities and many associations of local governments start their own projects without a process of careful consideration what others have done or are doing. And it is not only the Western parties that are to blame. Also the partners in the South have sometimes their reasons to remain silent about what they are doing with other partners.....This game is well-known in the world of development aid. Therefore donor coordination is getting more and more attention. So, the world of local governments should try to avoid making the same mistake as the world of development cooperation made in the past. The effectiveness of interventions can be really enhanced when we try to have attention for what others are doing, when we try to avoid the temptation to compete with other initiatives but seek synergy and complementarities.

3. The approach towards more professional working methods, as described in the Dutch programmes, create also a certain tension. Individual cities have to submit to a framework developed with many stakeholders, which restricts the relative autonomy that local governments enjoyed in the traditional twinning arrangements. What you agreed with your partner city was what should be done. How to find the right balance between the new professional requirements, including the bureaucratic logical frameworks, higher reporting skills, auditing standards, and the traditional strong features of municipal international cooperation: colleague-to-colleague contacts, involvement of local volunteers and friendship between people?
4. I don't know exactly what the situation in Germany is, but generally speaking the development NRO's in Europe haven't had a lot of attention for and sympathy with municipal development cooperation. Municipal international work is hardly appreciated as a useful additional intervention in the struggle against poverty and for justice. Even worse municipal initiatives are regarded as a threat because the scarce development money might be shared with these local governments. The recent debate in Europe about the European thematic programmes for development aid for the period 2007-2013 including a programme for non state actors and local authorities in

development” was a clear example: the European development NGOs tried to exclude local governments because their participation would limit the available money for them. My proposal is to invest in overcoming the distance and antagonism: development NGOs and local governments in Europe could achieve more if they cooperate. Especially at the local level improved citizen’s participation and stronger local government could lead to a better access to basic needs, like reliable drinking water, sanitation, garbage collection, for all.

5. In the past years we have seen how local governments can contribute a lot to peace processes in the wake of conflicts and in post conflict situations. Local governments outside conflict areas increasingly try to support partners in conflict situations. Good examples are the support to city governments in Bosnia, Croatia, Palestine and Israel, Colombia, Rwanda and also in Afghanistan, Iraq and the new initiative for Lebanon. Peace and stability are necessary conditions for the social and economic development of regions and for the people living in those regions. We have to realise as well that this is very difficult work, which requires a lot of skills and experience. So, it is very important that we develop the quality of this work in the coming period as well. I do hope that also from the side of local government in Germany the work of United Cities and Local Governments in this field through its City Diplomacy Committee will be supported. Already the active participation of the city of Cologne in the Municipal Alliance for Peace in the Middle East, an initiative of the national associations of Israel and Palestine and on their request chaired by the chairman of VNG and mayor of The Hague, Mr. Wim Deetman, is a great support.

European strategies for municipal development cooperation

Finally a few remarks about our work in a common European framework: What I said about the need for closer cooperation between the different national municipal development cooperation programmes and the need for better contact between the development NRO and municipal world are of course aspects of a European strategy. In addition

to this I do hope that we are able through closer contacts about municipal development cooperation between the different experiences and expertise in the different member states to develop a truly European approach to municipal development cooperation. 10 key features of this identity should be in my view:

- high professional standards
- a practical result oriented approach
- maintaining and renewing the colleague-to-colleague approach
- active involvement of local NGOs and citizens based organisations
- focused on fine tuning with other interventions no isolation, preparedness to share
- reciprocity in relations with Southern partners: aiming at a two sides learning process
- enabling south-south exchanges, trilateral links and even inviting partners in the south to European city networks
- active involvement of national associations of municipalities both in the South and in Europe to coordinate the work and enhance its impact
- a deep understanding that listening and understanding the needs of the partner is more crucial than sending the message
- stand for the value of democratic local government (European Charter of Local Self Government) no preaching but open to exchange and dialogue.

The new thematic programme for non state actors and local authorities in development” of the EU might make about 30 million Euro extra available for municipal development cooperation in Europe. However, it should bring more than just additional money. It creates hopefully new possibilities to communicate about our work, to deepen our understanding of what works and what does not work and to take more joint initiatives beyond the national borders. Europe AID will work with CEMR to draw up a global action framework: I hope the design will encompass strong incentives for coalitions between partners in different European countries to work together with partner cities and associations in the past. This will foster mutual learning!

In the debate about this new thematic programme several politicians and development experts said that this thematic programme should have a temporary character. As soon as the needs of local government in South are fully addressed by the Geographic and Regional EU programmes there wouldn't be any need to involve local governments in Europe. But this view is too limited and shortsighted by all means. International involvement of local governments

should be a key feature of a Europe for Citizens" – a Europe for Citizens that is enabling its local communities to share and exchange knowledge and ideas with local communities all over the world. That is the best way to build up intercultural relations from below for peace and prosperity worldwide. Ladies and gentlemen, I do hope that your work, or better OUR work will contribute to that. I wish you all success needed!

**Jacob von Uexküll, Stifter der alternativen
Nobelpreises/Right Livelihood A-ward:**

Einfluss des globalen Wandels auf unsere Werte

Sehr geehrte Damen und Herren, globaler Wandel klingt besser als Globalisierung, denn letztere genießt inzwischen einen sehr schlechten Ruf. Was ist sie überhaupt? Das Durchbrechen von Grenzen, das Ende des Anderen, meint Ulrich Beck. Tony Blair meint, sie sei ein Naturereignis und das Ergebnis der Wahl von Einzelpersonen, the result of choices of individuals“.

Globalisierungs-Gegner sind infolgedessen ein psychologisches Problem, denn sie sind auf der Wirklichkeitsflucht. Andere meinen, diese Globalisierung sei ein politischer Staatsstreich einer reichen Minderheit. Der alternative Nobelpreisträger, der US-Ökonom Prof. Hermann Daly, sagt, dies sei der letzte Versuch den natürlichen Grenzen des Wachstums zu entkommen, indem man in den ökologischen und ökonomischen Raum anderer Länder hineinwächst. Der große US-Ökonom John Kenneth Gailbraith meinte, Globalisierung ist die Fortsetzung der US-Außenpolitik mit anderen Mitteln. Es gibt Studien, dass eine kleine Gruppe von US-Milliardären in den letzten 20 bis 30 Jahren 1 Milliarde Dollar investiert haben um die entsprechenden 'think tanks' aufzubauen, Karrieren, Politiker und Medien zu fördern, um gerade dieses ökonomische Modell der Globalisierung zu propagieren. Der US Prof. David Korten, langjähriger Chef der Ford Stiftung in Asien, Lehrer an der Harvard Business School – offensichtlich niemand der dem politisch linken Lager zuzurechnen ist - schreibt, dass es nicht einfach war, eine Welt zu schaffen, in der eine kleine Zahl von Dollarmilliardären so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Es hat sehr große Anstrengungen dieser Milliardäre und ihrer Helfershelfer in der Politik, Justiz und Medien gebraucht, um diese Ordnung zu etablieren.

Und es wird genauso große Anstrengungen der globalen Zivilgesellschaft brauchen, um eine Globalisierung aufzubauen, die fair und nachhaltig ist.

In diesem Haus, in diesem Raum, sprach vor einigen Tagen der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der oft vergessene



Grundwahrheiten erwähnte. Es gibt z.B. keinen Freihandel in diesem Globalisierungsmodell, es gibt einen kontrollierten Handel im Interesse einer mächtigen Minderheit. Denn wenn es wirklich um Freihandel gehen würde, wären die entsprechenden Abkommen sehr kurz, um die Übergangsfristen zu regeln. Die Tatsache, dass sie tausende von Seiten Umfang haben, zeigt, dass es nicht um Freihandel geht, sondern um den Schutz von Privilegien. Stiglitz hat darauf hingewiesen, dass wir einem globalen Wandel unterworfen sind, in dem sich das Kapital immer freier bewegen kann aber nicht die Arbeit. Natürlich würde ein Modell mit den entgegengesetzten Regeln einen ganz anderen globalen Wandel, mit anderen Werten, Vorteilen und Nachteilen fördern. Er wies auch darauf hin, dass es keinen unregulierten Markt gibt, sondern eine Regulierung des Marktes zugunsten der Global Players. Aber profitieren denn nicht alle irgendwie? Nein, nicht einmal nach den eigenen Kriterien dieser Globalisierung. Denn das Wirtschaftswachstum war, sowohl regional wie auch global in den 60-er und 70-er Jahren überall bedeutend höher als in den letzten Jahrzehnten.

Die wirtschaftliche Globalisierung bestimmt heute alle Aspekte des globalen Wandels. Alle Lebensbereiche werden zunehmend ökonomisch gesteuert. Genauso wie die Frage früher im sowjetischen System immer lautete, ob die Realität mit dem übereinstimmte, was Marx und Lenin sagten, so bekommt man heute auf jeden noch so gut durchdachten Vorschlag die Frage: Wer soll das bezahlen?“ Inzwischen können wir uns unsere Eltern nicht mehr leisten, da die Renten so teuer sind, ebenso können wir uns

keine Kinder mehr leisten... Wir können uns auch gar nicht mehr leisten auf dieser Erde zu leben, denn der Umweltschutz ist auch zu teuer. Der große britische Ökonom John M. Keynes hat zu diesem Unsinn einmal gesagt: Alles was eine Gesellschaft tun kann, kann sie sich auch finanziell leisten.“

Der US-Soziologe Prof. Benjamin Barber schreibt: Es ist sehr bezeichnend, dass man, wenn die Kirche jeden Sektor der Gesellschaft kontrolliert, diese für unfrei hält, und wenn ein Ein-Parteienstaat jeden Bereich des Lebens kontrolliert, sagt, dass sei totalitär und undemokratisch. Wenn aber der ökonomische Bereich jeden Bereich der Gesellschaft und des Lebens kontrolliert, dann feiern wir das als Gipfel von Freiheit und Demokratie. Die Demokratie regelt heute immer weniger, denn hinter den politischen Beschlüssen stehen Kosten-Nutzen-Analysen von Ökonomen. Bei drohenden Umweltschäden hat man zuerst den Menschen die logische Frage gestellt, wie viel Schadensersatz sie verlangen, um die Umweltschädigung, die durch den Bau z.B. einer neuen Fabrik verursacht wird, zu akzeptieren. Da wurden dann so hohe Schadensersatzforderungen gestellt, dass keines dieser Groß-Projekte wirtschaftlich Sinn machte. Das war aber nicht das gewollte Ergebnis. Die Ökonomen entschlossen sich daher, die Sache andersrum anzugehen. Jetzt fragen sie Wie viel würden Sie bezahlen, damit diese Umweltschädigung nicht eintritt? Sie schauen sich dann den Verdienst der betroffenen Leute an und sagen, dass diese gar nicht soviel zahlen können und reduzieren die Beträge entsprechend, damit die Projekte ihren Auftraggebern dann noch wirtschaftlich erscheinen.

Diese Strategie ist auf dem Gebiet des Klimachaos besonders verheerend. Denn die Meisten, die darunter leiden werden, leben in armen Ländern und die Meisten, die dafür zahlen müssten, in den reichsten Ländern. Die Ökonomen glauben, dass man den Wert eines Lebens danach berechnen muss, was sich jemand leisten kann. Der Wert eines aus Bangladesh stammenden Menschen wird daher mit einem Fünfzehntel dessen bewertet, was den Lebenswert eines Amerikaners ausmacht. Die Bangladescher können es sich also gar nicht leisten, sich vor dem Ertrinken zu retten! Durch diese Berechnungen kann man dann ökonomisch belegen, dass es billiger ist, sich dem Klimachaos anzupas-

sen, als es zu verhindern. Das sind die versteckten Berechnungen, die hinter Bewertungen stehen, die angeblich neutral sind. Jeder Wandel beeinflusst unsere Werte. Aber das konkrete Ergebnis hängt davon ab, was für einen Wandel, was für ein Globalisierungsmodell wir wählen.

Viele Menschen setzen andere Prioritäten als eine möglichst große Auswahl an Konsumgütern und haben auch andere Freiheitsbegriffe. Sie wollen z.B. die Freiheit haben, auch andere Freiheiten zu wählen, als die des Marktes. Sie wollen andere Werte priorisieren können. Der Begründer der transpersonellen Psychologie Abraham Maslow hat einmal gesagt, Es ist sehr schwierig Werte wie Liebe, Großzügigkeit und Solidarität in einer Gesellschaft zu leben, deren Informationsströme, Regeln und Institutionen auf die Förderung geringerer menschlicher Werte ausgerichtet sind.“ Die meisten Menschen sind keine Dissidenten. Sie wollen das Gefühl haben, dass sie im Einklang mit den Werten ihrer Gesellschaft leben. Ein Minister der vorherigen indischen Regierung, die mit aller Macht versucht hat, Indien zu globalisieren und deswegen die letzte Wahl verlor, sagte in einem Zeitungsinterview: Mit den Werten ist es jetzt vorbei. Wir ermuntern die Leute, egoistischer zu werden. Die Wertelücke wird dann durch Marktwerte gefüllt. Der globale Wandel ist also nicht der Wandel des Bürgers zum Weltbürger sondern der Wandel des Verbrauchers zum globalen Konsumenten.

Wir sind Verbraucher und waren es immer, wir haben immer Handel betrieben. Aber dies war ein kleiner Teil von uns und nicht der Teil, der alles andere regierte. In diesem Konflikt entsteht die Krise der Demokratie, in der nicht nur immer weniger Menschen wählen, sondern auch nur ein kleiner Teil des Wählers wählt: Man wählt nur noch als Konsument. Andere Alternativen werden gar nicht mehr geboten. Das Ergebnis ist der Glaubwürdigkeitsverlust der Politik. Die einzigen, die noch weniger glaubwürdiger sind als die Politiker, sind die Global Players, die multinationalen Unternehmen.

Früher wurden Greenpeace und Amnesty noch von ca. 50 - 60% als glaubwürdig gesehen. Inzwischen sind sie bei 30% und eine absolute Mehrheit traut keiner Institution mehr. Der alternative Nobelpreisträger Prof. Robert Jungk

hat Zukunftswerkstätten entwickelt, wo Menschen zusammen kamen und das Gefühl bekamen, dass sie selbst ihre Zukunft mitbestimmen können. Dazu müssen wir aber aus dem Gefängnis unseres postmodernen Werterelativismus heraus. Wir müssen irgendwelche Werte haben, an die wir tatsächlich glauben und nicht nur sagen, dass ist halt mein Wert und alle anderen haben andere Werte, die sind genauso viel wert. Der Glaube, es gebe europäische Werte, aber Asiaten und Afrikaner hätten ganz andere Werte, entspricht nicht meiner Erfahrung. Es heißt, in Europa werden individuelle Werte höher gesetzt, dort aber gemeinschaftliche Werte. Aber in vielen dieser Länder werden gemeinschaftliche Werte genauso unterdrückt wie individuelle. Die Einzigen, die sich bei uns beschwerten, als wir einen Alternativen Nobel-Preis an einen Menschenrechtler aus ihrem Land gaben, waren die Diktatoren bzw. die Botschafter von Nigeria und Indonesien. Aber die Menschen dort haben nie gesagt: Wie kommt ihr dazu, mit euren europäischen Preisen, europäischen Werten bei uns zu intervenieren? Alle sagten, dass es sehr hilfreich sei, diese Unterstützung zu bekommen.

Der erste, der grundlegende gemeinsame Wert – eine Art menschlicher Brutinstinkt – ist der Wunsch, die tief gefühlte Verantwortung, unseren Kindern eine bessere oder wenigstens keine schlechtere Welt zu übergeben. Denn hätten wir nicht diesen Brutinstinkt, wären wir gar nicht mehr hier. Hätten unsere Vorfahren so verschwenderisch gelebt wie wir, wären wir schon längst ausgestorben. Wir müssen diesem noch vorhandenen Brutinstinkt wieder die Kraft geben, die er hatte. Zurzeit wird er von den Werten des globalen Konsums unterdrückt. Ein Problem ist, dass dieser Wert keine Institutionen mehr hat, die für die Interessen zukünftiger Generationen spricht.

Merkwürdigerweise besaßen unsere Vorfahren solche Institutionen obwohl sie viel weniger Einfluss auf die Zukunft hatten. Trotzdem fragten die Ureinwohner Nordamerikas bei ihren Beschlüssen immer, wie sie sich das auf die 7. Generation nach ihnen auswirken würden. In anderen Teilen der Welt gab es formelle Institutionen dieser Art. Im vorkolonialen Südindien existierten beispielsweise Räte der Seher in die Zukunft, die ein Vetorecht hatten.

Wir sind jetzt dabei, den World Future Council hier in Hamburg zu gründen. Wir haben auch eine Studie im Auftrag gegeben, die gerade in Sri Lanka erstellt wird, um zu erforschen wie unsere Vorfahren in verschiedenen Teilen der Welt in ihren Beschlussprozessen mit den Interessen zukünftiger Generationen umgegangen sind. Wo war das institutionell verankert, auf welche Art und Weise wurde es gemacht? Heute stehen wir vor einer historisch einmaligen Herausforderung. Die Folgen des Klimachaos sind kaum vorstellbar. Ohne ein stabiles Klima nützen andere Menschenrechte wenig. Es funktioniert dann auch keine Wirtschaft, keine Zivilisation. Dass es soweit gekommen ist, ist Beweis für ein unglaubliches Marktversagen und gleichzeitig ein Demokratie- und Politikversagen. Wir haben durch unseren Werterelativismus den Sinn für Gefahrenhierarchien verloren. Alle reden vom nachhaltigen Haushalten, als ob die ökonomische Nachhaltigkeit das Wichtigste wäre. Natürlich sollten wir nicht Geld verschwenden, aber man muss sich immer vergegenwärtigen, dass es den finanzpolitischen GAU, d. h. den Staatsbankrott, schon öfter in der Geschichte gab. Aber die Folgen waren immer innerhalb einer Generation überwunden. Ein ökologischer Bankrott hingegen wird auch nach Tausenden von Generationen nachwirken, wenn er überhaupt wieder rückgängig zu machen ist. Mit Schuldnern, mit Geldschuldnern kann man verhandeln, man kann umschulden, man kann stunden, man kann auch einfach die Rückzahlung verweigern. Man kann den Bankrott erklären. Aber mit schmelzenden Gletschern kann man nicht verhandeln.

Der derzeitige Wertewandel vollzieht sich auch, weil viele Menschen das Gefühl haben, dass sie seit 30 Jahren belogen wurden. Die Wachstumsphantasien, die uns als Zukunft präsentiert wurden, sehen heute hohl aus, denn es ist ganz klar: Wenn wir noch ein, zwei Jahrzehnte so weitermachen, stehen wir vor einer globalen Katastrophe einmaligen Ausmaßes. Einer unserer Preisträger sagt: „Das, was wir wollen, wird sicherlich sehr schwer sein, aber was die da oben wollen, was die planen, das ist schlicht unmöglich.“ Der US-Ökonom Prof. Kenneth Boulding sagt: „Derjenige, der in einer materiell endlichen Welt an exponentielles, unbegrenztes Wachstum glaubt, muss entweder verrückt oder Ökonom sein.“

In der Vergangenheit waren Katastrophen immer regional. Als Rom zusammenbrach, wurde das zivilisatorische Wissen in den Klöstern am keltischen Außenrand Nordeuropas bewahrt und sickerte im Laufe der Jahrhunderte wieder in das barbarisierte Zentrum Europas ein. Heute aber geschehen diese Veränderungen auf globaler Ebene. Es wird keinen Keltischen Außenrand geben, der uns nachher retten kann. Das müssen wir selbst tun. Zum ersten Mal werden sogar geologische Zeiträume von unseren Entscheidungen und Nichtentscheidungen, von unseren Handlungen und unseren Nichthandlungen beeinflusst. Hierin liegt unsere beispiellose Verantwortung.

Als erstes müssen wir gegen den weit verbreiteten Zynismus vorgehen, der behauptet, es sei alles sowieso zu spät. Ja, die nachhaltige Lebensqualität, die Welt, die wir hätten bekommen können, wenn wir vor 20 oder 30 oder auch noch vor 10 Jahren die Wende eingeleitet hätten, ist natürlich nicht die Welt, die wir heute bekommen können. Aber der Unterschied ist immer noch groß. Es gibt projizierte Landkarten der Vereinigten Staaten, die zeigen, wie die USA aussehen würden, wenn die Klimaaoptimisten Recht bekommen und wir jetzt umsteuern. Die Küste von Florida sähe dann anders aus. Und wenn Sie ein Strandgrundstück in Miami Beach geerbt haben, sollten Sie es schleunigst verkaufen! Wenn allerdings die Klimapessimisten Recht haben, und Sie sich die entsprechende Karte ansehen, gibt es überhaupt kein Florida mehr, es ist völlig überflutet. Der Unterschied ist also noch recht groß.

Die alten Israeliten bezeichneten mit dem Begriff „hochma“ die Wissenschaft des Herzens, die Kapazität zu fühlen und zu handeln, als ob die Zukunft von jedem Einzelnen abhinge. Solche Werte müssen wir wieder entwickeln. Wir müssen uns auch mehr politisch engagieren. Eine große Gefahr ist die Trennung von Zivilgesellschaft und Politik. Im alten Griechenland war, wer sich politisch engagierte, ein Polites. Wer sich weigerte, ein Idioten. Der globale Wandel hat herkömmliche Werte nicht zerstört, sondern nur unterdrückt. Es gibt viele Studien, die zeigen, dass es global ab einem Einkommen von ca. 10.000,00 Euro, keine Korrelation mehr zwischen Wachstum und menschlichem Wohlbefinden gibt. Das große Problem ist nicht der Wertewandel, sondern die wachsende Kluft zwischen den



Werten, die die allermeisten noch immer haben und der Politik heute. Das Umsetzungsdefizit wird immer größer und führt zum Chaos. Die Gesellschaft bricht auseinander.

Ein Beispiel, um zu zeigen, wie die Weltanschauung der derzeit Herrschenden aussieht: Der schon erwähnte Prof. Hermann Daly hat kurze Zeit bei der Weltbank gearbeitet. Er bekam das Buchmanuskript eines Kollegen vorgelegt, in dem die Natur, die Umwelt als ein Subsystem der menschlichen Wirtschaft eingezeichnet war. Daly wies darauf hin, dass es natürlich genau umgekehrt ist, dass unsere Wirtschaft ein völlig unabhängiges Subsystem der Natur ist. Der Autor weigerte sich, dieses Schaubild zu ändern und das Buch erschien dann ohne. Bei dem Autor handelte es sich um den damaligen Chefökonom der Weltbank, Laurence Summers. Er wurde dann Wirtschaftsminister von Clinton und danach Präsident der Universität Harvard.

Für mich liegt der Glaube, dass unsere natürliche Umwelt ein abhängiges Subsystem unserer ökonomischen Ordnung sei, auf der gleichen Ebene, wie der Glaube, dass die Erde flach ist.... Al Gore hat vor kurzem in einem Spiegel-Interview gesagt, „Wir müssen das Klimaproblem von der politisch-ökonomischen auf die moralisch-ethische Ebene heben.“ Er hat darauf hingewiesen, dass erst dann die Bürgerrechtsbewegung in den USA Erfolg hatte, als sie aus den fehlenden Bürgerrechten ein moralisch-ethisches Problem machten. Wenn man weiter zurückgeht, galt das ebenso für die Abschaffung der Sklaverei. Sie war damals ökonomisch höchst profitabel, sie war politisch akzeptiert. Aber eine kleine Gruppe von Menschen sagte sich, sie ist

moralisch-ethisch unakzeptabel und untragbar. Sie taten das ohne irgendein Mandat. Es waren einfach Menschen, die mit den existierenden Zuständen nicht weiter leben konnten. Sie fingen eine Kampagne in den USA und in Großbritannien an und hatten nach einigen Jahrzehnten Erfolg. Dasselbe müssen auch wir mit den großen Herausforderungen machen, vor denen wir heute stehen, denn auch diese sind nicht ökonomische oder politische Probleme, sondern ethisch-moralische. Eine Studie der UNO nach dem ersten Golfkrieg stellte fest, dass es mit den Kosten dieses Krieges möglich gewesen wäre, innerhalb von 3 bis 5 Jahren für alle Menschen auf der Welt sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Krieg erklärte der britische Schatzkanzler im Unterhaus, Großbritannien würde daran teilnehmen, unabhängig wie seine Finanzen aussähen und unabhängig davon, wie viel es kosten würde.

Ich kenne keine vergleichbare Erklärung eines Finanzministers dort oder in irgendeinem anderen reichen Land im Hinblick auf die Bereitstellung vom sauberen Trinkwasser für alle Menschen und die Bekämpfung des Hungers! Neu ist, dass die Eliten jetzt auch anfangen, Zweifel zu haben an dem Weg, den sie gehen. Die Leiterin des Davos Young Global Leaders Project berichtete mir, dass auch dort jetzt die Diskussionen in den Meetings hauptsächlich um Werte und Ethik gehen. Die Zukunft, das wird besonders jungen Menschen gesagt, sei im Businesssektor. Aber in Großbritannien erklärten bei einer Umfrage 60% der 25- bis 35jährigen, die in diesem Sektor arbeiten, dass ihre Arbeit sinnlos sei, und 90% der 35- bis 45jährigen würden am liebsten ihren Job aufgeben. Unsere Entscheidungsträger bestellen gern so genannte Expertenkommissionen. Die eine kommt dann zu dem Schluss, dass es eine große Gefahr für die Weltwirtschaft sei, dass die Japaner zu wenig neue Autos kaufen. Eine andere kommt zu dem Schluss, dass es eine große Gefahr für die Umwelt sei, dass die Chinesen so viele neue Autos kaufen. Wieder eine andere meint, dass man, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Rentenalter senken müsse, und eine weitere stellt hingegen fest, man müsse das Rentenalter erhöhen, um die Renten bezahlbar zu machen. Ich fragte einmal eine deutsche Politikerin: „Treffen sich diese Kommissionen denn nie?“ „Natürlich nicht!“, lachte sie.

Wir müssen jetzt die Interessen zukünftiger Generationen und unsere Werte als Weltbürger in dieser globalisierten Welt auch global institutionell verankern. Das ist der Grund für die Initiative World Future Council, für einen Weltzukunftsrat, ein Sprachrohr für die Interessen der zukünftigen Generationen. Er behauptet nicht, für andere zu sprechen, andere zu vertreten. Sein Einfluss wird durch die Qualität seiner Arbeit und seiner Mitglieder kommen. Es werden nicht alle sehr bekannte Menschen sein, aber Menschen, die ethisch integer sind und die die Zeit haben dort mitzuarbeiten. Wenn gefragt wird, warum ist nicht z.B. Nelson Mandela dabei, dann kann ich nur sagen, er hat schon sehr viel in seinem Leben geleistet. Wir werden vielleicht auch einen Ehrenrat schaffen für solche Personen. Wir suchen aber vor allem Menschen, die aktiv mitmachen können. Heute werden wir hier in Hamburg mit 22 Gründungsratsmitgliedern die restlichen 28 wählen, so dass wir auf insgesamt 50 Mitglieder kommen. Der World Future Council ist eine Institution von Bürgerinnen und Bürgern, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Er wird hoffentlich auch die Gründung nationaler und lokaler Zukunftsräte inspirieren. Das Schweizer Beispiel ist sehr spannend, denn dort werden solche Zukunftsräte als verfassungsmäßige Gremien auf kantonaler Ebene geschaffen.



Es sind also nicht NROen, die immer um Einfluss und Mittel kämpfen müssen oder eine Kommission, die von der Regierung ernannt wird und wieder aufgelöst werden kann, sondern verfassungsmäßige Gremien. Es wird sehr schwierig sein für die Exekutive und Legislative, die Empfehlungen einer Institution zu ignorieren, die geschaffen wurde, um diese Region, diese Stadt auf die Zukunft vorzubereiten. Es freut mich besonders, dass der World Future Council sein Generalsekretariat jetzt hier in Hamburg hat, dass wir hier die entsprechende Unterstützung bekommen haben, sowohl privat als auch von der Stadt. Ich habe vor

einem Jahr gelesen, dass es in diesem Land schon über 3000 Institutionen gibt, die sich mit der Vergangenheit beschäftigen und ganze sechs, die sich mit der Zukunft beschäftigen. Es ist gut, dass wir jetzt eine siebte haben!

Ich möchte mit einem Zitat aus dem Tagebuch von Anne Frank abschließen: Es ist doch wunderbar, dass man keinen Augenblick warten muss, bevor man beginnen kann, die Welt zu verbessern.

> Fragen

Dr. Klaus Wazlawik: Meine Frage bezieht sich auf die Erdcharta, die seit Jahren in Bewegung ist und die sicherlich einen Teil der Aspekte, die Sie angesprochen haben, aufnimmt. Ist da eine Kombination möglich, wenn ja, wie könnte sie aussehen?

Jacob von Uexküll: Die Erdcharta ist ein Dokument, das in einem mehrjährigen globalen Konstellationsprozess entstanden ist, Zehntausende von Menschen und Organisationen wurden konsultiert. Deswegen ist sie ein sehr wertvolles Dokument, das uns viel Arbeit erspart, da wir auf die dort formulierten Werte bauen können.

Suhela Behboud: Vielen Dank für Ihren sehr guten Vortrag, Herr von Uexküll. Ich nehme stellvertretend für die internationale Menschenrechtsorganisation Peace Brigades International an dieser Konferenz teil. Gibt es eine Möglichkeit für uns an diesem World Future Council teilzunehmen?

Wortmeldung: Ich möchte mich zunächst für Ihren wertvollen Beitrag bedanken. Ich hätte nur eine Frage: Die Globalisierung und der damit verbundenen Werteverlust sind durch den Zusammenbruch des Ostblocks und den Verlust des ideologischen Feindes“ zu sehen. Wir alle können weltweit etwas verändern, denn wir haben Einfluss durch unser Verbraucherverhalten. Ein schönes Beispiel ist die Erfahrung die Nestle in Afrika mit dem Verkauf abgelaufener Babyprodukte machen musste. Die Politik protestierte

zwar, aber nichts passierte, erst als wir Verbraucher Nestleprodukte boykottierten lenkte die Wirtschaft ein.

Jacob von Uexküll: Der World Future Council ist noch im Aufbau. Ich schätze Ihre Organisation und Ihre Arbeit sehr, aber der Rat muss erst einmal die Möglichkeit haben, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu vollziehen. Es wird einen Kreis von Organisationen und Personen geben, die die Arbeit des Rates unterstützen werden. Zudem wird es



auch ein Bord of Advisers geben, wo auch einige Vertreter von Organisationen aufgenommen werden, doch wir werden uns formell nicht mit anderen Organisationen verbinden, da wohl Tausende derartiger Anfragen auf uns zukämen.

Der Zusammenbruch des Ostens war sicherlich ein gutes Ereignis, aber weltweit betrachtet hört man gerade in

Afrika oder Lateinamerika auch anderes wie: Damals konnten wir die beiden Weltsysteme gegeneinander ausspielen. Jetzt haben wir diese Alternative nicht mehr und das engt unseren Freiraum ein. Dies führt zu einer zunehmenden Frustration bei den Regierungen der Entwicklungsländer. Ich erlebte erst kürzlich auf eine UNO-Konferenz, dass sich Regierungsvertreter bei mir beklagten, wie zahm die Vertreter der Zivilgesellschaft geworden wären. Vielleicht sind wir mit unseren Forderungen zu zahm geworden, um politisch realistisch zu wirken. Aber es geht nicht mehr darum, was politisch realistisch ist, sondern es geht darum, was aus ökologischer Sicht und im Sinne einer gerechten Weltordnung notwendig ist.

Wortmeldung: Meine Bemerkung bezieht sich auf den von Ihnen erwähnten Wertewandel, den wir auf einer moralisch-ethnischen Ebene vollziehen sollten. Mein Eindruck ist, dass die Resonanz nicht positiv genug ist. Wir möchten gegenüber jedem und allem Tolerant üben, doch stoßen wir immer mehr an unsere Grenzen. Auch bei Unternehmen hört man auch von ethischem Investment, von ethischer Unternehmensführung, doch es hapert allerorten vor allem an der Umsetzung, Ideen gibt es genug.

Gunther Hilliges: Herr von Uexküll, vor zehn Jahren bestritten wir die erste gemeinsame Konferenz zum Thema ‚Welche Rolle hat kommunales Engagement?‘. Heute begehen wir die 10. Bundeskonferenz der Kommunen. Wir bemühen uns seit 20 Jahren darum, Kommunen in Globalisierungsprozessen einzubeziehen und Menschen einen Raum zu geben, in dem sie an der Globalisierung nicht nur als Opfer, sondern als gestaltende Kraft teilnehmen können. Sie haben in Ihrem Beitrag sehr überzeugend beklagt, dass die Strukturdefizite ein Riesenproblem für gemeinsames Handeln sind. Wie schätzen Sie das Potenzial der etwa 500.000 Kommunen weltweit ein, mit diesen von Ihnen angesprochenen Fragen besser fertig zu werden?

Sehr überzeugt hat mich Ihre Bemerkung zum Thema ‚Staatsferne von Nichtregierungsorganisationen‘. Dieses oft fundamentalistische Abwehrverhalten von Nichtregierungsorganisationen gegenüber Allem, was in der Nähe des Staates ist, stellt für eine Demokratie ein großes Defizit dar und schwächt sie. Die NRO müssten stattdessen offensiver

in Richtung kommunaler Strukturen arbeiten und nicht versuchen, NRO- und staatliche MDG-Kampagnen voneinander abzugrenzen. Gemeinsam wären wir stärker.

Herbert Brüning: Ich bin beim Zukunftsrat Hamburg ehrenamtlich engagiert, der seit Jahren versucht, Einfluss auf die Zukunftsgestaltung der Hansestadt Hamburg zu nehmen. Meine Frage bezieht sich auf die von Ihnen vorgetragene Rolle der Wirtschaft. Wir haben mit dem Leidbild der Nachhaltigkeit das einzige weltweit anerkannte Leidbild zur Gestaltung der Globalisierung, als Umsetzung gibt es das 3-Säulen-Modell im Ausgleich wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Interessen. Angesichts Ihrer Analyse der Dominanz der Wirtschaft und der Ausrichtung auf eine naturwissenschaftlich unsinnige Wachstumsphilosophie, entsteht für mich die Frage: Welche Hoffnungen sehen Sie, die Wirtschaft, die in der Wachstumsphilosophie gefangen ist, als momentan wichtigsten gesellschaftlich dominanten Einflussfaktor dazu zu bringen, die eigene Grundlage zu verlassen und sich hin zu einer nachhaltig ausgerichteten Wirtschaft zu entwickeln?

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Ich schließe unmittelbar an die letzte Frage an. Was ist zwischenzeitlich gelernt worden aus früheren Initiativen wie dem Club of Rome?

Meine Kernfrage ist, wie stark Sie unter sich bleiben und wie Sie diejenigen einbeziehen, die Sie erreichen wollen? Es hilft nicht, wenn jeder unter sich bleibt und die Konfrontation weitergeht. Wie wirken Sie auf Diejenigen ein? Wie reden Sie mit ihnen? Worin bestehen die Unterschiede zwischen dem Zukunftsrat und dem Club of Rome?

Jacob von Uexküll: Die Toleranz gegenüber Menschen, die die Zukunft und das Leben unserer Kinder und Enkel gefährden, kann auch zu weit gehen. Wir müssen den Menschen, die Opfer bringen und auch den Wirtschaftsunternehmen, die ihre Profite riskieren, würdigen. Der Automobilhersteller Toyota hat beispielsweise zwei sich gut verkaufende Modelle aus dem Verkehr gezogen, weil sie das Unternehmensziel, die Reduzierung der Gesamtemissionen ihrer Fahrzeugflotte, konterkarrieren. Das ist ein schönes Beispiel, wo nicht nur von Corporate Social Responsibility gesprochen wird, sondern konkret gehandelt wird. Es gibt

auch negative Beispiele, für die der World Future Council ein Projekt namens Crimes against the Future einführen wird.

Zur Rolle der Kommunen. Wir haben gesehen, was Bürgermeister, was Städte, was Initiativen wie ICLEI erreicht haben, besonders in den USA, wo die Bundesregierung noch gegensteuert. Die Kommunen spielen selbstverständlich eine ganz zentrale Rolle, weil die Menschen lokal und nicht global leben, gleichzeitig aber von dem, was global geschieht sehr beeinflusst werden. Der englische Autor Colin Hines vertritt mit seinem Buch die Forderung Protect the lokal, Globally!“ auch meinen Ansatz, dass ein verfassungsmäßiges Gremium zu schaffen ist.

Das Problem hinsichtlich der NROen ist sicher sehr real, wenn wir nur die wenigen, finanziell unabhängigen NROen betrachten. Die demokratisch Mandatierten auf lokaler Ebene besitzen viele Handlungsmöglichkeiten, die sie nutzen müssen. Wir erleben, dass afrikanische Parlamentarier zu uns kommen und sagen, ich erhalte kaum finanzielle Unterstützung, die NROen hingegen schon. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Der demokratische Prozess beginnt lokal und die Wiederbelebung der lokalen Demokratie wird nie weitergehen können, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass das, was sie machen, keinen Wert hat.

Wir sind im Wirtschaftsglauben gefangen, doch in den letzten Jahren verlieren die wirtschaftlichen Entscheidungsträger vermehrt ihre Glaubwürdigkeit. Der Vorsitzende der Nobel-Stiftung in Stockholm sagte mir nach einer Diskussion: Als es in Schweden Null-Wachstum gab, herrscht gleichzeitig 15% Arbeitslosigkeit. Das zeigt den Wahnsinn des Modells. Wir haben die Wahl zwischen Wachstum bis zum ökologischen Kollaps oder der Alternative, der Arbeitslosigkeit von 10-20%. Dies führt nach Expertenmeinung zu Weimarer Verhältnissen, Bürgerkrieg und sozialem Zusammenbruch. Es gibt bis zu einer Milliarde Menschen, die unterbeschäftigt oder arbeitslos sind, folglich ist ein Wirtschaftsmodell, dem es nicht gelingt, diese beiden Möglichkeiten zusammen zu bringen, falsch konzipiert.

Zur letzten Frage von Frau Prof. Dr. Süßmuth. Das World Future Council besteht aus Personen, die viele Jahre in ver-

schiedenen Organisationen gearbeitet haben und dort gesehen haben, was nicht funktioniert. Die zu kurzfristige Anlage von Kommissionen und Kampagnen ist eines der Probleme, deswegen planen wir den World Future Council als dauerhafte Organisation. Nach meiner Erfahrung brauchen Organisationen fünf Jahre bis sie wirklich anfangen, etabliert zu sein. Wir haben Studien in best policies unternommen, um zu ergründen, wo es auf der Welt die beste Politik gibt. Die beste solare Bauverordnung ist nach unserer Ansicht die in Barcelona der beste Umgang mit ökologischen Problemen, dem großstädtischen Verkehr in einem armen Land, ist das Modell von Bogotá. Die beste Gesetzgebung zur Förderung neuer Energien ist ohne Zweifel das deutsche Energie-Einspeisegesetz, das jetzt in 40 Ländern übernommen worden ist.

Ein weiteres Manko anderer Organisationen war ihre Einseitigkeit. Eine Stärke des World Future Council ist es, dass es umfassender ausgerichtet ist. Wir arbeiten im Beirat mit Peter Eigen, dem Gründer von Transparency International, zusammen und der Präsident des Club of Rome ist einer unserer Gründungskanzler.

Wir werden die Menschen hauptsächlich durch die Medien erreichen, dabei wollen wir keinen riesigen Apparat aufbauen und damit nicht das tun, was andere schon vor uns getan haben. Ich habe das Gefühl, dass wir eine zentrale Lücke in der existierenden Struktur von internationalen Strukturen füllen. Es gibt einen großen Bedarf an einer Institution, die für die ethischen Werte spricht und längerfristig angelegt ist, die sagt, was zukunftsrealistisch und nicht was heute politisch realistisch ist.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. /
Mitglied der UN-Kommission für internationale**

Migration: *Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration?*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht einfach, an eine Grundsatzdiskussion über Notwendigkeit und Einfluss globaler Werte auf unser tägliches Tun anzuschließen. Ich werde mich deshalb in der Tat einschränken müssen und fragen, was wir in Teilbereichen in unserer Entwicklungszusammenarbeit davon umsetzen.

Mein Thema heißt, Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration? Ich weiß, dass Sie während dieser Tagung schon erörtert haben, was Integration und Interkulturalität mit Entwicklungszusammenarbeit verbinden.

Ich möchte Ihnen den Kontext beschreiben, in dem ich diese Frage behandelte. Er besteht in der Tat aufgrund von Erfahrungen im eigenen Land, in Europa und international. Anschließend an die Aussagen von Herrn von Uexküll habe ich folgende Vorbemerkung zu machen: Gelingen kann unser Anliegen nur in einem vernetzten Denken und Handeln in der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft. Es geht um einen neuen Ansatz, den wir entwickeln müssen. So lange die Einen meinen, sie seien alles und die anderen seien Nichts, werden wir nichts Produktives hervorbringen. Insofern – das habe ich gerade in meinem Buch *Migration und Integration – Testfahrt für unsere Gesellschaft*“ veröffentlicht – kommt es darauf an, die Menschen füreinander zu gewinnen, ob sie nun in staatlichen Institutionen arbeiten oder ob sie in freiwilligen Zusammenschlüssen, in Vereinen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen tätig sind.

Ich möchte das anhand eines Beispiels veranschaulichen. Jahrelang waren die NROen eher suspekt. Das galt auf der Bundes- und Länderebene. Das Urteil lautete: Hört mir bloß mit diesen Organisationen auf, die haben nur partikuläre Interessen und sind nichts Dauerhaftes. Wenn überhaupt, dann bezieht Euch auf die traditionellen Verbände, die haben eine längere Überlebenschance und hütet Euch vor diesen Initiativen. Es entstanden regelrechte Feindbilder.



Doch insbesondere nach 1990 – ich nenne hier führend den Außenminister Joschka Fischer ab 1998 – gab es ein verändertes Zusammenwirken von NROen und Staat. Es hing entscheidend damit zusammen, dass zum einen die Grenzen und die Wirksamkeit des Staates mehr und mehr erfahren wurden. Zum anderen setzte sich ein partizipatorisches Denken durch, der die Zivilgesellschaft an der staatlichen Politik beteiligte. Wir allein kamen und kommen nicht mehr weiter, weder im eigenen Land noch in der Außenpolitik, wenn wir nicht alle wichtigen Akteure einbeziehen.

Einwand, dass das Einbeziehen der Akteure, Migrantinnen und Migranten in unserem Land wirklich keine Erfindung des Staates und der Kommunen war, sondern eine Forderung der NROen ist stichhaltig. Primär waren es die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft mit ihren NROen, die ein Zusammenleben mit Zugewanderten in friedlicher Form ermöglicht haben. Es fing also nicht bei den Kindergärten an, nicht bei den Schulen an, nicht bei der entscheidenden Frage der Partizipation an. Die bottom-up-Strategie muss allerdings auch für den Zukunftsrat gelten, denn wir beschäftigen uns ständig mit Top-Down-Strategien. Statt zu fragen, wie wir auf solch einem Zukunftsrat mit Anhörungen aufbauen können, sollten wir zunächst schon vorhandene Erfahrungen und Erkenntnisse einbeziehen.

Wirklich tätig in diesem Feld sind sowohl die Kommunen

mit den beteiligten NROen und Migrantinnen und Migranten als auch die Akteure in den Partnerschaften zwischen Kommunen Deutschlands mit Kommunen des Südens, wie zum Beispiel Afrikas und Lateinamerikas.

Auf diese Partnerschaften muss aufgebaut werden, so dass wir endlich wegkommen von einer Politik für die Menschen hin zu einer Politik mit den Menschen. Ich selbst habe das lange Zeit in der Frauenpolitik erlebt, es wurde permanent über ihre Defizite argumentiert, statt zu fragen, welche Stärken bringen die Menschen ein.

Migrantinnen und Migranten verfügen oft noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse in unserem Land. Doch Sprache ist ein wichtiges Medium. Sie ist unverzichtbar, um einen Schulabschluss zu bekommen und auch, um in die Arbeitswelt integriert zu werden. Aber nicht Arbeitskräfte sind nach Deutschland gekommen, sondern Menschen. Sie brauchen mehr als sprachliche Bildung und Arbeit. Sie brauchen Wertschätzung, Zugehörigkeit und Beteiligung.

Im Übrigen ist deren Interesse an geeigneten Umweltbedingungen, die sie überleben lassen, nicht geringer als die der entwickelten Länder, oft sogar größer. Ich kann Ihnen von den großen ökologischen Nöten und Interessen aus dem sibirischen Teil der früheren Sowjetunion und des heutigen Russlands berichten. Dort und hier fragen die Menschen, wie wir die ökologischen Probleme reduzieren können, damit es uns möglich ist, zu leben und zu wirtschaften. Deswegen wird unser Handeln mit ihnen gemeinsam und auf uns zurück wirken. Von uns muss die Frage ausgehen, wie wir für uns alle mehr Lebenschancen und verträgliche Initiative Umweltbedingungen herstellen, die sich maßgeblich auf die Lebensgrundlagen in der Natur beziehen, aber auch auf sozialpolitische und kulturelle Ansätze.

Ich sehe eine große Chance darin, dass diese Globalisierung mit all ihren Unwägbarkeiten von den Menschen auch positiv genutzt werden kann. Die Natur gehört zum Menschen, wie Menschen zur Natur gehören – eine bekannte Dichotomie. Die moderne Entwicklung jedoch ist dem Wissenschaftsbegriff entsprechend davon getragen, alles bis zur Reduktion auf Kleinteile zu betrachten. Aber wir verbinden nicht mehr die Kleinteile mit dem Ganzen,

was uns in eine fatale menschliche und auch ökologische Lage bringt. Die Menschen spüren das, deswegen müssen wir wieder lernen, ganzheitlich zu denken und zu handeln, sowohl lokal als auch global.

Natürlich sind NROen lernende Organisationen wie es auch Behörden in den Kommunen sind. Lassen Sie uns endlich aufhören, in alten Gegensätzen zu denken, die uns nicht weiterbringen. Denn sie führen immer wieder zu Konflikten, oft enden sie mit Zerstörung. Dies trifft insbesondere für ökologische Katastrophen zu. Ich füge hinzu, dass Wissen und Intellekt überhaupt keine Gewähr dafür sind, dass Menschen nicht zerstören, was sie erhalten müssten. Wir wissen heute, dass mit den Mitteln des Krieges kein Problem auf dieser Welt mehr zu lösen ist. Er führt nur zu größeren Katastrophen, sondern zu anhaltenden Konfrontationen zwischen Kulturen und Menschen, die uns zurückwerfen und nicht vorwärts bringen.

Deshalb müssen wir die Handlungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene – für mich die Mikroebene in der Makroebene – stärker entdecken als wir sie bisher genutzt haben. Dies beginnt immer vor Ort. Wir müssen zu Hause beginnen, bevor wir in die Welt ziehen, um neue Initiativen zu verwirklichen. Manchmal ist es ein Aus- oder ein Umweg, aber zunächst ist dort zu beginnen. Wir Menschen brauchen überschaubare Einheiten je komplexer und unübersichtlicher das Globale wird, desto mehr suchen wir die Bezüge im Lokalen.

Gut erkennbar wird dies in der Entwicklung eines Kindes, denn es muss erst im Kleinen vertraut sein, um das Grenzüberschreitende, das Größere angehen zu können. Bis dato gibt es in unseren Schulen und Kindergärten kein globales Lernen, so dass es eine ungeheure Chance ist, mit Menschen aus verschiedenen Ethiken und Kulturen in unseren Kommunen zu leben und dieses globale Lernen ganz konkret zu betreiben. Wir fragen stets: Wie bekommen wir Migranteltern in die Kindergärten, in die Schulen?“ Sicherlich nicht mit ständigen Parolen, wie uninteressiert, wie inkompetent sie seien, sondern indem ich sie einlade und sie bitte, mir mitzuteilen, was sie aus ihrer Vergangenheit aus ihren Heimatländern mitgebracht haben. Denn wenn sie Migrantinnen und Migranten zum Sprechen kom-

men lassen, so erfahren sie dass Integration ein Prozess wechselseitigen Interesses ist. Es geht nicht um das Vergessen der Herkunftskultur.

Es ist nicht vielmehr ein Navigieren zwischen den Kulturen als ein Vergessen. Die zweite oder dritte Generation, die das Herkunftsland nicht mehr selbst erlebt hat, ist oft sehr neugierig darauf, woher die Eltern kommen, was deren kultureller Hintergrund ist. Ebenso wie wir ein Leben lang nach unseren persönlichen Wurzeln fragen, fragen auch sie danach. Nicht weil sie aufgeben möchten, was sie hier erfahren, sondern weil sie es miteinander verbinden möchten. Dieses Bild vom Navigieren zwischen den Kulturen ist eines, bei denen wir offener werden. Oft habe ich in der politischen Diskussion den Eindruck, dass die politische Devise heißt, lernt deutsch, denkt deutsch, empfindet deutsch. Wir wollen vom Gleichen im Sinne von Berthold Brecht, aber wenig vom Anderen – das aber bringt uns in der Entwicklung nicht weiter.

Die Bereicherung liegt darin, sich zu öffnen und zu fragen, wer bin ich selbst, wo immer ich herkomme. Gerade in der Begegnung, dies gilt nicht nur für die individuelle, sondern für die kollektive und strukturelle Ebene. Schauen Sie sich die Öffnung unserer Institutionen an. Wir haben als Sachverständigenrat in einer Umfrage ermittelt, wie viele Angehörige mit Migrationshintergrund in unseren öffentlichen Verwaltungen tätig sind. Das Resultat ist erschreckend: Die Hauptantwort, die uns die Kommunen zurückspiegelten, lautete, dass sie Personal abbauen müssten und dass interkulturelle Öffnung in diesem Rahmen nicht möglich sei.

Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass uns eine interkulturelle Öffnung in kurzer Zeit gelingen wird, denn es gibt bereits Kommunen, die vorangehen und die zeigen, welche Vorteile sie mit sich bringen. Manchen missfällt es, wenn Stuttgart, Solingen, Wuppertal u. a. als Kommunen, die vorangehen, angeführt werden. Dabei ist es oft nicht eine Frage des zur Verfügung stehenden Geldes in meiner Kommune, sondern was ich für eine Konzeption welches Selbstverständnis von der einzelnen Kommune hat.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister stellt die Fragen anders als die meisten sie stellen und kommt zu anderen Antworten an seine Bürgerschaft, die da lauten: Mich interessiert nicht, welchen Pass ihr habt, sondern mich interessiert, was wir gemeinsam in unserem Gemeinwesen füreinander und miteinander tun und wie wir uns stark machen. Wir sind alle Stuttgarter, jeder und jede wird gebraucht: Wir arbeiten für eine gemeinsame Zukunft.

Damit komme ich zu einem anderen bedeutsamen Schlüsselwort: Empowerment. Unsere Gesellschaft lebt immer noch von einem Modell, in dem die Einen dazugehören und die Anderen nur bedingt oder gar nicht. Wir leben nicht von einem Infusionsmodell, der Einbeziehung, sondern von Ausgrenzung. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich Ihnen erkläre, dass ich über die Frauenpolitik zur Migrationspolitik gekommen bin. Deutlich wird die Wertung der beiden Politikfelder an einem ganz simplen Beispiel, an unserer Behördensprache: ich las jeden Monat in der Arbeitsmarktstatistik, dass besonders problematische Gruppen auf dem Arbeitsmarkt Ausländer, Frauen und Behinderte seien.

In diesem einen Satz verbirgt sich alles, was wir heute Morgen diskutieren: Wir schauen nicht auf das menschliche Potenzial, sondern teilen Menschen ein in die Nützlichen und die Nichtnützlichen, in die Schwierigen und Nichtschwierigen, in die mit großen Schwächen und mit großen Stärken. Dabei sind oft gerade die eben genannten Gruppen viel stärker als es ihre Einschätzung glauben macht und sie sind unverzichtbar, um die Gesellschaft in Bezug auf ihren Zusammenhalt, auf ihre Weiterentwicklung voranzubringen.

Deutschland glaubt, sich den Luxus leisten zu können, Physiker aus Russland, allenfalls als Taxifahrer oder im Restaurantgewerbe einzusetzen.

Ein weiteres Beispiel: In Russland gibt es hervorragend ausgebildete Mathematiklehrer, denn die Russen scheuten sich nicht, Fachwissenschaft und Vermittlung als Einheit zu sehen und damit vermeintlich ihren universitären Ruf herabzusetzen. Was die Schüler vormittags nicht verstehen, wird ihnen nachmittags, meist ehrenamtlich durch ihre deutschstämmigen Lehrer aus Russland vermittelt. Ich nenne solche

alltäglichen, aber mir höchst wichtigen Beispiele, um deutlich zu machen: Schaut auf das Potenzial der Menschen und bezieht sie dort mit ein, wo es für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Denn das war und ist eine für alle befriedigende und zugleich effiziente Maxime, die unsere Weltkommission und auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan voll übernommen haben. Schaffen wir Win-Win-Situationen für Migrantinnen und Migranten, für Herkunfts- und Aufnahmeländer.

Das ist ein Verbunddenken, das genauso für das Denken in der einen Welt gilt, in der nach dem Sinn der Entwicklungszusammenarbeit gefragt wird.

Dahinter verbirgt sich eine neue Konzeption. Ich erinnere mich an mehrere Innenminister, die davon überzeugt waren, dass Migrantinnen und Migranten niemals entscheidende Akteure für Entwicklung sein könnten. Doch jetzt wurde ein Faktum durch eine Zahl bekannt, die als einzelner Befund ein neues Denken einzuleiten vermag. Bei der Weltkommission fingen wir an, über die Summen der Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer zu sprechen. Sowohl die OECD als auch die Weltbank erfassten zunächst nur die offiziellen Überweisungen der Banken. Wir fingen mit 89 Milliarden an, bereits ein Jahr später war die Arbeit ausgeweitet worden und 2005 sind nach den Berechnungen der OECD und der Weltbank 232 Milliarden von Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden. Diese Summen rüttelten die Öffentlichkeit auf. Vor allem, wenn diese Summen der staatlichen Entwicklungshilfe gegenüber gestellt werden. Der Begriff kommt aus der Entwicklungszusammenarbeit und spielt eine zentrale Rolle in der internationalen Frauenpolitik. Es geht darum, Menschen stark zu machen, sie mit ihren Stärken einzubeziehen. Staatliche Entwicklungshilfe betrug 2005 79 Milliarden Dollars und 119 Milliarden wenn wir die Leistungen internationaler Organisationen einbeziehen.

Dieser Fakt beweist, dass Migrantinnen und Migranten in unserem Land mehr Entwicklungsarbeit als unsere internationale Entwicklungshilfe leisten.

Es gibt aber auch noch eine andere Argumentation, vor der

ich dringend warnen möchte. Sie lautet: Ja, wenn die das machen, dann brauchen wir keine solidarische, staatliche Entwicklungshilfe mehr zu leisten. Falsch gedacht. Erstens, es gibt viele Länder, die davon nicht profitieren. Je geringer die Zahl der Migrantinnen und Migranten aus diesen Ländern ist, desto geringer die Rücküberweisung. Zweitens handelt es sich um privates Geld, so dass die Kommunen nicht darüber verfügen können. Das ist kein öffentliches Geld.

Was Migrantinnen und Migranten darüber hinaus für ihr Herkunftsland und für ihr Aufnahmeland leisten, das ist zu wenig untersucht und erforscht. Es geschieht zum Teil viel in unserem Land, aber keiner weiß voneinander. Das haben flächendeckende Untersuchungen in NRW ergeben. Am wenigsten wissen wir über die Organisation und die Leistungen der Migrantenorganisationen für die Integration, zumal auch sie eher skeptisch beäugt werden, weil man ihnen unterstellt, Integration zu verhindern und Parallelgesellschaften zu fördern.

Es gibt jene, die sich abgrenzen, aber für die meisten Migrantinnen und Migranten sind die Migrantenorganisationen entscheidend, als Brücke in der Aufnahmegeellschaft. Dort wo die Migrantenorganisation mit unseren einheimischen Organisationen zusammenarbeiten, steigert sich das Engagement immens. Denn sie erleben, dass ihre Leistung nicht nur wegen der Rücküberweisungen in ihre Heimatländer, sondern auch wegen der Arbeit in unserem Land immens hoch ist.

Wo stünden wir denn in vielen Bereichen wie Landwirtschaft, Hotellerie, Teilen des Handwerks und in der Pflege ohne Migranten? Offiziell heißt es: Nein, keine Anwerbung von Pflegekräften, wir haben selbst genug. Doch nichts geschieht so sehr, wie die Anwerbung von Pflegekräften aus unseren unmittelbaren Nachbarstaaten. Viele Menschen stellen fest, dass diese angeworbenen Pflegekräfte eine Werthaltung einbringen und den Pflegebedürftigen eine menschliche Zuwendung zukommen lassen, die hoch geschätzt wird.

Glauben wir nicht, dass die Entwicklung der modernen Medizintechnik nur als vorteilhaft zu betrachten ist, hat die

sprechende Medizin verstärkt zum Schweigen gebracht. Wir erfahren ihren Wert wieder über Migrantinnen und Migranten. Es sind nicht nur deren andere Zugehensweisen und andere kulturelle Werte, sondern vor allem deren große soziale Kompetenz. Wechselseitige Abhängigkeit und Sorge füreinander werden in ärmeren Ländern noch unmittelbarer erfahren.

Was können diese Diaspora-Gemeinden für ihre Herkunftsländer leisten und was können wir als Kommunen davon gewinnen? Diese Seite ist bisher kaum beachtet und genutzt worden. Die Rücküberweisungen sind ein Schlüsselphänomen. Aber was bedeutet das veränderte für Beziehungen und gemeinsames Handeln? Bisher ist nicht daran gedacht worden, dass die Partnerschaft mit einer Kommune in Afrika, Asien oder Lateinamerika auch Vorteile für uns haben kann. Das haben andere Länder viel stärker begriffen. Sie hat mehrere Komponenten: alte Beziehungen zu bestimmten afrikanischen Staaten aus der Kolonialarbeit im Bereich Handel und Investitionen besondere Kontakte zu Eliten in Politik, Wirtschaft, Kultur und Recht, die in England studiert haben. Das Vereinigte Königreich hat sich sehr stark für ausländische Studierende geöffnet. Sie machen 30 Prozent der Studierenden aus. In Deutschland beträgt der Anteil etwas mehr als 10 Prozent. Das ist kein philanthropischer Akt, der primär dem Motiv der Entwicklungshilfe entspringt. Er verknüpft die Ausbildung der jüngeren Menschen aus früheren Kolonialländern mit Wirtschaftsinteressen. Auch Deutschland weiß durchaus um gute Wirtschaftskontakte mit Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien, mit denen wir seit langem auf persönlicher und staatlicher Ebene gute Kontakte haben. Vom Vereinigten Königreich haben wir gelernt, dass es weit mehr Sinn macht, die ausländischen Studierenden nicht unmittelbar nach dem Examen – 14 Tage nach bestandener Prüfung – in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken, sondern ihnen die Chance zu geben, sich ein Jahr lang eine Arbeit in Deutschland zu suchen, um zwei weitere Jahre in einem hiesigen Unternehmen arbeiten zu können.

Bis zum neuen Zuwanderungsgesetz lautete der oberste Grundsatz: Wir wollen kein 'Brainrain', die Eliten, gut ausgebildeten jungen Menschen sollen dem eigenen Land zur Verfügung stehen. Und zum anderen wäre eine Politik des

befristeten oder unbefristeten Aufenthalts mit dem geltenden Anwerbestopp nicht zu vereinbaren.

Dabei blieb unbeachtet, in welcher Weise Migranten von außerhalb des Landes zur Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialentwicklung beitragen können. Das gilt für ausländische Investitionen, die Gründung von Kleinunternehmen im Handwerk und Handel, für die Entwicklung der Landwirtschaft durch Bodenbearbeitung und Saatgut, für Beratung in Wirtschaft und Politik zur Befähigung zur good governance, zur Verbesserung der Bildung, des Gesundheitswesens und der Umweltbedingungen. Wir brauchen flexiblere ausländerrechtliche Bestimmungen, um die Kontakte zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland auch wahrnehmen zu können.

Braindrain ist für bestimmte Länder ein Problem, insbesondere was die Anwerbung von Ärzten und Pflegekräften, von Hochqualifizierten aus sich entwickelnden Ländern betrifft. Auch aus Deutschland wandern vermehrt hochqualifizierte junge Menschen aus, die schon in naher Zukunft verstärkt bei uns gebraucht werden. Um Braindrain zu reduzieren und Brain-Gain zu erhöhen, brauchen wir andere Ansätze als Maßnahmen als Verbote oder restriktive Regelungen. Viele arme Länder haben einen hohen Bedarf an Managementberatung. Es fehlt ihnen an Ideen und einem Wissen, wie Sie die dringend benötigten Pflegekräfte durch besondere Anreize zu Hausen halten können. Das kann durch verbesserte Arbeitsbedingungen, bessere räumliche und technische Ausstattung ihrer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, durch Fortbildungsangebote in Europa, USA oder Australien, aber auch durch stufenweise bessere Bezahlung erfolgen. Gute Erfahrungen wurden mit Projekten der Skandinavier, der Niederländer oder auch Belgiens gemacht, sowohl Ärzten wie Pflegekräften weitere Spezialausbildungen wie auch Fortbildungen zu ermöglichen. Eine andere Kompensation besteht in der Beteiligung an Studien- und Ausbildungskosten in den betroffenen Ländern.

Die Konzeption, eine Win-Win-Situation für die Beteiligten zu schaffen findet prinzipiell Zustimmung. Aber es fehlt noch an Umsetzungsideen. So wissen wir zu wenig über die Diasporagemeinden, deren Verleihung auf die Bundeslän-

der und Kommunen. Wir wissen wenig über deren Arbeitsschwerpunkte und den Arbeitsweisen der Migrantenorganisationen.

Öffentlich wird viel von den durch Migranten erzeugten Sozialkosten gesprochen, wenig von ihren finanziellen und sozialen Leistungen. Allein die Türken haben 360.000 Arbeitsplätze in den letzten Jahren geschaffen. Ihr Anteil als Selbständige ist größer als der der Deutschen. Wir nehmen Migranten positiv wahr im Sport. Inzwischen kommen sie verstärkt in der Kultur zur Geltung: in deutschsprachiger Literatur und Kunst, in den Medien, vor allem in beachteten Filmen, aber noch viel zu wenig als Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zutreffend ist, dass der Anteil ohne Schulabschluss und Berufsausbildung in der zweiten und dritten Generation erschreckend hoch ist. Aber auch in ihnen steckt Humanpotenzial, das brach liegt. Hier zeigen uns Gemeinden, wie diese Situation durch Zusammenwirken von Schule, Wirtschaft, Kommunen, Jugendhilfe durch Vereine und Patenschaften zum Positiven verändert werden kann.

Auch die Kommunen haben in der Vergangenheit fast ausschließlich über die Sozialkosten für Flüchtlinge und Asylnehmende geklagt. Es kann auch nicht bestritten werden, dass wir Anfang der 90er Jahre eine hohe Zuwanderung im Zusammenhang mit dem Balkankrieg hatten. Aber diese Flüchtlinge sind in über 90 Prozent inzwischen in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Und in den letzten Jahren hat die Zuwanderung stark abgenommen: statt 100.000 Spätaussiedlern sind im letzten Jahr (2006) noch 8000 gekommen und die Zahl der Asylanträge lag bei unter 20.000, anerkannt wurden jedoch nur 1,7 Prozent.

Wir haben heute kein Zuwanderungsproblem, Probleme macht uns die Integration der schon lange bei uns lebenden Migranten. Und das sind zugleich eine politisch-ethische, eine wirtschaftlich-soziale und eine kulturelle Frage.

Integration vollzieht sich auf der lokalen Ebene, in den zu meist größeren Städten und Gemeinden. Sie sind eingebunden in die Gesetzgebung von Bund und Ländern. Aber entscheidend sind die Erfahrungen auf kommunaler Ebene, die Erfahrungen mit den Menschen und Behörden vor Ort.



Dort erheben sie entweder Miteinander oder Nebeneinander, Wertschätzung oder Ablehnung, Zugehörigkeit oder Ausgrenzung.

Beide haben sich zu öffnen und aufeinander zuzugehen, Einheimische wie Zugewanderte, Deutsche wie Nicht-deutsche. Immer mehr Kommunen nehmen sich des Integrationsthemas an. Migranten und Einheimische arbeiten an gemeinsamen Projekten, die sich auf alle Lebensbereiche erstrecken: Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen betonen – wie z.B. der Oberbürgermeister von Stuttgart – dass alle Stuttgarter sind und jeder in dieser Stadt gebraucht wird, dass es um die Zukunftsfähigkeit aller geht.

Empowerment, die Menschen stark machen, d.h. Stärken eines jeden entdecken und einsetzen, Schwächen in Stärken verwandeln, das Humanpotenzial nutzen, dieser Grundsatz bestimmt das Handeln. Das bedeutet, Ohnmacht zu überwinden, weg zu kommen von der lähmenden Vorstellung und Überzeugung, dass die Sachzwänge in einer globalisierten Welt uns keinen Spielraum für alternatives Denken und Handeln lassen.

Ohnmachtsgefühle nehmen in dem Maße ab, wie Menschen erfahren, dass sie etwas können, Kompetenzen haben, und gemeinsam etwas verändern, etwas bewirken können. Daher ist Partizipation, Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, der Migrantinnen und Migranten an den öffentlichen, alle betreffenden Fragen und Aufgaben von zentraler Bedeutung.

Bislang ist es um die Beteiligung nicht gut bestellt. Wir erwarten, dass Migranten und Migrantinnen, die lange bei uns leben die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben und die des Herkunftslandes aufgeben. Das ist eine oft sehr schwierige Entscheidung für die Betroffenen. Warum geben wir ihnen nicht das kommunale Wahlrecht, wie es bereits in mehreren Ländern der Europäischen Union geschieht? Die unterschiedliche Behandlung von EU-Bürgern und Drittstaatlern, d.h. Bürgern und Bürgerinnen außerhalb der EU ist praktisch nicht zu vermitteln. Warum hat ein EU-Bürger schon nach drei Wochen das Recht in der neuen Kommune, in der er innerhalb der EU lebt zu wählen, während es dem seit mehreren Jahrzehnten dort lebenden Drittstaatler nicht zugebilligt wird? Da muss zwangsläufig das Gefühl von Nichtzugehörigkeit, von Ausgrenzung entstehen. Es gilt vielmehr, die Menschen über Teilhabe und Beteiligung zu stärken und ihnen Ohnmacht und Perspektivlosigkeit zu nehmen.

Das kann keiner alleine, dazu brauchen wir Vernetzungen und Menschen, die in direkten Beziehungen miteinander leben und handeln, dieses positive Klima verbreiten. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um überhaupt im Zusammenleben produktiv weiterzukommen.

Ausgangspunkt sind die Menschen, Einzelne und Gruppen, und ihr Hineinwirken in die öffentlichen Institutionen. Wir dürfen nicht jeden kommunalen Beamten oder Angestellten gleich negativ sehen, sondern müssen ihn für unsere Anliegen gewinnen. Die Konfrontation bringt uns nicht weiter. Verfolgen wir von der Kommune bis in den globalen Bereich ein Modell der Kooperation auf gleicher Augenhöhe, so wie es uns die polnische Solidarnosc bei der Öffnung der Grenze gezeigt hat. Da hat die entwickelte Welt eine Menge von Fehlern gemacht. Wir haben die Neigung, unser eigenes Modell als das Beste zu sehen, auch wenn es

in der Wirklichkeit weit hinter seinen Ansprüchen zurückbleibt. Dann hinzugehen und zu erklären, so wie wir müsst ihr es machen, gelingt nicht. Da haben auch die Entwicklungsorganisationen eine Menge dazu gelernt, die wissen, dass sie mit den Menschen vor Ort arbeiten müssen.

Anschließend möchte ich fragen, was es für eine Kommune bedeutet, wenn sie damit beginnt, sich um den Menschen mit Migrationshintergrund zu kümmern? Dabei finde ich es erschreckend, dass der momentane Fokus in Deutschland so sehr auf die Situation der Türken und Muslime gerichtet ist. Es handelt sich zwar um eine wichtige Minderheit, aber damit verstellen wir uns den Blick für alle anderen und überbetonen Konflikte und Gefahren. Wir sehen überall Gefahrenmomente, statt zu fragen: Wo sind diejenigen, die sich verstärkt öffnen und sich mit uns gemeinsam auf dem Weg machen, um friedlich und produktiv miteinander zu leben?

Es geht nicht nur darum, Menschen in Bildung und Arbeit zu integrieren, sondern es geht darum, dass wir andere Kulturen, andere Religionen integrieren. Keine leichte Arbeit, weil noch immer missionarisches Denken in uns steckt. Doch keiner von uns besitzt die ganze Wahrheit. Wir nähern uns an und können voneinander mit Wertschätzung lernen. Das andere ist, dass einige Staaten aus den Entwicklungsländern sehr phantasie reich sind. Sie fragen, wie können wir denn nun wirklich von unseren Diasporagemeinden in einem weiteren Sinne profitieren? Was bringen die aus den Herkunftsländern mit herein? Wie könnte man einen Teil der privaten Rücküberweisung auch in den Ausbau der Infrastruktur stecken?

Dabei ist wichtig mit einem Belohnungs- und nicht mit einem Malussystem zu arbeiten.

Es wäre wieder eine erhöhte Sanktion gegen Frauen, denn sie weisen ein Drittel mehr Geld an ihre Familien zurück als es die Männer leisten. Wir machen uns nicht bewusst, welche Leistungen gerade Frauen in unseren Aufnahme- und Herkunftsländern erbringen. Sie bringen spezifische Hilfen ein, für ihre Familien, für Bildung, Gesundheit und menschenwürdiges Leben.

Wir wissen aus der Weltmigration, dass das alte Modell „Auswandern - Einwandern“ nicht mehr das Migrationsphänomen von heute darstellt, sondern wir beobachten mehr zirkuläre Migration und Pendelmigration. Die Tatsache, dass diejenigen, die keinen deutschen Pass besitzen, nicht zeitweilig in ihre Heimatländer zurückkönnen, trägt weder zur Entwicklung kommunaler Partnerschaft noch zur Entwicklung der Heimatländer durch Migrantinnen und Migranten bei.

Wir können gemeinsam mit den Migranten in den Ländern des Südens Hilfestellungen geben, indem wir die Gründung von Kleinunternehmen anregen, auch die Entwicklung mittelständischer Unternehmen ist denk- und machbar. Diese Betriebe sind ganz maßgeblich am Aufbau von NROen beteiligt, die dort den Menschen zeigen, dass sie nicht machtlos sind und dass sie sich selbst organisieren können. Wir wissen von vielen Formen der Entwicklungszusammenarbeit, bei denen unterschiedliche Wege zum Demokratieaufbau gewählt werden. Sie sind durch ihre Arbeit entscheidende Berater, weil die gesamte Managementkapazität in vielen Ländern fehlt, nicht nur für Migration, sondern in fast allen Bereichen.

Ich möchte nicht verhehlen, wie wichtig es heute ist, ein anderes Bild der entwickelten Welt aufzubauen, als es vor Ort herrscht. Ich will auch nicht verschweigen, dass wir bei unseren Anhörungen, insbesondere in Afrika, in Lateinamerika immer wieder gehört haben: Ihr seid Schuld an unserem Elend. Dabei ist das Argument des ungerechten Welthandels eines, das ständig aufgeführt wird. Die Ausbeutung Afrikas während der Kolonialzeit war elementar. Diese Länder - ähnlich denen in Lateinamerika - erleben gegenwärtig eine zweite Kolonisationsperiode. Rohstoffe und Energie werden billig erworben, aber keine Arbeitsplätze geschaffen. Stattdessen braucht es glaubwürdige Partnerschaften, die Win-Win-Situationen für alle Beteiligten schaffen.

Hinzu kommt die demographische Frage: Wie nehmen wir eigentlich die Bevölkerungsexplosion und eine junge Generation ohne Arbeit wahr? Wir haben Regionen mit 50%, manchmal 80% des Bevölkerungsanteils unter 20 und 25 Jahren in Afrika. Das demografische Argument, das



Kofi Annan sowohl im Brüssler Parlament wie in der UNO vertreten hat, trifft bei uns auf höchste Skepsis. Wir können uns nicht vorstellen, dass ein Teil des demographischen Wandels in gesteuerter Zuwanderung aus diesen Ländern besteht. Aber wir werden diese Generation verstärkt brauchen und dann ist es gut, kommunale Partnerschaften etabliert zu haben. Dies schließt auch die Frage nach der Hilfe im Mitmenschlichen ein.

Abschließend wünsche ich mir auch von Ihnen ein Weiterdenken, denn wir kommen nicht mehr um der Frage des Ausgleichs herum. Angesichts unserer demografischen Lage ziehen wir zum Teil die Bestausgebildeten ab. Das sollte nicht geschehen, ohne dafür einen Ausgleich zu schaffen. In dieser Sache nehme ich eine gegnerische Haltung ein, denn niemand sollte aus Regionen auswandern, in denen er gebraucht wird. Dies führt zur illegalen Auswanderung.

Es ist unsere Aufgabe - und da haben wir die Niederlande, Schweden, Norwegen und Kanada, die vorbildlich in der Entwicklung neuer Konzepte sind. Sie bilden Menschen noch gezielter für die Bereiche aus, in denen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften besteht, um in ihren Ländern Ausgleich schaffen zu können. Sie helfen in Afrika beispielsweise, um das Pflegepersonal in Krankenhäusern besser bezahlen zu können. Wenn man Organisationen miteinander vernetzt, kann auch von dieser Vereinigung eine Initiative für Deutschland ausgehen, um besser als bisher wirken zu können. Es kommt darauf an, miteinander zu denken und zu handeln, um Not und Leid in dieser Welt zu verringern.

> Fragen

Wortmeldung: Frau Prof. Süssmuth, Sie haben mich ermutigt, beim Stichwort „Bleiberecht oder Duldung“ an den zivilen Ungehorsam zu denken. Früher konnte eine Akte bildlich gesprochen ‚hinter den Schrank rutschen‘, heute jedoch wird alles im Computer erfasst. Mir geht es um die Menschen, die bei uns seit Jahren leben und noch immer nur geduldet sind, ich wünsche mir für diese Menschen auch bei den Behörden mehr zivilen Ungehorsam. Wir sollten deutlich machen, dass wir die gesetzliche Regelung der Abschiebung nicht mehr mitmachen.

Thomas Fettback: Kurz zum Thema ‚ziviler Ungehorsamkeit‘. Als Vertreter einer Kommune, bewege ich mich nicht im ermessensfreien Raum. Ich wurde vom Land Baden-Württemberg gezwungen, vierteljährlich zu berichten, wie viele Abschiebungen ich vollzogen habe. Wenn ich eine bestimmte Quote nicht erreichte, wurde ich getadelt. Ich habe es dann abgelehnt, diese Meldung ans Regierungspräsidium abzugeben.

Ich erbat das Wort, um Ihnen zuzustimmen, Frau Süssmuth. Wir müssen das Potenzial der Menschen mit Migrationshintergrund bei uns nutzen. Das tun wir aus kommunaler Sicht viel zu wenig. Ich möchte aber auch daran erinnern, dass Migrationshintergründe sehr unterschiedlich sind.



Doch das ändert aber nichts an dem, was Sie gesagt haben. Ich muss auf die Menschen zugehen, ich muss deren Potenziale nutzen und nach vorne bringen. Ich habe allerdings ein Problem: Was können Kommunen leisten? Sie können viel mehr als in der Vergangenheit leisten, doch wir müssen die Infrastruktur und die materielle Unterstützung bekommen, um den Menschen und ihren Herkunftsregionen zu nutzen. Die Niederlande kann uns als Vorbild dienen, dort werden sechs Millionen Euro für kommunale Beziehungen zur Verfügung gestellt. Das fehlt in Deutschland.

Wortmeldung: Frau Prof. Süssmuth, Sie haben einen flammenden Appell gehalten, dass wir uns unserer Kräfte besinnen sollen. Meine Frage an Sie als Bundespräsidentin a. D.: Sie sind Mitglied einer wichtigen Kommission, welche Möglichkeiten und Chancen sehen Sie, auf die Bundesregierung und auf Bundestagsabgeordnete einzuwirken, dass das Kapitel 28 der Agenda 21 ernster genommen wird? Helmut Kohl hatte eine klare Verpflichtung unterschrieben und jetzt werden wir in den Kommunen in dem Agenda 21 Prozess durch die Bundesregierung schlichtweg alleine gelassen. Ich bin aus Thüringen mit der Bahncard 50 zu einem höheren Preis nach Hamburg gefahren als ich mit einem subventionierten Flugzeug nach London fliegen könnte - das hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun. Wenn die Kommunen für Nachhaltigkeit um Mittel bitten, heißt es, dass kein Geld da sei, dass keine Rahmenbedingungen vorhanden seien. Wir begehen im nächsten Jahr 15 Jahre Agenda 21, meine Bitte wäre, dass Sie Ihren Einfluss geltend machen, der Agenda mehr Gehör zu verschaffen.

Dr. Eberhard Neugebohrn: Kurz zur Agenda 21: Es gibt einen Bundesnachhaltigkeitsrat, der auch der Agenda 21 verpflichtet ist.

Frau Prof. Süssmuth, Sie haben sich mit dem Integrationsbegriff kritisch auseinandergesetzt. Ich möchte diesen gegen den Assimilationsbegriff abgrenzen. Integration erhebt den Anspruch, dass verschiedene Gruppen von Menschen, die hier leben, als Gemeinschaften unserer einen Gesellschaft verstanden werden, das Inklusionsmodell. Wenn

Gruppen nicht isoliert von dieser Gesellschaft sind, müssen sie die Möglichkeit haben, ein Selbstbewusstsein, kulturelle Identität und Sprachidentität als eigene Gemeinschaft zu entwickeln. Insofern finde ich den Begriff der Parallelgesellschaften problematisch. Es stellen sich Fragen, die zum Teil auch auf kommunaler Ebene angegangen werden können, wie Sprachunterricht in den Herkunftssprachen und in deutsch, damit die Bezüge zu unserer hiesigen Gesellschaft gelingen können.

Eine weitere Frage: Es war die Rede von den Transferleistungen der Migrantinnen und Migranten. Gibt es Zahlen über die Beiträge, die sie zum Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland leisten? In welchem Verhältnis steht diese Leistung zu der Größe ihres Anteils an der Gesellschaft?

Ein weiterer Punkt ist das kommunale Wahlrecht. Ich denke, dass sich die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht durch die Begrenzung auf die Kommune selbst schwächt. Wieso macht das Wahlrecht bei der untersten Ebene des Staatsaufbaus halt? Warum sollte eine Aufenthaltszeit von drei, fünf oder beliebigen Jahren das Recht bringen, den Bundestag wählen zu können?

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Ich beginne chronologisch mit der Frage nach dem Bleiberecht. Vor dem zivilen Ungehorsam steht die Frage: Gibt es ein Engagement für diesen Personenkreis, das bundesweit hörbar wird? Das sehe ich leider nicht. Es wird folglich keine Einigkeit unter den Kommunen geben, so wie es unter den Innenministern keine Einigkeit gibt. Das Schäuble-Konzept ging weit über das hinaus, was jetzt im Kompromiss vereinbart wurde. Im Augenblick wissen wir nicht genau, was vergangenen Freitag in Verbindung mit der Aufhebung des Vorrangrechtes beschlossen worden ist. Das Vorrangrecht bedeutet, dass ein Drittstaatler nur Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hat, wenn er keinem deutschen oder EU-Bürger den Arbeitsplatz wegnimmt. Es gibt weiterhin die Sonderregelung für Assoziierungsstaaten, d. h. die Aufhebung des Vorrangsrechtes. Bis zum Vortag war nicht klar, was die Regelung im Bezug auf den begrenzenden Aufenthaltsradius sein wird, will sagen, ob der Landkreis überschritten werden darf oder nicht. Doch, wie sollen Menschen in

Landkreisen, mit ohnehin von hoher struktureller Arbeitslosigkeit gezeichnet sind, bis zum 01.09.2007 einen Arbeitsplatz nachweisen? Die andere Seite zeigt ein Hoffnungszeichen: Die Länder haben gemeinsam mit der großen Koalition beschlossen, dass es bei einem Bundesgesetz bleibt. Hier bedarf es einer Bewegung von unten. Im Übrigen ist es eine Aufgabe des Staates, für eine gemeinsame Rechtsgrundlage zu sorgen.

Zur Teilhabe an unserer Gesellschaft muss ich Ihnen sagen, dass Migrantinnen und Migranten zu einem unverhältnismäßig geringen Anteil unser Gesundheitssystem in Anspruch nehmen. In den Bereich der Inneren Sicherheit geschaut, fällt der höchste Anteil auf die geduldeten Migrantinnen und Migranten. Deren Lebenssituation ist oft unglaublich, wenn Sie in die Einrichtung gehen, die wir kurz Abschiebehaft nennen, sehen Sie verheerende Verhältnisse. Glauben Sie mir, da genügt es auch nicht, wenn Einzelne eine Kommission darauf aufmerksam machen. Insgesamt ist dieser Kompromiss überwiegend positiv beurteilt worden, doch es bedarf der Nacharbeit und des genauen Hinschauens.

Zu der dazugehörigen Frage: Die Kommunen sind zum Teil so geschwächt, dass sie noch nicht einmal die Freiwilligenleistungen erbringen können. Wir haben im Sektor Beratung Einsparungen, der zu den freiwilligen Leistungen gehört, die für die Migrantinnen und Migranten lebenswichtig sind. Der Städtetag muss hier stärker mobilisiert werden, die unverzichtbaren Leistungen auf die gesamte Republik zu beziehen.

Die nächste Frage: was tue ich? Es ist unbestritten, dass ein Exparlamentarier oder Exparlamentarierin nicht das auf dem Weg bringen kann, was man als Parlamentarier bewirken kann. Selbst zu Zeiten meines Bundestagsmandates wurde mein Verhalten, als ich diese Kommission übernahm als unbotmäßig gegenüber der Partei empfunden. Und was erwirken wir für eine Neuregelung im Bereich der Zuwanderung? Es bedeutet, dass Sie ein Ausgegrenzter wie Schwarz-Schilling und andere mehr sind. Das aber darf Sie nicht davon abhalten, Ihre Ziele zu verfolgen. Es hat vier Jahre gedauert, bis wir einen Kompromiss erarbeitet hatten. Wenn es schwierig wird, dranbleiben. Sie können sicher

sein, dass ich in meinen Funktionen - ob ich mit Minister Laschet im Beirat zusammenarbeite oder im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - vieles zur Sprache bringe. Ich weiß, dass Änderungen nicht in zwei oder drei Jahren erreicht sind. Aber bei der Betrachtung der langen Zeit, die wir brauchen, um unsere Realität eines Einwanderungslandes anzuerkennen, muss ich sagen, dass es sich lohnt dran zu bleiben.

Im Bezug auf die Agenda kann ich nicht mit dem gleichen Engagement auffahren, denn als Politikerin müssen Sie überlegen, wie viel Kampfplätze Sie gleichzeitig aufmachen. Machen sie zu viele gleichzeitig auf, sind Sie an keinem erfolgreich. Die Agenda 21 hätte und könnte noch eine Erfolgsgeschichte Deutschlands werden, auch ein Exportartikel. Leider ist kein Rat so unbekannt, wie der Rat der Nachhaltigkeit, der seine Sichtbarkeit erhöhen muss.

Ein letztes Wort zur Integration: In der Tat müssen wir von der Vorstellung der Assimilation weg kommen, weil wir uns sonst um die notwendige Bereicherung bringen. Alle, die in dieser Bundesrepublik in Europa leben, brauchen - und dass ist aus meiner Sicht unverzichtbar - eine Übereinkunft über die gemeinsamen und für uns unverzichtbaren Spielregeln und Werte. Ob das die Gewalt-, die Beteiligungs- oder die Geschlechterfrage ist, eine Verständigung ist unverzichtbar. Aber Parallelgesellschaften, die jetzt in aller Munde sind, sind auf ganz andere Weise entstanden. Zum Teil ist die Selbstaussgrenzung eine Folge vorausgegangener Fremdaussgrenzung, der Ausgrenzung von Außen, nicht dafür Sorge zu tragen, wie sie beteiligt werden können. Viele von ihnen möchten es, das erleben wir bei den Kursen, insbesondere bei „Mama lernt deutsch“. Diese Frauen haben im hohen Maße ein Bedürfnis nach Selbstständigkeit, nach eigenen Kommunikationsmöglichkeiten und darin haben wir sie zu unterstützen. Für die Kommunen sage ich: Geben Sie nicht auf, wenn es Ihnen beim erstem Mal nicht gelingt! Wir Deutsche haben weniger Zugangsmöglichkeiten in diese Familien, wir müssen die Migrantinnen und Migranten reinschicken. Es sind vor allem die Migrantinnen, die in diesen Familien eine Öffnung vornehmen und den Frauen verdeutlichen, dass wir sie unterstützen, so dass die Männer sie nicht fern von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe halten. Wir haben gerade erst damit begonnen und sollten

aufhören, zu sagen, dass alles schon gescheitert ist. Im Gegenteil: Wir stehen gerade erst am Anfang. Ich danke Ihnen.

Ulrich Nitschke: Bei Ihrem von weltweiten Fragen bestimmten Terminkalender freut es uns umso mehr, dass Sie hier nach Hamburg gekommen sind. Für viele hier haben Sie diesen Wertevormittag in einer faszinierenden Weise abgerundet. Sie stehen für mich für Mut, Werteorientierung, Glaubwürdigkeit und Fokus. Das sind die vier Stichworte, die ich Ihnen zusammen mit unserem kleinem Geschenk, dem Hamburger Fairmaster, mit auf den Weg geben möchte.



^
Auch nach ihrem Vortrag war Prof. Dr. Süßmuth eine gefragte Gesprächspartnerin.

IV. Diskussionen

Podiumsdiskussion 1:

Globale Partnerschaft – lokale Partnerschaft

Teilnehmer:

Dr. Bernd Bornhorst,

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

Thomas Fettback,

Oberbürgermeister der Stadt Biberach

Prof. Dr. Frauke Kraas,

Geografisches Institut der Universität zu Köln

Katrin Lichtenberg,

United Nations Office of Project Services (UNOPS)

Ulrich Schmid, Leiter Öffentlichkeitsarbeit,

Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)

Dr. Frank Claus: Ich bitte die Teilnehmer der Diskussion auf die Bühne. Wir haben vorab vereinbart, dass es keine Eingangsstatements gibt, stattdessen werde ich einige Fragen stellen. Nach einer Anfangsrunde wird die Diskussion zu Ihnen ins Publikum geöffnet. Das Thema dieser Podiumsdiskussion heißt: Globale Partnerschaft - Lokale Partnerschaft. Herr Schmid, existiert ‚Globale Partnerschaft‘ und wenn ja, was ist das?

Ulrich Schmid: Wenn Sie die Frage so stellen, ist sie zuerst mit Nein zu beantworten, weil es sich um einen sehr weitläufigen Begriff handelt. Es gibt Partnerschaften auf allen Ebenen im internationalen Bereich, gerade wenn man die Millenniumsziele und groß angelegte Konferenzen betrachtet, wird viel von Partnerschaft gesprochen. Quantitativ gesehen werden viele internationale Partnerschaften angelehnt und in der Begrifflichkeit immer wieder neu definiert.

Aber eine wirkliche Partnerschaft bedeutet inhaltlich mehr, deshalb glaube ich, dass eine Definition sehr wichtig ist. Wir verstehen darunter: Teilhabe, auf gleicher Augenhöhe und Partizipation. Das große Dilemma der Millenniumsziele liegt im fehlenden öffentlichen Bewusstsein. Eine Kollegin stellte eben das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung dar: nur 13% der Bevölkerung, auch in den Entwicklungsländern, wissen, was die Millenniumsziele sind. Wenn kein Bewusstsein vorhanden ist, können wir folglich nicht von einer Partnerschaft sprechen.





Dr. Frank Claus: Nach dieser ersten Stellungnahme zur Bestandsaufnahme, eine weitere Frage, Herr Schmid: Wie sollte Ihrer Meinung nach eine Globale Partnerschaft gestaltet sein?

Ulrich Schmid: Auch hier gibt es viele Facetten. Bei der Beobachtung der Kommunen – deren Prozess der kommunalen Partnerschaften ich schon seit 25 Jahren begleite – denke ich, dass bei den Städtepartnerschaften qualitativ einiges geschehen ist, denn vermehrt finden die Begegnungen auf gleicher Augenhöhe statt.



Das Gemeinwesen der Kommunen sowohl in Deutschland und in Europa als auch in den Partnerländern wird stärker eingefordert. Das ist für uns als Nichtregierungsorganisation ein ganz wichtiger Aspekt, den es zu fördern und zu gestalten gilt.

Dr. Frank Claus: Frau Lichtenberg, ich bitte Sie, uns zunächst UNOPS, die UN-Organisation, für die Sie tätig sind, vorzustellen.

Katrin Lichtenberg: UNOPS ist das Umsetzungsprogramm der Vereinten Nationen. Wir sind Service Provider für die Programme und die Abteilungen der Vereinten Nationen. Wir setzen Entwicklungsprojekte um, stellen Leute ein und sorgen dafür, dass die Ziele, die von anderen Organisationen formuliert wurden, durch die Projekte realisiert werden.

Dr. Frank Claus: Dann schließe ich meine nächste Frage direkt daran. Wenn Sie Projekte umsetzen, dann auch Partnerschaftsprojekte. Wer sind die Akteure?

Katrin Lichtenberg: Die Palette der Akteure ist vielfältig. Ich wurde auch eingeladen, weil meine Organisation damit beauftragt worden ist, Entwicklungsprojekte weltweit zu managen. Diese Projekte greifen den sozialen Ausschluss der wirtschaftlichen Entwicklung an und sorgen für Besserung. Im Anschluss des Sozialgipfels in Kopenhagen 1995 wurde festgestellt, dass der kommunalen Ebene eine ganz wichtige Bedeutung zukommt, denn die Teilhabe der Akteure auf lokaler Ebene an Entwicklungsprojekten, das Mitformulieren der Ziele dieser Entwicklungspolitik und die Umsetzung dessen, schafft wirkliche Nachhaltigkeit.

Wir binden diese Städtepartnerschaften in die von uns gemanagten Projekten ganz konkret mit ein.

Ich nenne ein Beispiel: In Bosnien-Herzegowina haben wir ein Projekt für UNDP (United Nations Development Programme) gemanagt, das gemeinsam mit der Italienischen Regierung finanziert worden ist. Dort haben wir Städtepartnerschaften mit eingebunden und es gab Know-how Transfers in Gestalt von Microfinancing. Wir bilden diese Partnerschaften nicht, um dort neue Geldquellen aufzutun,

sondern wir gehen davon aus, dass es auf der lokalen Ebene ganz spezielle Expertisen gibt, die wir sonst kaum finden würden. Wir bilden diese Partnerschaften auch aus der Hoffnung heraus, dass sich daraus dauerhafte Beziehungen entwickeln, und wirtschaftliche, kulturelle und soziale Projekte entstehen, die für beide Seiten von Nutzen sind.

Dr. Frank Claus: Das Thema MDGs steht im Raum. Welche Bedeutung haben die MDGs bei Ihren Projekten?

Katrin Lichtenberg: Sie geben die Zielsetzungen in unseren Projekten vor. Das eben erwähnte Projekt und ein ähnliches auf Cuba sind multisektorale Projekte, die sich mit dem Gesundheits- und dem Bildungssektor beschäftigen, der Wasserversorgung, einer effizienten Stadtverwaltung und dem ICT-Sektor (Information and Communications Technology). Auch hierzu ein Beispiel: Ich manage ein Projekt, das den Vereinten Nationen Geographic Informations und Satellitenbilder zur Verfügung stellt, gleichzeitig wird auch den Gemeinden technisches Know-how weitergegeben. Wir halfen einer Stadt in Nicaragua, die stark vom Hurrikan Mitch betroffen war, eine Geographic Information Unit aufzubauen, die den Naturkatastrophenschutz in die Stadtentwicklung mit einbezieht.

Dr. Frank Claus: Herr Dr. Bornhorst, wo liegen die Potenziale dieser Partnerschaft, eher lokal oder global? Was bedeutet der Titel dieser Podiumsdiskussion für Sie?

Dr. Bernd Bornhorst: Ich würde genauso wie Ulrich Schmid Wasser in den Wein gießen wollen. Partnerschaft ist ein stehender Begriff, über den wir selbstkritisch diskutieren müssen. Er ist ein Mythos, denn es gibt nur wenige Fälle einer wirklichen, globalen Partnerschaft. Wirkliche Partnerschaft gibt es zwischen Kirchengemeinden und zwischen Kommunen, doch sobald man von gleicher Augenhöhe redet, ist das Ende des Prozesses erreicht. Am Anfang einer Städtepartnerschaft ist – auch sprachlich betrachtet – der Begriff Partnerschaft oft zutreffender. Wenn wir dabei stehen bleiben, steht die Partnerschaft unter den Aspekten: Not, Hilfe, Elend – damit sind wir wieder bei den alten Paradigmen, die es zu verlassen gilt. Bei dieser Form der Partnerschaft wird zwar etwas bewegt, aber es hat nicht den Nährwert, den wir als NGO sehen. Wir sollten in Partner-



schaften einen Schritt weiter von der reinen Projektarbeit weggehen, denn wenn sich Menschen auf der politischen Ebene engagieren, wird es wirklich Partnerschaft.

Was hat unser Leben hier mit dem Leben dort zu tun? Ein konkretes Beispiel: Wenn Sie eine Partnerschaft mit einer Stadt in Südargentinien oder Nordbrasilien hätten, dann würden sie erleben, dass der Sojaanbau dort durch unsere verfehlte Futtermittelindustrie hier forciert wird.

Sie erkennen durch die Partnerschaft auch Fehler der Politik in ihrem Ort – das ist der Mehrwert, den ich bei richtigen Partnerschaften sehe.

Ich sehe die Profiinstitutionen, die großes Know-how in Projekt- und Lobbyarbeit besitzen. Das alleine hat jedoch keinen Sinn, wenn es nicht von einer breiten Masse getragen wird, die Forderungen an Ihre Politiker stellt. Wenn sie sich in einer Partnerschaft darauf einlassen, befinden Sie sich wirklich auf gleicher Augenhöhe. Noch einmal: Ich glaube das ist ein Zielhorizont, in vielen Fällen sogar eine Utopie.

Dr. Frank Claus: Im karitativen Teil der Beziehungen, von denen Sie gerade gesprochen haben, liegt wahrscheinlich der Nutzen. Was ist ein gutes Beispiel für Nutzen von Partnerschaften in Deutschland?

Ulrich Schmid: Da gibt es sehr gute Beispiele. Eines davon ist im Bereich der Partizipation zu finden: das berühmte Modell des Bürgerhaushalts aus Porto Alegre, der auch in einigen deutschen Kommunen erfolgreich Einzug genommen hat. Auch die Frage zur Energieversorgung auf kommunaler Ebene hat direkten Bezug zur dritten Welt.

Dr. Frank Claus: Das sind politische Anstöße, die Sie uns geben. Wie kann man solche Themen auf die Bürgerbeteiligung in Deutschland ausweiten?

Ulrich Schmid: Gerade diese politischen Bezüge sind ein ungerne gehörtes, doch zentrales Wort. Hier wurde gesagt, dass wir eine Win-Win-Situation schaffen müssen. Ich glaube, die gibt es nicht, sondern wir müssen anders leben. Das heißt, weg vom Diskurs hin zur Realität. Jede von der Globalisierung betroffene Gemeinde, auch hier in Deutschland, wird sich fragen: Was ist die Schule der Demokratie, wie müssen wir anders leben? Das fängt beim Kaffee an und geht bis zur Energieversorgung.

Dr. Frank Claus: Herr Fettback sind bei Ihnen solche Fragen der Partnerschaftsaktivitäten auf der Tagesordnung?

Thomas Fettback: Ich fühle mich berufen, meinen Vordnern zu widersprechen. Ich spreche aus kommunaler Sicht. Der globale Wert lokaler Partnerschaften wurde erst in den letzten Jahren richtig erkannt. Der globale Wert liegt darin, dass Städtepartnerschaften länger bestehen und zu einem Verbund, zu einem Netzwerk wachsen. Man muss Städtepartnerschaften auf gleicher Augenhöhe wachsen



lassen, als Beispiel hierfür nenne ich die Stadt Biberach: Von insgesamt sechs Städtepartnerschaften pflegen wir seit 25 Jahren eine mit einer georgischen Stadt. Die Beziehung findet auf gleicher Augenhöhe statt, doch, was bedeutet das eigentlich? Heißt das gleiche Augenhöhe zwischen den Oberbürgermeistern, den Rathäusern oder den Menschen? Hierin liegen riesige Unterschiede.

Ich habe viele Bürgermeister und auch Hilfsorganisationen in den Städtepartnerschaften kommen und gehen sehen, aber die Städtepartnerschaft ist geblieben. Sie blieb, weil sie auf zwei soliden Fundamenten, die in der Zivilgesellschaft fußen, ruht. In Biberach existiert ein Städtepartnerschaftsverein, der maßgeblich durch die Stadt unterstützt wird und in unseren Partnerstädten, gelang es gleiches einzurichten. Die politische Ebene ist zwar schwierig, aber auf die kommt es - provokativ formuliert – weniger an. Eine Seite, oft ist es die deutsche, bietet bei instabilen Situationen in den Partnerländern ein Fundament. Unsere Städte, seien sie in Deutschland, Afrika oder Asien, sind Schmelztiegel. Um voran zu kommen brauchen wir verlässliche politische, nicht parteipolitische Verhältnisse. Auf administrativer Ebene haben wir meist keinen verlässlichen Ansprechpartner, dennoch findet die Städtepartnerschaft auf gleicher Augenhöhe statt. Ich spreche hier auch von gleicher Augenhöhe, weil wir in Biberach und anderen deutschen Städten ungemein davon profitieren.

Dr. Frank Claus: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gewähren Sie Ihrem Städtepartnerschaftsverein Zuschüsse aus Steuermitteln. Wurde darüber eine Debatte im Stadtrat geführt und wenn ja, wie beantworteten Sie die kritische Frage, warum Geld für die Partnerschaft ausgegeben werden müsse?

Ulrich Schmid: Biberach ist eine der wenigen Städte, denen es finanziell gut geht. Es geht uns deswegen gut, weil wir seit über 40 Jahren Städtepartnerschaften unterhalten und dadurch eine weltoffene Stadt sind. Dies ist ein wesentlicher Grund für die Ansiedlung von Weltfirmen im Ort, die bei uns Gewerbesteuer zahlen.

Zur Frage der Bedeutung der städtischen Mittel: im Gesamthaushalt bedeuten sie – erneut provokativ formuliert –

Peanuts. Sie refinanzieren sich um das vielfache, vor allem mit Blick auf die Zukunft, in der wir um Einwohner weltweit kämpfen werden. Wenn wir dann nicht in einer weltoffenen Gesellschaft leben, die durch einen Partnerschaftsverein Aktionen wie Gesicht zeigen gegen Rechts in die Bürgerschaft kommuniziert, dann haben wir nicht verstanden, worum es geht. Deswegen gibt es in unserer Stadt kein Problem diese Gelder im Stadtrat genehmigen zu lassen.

Dr. Frank Claus: Frau Prof. Kraas, Sie beschäftigen sich als Geografin mit so genannten Megacities. Wenn Sie die Stadtentwicklung zu Megacities beobachten und das Thema Partnerschaften daneben legen, zu welchen Themen raten Sie in solchen Partnerschaften?

Prof. Dr. Frauke Kraas: Ich knüpfe an meine Vorredner an, denn die zentralen Themen sind Wasser, Gesundheit, im weitesten Sinne auch Housing und Community Building. Vor dem Hintergrund der Bewegung der zentralen und weltweiten Trends stehen jedoch Aspekte wie die alt bekannte Befriedigung der Grundbedürfnisse im Vordergrund, aber auch die Frage nach Letalfaktoren, etwa im Zusammenhang mit Wasser und Gesundheit. Ebenso schließe ich die Frage nach Fragmentierung und dem Verlust der sozialen Kohärenz an, die wir gerade in den Entwicklungsländern als zunehmenden Trend in den städtischen Gesellschaften finden. Das letzte Thema ist die Frage der Steuerung, die im weitesten Sinne nicht nur als administrative, sondern auch als bürgerliche Steuerung verstanden sein soll, da die zivilen Organisationen nicht urban geprägt worden sind. Diese Art von lokaler Verwurzelung ist gerade in den Städten bei zunehmenden Urbanisierungsraten nicht enthalten.

Dr. Frank Claus: Ich stelle ich mir vor, dass wir im Rahmen einer Städtepartnerschaft ein deutsches Thema in den Mittelpunkt stellen würden: demographischer Wandel, Migration und Armut. Wie ist Ihre Einschätzung zu diesen Themen?

Prof. Dr. Frauke Kraas: Das kommt auf den Kontext an. In China beispielsweise ist das Thema demographischer Wandel ein absolutes Topthema. Gegenwärtig läuft ein trilaterales Projekt, in dem auch InWEnt involviert ist. So soll



ein deutscher Blickwinkel des demographischen Wandels, der auf die Themen Wasser und Gesundheitsversorgung herunter gebrochen, nach China vermittelt wird. Das Thema demographischer Wandel wird im indischen Kontext anders verstanden, denn dort würden Fragen wie Steuerung, Partizipation oder Migration im Vordergrund stehen.

Die letzten zwei Jahrzehnte haben Urbanisierungsschübe in den Ländern des Südens ausgelöst, mit Ausnahme von Lateinamerika. Migration ist ein Topthema, wobei die Fragen der Integration wieder in die Richtung des Verlusts der sozialen Kohärenz zielen, aber nicht im Zentrum der bisherigen Betrachtung stehen. Eigentlich geht es immer mehr darum, die zentralen Fragen wie Housing, Wasser, Ernährungssicherung etc. zu befriedigen. Meine Prognose hinsichtlich einer zweiten Phase der Zusammenarbeit mit den dortigen Partnern bzw. Partnerschaften lautet, dass erst darauffolgend Netzwerke zu thematisieren sind.

Dr. Frank Claus: Allerdings stellen Netzwerke ein weiteres, weites Feld dar als Partnerschaften. Meine Frage richtet sich an die anderen Podiumsteilnehmer: Gibt es zu diesen Themen Kommentare?

Katrin Lichtenberg: Ich stimme mit manchen etwas düsteren Ausführungen nicht überein, vor allem sollten Partnerschaften nicht semantisch betrachtet werden und ob man sich wirklich auf gleicher Augenhöhe oder nicht be-

findet. In erster Linie geht es doch darum, einen Pakt zu schaffen und gewisse Dinge zum positiven zu verändern. In der multinationalen Zusammenarbeit gab es einen leichten Paradigmenwechsel von der traditionellen Zusammenarbeit auf der nationalen Ebene weiter runter auf die lokale Ebene. Wir arbeiten auf beiden Seiten der Projekte auf der lokalen Ebene. Gemeinsam wird überlegt: Was sind unsere Prioritäten? Wie können wir gemeinsam daran arbeiten, diese zu entwickeln und die Situation zu verbessern? Das es ein gegenseitiger Lernprozess. Es ist ein gemeinsames abarbeiten von Projekten, die auch konkret und erfolgreich umgesetzt werden.

Dr. Frank Claus: Herr Dr. Bornhorst, gerade notierte ich: ein Hoffnungsträger wie Misereor malt schwarz. Kann das sein?

Dr. Bernd Bornhorst: Ja, schwarz ist eine der Farben, die man mit der katholischen Kirche assoziiert... Ich wollte realistisch sein und habe bewusst provoziert. Noch einmal zur sprachlichen Begrifflichkeit: Ich möchte vermeiden, dass wir Projektpartnerschaft mit dem vermischen, was ich als eine kommunale, politische Partnerschaft im idealeren Sinne sehe. Aus meiner Sicht, als Akteur eines Hilfswerks, sehe ich den Mehrwert einer kommunalen Partnerschaft nicht im Bau eines weiteren Brunnens, der mit viel Mühen durch Sammlungen der Bürger finanziert wird. Das ist zwar gut gemeint, doch leider selten gut gemacht. Dabei bleiben wir bei der alten Haltung des Gebens. Wenn wir jedoch von der Einen Welt reden, gibt es viele Dimensionsebenen, die wirkungsmächtig werden könnten, die ein Hilfswerk alleine nicht bewältigen kann. Jetzt kommen wir zur kulturpolitischen Frage, wir haben dazu mit dem Thema: Armut in Deutschland einen Versuch unternommen und Partner aus Lateinamerika eingeladen. Das Ergebnis war hoch interessant, denn die Globalisierung bewirkt in Nord und Süd genau die gleiche Spaltung: die Mittelschicht wird kleiner und der Reichtum konzentrierter. Es gibt viel Potenzial in einer Partnerschaft, das jenseits von Projektarbeit zu finden ist. Prinzipiell heiße ich auch diese Form der Partnerschaft für gut, doch eine begriffliche Klärung des Ziels ist vonnöten.

Dr. Frank Claus: Herr Schmid, Ihre Stellungnahme bitte!

Ulrich Schmid: Auch mir geht nicht nur um die Auseinandersetzung über die Begrifflichkeit, sondern das man etwas tut! Ob das Partnerschaft, globale oder kommunale Partnerschaft heißt, ist letztlich nicht so wichtig. Wir dürfen in den Bezügen nicht so streng mit uns selbst und anderen sein! Die Faktoren Zeit und Lernen spielen hier eine ungeheure Rolle. Vor 25 Jahren wurde mit den Partnerschaften begonnen, damals wurde der Begriff überhöht und viel hinein interpretiert. Doch ist das nicht so wichtig, wichtig ist, was eigentlich geschehen ist.

Warum hat die einzelne Stadt nicht gesagt, dass das Partnerschaftsprogramm vielleicht nicht so gut dargestellt wurde? In diesem Prozess haben alle Akteure gelernt und sind vielleicht auch bescheidener und realistischer geworden. Auch ist es ganz wichtig, auf die Rollen der Partner zu schauen. Gerade bei den kommunalen Partnerschaften sind sehr unterschiedliche Akteure tätig. Hier sollte jeder für sich klären, wo seine Stärken liegen. Die Kommunen haben diesen unschätzbaren Vorteil, den die Fachorganisationen nicht besitzen. Sie haben das riesige Potenzial, um auf der ‚grassroot‘ - Ebene sozial zu mobilisieren. Dazu kommt die soziale Mobilisierung der Länder selber, wie das Beispiel der Millenniumsdörfer zeigt.

Das ändert jedoch nicht die Realität, sondern wir müssen die Leute daran messen, was sie wirklich bewirken. Das gilt für Regierungen genau so wie für die Kommunen, doch letztere haben die Aufgabe und die Pflicht, die Bevölkerung darüber aufzuklären und ihnen Hilfestellung zu geben, partizipative Strukturen aufzubauen, Grundbedürfnisse zu befriedigen und vieles mehr. Ich sehe das spiegelbildlich in Deutschland und in Europa. Die Stärke der Kommunen ist ihr unmittelbarer Zugang zur Zivilgesellschaft. Wir müssen also unseren Focus nicht so sehr auf die fachliche Entwicklungshilfe lenken, sondern wie wir die Bevölkerung zum Thema Solidarität und Partizipation mobilisieren können. Doch leider stehen für diesen wichtigen und zentralen Auftrag der Kommunen in Deutschland immer weniger Gelder für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Informationen zur Verfügung.

Dr. Frank Claus: Das waren interessante Stichwörter, Herr Schmid: Bildung, Bewusstsein, Know-how. Bitte weitere Wortmeldungen zum Thema!

Thomas Fettback: Wir müssen die Leistungen der Kommunen betrachten. Es gibt viele Kommunen, die keinen eigenständigen Beitrag zu den Millenniumszielen leisten können, da es sich hier zum größten Teil nicht um kommunale Aufgaben handelt. Das Gesundheitswesen ist beispielsweise in der Regel keine kommunale, sondern eine überregionale Aufgabe, die Kommune kann das nicht befördern.

Was wir befördern können, ist die Zivilgesellschaft. Dabei handelt es sich im Grundsatz um die gleichen Probleme, ob ich mich in Biberach oder in Georgien befinde: Wie schaffe ich es, die Menschen und die Gemeinden zu mobilisieren, ihre Eigenkräfte aufzubauen und auf die Politik einzuwirken? Wir können uns nur selten auf die Politik der Städte außerhalb Deutschlands verlassen, denn selbst die kommunalen Systeme innerhalb Europas sind zu unterschiedlich strukturiert. Wir leben in einem föderalistischen System, in dem die Kommunen die stärkste Einheit im Staat bilden. In den meisten Ländern ist es umgekehrt. Unsere Probleme sind jedoch die gleichen, unsere städtepartnerschaftlichen Treffen beweisen dies immer wieder, einzig die Herangehensweise ist unterschiedlich.

Dr. Frank Claus: Nennen sie uns bitte ein paar Beispiele!

Ulrich Schmid: Kommunale Kriminalprävention, Aufbau der Bürgergesellschaft, Bildung und Betreuung. Auch ein Thema, bei dem wir viel von anderen Ländern lernen können: der Begriff Rabenmutter existiert nur in Deutschland. In anderen Ländern nicht.

Dr. Frank Claus: Frau Prof. Kraas, Sie wollen sich auch zum Thema äußern.

Prof. Dr. Frauke Kraas: Abgesehen davon, dass auch ich unter die Kategorie: Rabenmutter falle - ich würde gerne auf einen Aspekt hinweisen, der für diese Diskussion meines Erachtens nach sehr zentral ist. Wir führen hier eine eurozentristische Diskussion. Partnerschaft ist ein Konzept, das nicht überall akzeptiert ist, gleiches gilt für unsere

Konzepte und Vorstellungen zur Kommune. Bereits an dieser Stelle setzt das Lernen ein, denn wenn wir wirklich partnerschaftlich agieren wollen, müssen wir zuerst verstehen, was die zentralen Konzepte der Partnerstädte zum Äquivalent von Kommune, Verwaltung, Kollektiv, Community und Steuerung sind.

Wenn dort unser Lernprozess beginnt, sind wir tatsächlich auf gleicher Augenhöhe, wo ein wechselseitiges Lernen stattfindet.

Zur Frage, ob wir wirklich von den gleichen Problemen reden – meiner Meinung nach, sprechen wir nicht von den gleichen Dimensionen, da wir schon von unterschiedlichen Ansprüchen ausgehen. Ich möchte das an einem Themenkomplex deutlich machen. Wenn wir hier in Europa unsere weitgehende Reglementierung anschauen, gibt es immer zuständige Ansprechpartner für Probleme. Wir sehen hingegen, dass auf der anderen Seite, in den Städten der Entwicklungsländer, Informalität vorherrscht. Dieses Konzept der Informalität kommt so wieder zu uns zurück und wir entdecken Strukturen, über die wir bisher relativ wenig nachgedacht haben. Hier wird deutlich, in welchem Maße wir sehr unterschiedliche Realitäten in der Tiefe der einzelnen Probleme betrachten müssen.

Dr. Frank Claus: Danke schön, Frau Prof. Kraas. Ich möchte die Diskussion jetzt auch mit dem Publikum weiterführen.

Uwe Zimmermann: Uwe Zimmermann, Deutsche - Simbabweische Gesellschaft e.V.. Ihr Beitrag, Herr Fettback, hat mich besonders beeindruckt, weil sie deutlich sagen, dass Ihr Engagement auch in eigenem Interesse erfolgt. Sie sagen, dass die partnerschaftlichen Aktivitäten einen wichtigen Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements für Interkulturalität sind. Meine Frage hierzu: Wie machen wir unsere Region, unsere Städte für den Zuzug von Fachkräften aus anderen Ländern begehrenswerter? Das Hamburger Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt, zeugt beispielsweise von dem Bemühen, die internationale Attraktivität der Stadt auch im Wettbewerb um Fachkräfte zu steigern. Um in diesem Wettbewerb mithalten zu können, muss man den Menschen ein angenehmes

Umfeld bieten. Bitte führen Sie die Aktivitäten Biberachs in diesem Kontext genauer aus.

Meine zweite Bemerkung richtet sich an Sie, Frau Lichtenberg. Bis dato wusste ich nicht, dass die UN in einem so segenreichen Rahmen tätig ist, wie sie das schilderten, denn die UN erscheint vielmehr als ferne Einrichtung aus New York. Das Aufgabenfeld der UNOPS sollte stärker publik gemacht werden, damit auch das Bild der Vereinten Nationen ein noch besseres wird. Meine Frage an Sie: Wie gelingt es, ein Feedback von den Projekten zurück in die politischen UN-Gremien zu bringen?

Dr. Frank Claus: Vielen Dank Herr Zimmermann. Beginnen wir mit Ihnen, Herr Fettback.

Thomas Fettback: Biberach ist eine kleine, aber besondere Stadt. Besonders deshalb, weil sie deutschlandweit eine der wenigen Städte ist, denen es haushaltpolitisch betrachtet gut geht. Wir haben nicht nur einen ausgeglichenen, sondern sogar einen schuldenfreien Haushalt. Meine tiefste Überzeugung ist, dass das Sozialkapital der Menschen uns dahin geführt hat. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Glück, tolle, nicht börsennotierte Unternehmen und Weltoffenheit. In unserer größten Firma, Böhringer Ingelheim, arbeiten heute schon Menschen aus 46 verschiedenen Nationen.

Mein nächster Punkt ist die demographische Herausforderung, vor der wir jetzt stehen. Rechnungen prognostizieren, dass die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2050 um 10 Millionen Menschen vermindert sein wird. Das bedeutet, dass wir ab sofort mehr Menschen in diesem Land brauchen. Der Schalter für eine weltoffene Stadt wie Biberach oder Hamburg kann nicht von heute auf morgen umgelegt werden, sondern hieran muss dauerhaft gearbeitet werden und eine bürgerschaftliche Kraft ist hierzu vonnöten. Damit komme ich zu meiner dritten Antwort: Der Partnerschaftsverein ist einer der mitgliederstärksten Vereine in Biberach, der für jede der Partnerstädte einen Ausschuss gebildet hat. Die Bürger fordern das ein und engagieren sich. Gleiches trifft für die NGO's in Biberach zu, so dass wir eine tatsächliche Win-Win-Situation haben.

Dr. Frank Claus: Dankeschön. Frau Lichtenberg, von segenreicher Tätigkeit war die Rede, von vielleicht nicht ausreichender Bekanntheit Ihres Wirkens und von Feedback.

Katrin Lichtenberg: Ich schließe mich Ihrer Meinung an, dass die Uno eine relativ negative Presse hat. Dies kann auch in der Natur der Medienberichterstattung liegen, denn schlechte Nachrichten sind öffentlichkeitswirksamer als positive Schlagzeilen. Zum Feedback: Selbstverständlich rufen wir es ab und lassen unsere Projekte evaluieren. Wir versuchen Städtepartnerschaften in unsere Entwicklungsprojekte einzubinden, um Beziehungen zu initiieren, die über die Projektdauer hinausgehen. Dazu konsultieren wir auch Fachkompetenzen wie beispielsweise den Dachverband der ‚United Towns Organization‘. Wir betreuen die Partnerschaften auch um zu sehen, ob sie Beispiele für weiterführende Projekte sein könnten. In Zentralamerika vereinbarte man nach den Friedensbeschlüssen Städtepartnerschaften mit Italien, das in der dezentralen Entwicklungspolitik sehr fortschrittlich ist. Und tatsächlich entstehen hier immer mehr Städteverbindungen. Ein Beispiel hierfür ist die Verbindung zwischen der Gemeinde Carrara, Italien, und einer Gemeinde in Nueva Segovia, Nicaragua, beide produzieren Marmor und aufgrund gemeinsamer Wirtschaftsinteressen wird der Austausch intensiv gepflegt.

Dr. Frank Claus: Danke Frau Lichtenberg, jetzt bitte Herr Dr. Neugebohrn.

Dr. Eberhard Neugebohrn: Einige von Ihnen werden sich vermutlich der Memoranden erinnern, die eine Gruppe von nord-süd-politisch interessierten Menschen anlässlich vergangener Bundestagswahlen verfasst haben. In dem Memorandum von vor ca. 15 Jahren – Gunther Hilliges wird das genauer wissen – stand die schöne Feststellung zum Entwicklungsbegriff: wir sind im Norden und im Süden, also auf beiden Seiten des Äquators entwicklungsbedürftig. Für den Süden scheint das klar zu sein, für den Norden gilt dies deshalb, weil unsere Produktions- und Konsumtionsweise so nicht zukunftsfähig ist. Diese Feststellung hat etwas mit dem Partnerschaftsanspruch zu tun, der besagt: Wir haben als Bürger der Einen Welt eine Aufgabe, zu der wir uns miteinander verbinden müssen. Eine sehr schöne Feststellung, hinter der allerdings das Problem verschwinden kann, dass

es sich generell bei den Ländern des Nordens in der Regel um reiche und bei denen des Südens um arme Länder handelt. Wir haben es bei Nord-Süd-Partnerschaften mit asymmetrischen Verhältnissen zu tun. Trotzdem darf man den Partnerschaftsanspruch deswegen nicht aufgeben, man muss sich im Rahmen dieser asymmetrischen Verhältnisse fragen, wie man vorgeht. Das materielle Mittel von Norden nach Süden fließen, sollte die Partnerschaft nicht in Frage stellen und die Augenhöhe verändern, sondern die Frage, wie man miteinander umgeht, mit gegenseitigem Respekt und der Bereitschaft voneinander zu lernen.

In Pretoria, Südafrika, konnte ich mir die Arbeit der BMZ-Vorfeldorganisationen anschauen, denen ich meine große Anerkennung ausspreche. Gerade ihr Verständnis vor den lokalen Partnerorganisationen, mit denen sie ihre Projekte durchführen, zeugt von einer respektvollen Partnerschaft. Ein anderes Beispiel: In Nordrhein-Westfalen hat unsere Stiftung die Schulpartnerschaft zwischen zwei Schulen in Aachen und in Kapstadt gefördert. Diese Schulpartnerschaft ist in eine Städtepartnerschaft eingebettet. Zwar übernimmt der Aachener Schulverein die Kosten für die Besuche der südafrikanischen Schüler, doch die deutschen Schülerinnen und Schüler profitieren, ebenso wie ihre südafrikanischen Counterparts, im Immateriellen ungemein. Das Potenzial beider Städte wird durch diese Schul- und Städtepartnerschaft enorm erweitert.

Ein letzter Satz, Herr Fettback, ich finde Ihre Aussagen wunderbar, denn sonst wird auf Landes- und kommunaler Ebene sehr viel von der Armut der öffentlichen Kassen geredet. Dieses Problem wird längerfristig nur zu bewältigen sein, wenn wir uns den globalen Herausforderungen stellen. Auch dafür sind solche Partnerschaften wichtig. Dieser Begriff macht Sinn und er macht einen Anspruch auf, der wahrhaftig noch nicht überall eingelöst ist, doch wir sollten unbedingt daran festhalten.

Dr. Frank Claus: Sie wollen sich dazu äußern, Herr Fettback.

Thomas Fettback: Zur Frage der Finanzierung möchte ich ergänzen, dass die Situation der meisten Städte haushaltspolitisch betrachtet wirklich schlecht ist. Doch jeder Euro,

der in kommunale Kooperationen investiert wird, verdoppelt und verdreifacht sich, gerade auch mit Blick auf die Wirtschaft und Bildungseinrichtungen. Ein weiterer Aspekt der Partnerschaften sind die so genannten Kinderpartnerschaften. In Biberach gibt es durch die städtepartnerschaftlichen Beziehungen Patenkinder und gemischte Ehen. Das untermauert, wie wichtig solche Städtepartnerschaften sind.

Dr. Frank Claus: Zum weiteren Verfahren: wir werden noch weitere Wortmeldungen, dann gibt es noch eine kurze Schlussrunde auf dem Podium.

Father Smangaliso Mkhathswa: Ladies and gentlemen, thank you very much for this very exiting discussion. I want to make a few comments:

One: We should avoid falling into a trap of MDGs becoming almost a fetish. Basically we want to attempt with the term MDG the development and the upliftment of people, in general a better life for people. Whether the people are aware to the MDGs or not is irritable, although for the United Nations it would be better if they told people because it becomes a rally point.

Secondly: Whether we like it or not, when we want to enter into a partnership, which I personally prefer to international solidarity, there is an element of same interest invol-





ved. As long as it is healthy there is absolutely nothing wrong about it, but what becomes therefore necessary is that both parties should agree to identify the nature and the extent of the problem they want to solve in cooperation. There should be ownership and both parties should buy into it. I want to see a situation where an ordinary partnership really develops into solidarity. Solidarity implies that each of the parties would like to see each one succeed, would like to see a progress made. Partnership should not imply that those with the resources and mostly coming with a spirit of charity, give it for nothing. It is possible that people have land and even plenty of water but yet they are dying from diarrhoea, people are suffering from starvation in spite of plenty of land there.

Solidarity means that I am not coming to give you any money, but I have got knowledge and skills to assist you to assist yourself. You can even agree to charge a minimum amount and say: 'If this project succeeds, we are probably going to recoup our operational expenses.' This simple philosophy should guide this kind of negotiations therefore I need to follow the principle of mutuality. The meaning of mutuality is that each one benefits something this is also a question of respect, of listening to one another. In fact, listening to one another does not necessarily mean, that I am losing my own opinion. I can still stick to my guns but I listen very sensitively to the other.

Finally: sometimes we get the opportunity to work with organisations or communities outside of Europe, to write our Ph. D. thesis. You get a lot of information that you didn't have before and you also begin to understand, your interlocutor is much better than you did before. There are a lot of people who think that Africa has always been the Dark Continent, but today anthropologists and palaeontologists are coming up with fantastic information about high levels of civilisations that existed in different parts of Africa. That will also enrich people from the First World and will therefore strengthen that relationship, that solidarity and therefore the MDGs which consequently have a much better chance of succeeding. Thank you.

Dr. Frank Claus: Ich bitte die zweite Wortmeldung noch dazu.

Wortmeldung: Thank you for giving me the opportunity to present a part of this society which belongs to the younger generation, to the migrants and maybe to the female minority. I have different identities to present this evening and I'm glad you are here to listen to a migrant second generation woman.

Ich möchte jetzt auf Deutsch weiterreden und die Gelegenheit nutzen, Ihnen meine multiple Identität als Bereicherung und Kompetenz vorzustellen. Ich leiste hier in Deutschland Graswurzelarbeit für die deutsche Zivilgesellschaft. Mein Arbeitsalltag besteht aus entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mit Drehern, Bäckermeistern, Hausfrauen und anderen, die ein Interesse an entwicklungspolitischen Themen haben. Sie haben sich selten Gedanken darüber gemacht, ob ihre Arbeit die Menschen, die sie unterstützen wollen, zur Selbständigkeit, zur ‚political selfreliance‘, zur Unabhängigkeit und zur Stärkung des Selbstbewusstseins führt. Ich erfahre tagtäglich Statements wie: ‚Warum kann der afrikanische Referent, der hier schon Jahre lang lebt, nicht richtig Deutsch sprechen?‘ oder ‚Warum müssen wir uns mit der Armut in Afrika auseinandersetzen, wir haben genug mit unserer eigenen Arbeitslosigkeit zu tun?‘ ‚Warum verlagern die Firmen ihre Standorte und was ist mit unseren Tarifverhandlungen über höhere Löhne?‘

Deshalb denke ich, dass es in Deutschland noch immer zu wenig Aufklärungsarbeit über das eigene Verhalten, die Sprache und deren Botschaften, die man in eine Gesellschaft hinein aussendet, gibt. In der breiten Bevölkerung ist die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik noch lange nicht uneingeschränkt akzeptiert. Ich wünsche mir deshalb mehr Aufklärungsarbeit in einer Sprache, die mit dem persönlichen Umfeld des einzelnen Bürgers zu tun hat. Wir können uns mit unseren Talenten und Zielen herrlich ergänzen, ob wir nun Nord oder Süd, Migrant oder Nicht-Migrant sind. Das gemeinsame Ziel ist eine humanere, sozialere und umweltverträglichere Welt zu schaffen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Frank Claus: Dankeschön, Herr Bornhorst bitte. Bei diesem Beitrag dachte ich an die Bildungsarbeit, die Misereor zusammen mit dem Netzwerk der katholischen Kirche im Hintergrund leisten kann. Wie stehen Sie zu diesem Statement?

Dr. Bernd Bornhorst: Ich komme noch einmal auf meine Kritik zurück: Wenn ich von globaler Partnerschaft rede, stelle ich die Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt. Alle anderen hier genannten Aspekte sind auch wichtig, aber das ist zunächst nicht meine Zielrichtung. Wenn ich von Armutsbekämpfung rede, blicke ich auf die jahrzehntelange Erfahrung Misereors zurück, die auch notwendigen Mitteltransfer beinhaltet. Dieser ist jedoch aus unserer Sicht nicht so sehr notwendig, um im Süden Defizite auszugleichen, sondern um Menschen zu ermächtigen, sich einzusetzen. Es wird gesagt, dass die Länder im Süden arm seien. Das stimmt so nicht mehr, denn Globalisierung bedeutet auch, dass die Länder im Süden immer reicher werden. In Mexiko leben beispielsweise mehr Millionäre als in Deutschland – doch die Mittel sind ungerecht verteilt. Der Finanztransfer, den wir versuchen mit Spendenmitteln zu leiten, will Menschen ermächtigen, sich gegen die dortige Ungerechtigkeit einzusetzen.

Zu den Migranten im eigenen Land: Nur wenn hier gegenseitiges Verständnis herrscht, wird auch Verständnis für die indigene Bevölkerung anderenorts entwickelt. Dies bedeutet kein Verzicht auf Finanztransfers, doch wird dadurch kein Mehrwert geschaffen. Entwicklungspolitik braucht ei-

ne gesellschaftliche Dimension, die sich mit Strukturveränderungen beschäftigt, auch bei uns. Es gibt viele gute, allerdings langjährige Modelle hierfür. Mit meinen provozierenden Äußerungen weise ich lediglich auf die unterschiedlichen Arten der Beziehungen hin, nicht alles darf Partnerschaft genannt werden.

Dr. Frank Claus: Herr Schmid bitte noch, dann stelle ich meine Abschlussfrage.

Ulrich Schmid: Es gibt einen zweiten, wichtigen Aspekt zu berücksichtigen: Wir müssen in unserer Gesellschaft bedenken, was die rein quantitative Forderung nach mehr Bildung und Information bedeutet. Müssen nicht auch wir uns selbstkritisch in den Kommunen und den NRO fragen, ob wir diese Stimmung transportieren? Wie gehen wir auf junge Leute zu, wie auf die UN? Böseartig formuliert: mit den UN-Millenniumsgoals, die auf irgendwelchen Plätzen stehen, erreichen wir nicht die Menschen. Wir müssen kreativer werden und uns auf die Kommunikationsgewohnheiten der Bürger einstellen.

Dr. Frank Claus: Danke und nun zur Schlussfrage: Haben Sie einen Wunsch für einen Satz bei der Abschlusserklärung?

Prof. Dr. Frauke Kraas: Ich leite meine Antwort mit einem Zitat ein, das sich den vorhergehenden Äußerungen zum Verständnis der Bürger anschließt. Ein chinesischer Wissenschaftler antwortete auf die Frage, wie in China Partizipation gestärkt würde: If you want to know the peoples desire, ask the planer. Hinsichtlich dieser Haltung formuliere ich meinen Satz: Ein peoples first approach, der auf ein ganzes Spektrum an Sozialrealität in den Städten differenziert wird, würde uns wesentlich weiter helfen, als alle Flächennutzung, Infrastruktur, MDG-Formulierungen, die wir bislang gehabt haben.

Thomas Fettback: Wir sollten erkennen, dass sich Städtepartnerschaften aus kommunaler Sicht sowohl ideell als auch materiell rechnen. Ich möchte hinzufügen, dass wir in unserer westlichen Welt überdenken sollten, das Wachstum nicht wirtschaftliches Wachstum allein bedeutet und das Allheilmittel einer gesunden Gesellschaft ist.

Dr. Bernd Bornhorst: Ich hoffe, dass die deutschen Kommunen, die partnerschaftlich mit den Ländern des Südens verbunden sind, ihre Verantwortung für das gemeinsame Überleben erkennen und das ihnen Mögliche hier in Deutschland dazu beitragen, um das Überleben aller zu sichern.

Katrin Lichtenberg: Für mich wäre es wichtig, dass wir eine alle Ebenen einbeziehende Entwicklung in Gang setzen. Von der untersten, der individuellen Ebene beginnend, über die kommunale, die Länder- und Bundes- bis zur internationalen Ebene soll ein verantwortungsvolles, zukunftsweisendes Handeln einsetzen und Mechanismen geschaffen werden, um diese Ebenen erfolgreich miteinander zu verknüpfen.

Ulrich Schmid: Die Kommunen sollten achtsam, respektvoll, behutsam und weltoffen weitermachen.

Dr. Frank Claus: Vielen Dank und ich gebe an Herrn Grätz ab, der eine Überraschung für Sie hat.

Wolfgang Grätz stellt das Geschenk des Hamburger Senats für jeden Teilnehmenden der Bundeskonferenz vor: einen fair gehandelten Fußball im Hamburg Design aus der Aktion Hamburg 2006 mal fair.

Für diese Aktion haben sich verschiedene NROen, das Eine-Welt-Netzwerk, Süd-Nord-Kontor, Open-School 21 und die Senatskanzlei zusammengeschlossen. Sie haben das gemeinsame Ziel, das Themenfeld Fairer Handel am Beispiel der fair gehandelten Fußbälle stärker in die breite Öffentlichkeit zu rücken. Zu diesem Zweck wurde bei der Gega eine Serie dieser Bälle im Hamburg-Design in Auftrag gegeben, die in Cialcot in Pakistan hergestellt werden. Der Hamburger Senat stellt über ein Zehntel dieser Bälle samt Informationen über die Aktion für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz zur Verfügung.



Podiumsdiskussion 2:

Interesse und Verantwortung: Internationale Partnerschaft auf Augenhöhe

Teilnehmer:

Dr. Günter Bonnet,

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Thomas Gebauer,

Geschäftsführer von medico international e.V.

Dr. Götz Nagel,

InWEnt gGmbH

Dr. Claudia Warning,

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nicht-regierungsorganisationen

Frieder Wolf,

Amt für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln

Dr. Frank Claus: Meine Damen und Herren, wir kommen zur abschließenden Podiumsdiskussion. Frau Dr. Warning, wenn ich das Stichwort Verantwortung nehme und an Sie weiterreiche, worum geht es Ihrer Meinung nach, wer ist verantwortlich und wofür?

Claudia Warning: Lassen Sie mich im Hinblick auf die kommunale Zusammenarbeit mit einem Zitat von Bischof Dandala, Generalsekretär des afrikanischen Kirchenrates beginnen, der vor wenigen Wochen bei uns zu Besuch war und sich über Partnerschaft und kommunale Partnerschaft äußerte: Was wir brauchen, sind Partner, die uns zuhören, Partner die uns ernst nehmen und Partner, die dort anknüpfen, wo wir stehen und nicht mit Ideen kommen, die sie selber irgendwo geboren haben. Das mag eine Plattitüde sein, doch dies wird von unseren Partner immer wieder genannt. Die Frage, nach der Verantwortung auf unserer Seite wird offensichtlich noch nicht für ein Miteinander, für ein Zuhören und auf der anderen Seite eingelöst. Ich stelle dann immer die Gegenfrage: Wo ist denn eure Verantwortung, wo liegt die Verantwortung bei euch als Akteuren im Süden, zu dem ihr uns als Partner einfordert? Damit möchte ich es an dieser Stelle belassen, vielleicht noch die-

ses: Verantwortung ist sicherlich ein Thema, dass man weiter diskutieren muss.

Dr. Frank Claus: Im Titel unserer Podiumsdiskussion wird auch von Interessen gesprochen. Wir mussten gestern in der Redaktionskonferenz gemeinsame strategische Ziele finden. Das setzt voraus, dass es gemeinsame Interessen gibt und diese gefunden werden. Wie beurteilen Sie das?

Dr. Claudia Warning: Zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit kann noch immer jede Kommune fragen, was sie damit zu tun habe? Ich glaube, dass es auf einer hohen Abstraktionsebene oder auf der weltweiten Ebene ein eindeutig gemeinsames Interessenspool gibt. Frau Prof. Süssmuth hat das vorhin deutlich gemacht. Auf dieser Ebene der gemeinsamen Interessen müssen wir miteinander auskommen und es gibt in jeder Hinsicht diese Interessen.

Das Problem ist, dass die Interessen nicht ganz unmittelbar in unserem täglichen Geschehen vorhanden sind. Erst wenn wir sie auf diese Ebene runterdeklinieren, wird das auch umsetzbar auf der kommunalen Ebene. Dann gewinnen wir Menschen dafür. Ich darf Ihnen ein Beispiel benennen:



Was bedeutet es, wenn Sie auf einer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit Schulpartnerschaften aufbauen? Was gewinnen unsere Schüler aus einer Schulpartnerschaft mit einer Schule im Süden? Ich behaupte, eine ganze Menge, Erweiterung des Blicks, Kennenlernen anderer Werte und anderer Kulturen. Dieser Aspekt der eigenen persönlichen kulturellen Bereicherung muss entdeckt werden und dann funktioniert das auch.

Dr. Frank Claus: Ich gehe weiter zu Herrn Thomas Gebauer. Ich weiß, dass Sie diesem Partnerschaftsbegriff ziemlich kritisch gegenüber stehen und auch die karikative Haltung in manchen Entwicklungshilfeprojekten für ein Problem halten. Wenn ich bei Ihnen auf Interessen und Konkurrenz zurückkomme, glauben Sie, dass es mehr Konkurrenz oder mehr gemeinsame Interessen gibt, wenn es um die Entwicklungszusammenarbeit geht?

Thomas Gebauer: Lassen Sie mich kurz feststellen, dass ich dem Gedanken der Partnerschaft überhaupt nicht kritisch gegenüberstehe. Das ist ein maximales Ziel, was wir erreichen müssen, dass aber im Augenblick noch nicht gegeben ist, wenn man davon spricht.

Ich sehe sehr oft, dass man beispielsweise über ethisches Verhalten spricht, das alle für sich reklamieren. Sieht man bei Unternehmen genauer hin, so stellt man fest, dass gerade Unternehmen, die sich selbst als ethisch handelnd bezeichnen, strukturelle Korruption betreiben. Transparency International belegt dies in seinen Untersuchungen. Hier sind die Widersprüche. Wichtig ist es, Interessen in solchen Partnerschaften zu prüfen, nach gemeinsamen Interessen zu forschen und eine Ebene zu finden, um gemeinsame Strategien zu entwickeln?

Ich war kürzlich in Nürnberg auf einer internationalen Konferenz von Ärzten mit sozialer Verantwortung. Der Oberbürgermeister leitete diese Konferenz ein, indem er erzählte, wie die städtischen Kliniken vor der Übernahme durch private Unternehmen stehen. In der Privatisierung der Gesundheitsdienste, in der Verbetriebswirtschaftung von sozialen Gütern gibt es massive Tendenzen, die auch in den Ländern des Südens auszumachen sind. Sie sehen anhand der Millennium Development Goals, was in den

Ländern des Südens problematisch ist. Dabei sollte auch erkannt werden, dass diese Tendenzen auch hier existieren, dass die Transformation der Gesundheit zu einer Ware auch hier stattfindet. Genau das ist der Punkt, in dem es Gemeinsamkeiten gibt, in dem durch gemeinsame Verantwortlichkeit Partnerschaft im echten Sinne entstehen kann.

Dr. Frank Claus: Was wäre denn der Hauptzweck solcher Partnerschaften aus Ihrer Sicht?

Thomas Gebauer: Der Zweck ist für eine Welt zu sorgen, die sich an den Menschenrechten orientiert. Die Menschenrechte werden von dem Gedanken getragen, dass es öffentliche Güter gibt. Dazu gehören beispielsweise der Bildungs- und der Gesundheitsbereich, die in der sozialen Infrastruktur gefasst werden müssten. Alle Menschen müssten hier unabhängig von ihrem Einkommen Zugang haben. Das sind Ziele, worüber die Menschen im Süden genauso wie im Norden streiten können. Genau da wird der Begriff der Globalisierung klar. Welche Form von Globalisierung wollen wir eine andere Form entgegen setzen? Im Augenblick herrscht eine Globalisierung im neoliberalen Sinn, der jede soziale und politische Globalisierung abhandeln gekommen ist, deshalb müssen gemeinsam im Sinne von Menschenrechten und sozialen Gütern etwas unternehmen.



Dr. Frank Claus: Das erinnert mich an das, was Frau Prof. Süßmuth zum Thema Ethik gesagt hat: Menschen zu gewinnen. Trauen sie sich einen Blick in die Zukunft zu werfen und zu sagen, ob Sie dieser Spur eine Chance geben?

Thomas Gebauer: Ich gebe ihr eine sehr klare Chance, weil wir als NRO in solchen Netzen tätig sind. Wir laden die Kommunen gerne ein an solchen Dingen teilzunehmen, beispielsweise gibt es ein weltweites people's health movement. Das sind Initiativen, an denen auch Kommunen in allen Teilen der Welt an Gesundheitsthemen arbeiten. Wir gehen hier auch auf Partnersuche, Partner in Krankenhäusern, in städtischen Einrichtungen, im Pflegebereich.



Wir versuchen diese Bewegung voranzubringen, um die Vernetzung konkret zu machen und kommen dort Schritt für Schritt weiter. Da sind ermutigende Prozesse im Gange.

Dr. Frank Claus: Ich gehe einen Schritt weiter zu Herrn Dr. Bonnet. In Ihrer Funktion als Unterabteilungsleiter im BMZ möchte ich mit dem Thema Augenhöhe anfangen. Wenn es um Augenhöhe bei Partnerschaften geht, wie erreichen Sie die gleiche Augenhöhe?

Dr. Günter Bonnet: Die ‚Augenhöhe‘ ist auch ein Schlagwort.

Das Wesentliche ist, dass man jeden Partner als eigenständigen Partner anerkennt und mit ihm nicht von oben herab

redet. Das ist bei Verhandlungen mit Partnerländern seit langen unser Bemühen. Gleiches gilt für alle Akteure, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Gerade die Akteure, die hier am Tisch sitzen, wissen, dass das BMZ sehr bemüht ist, einen Dialog nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe zu führen. Frau Prof. Süßmuth erwähnte heute schon diesen Ansatz, der genau die Art von Partnerschaft darstellt, die wir mit unseren Partnern pflegen. Ebenso hat Frau Dr. Warning mit dem Zitat des Bischofs genau die Art von Partnerschaft dargestellt, die unserer Haltung entspricht.

Dr. Frank Claus: Wenn ich von den Inhalten der Partnerschaft spreche, die diese Konferenz thematisiert, sprechen wir von Integration und Migration. Ich habe gestern am Rande einige Stimmen gehört, die sagten, dass man mit den Themen Migration und Integration beim BMZ auf wenig Resonanz stößt. Ist das so?

Dr. Günter Bonnet: Wir sehen im Gegenteil gerade die Frage der Migration, die Frage der ‚remittance‘ als ein ganz wesentliches neues Aktionsfeld an. Wir stimmen Frau Prof. Süßmuth voll zu, dass man erst jetzt zunehmend erkennt, was diese Rücküberweisungen an Entwicklungspotenzial haben, das sicherlich nicht bestraft werden soll, sondern für eine stärkere entwicklungsorientiertere Ausrichtung in Wert gesetzt werden kann. Hier sehe ich für die Kommunen ein ganz großes Potenzial.

Dr. Frank Claus: Herr Wolf, Sie arbeiten bei der Stadt Köln im Bereich Europangelegenheiten und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit außerhalb von Europa? Welche Rolle spielen die MDGs bei Ihnen?

Frieder Wolf: Die MDGs spielen implizit eine Rolle, aber sie bilden nicht die Plattformen unserer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Als Kommune müssen wir uns immer zu den sich veränderten Agenden verhalten, wobei wir als Stadt Köln immer schon innerhalb der acht Ziele unterwegs gewesen sind.

Ich möchte Ihnen an einem Beispiel verdeutlichen, wie wir agieren und was für uns Partnerschaft bedeutet. Was die Augenhöhe anbelangt, agieren wir in unterschiedlichen



Formen. Es gibt die klassische Form der Städtepartnerschaft, die ich gleich ausführlicher darstelle. Wir haben auch Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, in denen wir thematisch auf Zeit mit den Kommunen im Süden zusammenarbeiten. Interessanter, belastbarer und eher in Augenhöhe sind jedoch die Städtepartnerschaften.

Ich komme gerade von einer Delegationsreise mit Ratsmitgliedern, Bürgern und Bürgerinnen aus der Stadt Bethlehem zurück. Mit Bethlehem unterhalten wir eine Städtepartnerschaft seit zehn Jahren. Wir sind nach wie vor

die einzige deutsche Kommune, die nicht nur mit Israel, Tel Aviv, sondern auch mit Palästina eine Partnerschaft unhält. Ich muss niemandem hier erklären, in welcher schwieriger politischer Konstellation wir derzeit unsere Arbeit machen. Bethlehem ist besonders interessant, weil die Hamas im Rat der Stadt die Mehrheit innehat. Bethlehem hat große Probleme, wie alle palästinensischen Kommunen, und wendete sich mit einer dringenden Bitte um Hilfe im März 2006 an uns. Uns war klar, dass wir nicht einfach Geld transferieren können. Wir haben durch Gespräche vor Ort mit dem Bürgermeister geklärt, unter welchen Voraussetzungen wir aktiv werden können. Wir konnten das tun, weil wir auf langjährige, vielschichtige Beziehungen zurückblicken. Der Bürgermeister hat verstanden, dass er sich erklären muss, er hat sich sehr mutig herausgewagt, indem er uns sagte: Für mich ist es selbstverständlich, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Das war für uns die Voraussetzung an das Auswärtige Amt und das BMZ heranzutreten, die uns ihre volle Unterstützung gaben. Wir sind interessanterweise auch ermutigt worden, weiter voranzuschreiten als die Bundesregierung dies tut, das heißt unser Vertreter in der Bundesregierung in Ramallah trifft sich zwar inoffiziell mit dem Bürgermeister aber nicht offiziell. Er sagt, macht Ihr das, denn die kommunale Ebene ist so zu sagen die substaatliche Ebene auf der Ihr sehr viel mehr machen könnt als wir, die Bundesregierung im Rahmen des Nahost-Quartettes es tun können. Das ist Augenhöhe.



Ein zweites Beispiel. Wir sind nach Tel Aviv weiter gereist. Dort bat der Bürgermeister von Tel Aviv zu unserer Überraschung um die Organisation eines Treffens zwischen Tel Aviv und Bethlehem in Köln. Ein Treffen in Tel Aviv ist nicht möglich, weil die Bethlehemer nicht hinter die Mauer treten und die Tel Aviver aus Sicherheitsgründen nicht in die Westbank dürfen. Also war nur ein Treffen außerhalb ihrer eigenen Länder möglich. Auch das geht nur, weil über Jahre hinweg Beziehungen entwickelt worden sind.

Bei allen Unterschiedlichkeiten des wirtschaftlichen Gefalles, bei aller Unterschiedlichkeit der Finanztransfers, da ist die Augenhöhe, wenn es darum geht, gemeinsame Vorhaben zu entwickeln.

Dr. Frank Claus: Ein interessantes Beispiel, wo Sie so zu sagen auf dem diplomatischen Feld agieren. Ist das Geheimdiplomatie? Interessiert das in Köln die Öffentlichkeit?

Frieder Wolf: Das interessiert in Köln die Öffentlichkeit, wobei es nicht ganz einfach zu vermitteln ist. Eine Boulevardzeitung titelte während der Reise Ratsmitglieder verhandeln mit der Hamas. Der Supergau stand bevor. Ich habe dann interveniert und die Presse begriff ganz schnell und steuerte dagegen. Auch der Verleger der drei Zeitungen hat ein menschliches Interesse an einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes.

Dr. Frank Claus: Ich komme zu Herrn Dr. Nagel, Sie sind Bereichsleiter bei InWEnt und die einfachste Frage an Sie wäre ja gewesen: Ziehen Sie mal eine Bilanz der Partnerschaftsinitiativen, doch ich frage Sie, was haben Sie davon?

Dr. Götz Nagel: InWEnt profitiert in zwei Richtungen. Erstens ist deutlich geworden, dass, wenn Menschen in Not sind, dass es zur Nothilfe gelangen muss, aber nicht dabei bleiben darf. Der Dialogprozess mit den Interessenten, den wir moderiert und in die Partnerschaften überführt oder angeboten haben, dieser Dialogprozess hat für sich gesehen eine immense Bedeutung und einen eigenen Lerneffekt gehabt. Die Menschen haben vordergründig das angeboten, was sie immer gedacht hatten, Geld und konkrete Projekte reichen. Erst im Dialog ist deutlich geworden, dass das, was investiert wird, nachhaltig sein muss.

Eine Organisation setzte formal etwas um, was die Politik, die da glaubwürdig war, in der Silvesterzeit sagte: Wir sorgen dafür, dass von der Staatsseite 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden und wir bitten darum, dass die anderen 500 Millionen aus der Bevölkerung kommen. Dass es mehr geworden ist, zeigt, dass glaubwürdige Appelle mit einem glaubwürdigen Zusammenhang zum Erfolg führen. Das zweite in diesem Zusammenhang ist etwas, was nicht in der internationalen kommunalen Zusammenarbeit untergehen darf: Das Achten auf Qualität. Mit dem Begriff Qualität kommen wir zur Verantwortung, denn es geht um Steuergelder, um Ressourcen, auch um Zeit. Die Qualitätsanforderungen dürfen nicht reduziert sein. Sie müssen sich sogar verbessern, sie müssen ausgetauscht werden. Das gehört auch zur Partnerschaft. Etwas, das vordergründig ganz flach klingt: Es muss erlebt werden, denn sonst handelt es sich lediglich um formale Projekte, in denen man Verantwortung abgibt und der Sozialstaat kümmert sich um die Umsetzung.

Die Einwendung und die Aufhebung der Grenzen zwischen Staat, Menschen, Institutionen und Zivilgesellschaft ist ein Teil dieses Lernprozesses und ein Teil dieses Erfolges. Das andere können Sie im Bericht nachlesen. Ich rede jetzt von denen, die dazwischen sind und die hoffentlich auch weitergehen.

Dr. Frank Claus: Ich komme gleich noch mal auf Sie zu, aber als Sie Bilanz gezogen haben, wurde zwischen Frau Dr. Warning und Herrn Gebauer getuschelt. Vielleicht möchten Sie sich dazu äußern.

Dr. Claudia Warning: Ja, wir haben bei einer Aussage getuschelt: Wenn man glaubwürdige Zusagen macht, dann kann dies auch etwas loslösen. Wir stellten uns die Frage, ob es daran gelegen hat, denn die Partnerschaftsinitiative ist auch durchaus kritisch diskutiert worden. Es gibt solche und solche Beispiele. Ich habe den Eindruck, dass wir noch keine endgültige Bilanz für diese Partnerschaftsinitiative ziehen können. Aus eigener Erfahrung als Vorstand eines Deutschen Hilfswerkes haben auch wir Anfragen von Kommunen bekommen, die über uns Gelder vermittelt haben. Das war am Anfang sehr beeindruckend, wie sich Bürgermeister und andere kommunale Vertreter gefunden

haben, um etwas zu tun. Zunächst handelte es sich um eine enorme menschliche Berührtheit breiter Schichten der Bevölkerung, die nachher politisch ausgeschlachtet worden ist. Was heute nach anderthalb Jahren dahinter steht und ob etwas Langfristiges und nicht Karitatives entstanden ist, das sei dahingestellt. Der entscheidende Auslöser aber war das Karitative, das menschlich Berührende. Wie langfristig das ist? Ich glaube eher an die Kernerarbeit, die es auch in schwierigen Situationen über Jahre durchzuhalten gilt. Dort müssen wir hin. Wir müssen sehr stark unterscheiden, ob wir kurzfristig schnell helfen oder ob wir bereit sind auch langfristig auf Augenhöhe zu agieren.

Thomas Gebauer: Das war auch der Punkt, wo unsere Kritik eingesetzt hat. Ich höre sehr gerne, dass hier weiterentwickelt wird. Auch hier im Saal wird sehr politisch diskutiert und nicht auf der Ebene von Hilfe, von Caritas.



Natürlich ist unmittelbare Hilfe dies notwendig, wenn Menschen notleiden. Aber was wir uns gewünscht haben, und was auch in Teilen eingetreten ist, dass dieser Impuls zu helfen eine gewisse Politisierung erhält, so dass das Verhältnis zwischen Politik und Moral an dieser Stelle andersrum stattfindet, dass es nicht bei dem moralischen Impuls bleibt, etwas zu tun, sondern tatsächlich nach den Ursachen schaut. An dieser Stelle haben wir unsere Kritik festgemacht und wir appellieren an genau diese Form der Zusammenarbeit von Kommunen: Dass sie nicht in die Falle

laufen, nur auf der Hilfsebene zu bleiben. Das wäre fatal, weil es sie letztlich auch sich Selbst gegenüber immunisieren würde.

Man tut etwas und hat das Gefühl, dass damit die Sache erledigt ist – das ist falsch. Die Welt leidet eben nicht nur an dem Verhältnis von Helfern und Hilfsbedürftigen, sondern dass es unterschiedliche Privilegien, dass es Machtlose gibt. Dominanzstrukturen und Herrschaftsverhältnisse gilt es politisch zu bearbeiten, um den Ausgleich herzustellen. Ich sage immer, die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen. Das ist vielleicht eine paradoxe Formulierung aber sie macht deutlich, dass man in Verhältnissen arbeiten muss. So ein Projekt wie das Kölner sind sehr gut geeignet, denn man hilft vor Ort und erfährt etwas. Statt Hilfe zu leisten finden Begegnungen statt, aus denen man Wesentliches lernen kann.

Dr. Frank Claus: Ich komme zu Herrn Dr. Bonnet. Es wurde von politisch ausgeschlachtet gesprochen, Sie haben es politisiert genannt, vielleicht könnte man auch sagen politisch entwickelt. Wie haben Sie das gesehen, Herr Dr. Bonnet?

Dr. Günter Bonnet: Ich erinnere mich ganz gut an die ersten Januartage nach dem Tsunami. Ich glaube, diese Betroffenheit, die bei der Bevölkerung herrschte und diese riesige Hilfswelle ausgelöst hat, herrschte genauso bei den Politikern. Ich glaube nicht, dass das ein politisches Ausschlachten war, sondern es Ausdruck der eigenen Betroffenheit war. Der Aufruf der Bundesregierung und die Aktivitäten des BMZ zusammen mit der SKEW und dem Auswärtigen Amt waren der Versuch durch die Partnerschaftsinitiative der Bundesregierung auf der deutschen Seite eine Durchführungsstruktur zu schaffen, um diese Welle an Hilfsbereitschaft zu kanalisieren. Das Ziel war und ist es, dauerhafte, nachhaltige Strukturen aufzubauen, die entweder auf bestehenden kommunalen oder durch Hilfswerke bestehenden Partnerschaften beruhen. Die Aufmerksamkeit, die das Ereignis weckte, galt es auf die internationalen Strukturen und die Verwundbarkeit hinzulenken und in Politik umzuwandeln.

Dr. Frank Claus: Sind Sie mit dem Grad des Erfolges zufrieden?

Dr. Günter Bonnet: Wir sind mit dem Ergebnis angesichts der Herausforderung, vor der wir damals standen, sehr zufrieden.

Dr. Frank Claus: Herr Wolf, Sie haben sich dazu noch einmal zu Wort gemeldet. Dann komme ich wieder zu Herrn Nagel.

Frieder Wolf: Auf kommunalen Ebene muss man sich sehr bewusst sein, was machbar ist und was nicht. Wir haben uns als Stadt Köln engagiert, ohne dass wir entwickelte Partnerstrukturen in der Region hatten. Dabei stellten wir fest, dass es in Köln eine ganze Reihe von NROen gibt, die im Bereich der Nothilfe und des Wiederaufbaus tätig sind. Also haben wir deren Instrumente und Kontakte genutzt. Wenn Sie, Herr Gebauer, die Politisierung ansprechen, dann ist es nach meinem Empfinden im Wesentlichen auch die Aufgabe der Spenden entgegennehmenden und Projekte durchführenden Organisationen, die oft weder Kommunen noch Länder oder der Bund sind, sondern NROen, das in die Öffentlichkeit zu tragen. Mein Eindruck ist, das dies partiell defizitär ist und ich gehe mit Ihnen vollkommen d'accord. Wir müssen uns bewusst werden, in welchen Kontext wir agieren und was die Hilfe bezweckt. Nur ist das nicht ohne weiteres auf die Kommunen zu spiegeln, diese Aufgabe haben die Durchführungsorganisationen zu leisten.

Dr. Frank Claus: Herr Nagel, ich komme auf Sie zurück und möchte jetzt weg von der Fluthilfe hin zu anderen Partnerschaften. Was glauben Sie, wie wird sich das Thema Partnerschaften entwickeln?

Dr. Götz Nagel: Das Thema Partnerschaft wird sich so entwickeln, wie sich Beziehungen immer entwickeln: Es wird Krisen geben, denn Partnerschaft ist ein nie endender Prozess und positiv betrachtet, keine Einbahnstraße. Das Lernen und Weiterentwicklung ist beidseitig.

Ich möchte an das Podium von vorgestern anknüpfen, da ich mit der Aussage, dass Semantik keine Rolle spiele nicht einverstanden bin. Begriffe tragen Botschaften in sich, des-

halb müssen wir konkret an Begriffen arbeiten. Wir sagen deshalb nicht mehr Dritte Welt und auch nicht Entwicklungshilfe, obwohl das Thema darum geht. Begriffe als Botschaften hineinzutragen heißt, diesen Prozess nicht im dienstlichen Gebrauch enden zu lassen. In Behörden sitzen auch zivil engagierte Menschen. Da der Staat sich nachvollziehbar zurückzieht, müssen die Aufgaben von Zivilen, von Gruppen und Einzelnen wahrgenommen werden. Der Platz dafür ist die Kommune.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kommune nicht den Gegensatz zwischen Bürger einerseits und Politik und Verwaltung andererseits fördert, sondern das Miteinander im Innenverhältnis pflegt. Die Kommune ist der zentrale Begegnungsort, der auch ein Harmonie- und ein Auseinandersetzungsort ist.

Dr. Frank Claus: Wunderbare Überleitung, Herr Dr. Nagel, denn ich möchte eine Schlussrunde einleiten, bevor ich an Herrn Nitschke übergebe. Ich habe gesagt, ich würde den Fokus gerne wieder auf die lokalen Partnerschaften in Deutschland lenken. Es ist deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft in Deutschland wichtig ist, wenn man in Entwicklungszusammenarbeit etwas bewegen will. Sie haben jetzt die Möglichkeit zu sagen, was Ihre Strategie ist? Wie sollte der jetzige Zustand der Zusammenarbeit in den deutschen Kommunen verändert werden?

Dr. Götz Nagel: Meinen Wunsch kann ich ganz knapp und kurz formulieren. Ich knüpfe an das an, was die Ministerin im Eingangsstatement sagte. Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt noch lange bestehen wird. Die Aufgaben werden vielgestaltiger sein, als dass wir schon jetzt Ergebnisse eins nach dem anderen abliefern können. Wir werden viel zu tun haben und deswegen ist diese Funktion für mich, für das Team und auch für InWEnt ein hervorragender Brückenkopf. Diese Vermittlungsfunktion zwischen Staat, Gesellschaft und Begegnung und Bildung ist eine reizvolle Aufgabe.

Dr. Frank Claus: Herr Wolf, was wünschen Sie sich für die lokale Partnerschaft?

Frieder Wolf: Kommunale Selbstverwaltung ist für mich immer schon Netzwerk gestützt. In den Kommunen gehört das zum Tagesgeschäft und wir sind erfolgreich, wenn wir – wie wir in Köln sagen – gut klüngeln. Mein Ziel ist es, diese Idee der Partnerschaften und den Akteurskreis zu erweitern. Es gibt ein vielschichtiges Netz von Menschen, von Vereinen, von Institutionen die in Städtepartnerschaftliche Aktivitäten eingebunden sind. Ebenso gilt es eine deutliche Erweiterung auf privaten Sektor, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Hochschulen zu erreichen. Als Metropole stehen wir vor der Aufgabe, Globalisierung aktiv zu gestalten, denn wir sind keine Opfer, sondern wir sind mitten drin und gestalten positiv.

Dr. Frank Claus: Herr Dr. Bonnet, es ist keine Überraschung, dass Sie die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ausweiten oder verstärken wollen, aber können Sie das auf lokaler Ebene überhaupt bewirken? Was ist Ihr Wunsch, Ihre Strategie?

Dr. Günter Bonnet: Wir können nur Anreize geben, wie dies schon die Ministerin sagte, dazu gehört auch die Finanzierung der SKEW, um ihre Aufgabe zu unterstützen. Wir können die Kommunen nur ermutigen, die Arbeit der Kommunen muss in den Kommunen geleistet werden, hier kann man Anreizsysteme schaffen. Wir haben die verschiedensten Förderinstrumente, dazu gehört insbesondere unsere Arbeit mit den Nichtregierungsorganisationen. Wir hoffen, dass das ein zunehmendes Milieu wird, in dem der Gedanke der Partnerschaft und der der weltweiten Verantwortung wächst.

Dr. Frank Claus: Herr Gebauer, es geht auch um lokale Partnerschaften in Deutschland, welche Rolle spielt das für Ihre Arbeit?

Thomas Gebauer: Wir beschäftigen uns mit globaler Gesundheit, dabei haben wir unmittelbar mit lokalen Situationen zu tun. Es gibt eine Initiative von Ärzten, die von NROen getragen wird und mit der WHO abgestimmt ist. Sie operiert auf der Grundlage der Ottawa-Konvention zur Verstärkung eines öffentlichen Gesundheitsbewusstseins, die Bewegung heißt ‚healthy cities‘. Es geht darum, gesunde Städte zu definieren. Es werden weltweit Be-

standsaufnahmen auf kommunaler Ebene unternommen, um herauszufinden, was der Status Quo ist, worunter unsere Städte im Gesundheitsbereich leiden. Der Austausch erfolgt untereinander, darüber werden Formen von Partizipationen hergestellt, die in der Kommune angesiedelt sind.

So kommt man vom Gedanken des autoritären Sozialstaates, der alles von oben organisiert, weg und hin zu einer von unten entwickelten und umgesetzten Aktivität. Dies geschieht durchaus auch in den Ländern des Südens. Es geht darum, etwas lokal zu definieren und eine gemeinsame Strategie für gemeinsames Handeln auf einer bestimmten globalen Ebene zu entwickeln.

Dr. Frank Claus: Frau Dr. Warning, wohin entwickelt sich die lokale Partnerschaftsarbeit in Deutschland?

Dr. Claudia Warning: Beim Ziel sind wir uns alle einig. Da ich zum Berufsoptimismus verpflichtet bin, sage ich, dass es eine Chance dafür gibt, dass wir daran arbeiten müssen. Zwar gibt es auch pessimistische Stimmen, die durch Zahlen belegt werden, die da besagen, dass das Interesse nachlasse, dass die innerdeutschen Probleme zu groß seien, um sich mit globalen Fragen zu beschäftigen. Meine Erfahrung ist – Gott sei Dank – eine andere, denn die Partnerschaftsarbeit funktioniert immer dann, wenn Menschen bewegt werden. Das bedeutet für die Städte und NROen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Das bedeutet auch eine ganze Menge an Kernerarbeit, um die Bezüge herzustellen, die ich vorhin nannte und über das eigene Tun hinaus zum globalen Kontext zu gelangen.

Noch ein Beispiel: Im letzten Jahr war ich noch in Benzheim bei der Karl-Kübel-Stiftung tätig, dort beschlossen wir zusammen mit der Stadt eine internationale Woche zu veranstalten. In der 42.000 Einwohner zählenden Stadt sind wir auf über 50 Organisationen gekommen, die Partnerschaftsarbeit betreiben. Wir haben diese Woche organisiert, in der insgesamt über 5000 Menschen mit verschiedenen Veranstaltungen mobilisiert werden konnten. Wir haben diese 5000 Menschen dazu motiviert, sich in die Unterschriftenliste des VENRO Deine Stimme gegen Armut einzutragen, um die MDGs zu unterstützen. Hier haben wir einen Link

zur großen Politik, denn wir sind mit diesen Unterschriften ins Kanzleramt marschiert und haben sie dem damaligen Kanzler überreicht. Sie sehen, es war möglich in einer Kleinstadt 5000 Leute auf die Straße zu bringen und in 20 Schulen, Kindergärten usw. etwas auf die Beine zu stellen. Daher nehme ich mein Mut zu sagen, dass das Thema eine Zukunft hat.

Dr. Frank Claus: Vielen Dank für das optimistisch stimmende Beispiel. Meine Damen und Herren, ich bedanke ich mich bei Ihnen Frau Dr. Warning, und bei Ihnen meine Herren für die Teilnahme an der Podiumsdiskussion. Ich bedanke mich auch schon mal bei allen Konferenzteilnehmern dafür, dass Sie sich hier drei Tage sehr aktiv beteiligt haben. Ich verabschiede mich und übergebe an Herrn Nitschke für das Schlusswort.

V. Entwicklung und Diskussion der Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz hatten die Möglichkeit, sich für die Teilnahme an einem von insgesamt vier Foren zu entscheiden. Die folgend aufgeführten Foren wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern realisiert:

Forum 1

Integration, Interkulturalität und Entwicklungszusammenarbeit verbinden

Moderation: Hans-Christoph Boppel, Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)

Inhaltliche Beiträge von:

Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister der Stadt Stuttgart: Verbindung von Integration und KEZ in Stuttgart, Kurzbericht zum Bundesfachkongress Interkultur

Ana Jurisch: Ansatz des Arbeitskreises Frauen verbinden Welten - Aachen: Führt der Weg zu einer besseren Integration in die deutsche Gesellschaft besonders über die Migrantinnen?

Hans-Christoph Boppel, Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)

Forum 2

Zusammenarbeit Kommune – Zivilgesellschaft, Kommune – Kommune

Moderation: Michael Marwede, SKEW

Manfred Fuhrich: Aus Bundessicht: Bedingungen nachhaltiger Stadtentwicklung im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune - auch im Bereich KEZ

Dr. Eberhard Neugebohrn: Aus Sicht des Bundeslandes: Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft - Erfahrungen der Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Heinz Schulze: Lokaler Blickwinkel: Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune (im Bereich Agenda 21), sowie Kommune und Kommune in der lokalen Praxis am Beispiel München

Forum 3

Kommunale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit: Wie finanzieren?

Moderation: Ramin Soufiani, SKEW

Thomas Fettback: Bericht von Partnerschaftsaktivitäten (Kaukasus) und ihrer Finanzierung aus der Gemeinde Biberach

Wolfgang Grätz: Kurze Vorstellung der Restcentaktion Hamburg/Nicaragua, Thesen zu einer guten Finanzierung der KEZ

Stefan Wagner: Kurze Vorstellung von UN- und EZ-Standort Bonn (insb. Aktivitäten der KEZ), Vernetzung als Faktor der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Forum 4

Umsetzung MDGs und Agenda 21 in Kommunen

Moderation: Dr. Elke Kerker, Regionales InWEnt Zentrum Hamburg (040/3571-1746)

Renée Ernst: Info zur Millenniumskampagne in deutschen Kommunen, Erfolge, Schwierigkeiten, Perspektive bis 2015

Gunther Hilliges: MDGs mit KEZ und Agendaprozessen verbinden, Berührungspunkte, Probleme und die Realität in den Kommunen

Monika Dülge: Rolle von Eine-Welt-Netzwerken in Bezug auf MDG-Erreichung (Schwerpunkt) und Agenda 21

Die Impulsreferenten jedes Forums wurden gebeten, ihre Inputs thesenartig zusammenzufassen und alle Referentinnen und Referenten kamen dieser Bitte nach.

Eine Dokumentation der jeweiligen Forumdiskussion oder der gemeinsam erarbeiteten Flipcharts der Arbeitsforen würde für diejenigen, die nicht an den Foren teilgenommen haben, nur einen sehr begrenzten Verständniszugang ermöglichen. Deshalb hielten die Teilnehmenden jedes Forums ihre Arbeitsergebnisse schriftlich fest, die von der Mehrheit der Forumsteilnehmerinnen und Teilnehmer mitgetragen wurden.

Forum 1

Integration, Interkulturalität und Entwicklungszusammenarbeit verbinden

Ana Jurisch,

Arbeitskreis Frauen verbinden Welten – Aachen

1. Migrantinnen sind als Frauen und Migrantinnen doppelt betroffen von einer zögerlichen Integrationspolitik, von der Nichtanerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüssen, von keinen oder schlechten Bildungs- und Arbeitschancen, von Diskriminierung und Ausgrenzung. Oftmals führt diese Situation, gepaart mit einer traditionellen Frauenrolle in der Familie, zur gesellschaftlichen Isolation und nicht selten gesundheitlichen Schäden. Gleichzeitig sind sie es, die trotz schweren Bedingungen die Familien versorgen, die Anforderungen der Kinder versuchen zu meistern und ihre Lebenssituation versuchen zu verbessern. Sie müssen deshalb besonders gefördert und ihre politische, soziale, kulturelle und ökonomische Partizipation und Integration erhöht werden.
2. Migrantinnen sind es, die wie es der Weltbevölkerungsbericht 2006 der Vereinten Nationen berichtet, trotz geringer Einkommen, ein großen Teil derselben zur Unterstützung der Familien in die Heimatländer transferieren. Damit leisten sie einen hohen Beitrag zur Bekämpfung der Armut, zur Verbesserung der Gesundheit ihrer Familien, zur Bildung ihrer Kinder und zur ökonomischen Entwicklung und sind somit die Ameisen in der Umsetzung der MDG's. Damit jedoch diese Transferleistungen im materiellen und ideellen Sinne die nachhaltige Entwicklung in den Heimatländern befördert, müssen Migrantinnen in Deutschland besser qualifiziert, an ihre vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen angeknüpft und ihre Entwicklungsleistung anerkannt werden.

Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister der Stadt Stuttgart

Stuttgart hat die Verbindung von Migration/Integration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit erkannt und baut mit Integrationsarbeit, seinen Außenbeziehungen sowie deren Vernetzung in der Praxis darauf auf.



1. Migration: 2001 Bündnis für Integration: 2001 erklärt Oberbürgermeister Wolfgang Schuster die Integrationspolitik zur Chefsache und initiiert mit dem Stuttgarter Bündnis für Integration ein gesamtstädtisches Konzept. Integration und Internationalität werden als Stuttgarts Markenzeichen nach innen und außen vertreten. Die Elemente des pragmatischen Ansatzes sind: Netzwerke, Runde Tische, ein Gemeinderatsgremium mit sachkundigen Einwohnern, aktive Partizipation und die interkulturelle Öffnung der städtischen Institutionen für Migrantinnen und Migranten.

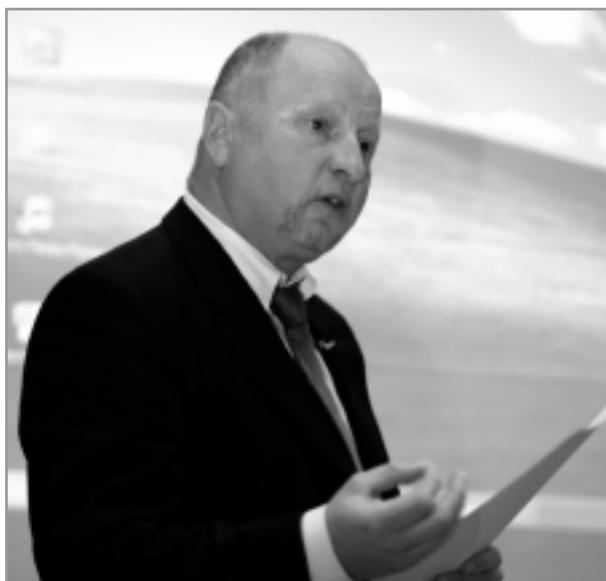


2. Entwicklungszusammenarbeit der Landeshauptstadt: 2005 ruft OB Dr. Schuster in Anlehnung an die acht MDGs der UN die Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ ins Leben. Ziel ist es, die entwicklungspolitischen Akteure und Institutionen und deren Projekte zu identifizieren und sowohl innerhalb als auch außerhalb der Stadtverwaltung gezielt zu vernetzen.
3. Migration, Interkulturalität und Entwicklungszusammenarbeit: Eine stärkere entwicklungspolitische und migrationspolitische Vernetzung des integrationspolitischen Diskurses mit der Entwicklungspolitik erfolgte 2006 auf dem 1. Bundesfachkongress Interkultur. Zentrales Thema war der Blickwechsel von der Migration zur Diaspora, statt das Bedrohungspotenzial zu fixieren, sollte die Nutzung des Potenzials als Chance begriffen werden.
4. Praktische Konsequenz: Die Begegnungen werden fortgesetzt und die Landeshauptstadt Stuttgart will den Aufbau eines funktionierenden Netzwerks in Zusammenarbeit mit dem Forum der Kulturen Stuttgart e. V. vorantreiben.

Hans-Christoph Boppel,

Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)

1. Durch den Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen und die Schaffung eines neuen Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration unter Minister



Armin Laschet sind zum ersten Mal in Deutschland die Themen Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit in einem Ressort zusammengeführt. Daraus ergibt sich die Chance, die Rolle der Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern in der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

2. In Nordrhein-Westfalen hat rund ein Viertel aller Menschen eine Zuwanderungsgeschichte. Bei den jüngeren Altersgruppen liegt dieser Anteil noch weitaus höher. Wir müssen uns deshalb auf eine Gesellschaft der kulturellen Vielfalt einstellen und diese Vielfalt als Gewinn und Chance betrachten. Es gilt, auf dem Hintergrund der Globalisierung daraus den größtmöglichen Nutzen für alle zu ziehen.
3. Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern werden in ihren Kompetenzen oft unterschätzt und viel zu wenig gefördert und gefordert. Sie bringen im Regelfall Mehrsprachigkeit mit, verfügen über kulturelle Kompetenz in mehreren Kulturkreisen und haben oft gute Beziehungen zu Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder NROs in ihren Heimatländern. Die Bedeutung privater Remittances als Entwicklungsfaktor ist bekannt, wichtig ist, dabei nicht nur die monetären Transfers im Auge zu haben.
4. Nordrhein-Westfalen konzentriert seine entwicklungspolitischen Anstrengungen auf Subsahara-Afrika. Deshalb steht die Diaspora aus diesen Ländern – das sind rund 100.000 Menschen, die in NRW leben – derzeit im Focus des Arbeitsfeldes Migration und Entwicklung. Durch gezielte Maßnahmen werden die Kompetenzen und Ressourcen dieser Zielgruppe gestärkt, u.a. durch die Einrichtung einer Fachstelle Migration und Entwicklung mit der Datenbank www.afrika-nrw.net die Durchführung von landesweiten und regionalen Vernetzungstreffen der afrikanischen Diaspora und durch Qualifizierungsangebote für Vereinsführung, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Akquisition von Fördermitteln.
5. Ziel ist es, die Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Afrika als Brückenbauer für die Kooperation mit ihren Heimatländern zu gewinnen und sie auch in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW einzubeziehen.

Nachstehende Thesen wurden dem Redaktionsteam zur Diskussion der Abschlusserklärung vorgelegt:

1. Grundthese: Gute Integration ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und verändert diese im qualitativ positiven Sinn. Wechselwirkung: Migrantinnen und Migranten, die in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden sind, verbessern ihre eigene Situation.
2. Die internationale Stadt als Leitbild; Die Stadt als Milieu eines internationalen Dialoges; (Kampf gegen Rechts-extremismus); (Interkulturelle Gärten).
3. Gute Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine Voraussetzung für Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.
4. Aktive Integrationsarbeit ist eine gute Investition der Kommunen für ihre Zukunft.
5. Rolle der Migrantinnen und Migranten als „Brückenbauer“; Paradigmenwechsel (weg vom defizitären): Potenziale für Capacity Building nutzen; Potenziale sind ebenfalls gut für die Entwicklung der Kommune.
6. Die Leistung von Migrantinnen und Migranten für ihre Heimat und ihr Heimatland muss verstärkt anerkannt werden.
7. Bereits bei Neuankömmlingen muss mit den Bemühungen begonnen werden.
8. Kommunen sind der zentrale Ort der Integration (nicht Landesebene oder Bund).
9. Stärkere Kooperation mit der Wirtschaft (Zweisprachigkeit, Expertentum, Vertrautheit mit kulturellen Bedingungen der eigenen Heimat, Kontakte) anstreben.
10. Die Rolle der ausländischen Studierenden soll stärker betont werden.

Forum 2

Zusammenarbeit Kommune-Zivilgesellschaft und Kommune-Kommune

Dr. Manfred Fuhrich,

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

1. Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und



Lebensformen erfordert Rückbesinnung auf lokale Fähigkeiten und Potenziale der Zivilgesellschaft.

2. Bürgerschaftliches Engagement und Phantasie als Resource ist zu stärken.
3. Stadtentwicklung ohne Wachstum ist eine Chance für neue Qualitäten: Neue Freiräume sind ein Gewinn für urbane Lebensformen.
4. Die Erweiterung von lokal -> zu regional muss inklusive Verantwortung und Partnerschaften erfolgen. Stadtentwicklung muss regional gedacht werden und kann nur durch partnerschaftliche interkommunale Kooperation dauerhaft erfolgreich sein.
5. Globales Denken, Verantwortung und Partnerschaften.

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung

1. Wer sind die lokalen/kommunalen Akteure?
2. Diese Akteure müssen auf ihre jeweilige Handlungsebene analysieren und die Potenziale für Nord-Süd-Arbeit systematisieren.
3. Welche Aktivitäten sind vorhanden?
4. Welche weiteren Aktivitäten könnten unternommen werden?
5. Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um weitere Akteure und Aktivitäten zu mobilisieren?

Heinz Schulze, Agenda 21 – Eine Welt München

1. Eine Kommune kann fördern, kann motivieren, moderieren, kooperieren und fordern. Oder Kombinationen von allen – Fördern und fordern, etc. Wichtig ist: Politische



Unterstützung, Unterstützung von Verwaltung.

2. Wissen und Tun sollen Freunde werden, keine Feinde!
3. Zusammenarbeit Kommune und Zivilgesellschaft benötigt Zielvorstellungen wie: Global denken – lokal handeln
Von München soll kein Schaden ausgehen.
4. Auch hier ist das Subsidiaritätsprinzip wichtig – Und: Empowerment für eine aktive Staatsbürgerschaft.
5. Die Stadt hat Vorbildfunktion: Selbst handeln, bevor es von der Bürgerschaft gefordert wird.

Das zweite Arbeitsforum legte dem Redaktionsteam folgende Thesen vor:

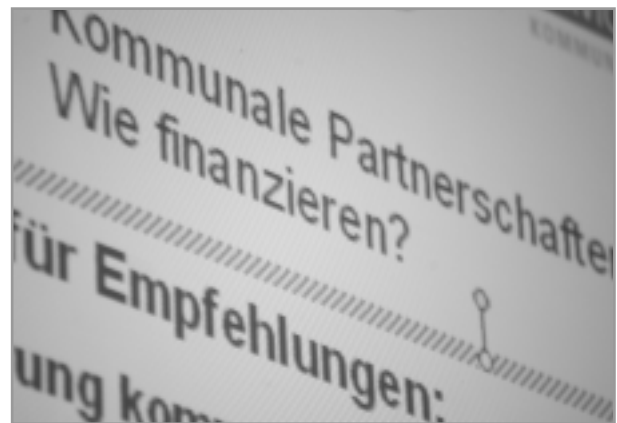
- Analyse: Was ist vor Ort vorhanden? Was gibt es an Zusammenarbeit?
- Aufhebung der Rechtsunsicherheit: Darf eine Kommune Entwicklungszusammenarbeit praktizieren? Unsicherheit nehmen.
- Finanzielle Unterstützung auf kommunaler Seite.
- Kommunen sollten sich mehr zutrauen!
 1. Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und Lebensformen erfordert eine Rückbesinnung auf lokale Fähigkeiten und Potenziale der Zivilgesellschaft.
 2. Bürgerschaftliches Engagement und Phantasie als Ressource ist zu stärken.
 3. Eine Stadtentwicklung ohne Wachstum ist Chance für neue Qualitäten: Neue Freiräume sind ein Gewinn für urbane Lebensformen.

4. Die Erweiterung von lokal hin zu -> regional inklusive der Verantwortung und Partnerschaften Stadtentwicklung muss regional gedacht werden und kann nur durch partnerschaftliche interkommunale Kooperation dauerhaft erfolgreich sein.

5. Globales Denken, Verantwortung und Partnerschaften
 - Stärkung und Sicherung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft – Kommune – Kommune.
 - Die Umsetzung braucht Struktur und Geld.

Forum 3

Kommunale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit: Wie finanzieren?



Thesen von Thomas Fetzback,

Oberbürgermeister der Stadt Biberach

1. Für das Thema Lokale Partnerschaften ist es immer wichtig, auch lokale Bezüge herzustellen. Wenn diese aber bestehen, können im Rahmen der Haushaltskonsolidierung noch viel mehr kommunale Mittel begründet und eingestellt werden.
2. Städtepartnerschaften und lokale Entwicklungszusammenarbeit refinanzieren sich in Blick auf das bürgerschaftliche Engagement und das notwendige Sozialkapital um das X-fache. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnt das Thema zusätzlich an Bedeutung: Wir, die Städte und Gemeinden, werden um Einwohner (= Vereinsmitglieder, Mitarbeiter für Betriebe,...) kämpfen. Die Menschen, um die wir werben, werden sich aussuchen können, in welches Gemein-



wesen sie gehen. Dabei wird das Profil Weltoffenheit einen ganz entscheidenden Faktor darstellen.

3. Eine weitere Förderung durch Bundes- und/oder Landesmittel würde auf lokaler Ebene weitere öffentliche wie private Mittel in einem erheblichen Umfang zusätzlich freisetzen. Beispiel: Das Kaukasus-Projekt der Bundesregierung mit einem Etat von rund 60.000 ? in 6 Jahren für Klein- und Beratungsprojekte in der Stadt Telawi hat für die Stadt Biberach selbst bewirkt, dass erhebliche zusätzliche direkte wie auch indirekte Mittel vor Ort freigegeben werden konnten

Thesen von Wolfgang Grätz,

Referat für Entwicklungspolitik, Senatskanzlei Hamburg

1. Je mehr sich eine ganze Stadt (Politik, Bürgerschaft, Wirtschaft) mit einer internationalen Partnerschaft identifiziert, desto breiter und ergiebiger wird die Finanzierungsgrundlage.
2. Wichtig ist der ständige Rückfluss an Informationen und Begegnungen der Partner für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der eigenen Kommune.



Thesen von Stefan Wagner,

Referat für internationale Angelegenheiten, Stadt Bonn

1. Kommunen leisten wichtige Beiträge im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.
2. Globale Probleme und Herausforderungen (z.B. Millenniums-Entwicklungsziele) können nur durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bewältigt werden.
3. Kommunales entwicklungspolitisches Engagement findet zunehmend öffentliche Anerkennung.
4. Der Zugang zu Fördermitteln muss verbessert werden.

Zur Diskussion der Abschlusserklärung wurden folgende Ergebnisse dem Redaktionsteam präsentiert:

1. Finanzierung kommunaler Partnerschaften ist eine Investition in die eigene Kommune denn die Stärkung sozialen Kapitals rechnet sich!
-> Weltoffene Gesellschaft durch kommunale Partnerschaften.
2. Zur Stärkung der EZ ist eine Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen mit NROen und ROen, der Wirtschaft (PPP) und Stiftungen notwendig – Qualifizierungs- und Finanzierungsinstrumente vergleichbar zu den Niederlanden (aus Bundes- und Landesmitteln) sollten etabliert bzw. gestärkt werden.
3. Anliegen: Juristische Legitimation kommunaler Entwicklungszusammenarbeit.

Forum 4

Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und Agenda 21 in Kommunen

Thesen von Dr. Renée Ernst,

Beauftragte für die UN-Millenniumskampagne in Deutschland

1. Agenda 21 Akteure sollten Millenniums-Entwicklungsziele zur Fortführung ihrer Arbeit aufnehmen und nutzen.
2. Kommunen sollten ihre Stellung (Macht/politische Ebene) nutzen, um die Millenniums-Entwicklungsziele umzusetzen und Druck nach oben auszuüben.

Thesen von Gunther Hilliges,

Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit der freien Hansestadt Bremen, a.D.

1. Nach dem Erdgipfel in Rio 1992, bei dem erstmals die wichtige Rolle der Kommunen im Nachhaltigkeitsprozess durch die Vereinten Nationen anerkannt wurde, begannen lokale Agenda-Prozesse in allen Kontinenten, nach Schätzungen der Vereinten Nationen in etwa 15.000 Kommunen. Dies ist ein wichtiger Anfangerfolg in den rund 480.000 Kommunen weltweit. In den neuen Allianzen an runden Tischen sind die Nichtregierungsorganisationen die wichtigsten Akteure.



Deutliche Ermüdungserscheinungen sind auf die lange Zeitdauer, auf oft fehlende Unterstützung der Landes- und Bundesebene, aber auch auf die wenig konkreten Nachhaltigkeitsziele im lokalen Agenda-Prozess zurückzuführen.

2. Erste Erfahrungen in Kommunen mit der lokalen VN-Kampagne zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zeigen überraschende und vielschichtige Möglichkeiten zur Konkretisierung und für neue Bündnisse. Dies stimuliert auch das Medieninteresse. Das lokale Interesse an den Millenniums-Entwicklungszielen müsste viel besser als bisher mit der VN-Dekade der UNESCO zur Bildung für nachhaltige Entwicklung verknüpft werden.

Thesen von Monika Dülge, Eine Welt Netz NRW

1. Die Zivilgesellschaft steuert sehr engagiert ihren Teil zur Umsetzung der MDGs bei. Die Politik ist am Zug, bessere und gerechtere Rahmenbedingungen für die Armutsbekämpfung zu schaffen, und das auf allen Ebenen, international, national auf Landes- und auf kommunaler Ebene.
2. Die Kommunen haben durch die Agenda 21-Prozesse und -Strukturen gute Voraussetzungen zur Umsetzung von MDG-Aktivitäten, die mit ihrem Fokus auf die Länder des Südens und globale Partnerschaft hier einen wichtigen neuen Impuls geben können. Kommunen bilden eine Schnittstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, ehrenamtliches Engagement gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu stärken. Durch die Agenda



21-Prozesse sind sie geübt in der Partizipation ihrer Bürgerschaft. Diese Strukturen dürfen nicht abgebaut, sondern müssen politisch (und finanziell) gestärkt werden!

3. Eine neue Qualität in der Umsetzung von MDG-Aktivitäten in Kommunen bzw. auf kommunaler und regionaler Ebene kann nur erreicht werden, wenn es Ressourcen dafür gibt – mit Sparprogrammen bei entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und fehlenden Mitteln bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements funktioniert das nicht!

Ergebnisse, die im Redaktionsteam der Abschlusserklärung präsentiert wurden:

Wie führt man intelligente Kampagnen? Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Empfehlungen auf drei Ebenen:

- a. Appell an die Bundeskanzlerin:
MDGs und Ziele der Armutsbekämpfung sollen thematisiert werden und die Potentiale der Kommunen Europas
- b. Appell an die Ministerpräsidenten:
Länder sollen Abwärtstrend der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit stoppen und durch Aufwertung beantworten.
- c. Appell an kommunale Spitzenverbände:
Kommunikation ist gefordert: Beschlüsse zur Rolle der Kommunen sollen in Deutschland implementiert werden und den gewählten Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene bekannt gemacht werden.



Dr. Rolf Derenbach, Deutscher Landkreistag und Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH: Die Abstimmung der Erklärung

Die Empfehlungen der einzelnen Arbeitsforen wurden am selben Abend einem kleinen Redaktionsteam überreicht, das sich aus den Moderatorinnen und Moderatoren der Foren, InWEnt-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Dr. Rolf Derenbach zusammensetzte. Das Redaktionsteam bereitete die Ergebnisse der Foren unter Berücksichtigung der Hauptfragen der Bundeskonferenz für die Präsentation und Diskussion im Plenum am darauf folgenden Tag auf. So konnten die Empfehlungen - sofern ihnen nicht im Plenum von einer Mehrheit widersprochen wurde - in die Schlussempfehlungen der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen einfließen.

Am darauf folgenden Tag wurde diese vorläufige Empfehlung von Dr. Rolf Derenbach und Ulrich Nitschke dem Plenum zur Endabstimmung vorgelegt.

1. Die Vertreterinnen und Vertreter aus kommunaler Verwaltung und Politik, Spitzenverbänden und Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft stellen fest: Globalisierung erfordert die Rückbesinnung auf lokale Fähigkeiten und Potenziale der Zivilgesellschaft. Kommunen gewinnen an Bedeutung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Sie sind der Ort für Begegnungen und Umsetzung nachhaltiger Entwicklung.



2. Das Leitbild einer weltoffenen international vernetzten Kommune ist eine gute Investition in die eigene Zukunft. Erfolgreiche Integration ist gute kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Menschen mit Integrationshintergrund kommt eine zentrale Rolle in der Vermittlung der Globalisierung zu. Daher ist es vordringlich, die Politikfelder Integration, Emigration und Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden.
3. Erfolgreiche internationale Entwicklungsarbeit gründet auf der Kooperation zwischen Kommunalverwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Entwicklung leitet kommunale Akteure zur strategischen Partnerschaften. Hierzu sind Potenziale zu analysieren, die Interessen zu klären und eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Dies bildet das Fundament für die europäische und internationale Partnerschaftsarbeit.
4. Die 8 Weltentwicklungsziele sind eine gemeinsame Aufgabenstellung für alle zivilgesellschaftlichen Akteure und alle politischen Ebenen, von Kommunen bis zur europäischen Union. Sie dienen als Motor und Initiator um vor Ort die Zusammenarbeit in Bewegung zu setzen. Die weltweite Verwirklichung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung ist Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Weltentwicklungsziele.
5. Kommunen sind wichtige Partner der Entwicklungszusammenarbeit. Partnerschaften sind eine Investition in die eigene kommunale Entwicklung. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit braucht daher Ressourcen und Förderung.

Dr. Rolf Derenbach und Ulrich Nitschke leiteten die lebhafteste Diskussion um Ergänzungen und Korrekturen inhaltlicher und formeller Art. Durch den Einsatz des MobiTEDs konnten eingangs Prioritäten des Diskussionsbedarfs ermittelt werden, die Dr. Frank Claus erfragte und vorstellte.

Aufgrund der Vielzahl von detaillierten Formulierungsvorschlägen und dem sich nähernden Konferenzende wurde dann ein alternatives Verfahren zur weiteren Überarbeitung der Erklärung beschlossen. Die Empfehlung inklusive der vor Ort vorgetragenen Änderungswünsche wurde an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer per Email verschickt, die ihre Vorschläge binnen einer Frist an die Servicestelle zurücksenden konnten. Nach Sammlung und Einarbeitung dieser Anregungen wurde die Endfassung der Erklärung zwei Wochen nach Abschluss der Bundeskonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

VI. Schlusswort

Ulrich Nitschke,

Leiter der Servicestelle Kommunen in der
Einen Welt/InWEnt gGmbH:

Zuerst danke ich Ihnen, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, für Ihr Engagement und Ihre Geduld! Wir haben Ihnen vieles Wissenswertes, bisweilen nicht ganz leicht Verdauliches auf hohem Niveau zugemutet. Es gab viele Inputs und es fanden zahlreiche Auseinandersetzungen und Gespräche, auch informeller Natur, mit anerkannten Referenten statt.

Ich hoffe sehr, dass Sie einiges von dieser Auseinandersetzung und Anregung in Ihre kommunalen Aktivitäten nach Hause mitnehmen. Vielleicht dient Ihnen manches davon als Anreiz, umzudenken und andere Ansätze auszuprobieren.

Das spannende Thema der internationalen Zusammenarbeit muss aus der häufig beklagten müden Nische herausgenommen werden. Ich wünsche mir, dass der Mut wächst, das Thema zukünftig mit Spritzigkeit und Offenheit zu einem Nutzen orientierten Vorgehen zu behandeln – denn nur so können wir die internationale Zusammenarbeit auch vor Ort positiv erfahren.

Danken möchte ich auch meinem Team, das lange im Voraus begonnen hat zu planen und Verantwortlichkeiten zu verteilen. Sie haben einige von ihnen kennen gelernt, denn sie haben Sie begrüßt und Ihnen hoffentlich mit aller gewohnten Sorgfalt, Ihre Fragen beantworten können und Sie geleitet. Für diese bitte einen herzlichen Applaus.

Mein dritter Dank gilt der Freien und Hansestadt Hamburg, der Stadt, die das überzeugendste Angebot zur Ausschreibung der Bundeskonferenz vorlegte, an der sich diesmal vier Kommunen beteiligten. In diesem Fall nutzen wir die Globalisierung, den Wettbewerb für eine gute Sache. Hamburg besitzt einen Trägerkreis von einem ganz erstaunlichen Ausmaß: Bund, Länder, Kommunen und NRO. Die Stadt hat sich als Veranstaltungsort dieser 10. Bundeskonferenz sehr bewährt, sie hat uns interessante Exkursionen und einen beeindruckenden Senatsempfang geboten. Nutzen Sie bitte auch die Bälle, die Sie noch erhalten



werden, um die faire Fußballweltmeisterschaft von Hamburg in die Welt zu tragen. Ich hoffe sehr, weiter so gut mit Ihrer Stadt zusammen zu arbeiten, Herr Graetz.

Last but not least, danke ich auch dem BMZ, das ein ganz wichtiger Partner für uns ist. Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass wir uns sehr über das Kommen der Ministerin freuen, die es trotz Haushaltsberatungen und namentlicher Abstimmung im Bundestag möglich gemacht hat, hier bei uns zu sein. Sie hat eine wichtige Rede gehalten, nicht nur für unsere eigene Zukunftssicherung, sondern sie hat auch Mut gemacht, an den Themen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit weiter zu arbeiten. Ob wir in dieser Hinsicht alles erreicht haben und alle hier anwesenden Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zufrieden sind, wird sich weiterhin in unserem gemeinsamen konstruktiven Dialog zeigen.

In Magdeburg habe ich Ihnen etwas vorgelesen, das ich Ihnen auch hier mitgeben möchte. Es soll Ihnen einen schönen, ruhigen Nachhauseweg, ein besinnliches Nachdenken über das hier erfahrene und am Montag früh einen wachen Aufstehen bescheren:

Der Engel in dir. Der Engel in dir freut sich über dein Licht. Er weint über deine Finsternis. Aus seinen Flügeln rauschen Liebesworte, Gedichte und Liebkosungen. Er bewacht deinen Weg. Lenkt deine Schritte engelwärts.

Denken Sie an den Engel in sich und haben Sie einen guten Heimweg. Auf Wiedersehen!

VII. Rahmenprogramm

Dr. Frank Claus,

iku GmbH: Einführung in das Programm und Vorstellung der methodischen Bausteine

Guten Tag meine Damen und Herren! In den nächsten drei Tagen ist es meine Aufgabe Sie durch das Programm zu führen und die Moderation der Podiumsdiskussionen zu übernehmen. Einführend darf ich kurz erwähnen, dass wir hier ein kleines Jubiläum begehen, denn dies ist die zehnte Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Da ich zum zweiten Mal als Moderator der Bundeskonferenz fungiere, bin ich mit dem thematischen Kontext annähernd vertraut und freue mich zudem, einige Bekannte im Publikum zu entdecken.

Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltung ist die Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Personen, die sich mit kommunaler Entwicklungszusammenarbeit aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln beschäftigen. Die Konferenz endet traditionsgemäß in einer Erklärung, einem Empfehlungspapier und diese soll in den Kommunen eine politisch praktische Wirkung zur Entwicklungszusammenarbeit erzielen.

Zu meinen Aufgaben: ich werde Zeitwächter sein, d.h. ich werde den Referentinnen und Referenten drei Minuten vor Ablauf der Diskussion eine gelbe Karte zeigen, als kleine, dezente Erinnerung die etwas aufdringlichere Farbe der anderen Karte erklärt sich dann von selbst... Die Rededauer wird beschränkt, um trotz der Größe dieses Raums und der Vielzahl der Teilnehmenden den Diskussionen genügend Spielraum zu lassen.

Als ich den Tagungsort, das Haus der Patriotischen Gesellschaft heute betrat, dachte ich, dass der Name des Veranstaltungsortes mit dem Konferenzthema Globalisierung ein interessantes Spannungsfeld bietet. Herr Senator Freytag hat deutlich gemacht, dass der Name Uneigennützigkeit oder Gemeinnützigkeit der Gesellschaft zum Ausdruck bringt und dies passt hervorragend als Motiv zum Konferenzthema.

Die etwas kirchenartig anmutenden Räume haben mich und andere Gäste fast verstummen lassen. Ich hoffe, dass



ändert sich, so dass wir lebendige Diskussionen führen, um so etwas wie einen aktuellen Rat aus dem alten Rathaus entstehen zu lassen.

Im Gegensatz zur alten ‚Technologie‘ der Karten mache ich Sie nun mit dem Kästchen der Firma MobiTED, das jeder Teilnehmende eingangs bekommen hat, vertraut: Es handelt um ein Gerät, das eine ähnliche Funktion wie die Publikumsfrage beim Fernsehen hat, dort heißt es ‚TED‘. Uns gelingt es mit diesem Medium Ihre Meinung zu bestimmten Fragen schnell per Beamer auf die Leinwand zu projizieren. Es gibt im Wesentlichen zwei Arten von Knöpfen, die Sie kennen müssen, die Knöpfe für Senden und die sechs Zahlentasten. Bitte drücken Sie entsprechend der verschiedenen Antwortkategorien auf das Zahlenkästchen, das Ihre Antwort repräsentiert.

(...)



Am Nachmittag des ersten Tages werden Sie nach den ersten Inputs auch Gelegenheit zur Kleingruppenarbeit bekommen: Im Anschluss an die MobiTED-Umfrage „Wie beurteilen Sie diese Betonung der MDGs in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit?“ wird dem Diskussionsbedürfnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Thema MDGs Raum gegeben.

In Kleingruppen von ca. sechs Personen können Sie Ihre persönliche Haltung zum Thema MDGs und Ihre hier gemachten Erfahrungen und konkrete Anregungen austauschen. Dabei findet keine Moderation oder Berichterstattung statt, sondern es geht darum, den gedanklichen Austausch und das gegenseitige Kennen lernen zu fördern.

Michael Marwede, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH und Dr. Frank Claus, iku GmbH:
Tagesresümee

Freitag, 24. November 2006:

Dr. Frank Claus: Guten Morgen meine Damen und Herren, zunächst zum heutigen Tagungsprogramm, das mit viel Input aufwartet: Vorträge am Vormittag, ein Kulturprogramm in den Mittagsstunden und am Nachmittag eine Diskussionsphase in vier parallelen Gruppen. Doch bevor wir beginnen, möchte ich mit Herrn Marwede darüber plaudern, was wir gestern erfahren haben.

Michael Marwede: Gern! Sie erinnern sich vielleicht noch an die gestrige Äußerung von Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul, über den ersten, den zweiten, den dritten,



den vierten und den fünften Mut, den es für entwicklungspolitisches Engagement braucht? Man braucht also ungeheure Geduld, Ausdauer und Überzeugungskraft, weil man nur begrenzte Chancen hat.

Dr. Frank Claus: Mich hat das an ein Stehaufmännchen erinnert – das heißt, dass wir nicht in unseren Bemühungen nachgeben dürfen! Beleg für unermüdliches Engagement war auch Herr Dr. Hoffschultes Bemerkung, dass er schon 1951 auf die Bedeutung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen hat. 1951, da waren wir beide noch nicht geboren! Der Faktor Geduld und Ausdauer ist sicherlich ein wichtiges Thema. Ein anderes Thema ist die Bedeutung der Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit, wie auch das Ergebnis der gestrigen MobiTED-Abstimmung erwies.

Michael Marwede: Ich freue mich über dieses Resultat, denn hier sind viele kommunale Vertreter anwesend. Besonders vor dem Hintergrund meiner persönlichen Vergangenheit, als ehemaliger Mitarbeiter eines Rathauses, freue ich mich über so viele positive Aussagen von denjenigen, die in diesem Bereich tätig sind.

Ob das es jetzt Herr Dr. Hoffschulte oder Herr Fettback aus Biberach ist, der ein Vertreter der jüngeren Generation ist. Das zeigt, dass das Thema nicht nur von entwicklungspolitischen Urgesteinen wichtig genommen wird, sondern auch von anderen Personen und Städten.

Dr. Frank Claus: Hinzu kommt, dass ohne die Zivilgesellschaft nichts geht. Wenn nur die Politiker in den Kommunen etwas auf den Weg bringen wollen, besitzt dies keine bleibende Kraft. Für nachhaltige entwicklungspolitische Beziehungen braucht es zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Druck etwas bewegen wollen. Doch leider ist Entwicklungspolitik kein Wahlkampfthema. Deshalb ist die Verankerung vor Ort nicht nur mit Vertretern im Rathaus sondern mit Menschen, die das Thema bearbeiten, umso bedeutender.

Michael Marwede: Sie haben Herrn Fettback soeben einen Hinweis für den nächsten Wahlkampf gegeben... Die Rolle von einzelnen Personen ist für mich trotzdem bedeutend, angefangen mit der Ministerin, die für das Thema

steht und weiter zu den vielen Anderen hier im Raum. Einzelpersonen wie beispielsweise der Bürgermeister Rheinstettens, den Frau Huber am Vortage erwähnte, können durch ihre Initiative eine Menge in Bewegung setzen.

Dr. Frank Claus: Und Anerkennungen, wie der Preis des Wettbewerbs Hauptstadt des Fairen Handels! Ein kleiner Preis macht eine ganze Menge aus, wenn eine Ministerin ihn überreicht.

Michael Marwede: Zum Thema MDGs und den Millenniumsgates: manche sind wohl wenig begeistert. Ich bin gespannt, wie das Thema MDGs heute in einem der Foren behandelt wird.

Dr. Frank Claus: Letzte Bemerkung zum Thema Partnerschaften“. Für mich entstand gestern der Eindruck, dass Geld in Partnerschaften auch nur einseitig fließen darf und dass es trotzdem eine gleiche Augenhöhe der Begegnung gibt.

Michael Marwede: Allerdings erinnert mich das Beispiel aus Südafrika und die Beschreibung, wie die Entwicklungshilfe dort ankommt, an Erkenntnisgewinne aus meiner Oberstufenzeit, als Entwicklungszusammenarbeit im wesentlichen Katastrophenhilfe war. Ich finde es bedauerlich, dass der gesellschaftliche Prozess das veränderte Verhältnis zwischen Süden und Norden so wenig verinnerlicht hat.

Dr. Frank Claus: Damit wären wir wieder bei dem von der Ministerin geforderten nachhaltigen Mut angelangt.

Samstag, 25. November 2008:

Michael Marwede: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Herr Dr. Claus und ich möchten das gestern Erfahrene kurz resümieren. Zunächst zur Rolle der Integration als Beitrag zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit: Beides hat unmittelbar miteinander zu tun - diese Herleitung ist sehr kernig und schlüssig.

Dr. Frank Claus: In diesem Zusammenhang fiel ein in Deutschland etwas schwierigeres Wort, das Wort „Heimat“.

Michael Marwede: Die Menschen aus anderen Nationen

sollen sich bei uns heimisch fühlen. Ich fragte mich, was ist denn eigentlich sowohl für sie, als auch für uns Heimat? Wie können wir das Gefühl erzeugen, das sie sich hier heimisch fühlen können? Für mich persönlich – ich habe schon einige Male über Jahre an diversen Orten gelebt – ist es auch nicht so einfach, Heimat zu definieren. Wie mache ich das für jemanden, der aus Afrika gekommen ist?

Dr. Frank Claus: Auch für Personen, die für die Entwicklungszusammenarbeit in anderen Ländern tätig sind, ist das nicht so einfach. Kommen wir zu Herrn Knip. Bei der Schilderung der niederländischen Situation sind einige Leute neidisch geworden.

Michael Marwede: Ja, auch ich habe ‚Schlaraffenland Holland‘ gedacht. Was dort in der Entwicklungszusammenarbeit bewirkt wird, noch dazu in so übersichtlichen Gebietskörperschaften, die sich in der Größenordnung wie Nordrhein-Westfalen sie hat, bewegen. Wenn man diese Dimensionen übertragen könnte, würden wir einen großen Schritt nach vorne machen.

Dr. Frank Claus: Dies hat sich bei Einigen in den Empfehlungen für die Erklärung niedergeschlagen. Was haben Sie mittags gemacht?

Michael Marwede: Mittags bin ich Boot gefahren.

Dr. Frank Claus: Gibt es eine Erkenntnis?

Michael Marwede: Es gibt die Erkenntnis, dass schnelles Essen nicht unbedingt satt macht... Während des Essens haben wir traurige Details von den Fluchtwegen blinder Passagiere und Hintergründe der hafenstädtischen Entwicklung Hamburgs erfahren.

Dr. Frank Claus: Ich habe mich für die andere Tour, die Besichtigung der Hafencity, entschieden. Dort ist es genau wie in der Entwicklungspolitik: Alles soll großartig werden, allerdings mit einer Perspektive von mindestens 20 Jahren...

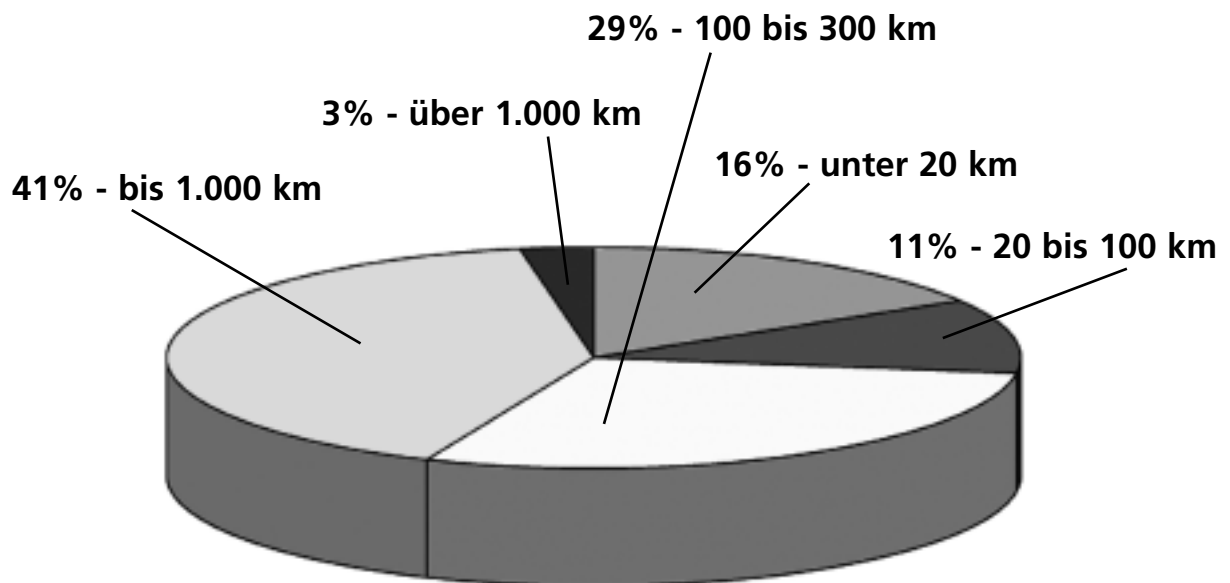
Michael Marwede: Städtebau funktioniert nie so.

Dr. Frank Claus: Wir sind gespannt!

MobiTED – Meinungsbilder der Teilnehmer

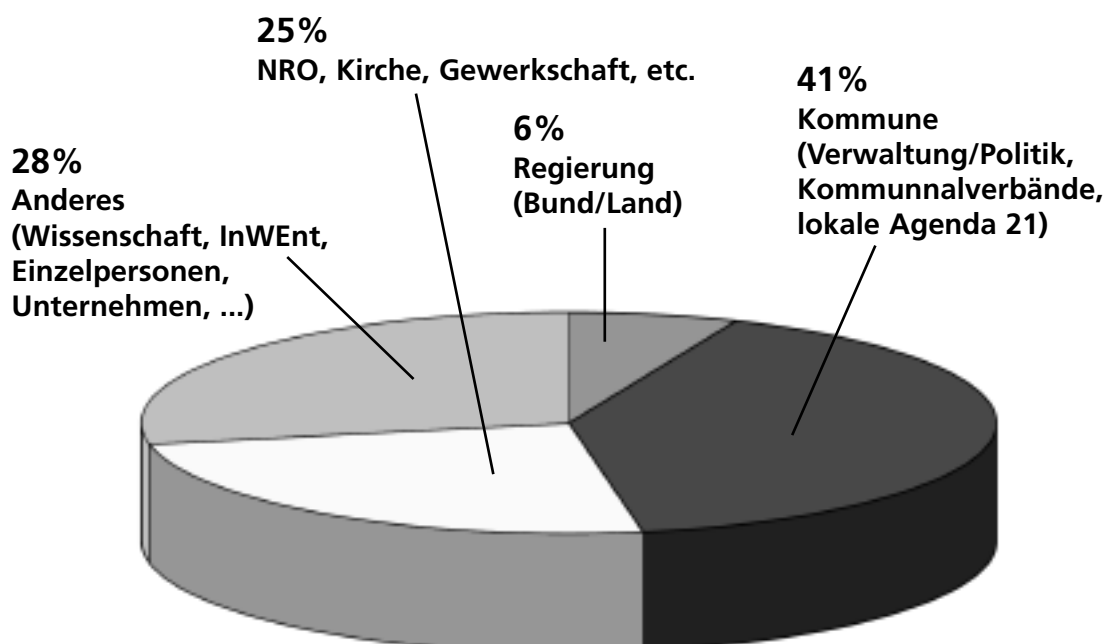
Donnerstag, der 23. November 2006

Mein Arbeitsplatz liegt von Hamburg entfernt:

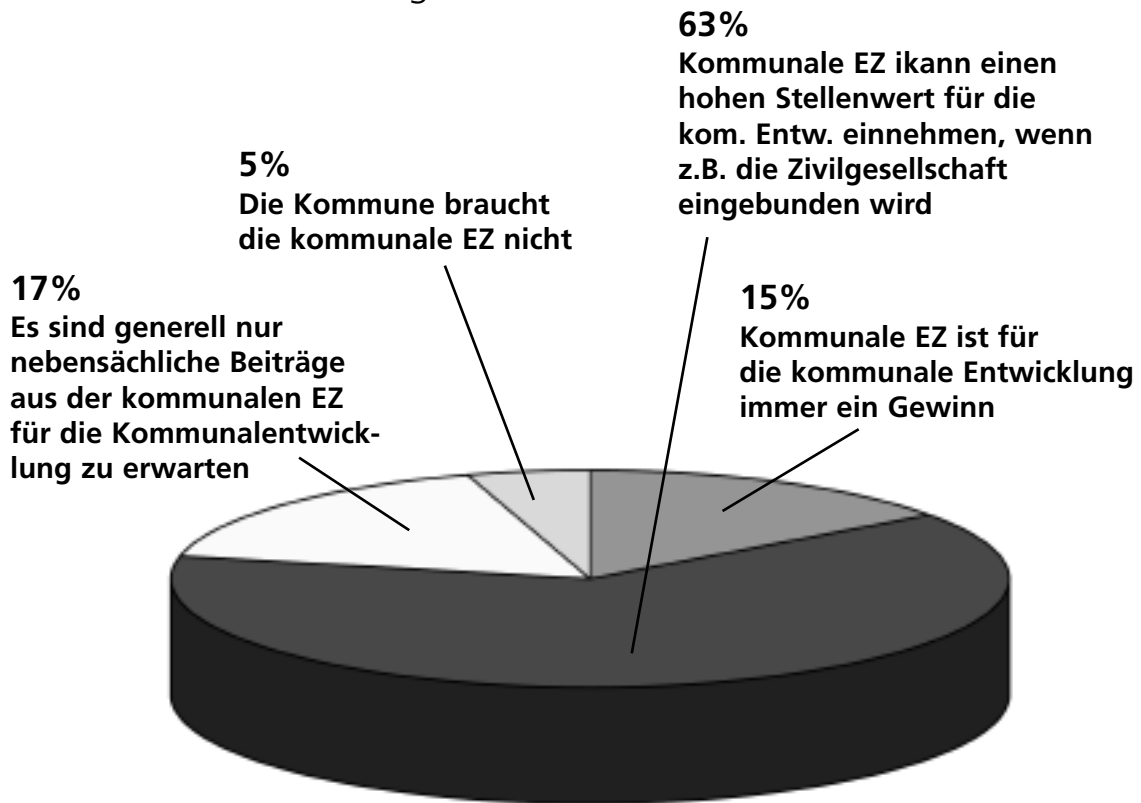


Gruppierungsfrage:

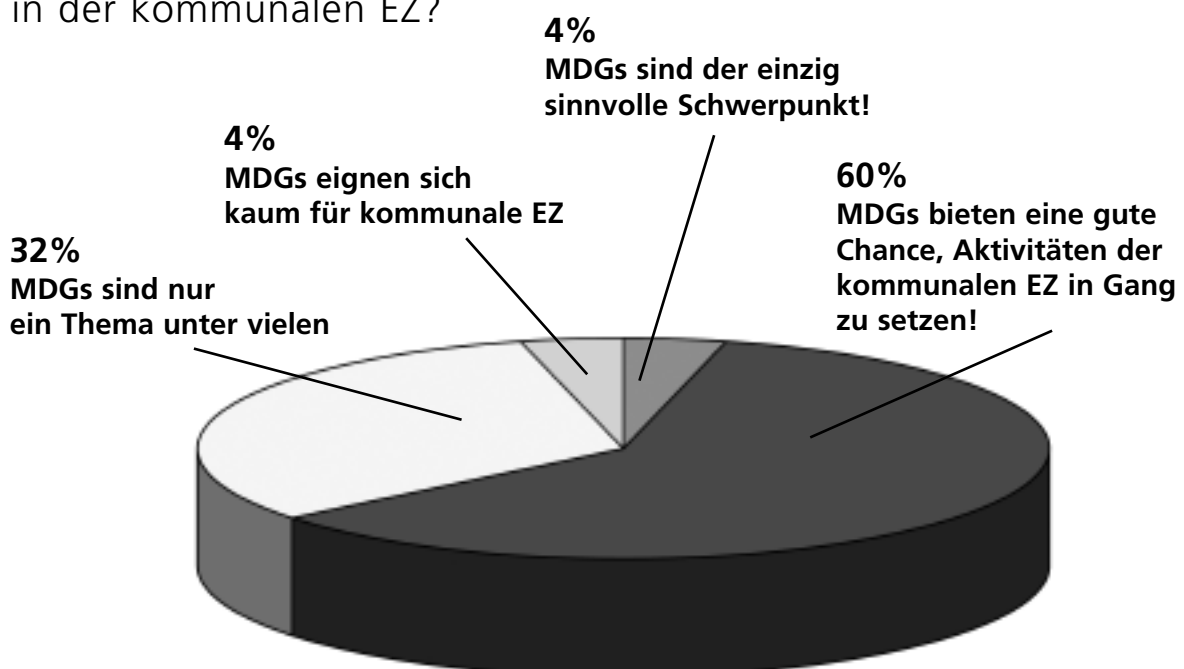
Ich komme aus folgendem Bereich...



Welche Bedeutung hat kommunale EZ für die kommunale Entwicklung?

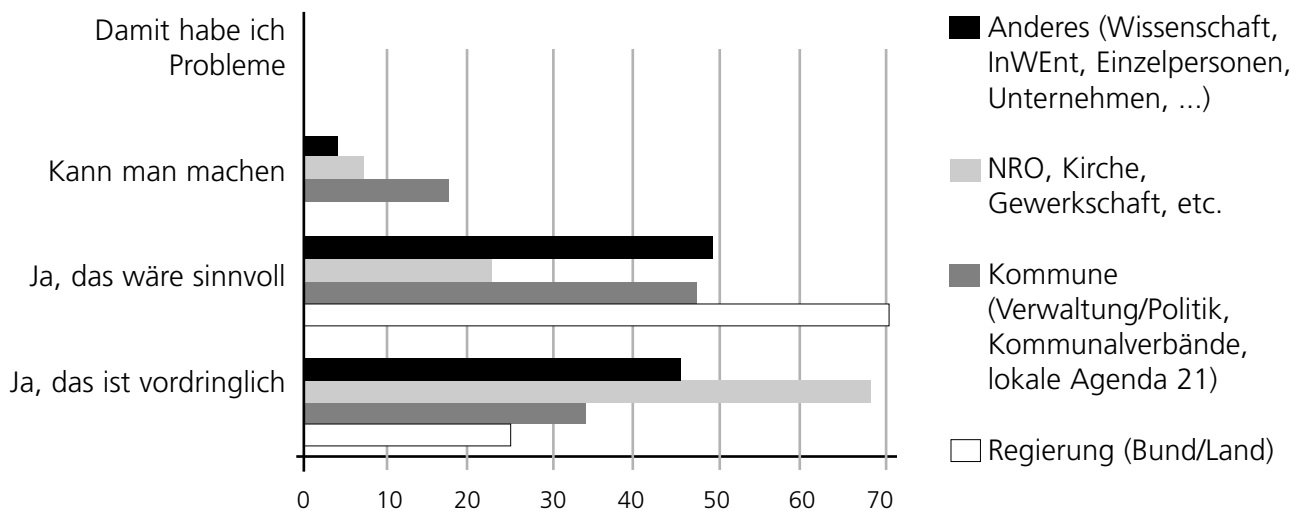


Wie beurteilen Sie die Betonung der MDGs in der kommunalen EZ?

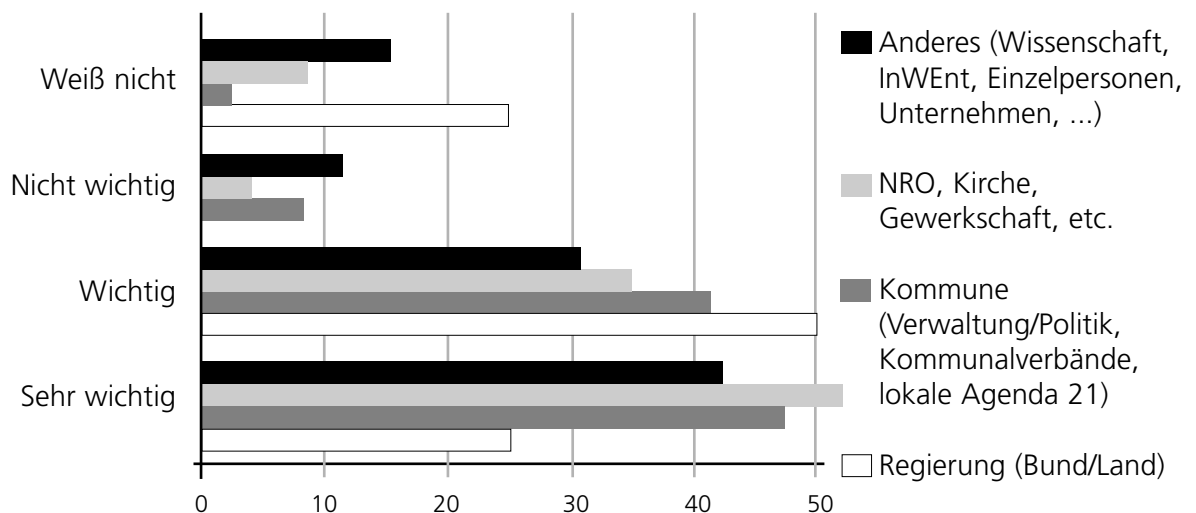


Freitag, der 24. November 2006

Raten Sie dazu, dass deutsche Kommunen vermehrt die Themen Migration und Integration mit ihren entwicklungspolitischen und internationalen Aktivitäten verbinden?

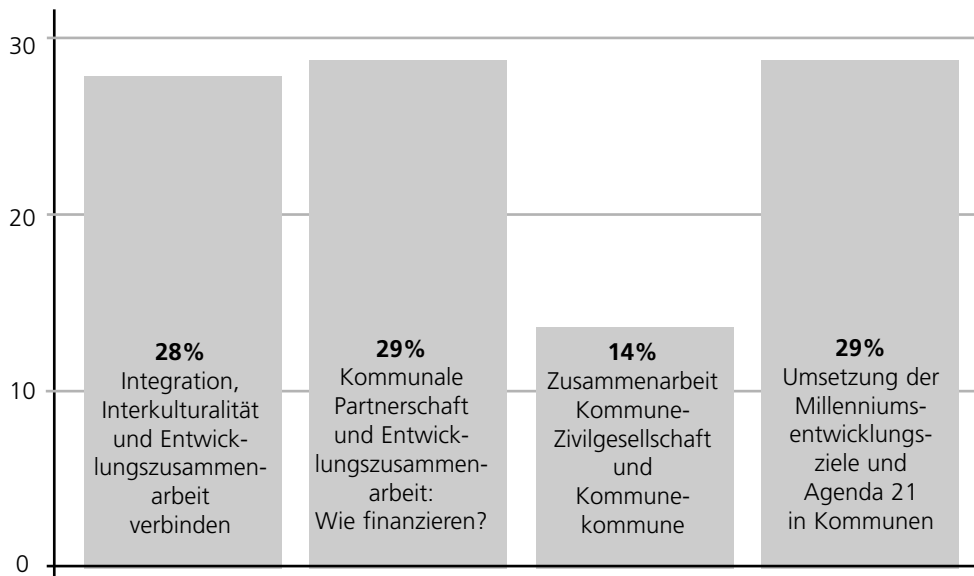


Für wie wichtig erachten Sie den Erfahrungsaustausch oder Dreieckspartnerschaft mit Kommunen im europäischen Ausland?

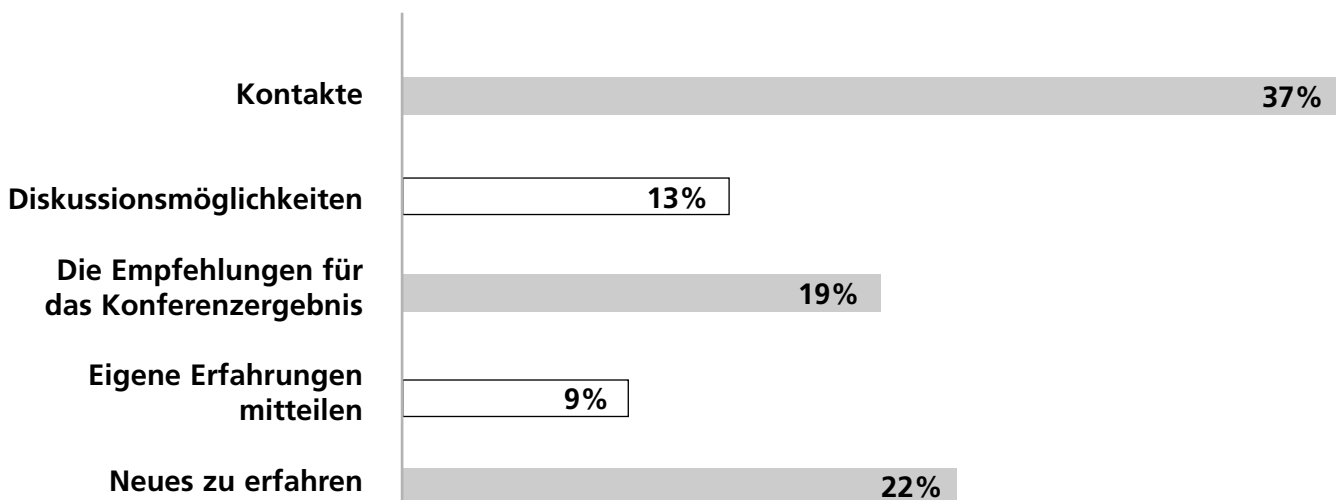


Samstag, der 25. November 2006

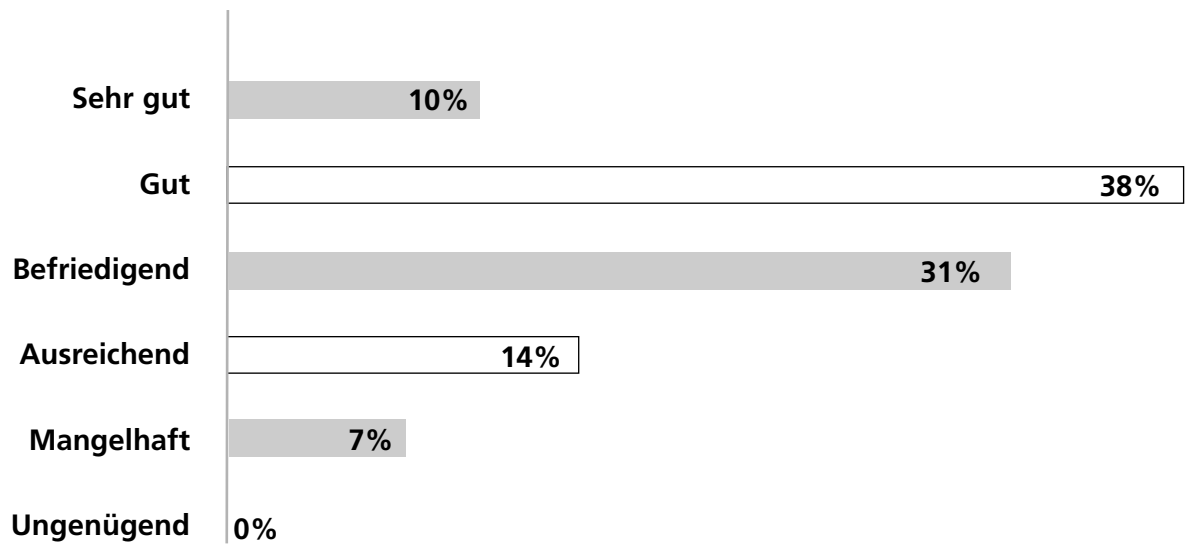
Gruppierungsfrage:
Ich komme aus folgendem Bereich...



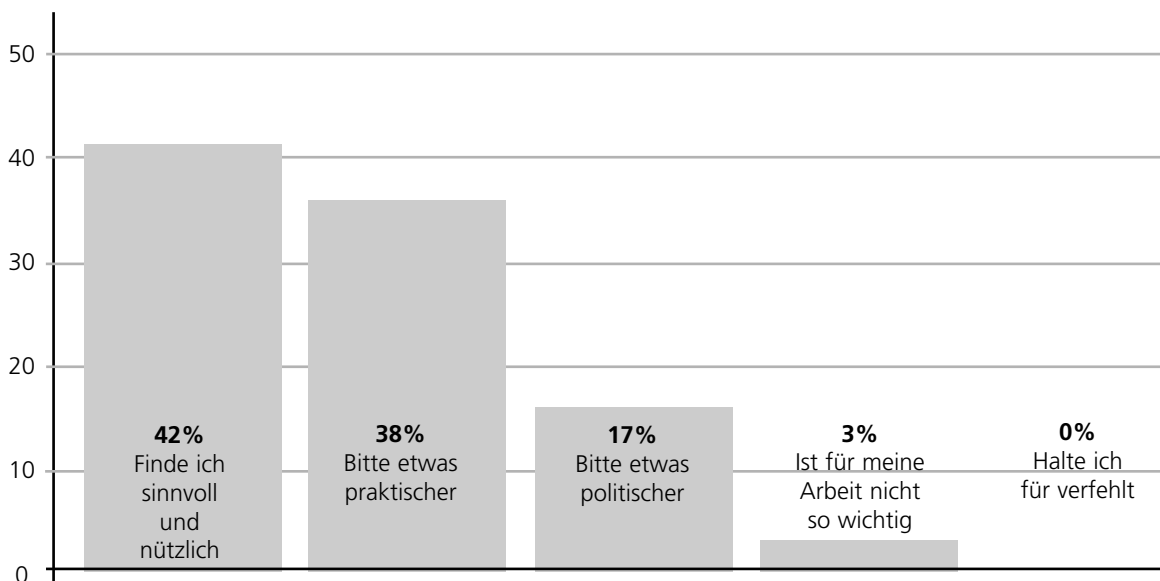
Für mich war bei den Foren in erster Linie bedeutsam:



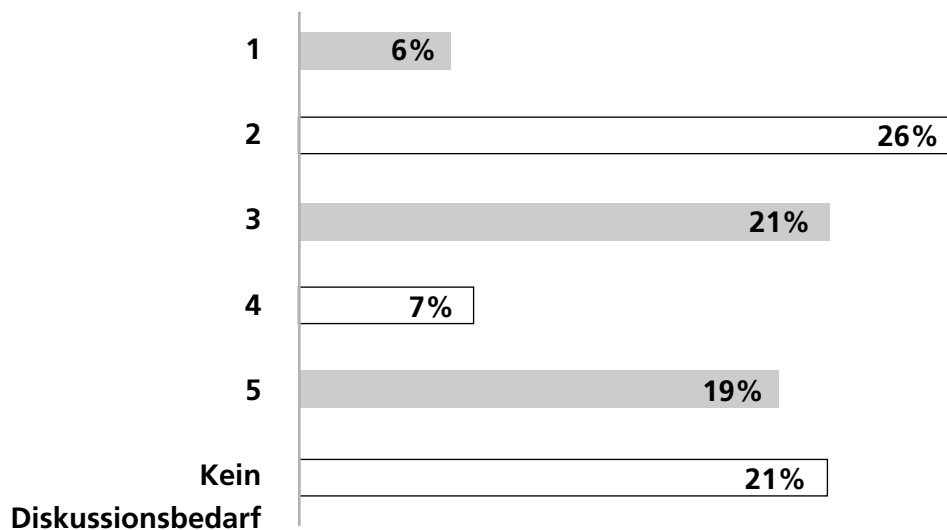
Insgesamt beurteile ich mein Forum mit der Note:



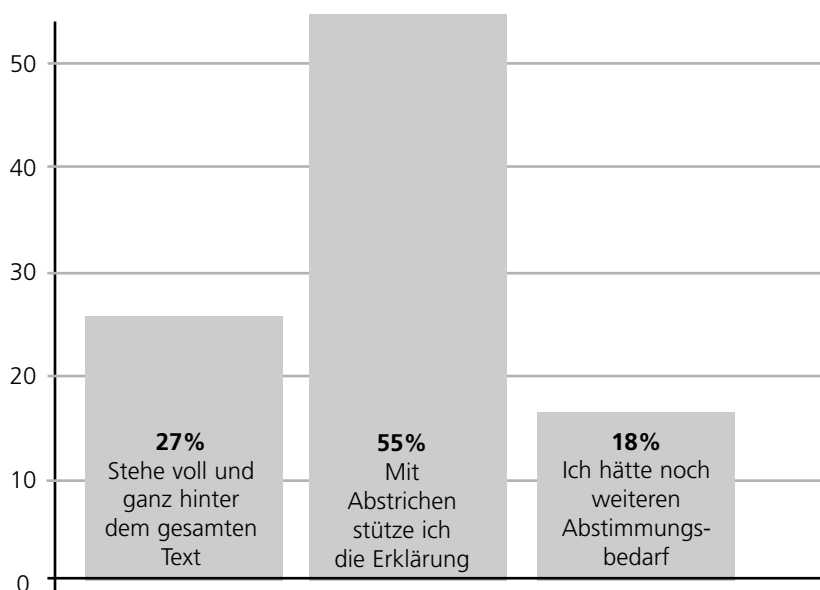
Wie beurteilen Sie die Grundaussrichtung der Erklärung im Überblick?



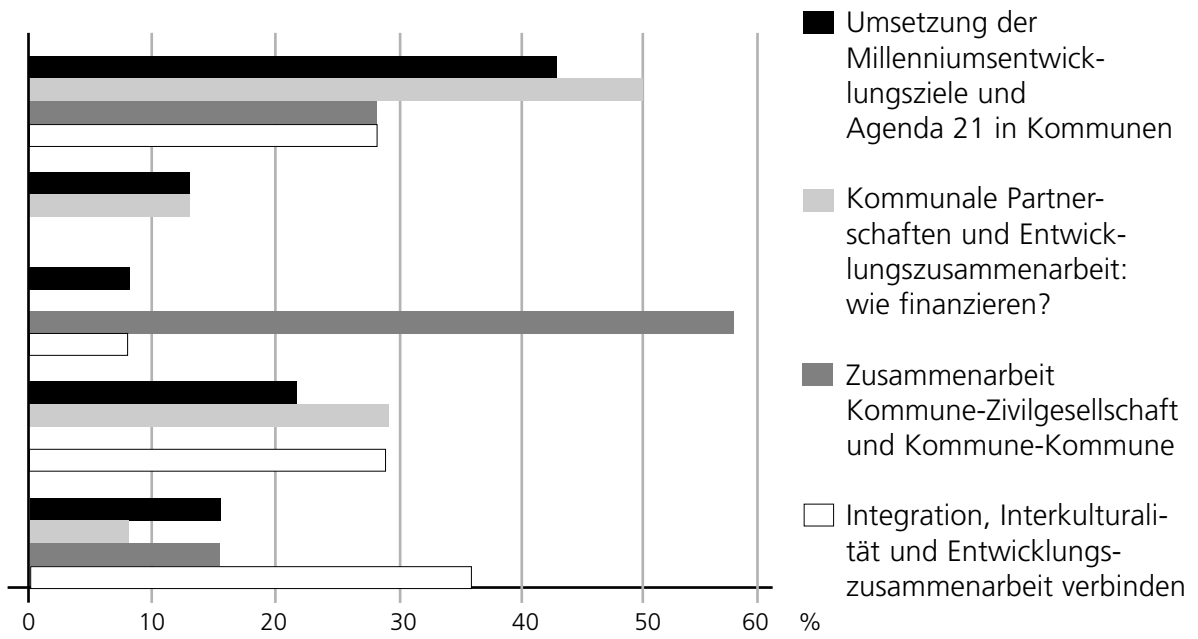
Bitte geben Sie ein, zu welchen Ziffern der Erklärung Sie besonderen Diskussionsbedarf haben



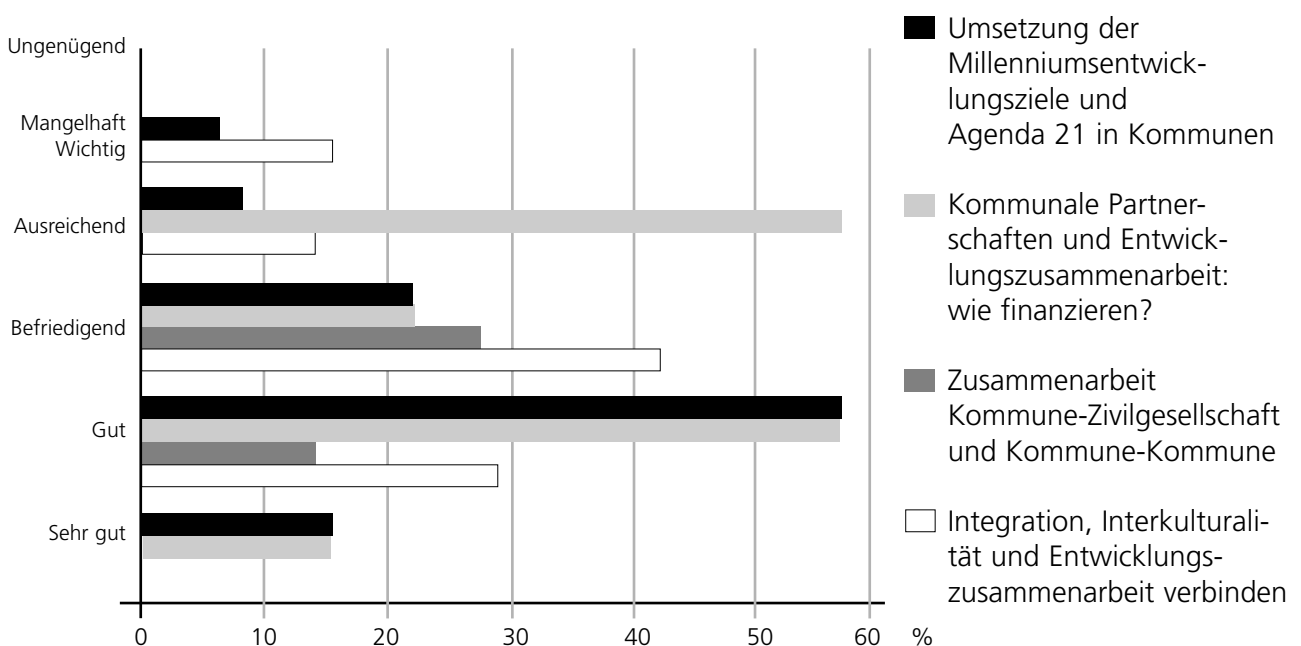
Bitte teilen Sie uns mit, wie weit Sie die überarbeitete Erklärung mittragen können



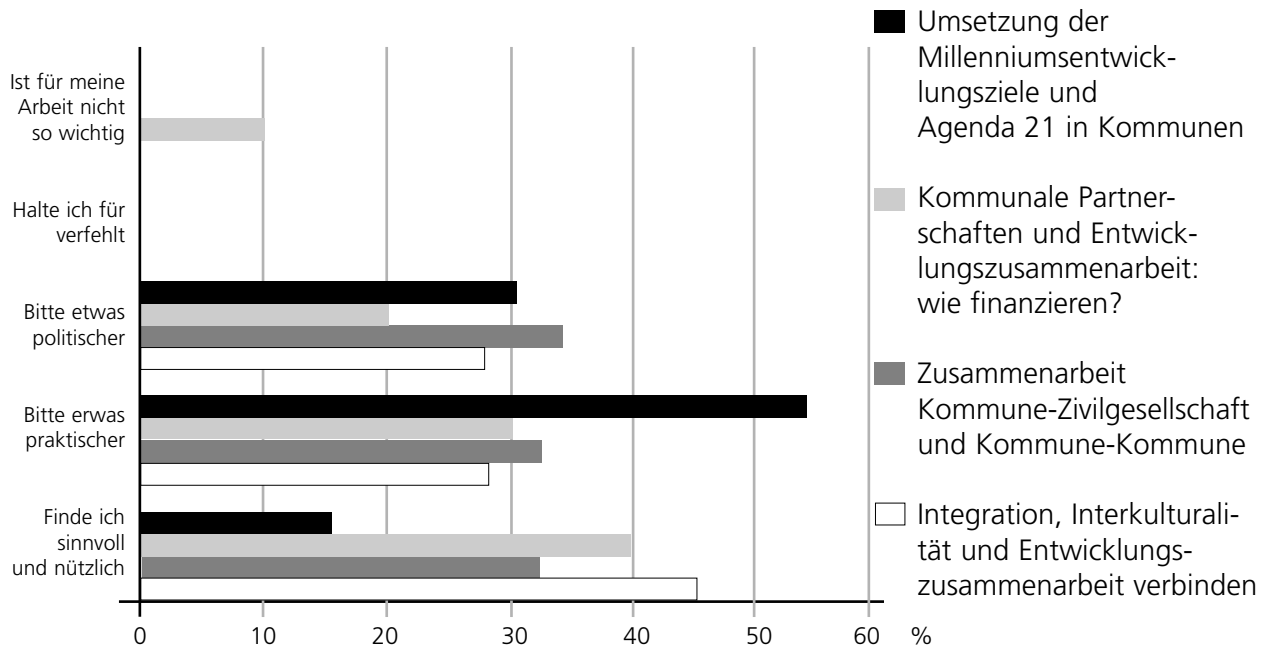
Für mich war bei den Foren in erster Linie bedeutsam:



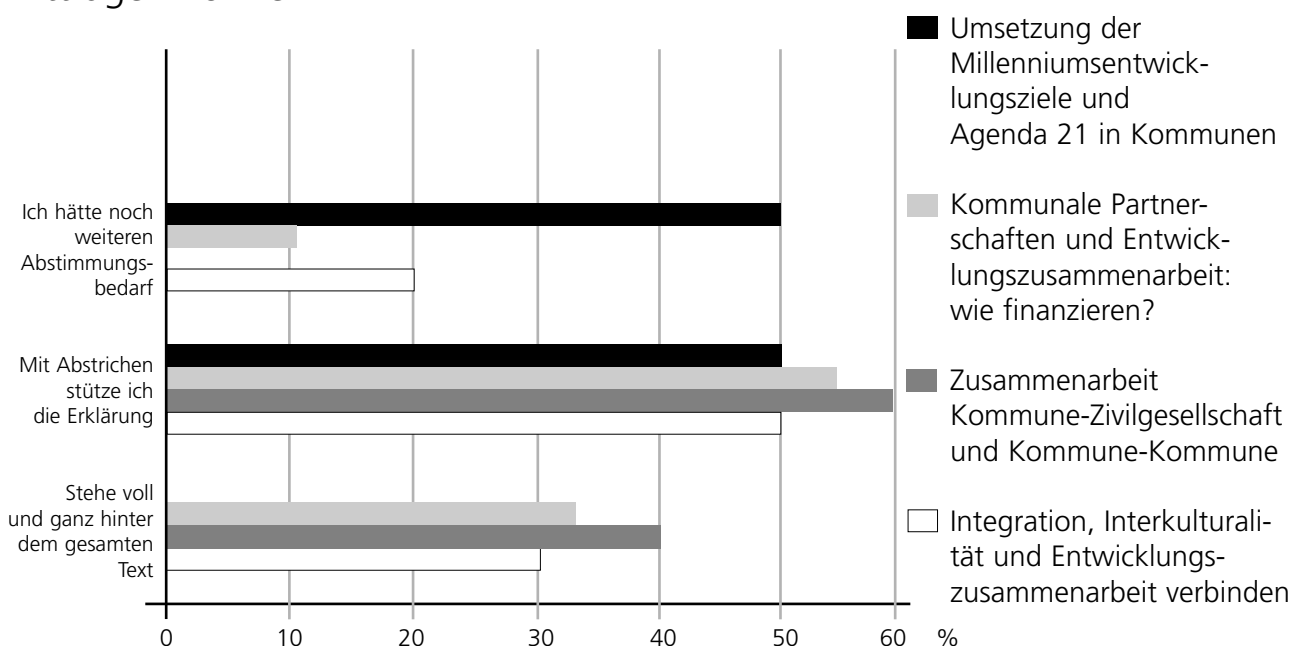
Insgesamt beurteile ich mein Forum mit der Note:



Wie beurteilen Sie die Grundausrichtung der Erklärung im Überblick?



Bitte teilen Sie uns mit, wie weit Sie die überarbeitete Erklärung mittragen können



Kulturelles Programm

Senatsempfang im Rathaus

Der Abend des ersten Konferenztages endete mit einem gemeinsamen Gang aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Hamburger Rathaus. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hatte zu einem Empfang ins Rathaus, das seit über 100 Jahren Sitz von Bürgerschaft (Parlament) und Senat (Landesregierung) ist, geladen.

Die Eingangshalle des Rathauses wird wie in einem alten Kaufmannshaus Diele genannt. Von hier aus geht es zur Bürgerschaft im ersten Stock.

Der Große Festsaal des Rathauses, dessen Ausstattung mit den Wandgemälden von Hugo Vogel erst im Juni 1909 abgeschlossen wurde. Der Saal hat eine Länge von 46 m und eine Fläche von 720 qm. Über dem Eingang die Musikempore.

Bernd Schleich bedankt sich für die Gastfreundschaft des Hamburger Senates. Hinter ihm glänzt golden das Große Staatswappen Hamburgs.

Essen unter Augen der Tugenden: Über dem marmornem Mittelportal mit den vergoldeten Kupferfiguren der Tugenden Weisheit, Gerechtigkeit, Stärke und Fleiß.





HafenCity

Besuch des Kesselhauses und Mittagessen im Speicher

Am Mittag des zweiten Konferenztages hatten die Teilnehmenden die Wahl zwischen dem Besuch der HafenCity oder einer alternativen Hafentrundfahrt.



Ein Teil der Konferenzbesucherinnen und Besucher entschied sich für den Besuch des größten städtebaulichen Vorhabens Europas.

Auf dem traditionsreichen Hafengelände soll auf einer Fläche von 155 Hektar ein kompletter neuer Stadtteil emporwachsen: die Hafencity mit 5500 Wohnungen und Gewerbeflächen für 20.000 Arbeitsplätze.



Modell zum Anfassen: Das Masterplan-Modell im Maßstab 1:500 nimmt einen Grossteil der zentralen Halle des Kesselhauses ein und vermittelt dadurch eindrücklich die Ausmaße des Projektes.

Alternative Hafenrundfahrt

Alternative Hafenrundfahrt und Mittagessen auf der Barkasse

Die zweite Gruppe hatte sich für die alternative Hafenrundfahrt entschieden. Sie wurde hier über die Hintergründe des Welthafens Hamburgs, des internationalen Schifffahrtsgewerbes und der Auswirkungen der Globalisierung informiert. Die Fahrt veranschaulichte die Hintergründe des Welthandels mit Afrika, Asien und Lateinamerika und fragt, wer in Zeiten der Globalisierung gewinnt und verliert und wie ein bewusstes Verbraucherverhalten einen Ausgleich der Interessen unterstützen kann.

Einblick hinter die Kulisse aus Backsteinmauern und Containerbrücken auf den Spuren des Kolonialismus und der Globalisierung vermittelte die alternative Hafenrundfahrt.

Während die Teilnehmenden einen Mittagsimbiss zu sich nahmen, passierten sie die historischen und modernen Hafenaareale.

Abendessen im Restaurant Altes Rathaus und Theatervorführung vom Pantheater Hamburg e.V.

Nach dem Ende der Arbeitsforen wurde in den historischen Kellerräumen des Alten Rathauses, jetzt Patriotische Gesellschaft, zu einem Abendimbiss geladen.

Gespräche im Keller, nur physisch auf tiefem Niveau!
Danach konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer





Vorführung des Pantheater Hamburg e.V. im selben Gebäude sehen. Das Projekt des Pantheaters ERKUNDUNGEN in der Einen Welt ist als offizielles Projekt der UNESCO-Weltdekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ ausgezeichnet. Es thematisiert entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit. Die ERKUNDUNGEN in diversen Entwicklungsländern beschäftigen sich u.a. mit dem Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit, fairen Handel, der Situation von Straßenkindern und der Kunst des Verzeihens.



Das multimediale Theaterstück trägt auf unterhaltsame Weise zum Verständnis bei und ermutigt zu Engagement.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit wird spielerisch vermittelt.

VIII. Vorbereitung

Im Vorfeld der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen wurde ein Follow up der vorangegangenen Konferenz in Magdeburg 2004 durchgeführt. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt befragte die Mitträger der Konferenz, um eine gemeinsame aktuelle Standortbestimmung vorzunehmen und die Umfrageergebnisse für die Konferenzvorbereitung zu berücksichtigen. Zusätzlich zu einem allgemeinen Frageblock, waren die Teilnehmenden gebeten, auf die Fragen einzugehen, die sie inhaltlich bzw. ihre Organisation ansprechen.

Ergebnis der Follow-up-Umfrage:

- **Frageblock Allgemeines:** Die 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen sollte ebenfalls Empfehlungen aussprechen und sie möglichst konkreter fassen. Unklar bleibt, was dies im Hinblick auf Umfang und mögliche Zielsetzungen bedeutet.
- **Frageblock Kommunen und Spitzenverbände:** Sehr klar ist die konstruktive Rolle, die die Kommunen bei der Erreichung der MDGs spielen können und sollen mehrfach erwähnt wird hier das Instrument der kommunalen Partnerschaften. Bezüglich der Partnerschaftsarbeit überwiegt die Skepsis, ob es wirklich Verbesserungen gegeben habe. Zu der Verbreitung der Ideen der fairen Beschaffung und des Bürgerhaushaltes sind die Antworten diametral und so knapp ausgefallen, dass eine Tendenz nicht auszumachen ist.
- **Frageblock Nichtregierungsorganisationen:** Zur Zusammenarbeit mit NROen und ihrer Performance in Bezug auf Nachwuchs und Migrantinnen und Migranten gibt es nur widersprüchliche Aussagen. Eine Tendenz im Meinungsbild ist nicht auszumachen.
- **Frageblock Bund und Länder:** Hier überwiegt die Meinung, dass sich die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Nutzung des kommunalen Gestaltungspotentials nicht verbessert hätten. Zu den anderen Fragen ist kein klares Meinungsbild auszumachen.

Das **Projektteam**, das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu den Vorbereitungstreffen der Bundeskonferenz zusammengerufen hatte, war vielgestaltig. Es konstituierte sich aus den Mitgliedern der Trägerschaft der Servicestelle und den Mitträgern der 9. und 10. Bundeskonferenz. Das Projektteam einigte sich auf seinen Treffen über die Konferenzziele und deren Zielgruppen, es besprach die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung der Veranstaltung

und einigte sich auf Referenten, Tagungsort und Moderation. Im Auftrag des Projektteams wurde die iku GmbH aus Dortmund mit der Gestaltung des Programms nach den Vorstellungen des Projektteams beauftragt.

Mitglieder des Projektteams sind/folgende Institutionen schlossen sich als Träger der 10. Bundeskonferenz an:

Agenda Transfer

Agl (Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke)

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Bundesstadt Bonn

DBB (Beamtenbund und Tarifunion)

Deutscher Entwicklungsdienst

Deutscher Städtetag

DStGB (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit)

InWEnt Koordination Regionale Zentren

InWEnt Regionalzentrum Hamburg

Klimabündnis

Kommunale Gemeinschaftsstelle - KGST

Kultur Transnational e.V.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche

Räume des Landes Schleswig-Holstein

NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Rhein-Sieg-Kreise

Senatskanzlei Hamburg

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Stadt Cuxhaven

Städteverband Schleswig-Holstein

UN-Millenniumskampagne

UNESCO-Kommission

VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher

Nichtregierungsorganisationen e.V.)

VENRO Niedersachsen

WLDV (Weltladendachverband)

Die 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen wurde finanziert durch:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Abendveranstaltung am 23. November wurde durch den Hamburger Senat getragen.

IX. Evaluation

Alle Teilnehmenden erhielten einen Fragebogen, in dem ihr Urteil zu den einzelnen Konferenzaspekten erwünscht war. Wie schon bei der vorhergehenden Bundeskonferenz reichte erfreulicherweise mehr als ein Drittel aller Anwesenden – abzüglich der Personen, die Vorträge und Inputs beisteuerten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH – ihre ausgefüllten Fragebögen ein. Innerhalb der Notenskala von 1 bis 5 konnten insgesamt 31 Einzelkriterien beurteilt werden.

Vor der Betrachtung des Evaluationsergebnisses wird die Struktur der Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer dargelegt. Von insgesamt 155 Teilnehmenden stellt die Zielgruppe ‚Kommunen/Agenda 21‘ mit 54 Personen die größte Gruppe dar. Auf Platz zwei folgt die Zielgruppe ‚Staatlich (Bund/Länder/GTZ/KfW/InWEnt/DED)‘ mit 34 Teilnehmenden. An dritter Stelle finden sich mit 31, also nur unwesentlich weniger Vertretern die ‚NRO/Kirchen/Stiftungen‘. Danach befinden sich an vierter Position 17 Personen, die keine Angaben machen. Aus dem Sektor ‚Selbstständig/Privatwirtschaft‘ nehmen zehn Personen teil, sieben Teilnehmende gehören zur Gruppe ‚Forschung‘ und mit zwei Vertretern schließt die Gruppe ‚Internationale Organisationen‘.

Gruppe	Anzahl	In %
Forschung	7	4,5
Selbstständig/Privatwirtschaft	10	6,5
Staatlich (Bund/Länder/GTZ/KfW/InWEnt/DED)	34	22
Internationale Organisationen	2	1,2
Kommunen/Agenda	54	34,8
NRO/Kirchen/Stiftungen	31	20
Keine Angaben	17	11
Gesamt	155	100

Die **qualitative Auswertung** der Fragebögen ergab übereinstimmend für die einzelnen Fragen und die Kommentare dieselben positiven Aspekte und Kritikpunkte:

Lob: Als sehr gut empfanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insbesondere den Veranstaltungsort Hamburg (bester Notendurchschnitt), den Senatsempfang, die Moderation durch Herrn Dr. Frank Claus von iku GmbH und einige der Hauptreferentinnen und Referenten, allen voran Prof. Dr. Rita Süßmuth, Jacob von Uexküll und Prof. Dr. Franz Nuscheler. Auch das Team der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Veranstaltungsort Patriotische Gesellschaft hat sowohl in Noten wie in Kommentaren Lob erhalten.

Die Kritikpunkte, zumeist sehr moderat mit der Durchschnittsnote 2 (jedoch mit stärkeren Abweichungen) geäußert, beziehen sich im Wesentlichen auf drei Aspekte.

(1) Fehlende Teilnehmerlisten und fehlende Nennung der Institution auf den Namensschildern: Die Bundeskonferenzen dienen insbesondere dem Knüpfen und Auffrischen von guten Kontakten und dem Austausch von Meinungen im informellen Bereich und in den Diskussionen. Fehlende Teilnehmerlisten wird es daher bei der nächsten Bundeskonferenz nicht geben! Auch werden die Institutionen auf den Namensschildern vermerkt werden.

(2) Ein Ungleichgewicht von zu vielen Referaten und zu wenig Zeit für Diskussionen: Diese Kritik schlägt in die gleiche Kerbe. Bei dem Verhältnis zwischen Vorträgen und Diskussionen/Pausen werden wir das nächste Mal genau darauf geachtet, dass genügend Zeit für notwendige Diskussionen und Austausch bleibt.

(3) In manchen Kommentaren wurden Beispiele vermisst und die Abschlusserklärung als zu theoretisch empfunden. Die Vielzahl guter und sehr guter Inputs sowie das hohe theoretische Niveau der gesamten Bundeskonferenz war einerseits ihre Stärke. Hier wurden besonders die Hauptrednerinnen und Redner goutiert und dies spiegelt sich auch in der Abschlusserklärung wider. Andererseits gerät dies zum Kritikpunkt, wenn so die für die Teilnehmenden wichtige Anschaulichkeit und Beispielhaftigkeit verloren geht. Das Übergewicht hatte in der 10. Bundeskonferenz

die Theorie, was auch damit zusammenhängt, dass sich die Konferenz gleich zweier komplexer Schwerpunktthemen (Partnerschaften und Integration) angenommen hat. Bei der nächsten Bundeskonferenz wird darauf zu achten sein, möglicherweise eine stärkere thematische Konzentration vorzunehmen und dann auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Präsentation von Gedankenansätzen und konkreten Lösungswegen herzustellen.

Die **quantitative Auswertung** der Feedbackfragebögen ergab ein **Gesamturteil von 1,66** – damit ist die Zufriedenheit der Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich zur vorhergehenden Bundeskonferenz in Magdeburg noch gestiegen. Die Beurteilungen zu den einzelnen Fragen lauten wie folgt:

Die Frage lautete: Wie zufrieden waren Sie mit der Bundeskonferenz?							
Konferenzaspekte	Notenvergabe					Beurteilungen ges.	Durchschnitt
	1	2	3	4	5		
Einladung, Werbung, Ansprache zur Konferenz	16	27	5	1		49	1,75
Anmeldung zur Konferenz	22	24	3	1		50	1,60
Betreuung durch das Tagungsbüro u. Veranstalter	24	21	2			47	1,53
Veranstaltungsort Hamburg	38	10	2			50	1,08
Veranstaltungsort Patriotische Gesellschaft	26	21	3			50	1,54
Catering in der Patriotischen Gesellschaft	16	24	6	2		48	1,87
Senatsempfang	30	14	2			46	1,39
Abendessen im Alten Rathaus	10	18	5	1		34	1,91
Kulturelles Programm							
- Hafen City	8	16	5			29	1,89
- Alternative Hafenrundfahrt	5	6	5	2	1	19	2,37
- Pantheater Hamburg e.V.	6	18	3	2	2	31	2,22
Hotelunterbringung	6	14	8	1		29	2,14
Moderation der Plenumsveranstaltungen	25	16				41	1,39
Instrument MobiTed	20	20	5	2		47	1,76
Plenumsvorträge am 23.11.2006	13	21	9			43	1,91
- besonders hat mir gefallen: Fr. Wiczorek-Zeul (8), Hr. Hoffschulte (9), Hr. Mhkatshwa (8), Hr. Marwede (2)							
Plenumsvorträge am 24.11.2006	13	26	4			43	1,79
- besonders hat mir gefallen: Hr. Nuscheler (23), Hr. Däuble (1), Hr. Knip (12)							
Plenumsvorträge am 25.11.2006	28	12	2			42	1,38
- besonders hat mir gefallen: Hr. Uexküll (29), Fr. Süßmuth (29)							
Podiumsdiskussion am 23.11.2006	6	22	11	1		40	2,17
Podiumsdiskussion am 25.11.2006	6	15	2			23	1,83
Moderation der Foren	8	18	13	1		40	2,17
Impulsvorträge in den Foren	7	25	8	1		41	2,07
Veranstaltungsdauer	8	31	4		1	44	1,98
Verhältnis zwischen Reden/Vorträgen und Diskussionen/Pausen	4	30	13	3		50	2,30
Themenstellung der 10. Bundeskonferenz	16	22	3	2		43	1,79
Ziel des Konferenz wurde erreicht?	5	21	11	2		39	2,26
Erwartungen an die Bundeskonferenz erfüllt?	8	25	6	3		42	2,09
Nutzen der Konferenz für Ihr Engagement?	9	22	7			38	1,95
Gesamtdurchschnitt 1,66							
Ausgefüllt Fragebögen: 50 (ca. 33% der Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer, wenn man die Vortragenden sowie das Team der SKEW/ InWEnt gGmbH abzieht.)							

X. Anhang

Programm



Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung:
Herausforderungen für Partnerschaft und Integration

23. – 25. November 2006, Hamburg, Haus der Patriotischen Gesellschaft



1. Tag - Donnerstag, 23. November 2006

11:30 Einlass und Registrierung

13:00 Begrüßung

Dr. Michael Freytag

Senator für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Bernd Schleich

Geschäftsführer der InWEnt gGmbH

13:25 Kommunen als Partner der deutschen

Entwicklungszusammenarbeit

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Diskussion/Rückfragen

14:15 Einführung in das Programm

Dr. Frank Claus, iku GmbH

14:25 **Rechtliche und politische Grundlagen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der Föderalismusdebatte und der EU-Debatte über den Stellenwert der Kommunen**

Dr. Heinrich Hoffschulte

Erster Vizepräsident des deutschen RGR, Oberkreisdirektor a.D.

Diskussion/Rückfragen

15:10 **Pause**

15:30 **Der Beitrag der Städte zu den Millennium Entwicklungszielen**

Father Smangaliso Mkhathwa

Erster Präsident des Weltverbands der Kommunen (UCLG)

Diskussion/Rückfragen

16:20 **Kleingruppen**

16:50 **Deutsche Kommunen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit: Ergebnisse der Umfrage 2006**

Michael Marwede

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

17:15 **Podiumsdiskussion:**

Globale Partnerschaft – lokale Partnerschaft

Dr. Bernd Bornhorst, Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

Thomas Fettback, Oberbürgermeister der Stadt Biberach

Prof. Dr. Frauke Kraas, Geografisches Institut der Universität Köln

Katrin Lichtenberg, United Nations Office of Project Services (UNOPS)

Ulrich Schmid, Leiter Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)

18:30 **Gemeinsamer Gang zum Senatsempfang im Rathaus**

2. Tag - Freitag, 24. November 2006

9:00 Begrüßung und Einführung

9:10 Migration, Armut und die Auswirkungen auf deutschen Kommunen

Prof. Dr. Franz Nuscheler

Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden

Diskussion/Rückfragen

10:00 Friedenserhalt als Voraussetzung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Botschafter Friedrich Däuble

Beauftragter für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung des Auswärtigen Amtes

Diskussion/Rückfragen

10:50 Pause

11:05 Europäische Strategien für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Peter Knip

Geschäftsführer der Vereinigung von niederländischen Gemeinden (VNG) - International

Diskussion/Rückfragen

12:00 Kulturelles Programm

HafenCity: Besuch des Kesselhauses und Mittagessen im Speicher

- oder -

Alternative Hafenrundfahrt und Mittagessen auf der Barkasse

15:00 Parallele Foren zum Thema kommunale Partnerschaften

1. Integration, Interkulturalität und Entwicklungszusammenarbeit verbinden

Moderation: Hans-Ch. Boppel, Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)

Inhaltliche Beiträge von:

Ana Jurisch, Arbeitskreis Frauen verbinden Welten - Aachen

Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister der Stadt Stuttgart

Hans-Ch. Boppel, MGFFI

2. Zusammenarbeit Kommune-Zivilgesellschaft und Kommune-Kommune

Moderation: Michael Marwede, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Inhaltliche Beiträge von:

- Dr. Manfred Fuhrich, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
- Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung
- Heinz Schulze, Agenda 21 - Eine Welt München

3. Kommunale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit: Wie finanzieren?

Moderation: Ramin Soufiani, InWEnt gGmbH

Inhaltliche Beiträge von:

- Thomas Fettback, Oberbürgermeister der Stadt Biberach
- Wolfgang Grätz, Referat für Entwicklungspolitik, Senatskanzlei Hamburg
- Stefan Wagner, Referat für internationale Angelegenheiten, Stadt Bonn

4. Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und Agenda 21 in Kommunen

Moderation: Dr. Elke Kerker, Regionales InWEnt Zentrum Hamburg

Inhaltliche Beiträge von:

- Dr. Renée Ernst, Beauftragte für die UN-Millenniumskampagne in Deutschland
- Gunther Hilliges, Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit der freien Hansestadt Bremen, a.D.
- Monika Dülge, Eine Welt Netz NRW

18:00 **Gemeinsames Abendessen im Restaurant Altes Rathaus
und Theatervorführung vom Pantheater Hamburg e.V.**

3. Tag – Samstag, 25. November 2006

9:00 Begrüßung und Einführung

9:10 Einfluss des globalen Wandels auf unsere Werte

Jakob von Uexküll

Stifter des alternativen Nobelpreises / Right Livelihood Award

Diskussion/Rückfragen

10:00 Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration?"

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Bundestagspräsidentin a.D./ Mitglied der UN-Kommission für internationale Migration

Diskussion/Rückfragen

10:50 Pause

11:10 Empfehlungen / Handreichungen an deutsche Kommunen und die Zivilgesellschaft

Dr. Rolf Derenbach / Ulrich Nitschke

Deutscher Landkreistag / Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

11:50 Podiumsdiskussion:

Interesse und Verantwortung: Internationale Partnerschaft auf Augenhöhe

Dr. Günter Bonnet, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international e.V.

Dr. Götz Nagel, InWEnt gGmbH

Dr. Claudia Warning, VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen

Frieder Wolf, Amt für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln

12:50 Schlusswort

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Ca. 13:00 Uhr Ende

Teilnehmerliste

10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen 2006 in Hamburg

Endstand Teilnehmer nach Registrierung

	Name	Vorname	PLZ / Ort	Unternehmen
1	Adam	Birte	28195 Bremen	Bevollmächtigte der FHB beim Bund und für Europa - Abteilung Entsicklungszusammenarbeit
2	Altmann	Ricarda	20257 Hamburg	Gesellschaft für Umwelt und Sozialbildung
3	Ambrosch	Ruth	65726 Eschborn	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ
4	Balg	Heribert	50823 Köln	Selbstständiger Bildungsreferent
5	Barsuhn	Marion	23552 Lübeck	Info-Zentrum \Eine Welt\
6	Becker	Christiane	61440 Oberursel	SKEW
7	Beer	Petra	87700 Memmingen	Lokale Agenda 21
8	Behboud	Suhela	20357 Hamburg	peace brigades international
9	Beier, Dr.	Ida	12589 Berlin	Stäpa Treptow-Köpenick - Cajamarca
10	Benz	Franziska	60325 Frankfurt a.M.	KfW Bankengruppe
11	Biallas, Prof. Dr.	Dieter	20251 Hamburg	Transparency International Deutschland
12	Böhm, Dr.	Wolf	67346 Speyer	Stadt Speyer
13	Bonnet, Dr.	Günther		Referent
14	Bontenbal	Marike	3508 TC Utrecht	Universität Utrecht
15	Boppel	Hans-Chr.		PB / Moderation
16	Bornhorst, Dr.	Bernd		Referent
17	Brose	Thomas	60486 Frankfurt a.M.	Klima-Bündnis e.V.
18	Brüning	Herbert	22846 Norderstedt	Stadt Norderstedt
19	Carneiro	Maude	22767 Hamburg	
20	Ceki	Ladislav	40213 Düsseldorf	Eine Welt Forum Düsseldorf
21	Classen	Ralf	20357 Hamburg	Büro für Kultur- und Medienprojekte gGmbH
22	Claus, Dr.	Frank	44135 Dortmund	iku GmbH
23	Däuble	Friedrich		Auswärtiges Amt
24	Deihle	Gerd	40213 Düsseldorf	Inwent RZ NRW
25	Dellbrügge	Andreas		SKEW
26	Derenbach			
27	Detering	Tatiana	50968 Köln	DST / RGRE
28	Deuchert	Klaus-Martin	40545 Düsseldorf	Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV
29	Devers-Kanoglu	Ulrike	53639 Königswinter	Universität zu Köln
30	Diaby	Kalilou	24306 Plön	FPI-Vertretungsbüro Deutschland
31	Dost	Cornelia	22765 Hamburg	
32	Drünert, Dr.	Elke		SKEW
33	Dülge	Monika	48143 Münster	Eine Welt Netz NRW
34	Dwors	Vera	45144 Essen	Diplomgeographin

35	Eichler	Katja	28195 Bremen	Freie Hansestadt Bremen, Entwicklungszusammenarbeit
36	Epke	Gerd-Arno	32584 Löhne	Stadt Löhne
37	Erichsen	Jens	22767 Hamburg	AltonaAgenda21-Büro
38	Ernst, Dr.	Renée	53113 Bonn	PT / Referent
39	Farr	Kai-Oliver	20354 Hamburg	InWEnt RZ Hamburg
40	Fettback	Thomas	88400 Biberach	Referent
41	Fischer	Dorothee	67000 Strasbourg	ALDA, Association of Local Development Agencies
42	Fischer	Manfred	21521 Wohltorf	BUND-Reinbek, Sonne für Reinbek e.V.
43	Freudigmann	Claudia	53175 Bonn	Deutscher Entwicklungsdienst
44	Freytag, Dr.	Michael		Referent
45	Fuhrich, Dr.	Manfred	53179 Bonn	Referent
46	Gebauer	Thomas		Referent
47	Gehrke	Eberhard	30169 Hannover	Region Hannover
48	Gleixner	Karin	90403 Nürnberg	Stadt Nürnberg, Amt für Internationale Beziehungen
49	Gräf	Michael		SKEW
50	Grätz	Wolfgang		PT / Referent
51	Grießhaber, Dr.	Dirka	20148 Hamburg	Zukunftsrat Hamburg
52	Grüner	Klaus-Dieter	58636 Iserlohn	Stadt Iserlohn
53	Günzel	Reinhart	21335 Lüneburg	Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)
54	Hall	Hanne	55116 Mainz	Ministerium des Innern und für Sport
55	Hansen	Heiko	28195 Bremen	Freie Hansestadt Bremen, Entwicklungszusammenarbeit
56	Harten	Albrecht	27453 Cuxhaven	Stadt Cuxhaven / RGRE
57	Hauschildt	Juni-Magret	24613 Aukrug	Dat ole Hus, Naturpark Aukrug
58	Hechenberger	Renate	80313 München	Landeshauptstadt München
59	Heilshorn	Jens		SKEW
60	Held	Ulrich	10245 Berlin	InWEnt / SKEW
61	Hermann	Ulrike		SKEW
62	Hesse	Silvia	30159 Hannover	Stadt Hannover Agenda21-Büro
63	Hilbig	Wulf	63452 Hanau	
64	Hilliges	Gunther	28357 Bremen	PT/Referent
65	Hoeflich de Duque	Sara		
66	Hoffschulte, Dr.	Heinrich		Referent
67	Hölcker	Norbert	24106 Kiel	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
68	Hoppe	Anna	22763 Hamburg	
69	Hoven	Hildegard		
70	Huber	Hildegard	76287 Rheinstetten	Stadt Rheinstetten
71	Jahn	Sabine	08523 Plauen	Stadtverwaltung Plauen

72	Judersleben	Steffen	09599 Freiberg	Stadtverwaltung Freiberg
73	Jurisch	Ana		Referent
74	Katzsche-Döring	Sabine	32429 Minden	Informationszentrum 3. Welt
75	Keller	Ursula	40200 Düsseldorf	Landeshauptstadt Düsseldorf / Umweltamt
76	Kerker, Dr.	Elke	20354 Hamburg	PT/Moderation
77	Kieser	Rolf	74336 Brackenheim	Bürgermeister Stadt Brackenheim
78	Kiwitt	Werner	24960 Glücksburg	artefact Zentrum für nachhaltige Entwicklung
79	Klütsch	Lydia	50667 Köln	Stadt Köln - Büro für Internationale Angelegenheiten
80	Knip	Peter		Referent
81	Knospe	Sandra	20354 Hamburg	Freie und Hansestadt Hamburg / Senatskanzlei
82	Köpp	Erich	10247 Berlin	Städtepartnerschaft Kreuzberg - San Rafael des Sur
83	Korn	Elke	40225 Düsseldorf	Umweltamt der Landeshauptstadt Düsseldorf
84	Köther	Marion	30159 Hannover	Landeshauptstadt Hannover, Agenda 21-Büro
85	Kraas, Prof. Dr.	Frauke	50923 Köln	Referent
86	Kreuter	Gertrud	30159 Hannover	InWEnt RZ Niedersachsen
87	Krohn	Doris	20146 Hamburg	World University Service (WUS) Hamburg
88	Lambert	Wiebke	10437 Berlin	
89	Latorre, Dr.	Patricia	60318 Frankfurt a.M.	
90	Leber	Petra		PT
91	Leder, Dr.	Walter	50321 Brühl	Consulting
92	Lehmen	Rolf	12207 Berlin	Germanwatch
93	Leitermann	Walther	50968 Köln	PB/PT
94	Lichtenberg	Katrin	1202 Genf	Referent
95	Löchle	Christoph	44122 Dortmund	6 / Agenda-Büro
96	Ludwig	Jürgen	99310 Arnstadt	Umwelt-Medien-Zentrum Arnstadt-Ilmenau
97	Marwede	Michael		SKEW/Moderation
98	May	Eva-Lotte		Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, Referat Internationale Zusammenarbeit
99	Mengelkamp	Winfried		PB
100	Mersmann	Gerhard	68159 Mannheim	Stadt Mannheim
101	Messerich-Santara		Ulla	50968 Köln EH DED
102	Mitzscherlich	Karin	01001 Dresden	Landeshauptstadt Dresden
103	Mkhatshwa, Dr.	Smangaliso		Referent
104	Murawski	Klaus-Peter	70173 Stuttgart	Referent
105	Mutt	Walter	SE-149 51 Nynäshamn	Kommunalpolitik (Grüne) in Schweden
106	Nagel, Dr.	Götz		InWEnt/Referent

107	Neugebohrn	Eberhard	53113 Bonn	Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung
108	Nickel	Thomas		PB
109	Nitschke	Ulrich	53229 Bonn	SKEW/PB
110	Nuscheler, Prof. Dr.		Franz	Referent
111	Oestereich	Jürgen	40883 Ratingen	Agenda 21 Ratingen
112	Ouan	Nina		SKEW
113	Philipp	Hannes	30159 Hannover	VENRO Niedersachsen
114	Poppenburg	Annika		
115	Punnamparambil-Wolf	Nisa	53639 Königswinter	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
116	Raschkowski	Anneliese	38444 Wolfsburg	Pueblo, Eine-Welt e.V.
117	Reich	Stefanie		PB
118	Rodemann	Susanne	21407 Deutsch Evern	
119	Rupp	Horst	55288 Armsheim	VG Wörrstadt
120	Sadoun	Britta	72764 Reutlingen	
121	Salau, Dr.	F. Kayode	82340 Feldafing	InWEnt gGmbH / Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE)
122	Saurer	Kryslyna	78713 Schramberg	Stadtverwaltung Schramberg, Amt für Jugend, Familie, BE
123	Schaeffer	Roland	20259 Hamburg	Stadt Frankfurt am Main
124	Schaub	Martina	53113 Bonn	PT
125	Scheelje	Dirk		PB
126	Schell	Vanessa		SKEW
127	Schlaga	Rüdeger	55116 Mainz	Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
128	Schleich	Bernd		InWEnt / Referent
129	Schmid	Ulrich		Deutsche Welthungerhilfe
130	Schmitt	Gabriela	40213 Düsseldorf	Ministerium für Generationen, Familie und Integration des Landes NRW
131	Schnura	Christiane	42285 Wuppertal	Kampagne für „saubere“ Kleidung
132	Schrader	Gebhard	44135 Dortmund	iku GmbH
133	Schröder-Ehlers	Andrea	21335 Lüneburg	Stadt Lüneburg
134	Schroeder	Antje Kathrin	58638 Iserloh	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW
135	Schulze	Heinz	80335 München	Referent
136	Schunk	Hélène	65424 Rüsselsheim	Stadt Rüsselsheim
137	Schuster	Elke	13059 Berlin	Lebensmut e.V.
138	Sievers, Dr.	Sielke	30169 Hannover	Niedersächsische Staatskanzlei
139	Sommer	Insa	40213 Düsseldorf	InWEnt RZ 7.12
140	Soufiani	Ramin		SKEW
141	Stehlmann	Angela	19053 Schwerin	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Referat Außenwirtschaft, Messen

142	Steinmann	Wilhelm	33813 Derlinghausen	AG Umwelt und Dritte Welt
143	Streichert	Ina	22846 Norderstedt	Stadt Norderstedt
144	Süßmuth, Prof. Dr.		Rita	Referent
145	Thum	Günther + Frau	48429 Rheine	PT
146	Tilemann	Bernhard Peter		
147	Trommhäuser	Sabine	70173 Stuttgart	GTZ-LHS Stuttgart
148	Ulrich	Miriam	54295 Trier	
149	Volkwardt	Minette	Liepe/Usedom	
150	von der Decken	Ada	20357 Hamburg	
151	von Sydow	Paula	26121 Oldenburg	Büro für Kommunalpartnerschaften der Stadt Oldenburg
152	von Uexküll	Jakob		Referent
153	Voß	Janhinnerk	22927 Großhansdorf	Gemeinde Großhansdorf
154	Wachsmann	Lutz	40721 Hilden	Stadt Hilden
155	Wagner	Stefan	51111 Bonn	PT/Referent
156	Walf	Sonja	55116 Mainz	Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
157	Walkenhorst	Britta	22761 Hamburg	
158	Warning, Dr.	Claudia		Referent
159	Wartenberg, Dr.	Wolfram	26419 Schortens,	
	OT Grafschaft	Geothemen		
160	Wazlawik, Dr.	Klaus	12555 Berlin	Förderverein Lokale Agenda 21 Trepow-Köpenick e.V.
161	Weitzenegger	Karsten	20146 Hamburg	AGEG Consultants eG
162	Welbers	Gisela	41460 Neuss	Neusser-Eine-Welt-Initiative e.V. (NEWI)
163	Wieczorek-Zeul	Heidemarie	10963 Berlin	Referent
164	Wiedemann	Robert	88255 Baienfurt	Gemeinde Baienfurt
165	Wiese- von Ofen, Dr.	Irene	45136 Essen	Agenda-Forum Essen e.V.
166	Wiesmeier	Gerhard	35440 Linden	EPN Hassen und Förderverein Lokale Agenda 21 e.V.
167	Wiesmeier	Friederike	35440 Linden	
168	Wilhelmy, Dr.	Stefan	69118 Heidelberg	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) / EINS Entwicklungspolitik
169	Willke	Klaus	22767 Hamburg	Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
170	Willner-Sambs	Ingrid	87700 Memmingen	
171	Wittkuhn	Mareike	22765 Hamburg	Open School 21
172	Wolbring	Renate		SKEW
173	Wolf	Frieder	50557 Köln	Referent
174	Yanayaco de Berghäuser	Flor de Maria	25421 Pinneberg	
175	Yontar	Erk	20246 Hamburg	World University Service (WUS), Hamburg

176	Zäuner	Claudia	20357 Hamburg	
177	Zeddel	Mareike	28199 Bremen	InWEnt RZ Bremen
178	Zempel	Claudia	24105 Kiel	Städteverband Schleswig-Holstein
179	Zimmermann	Uwe	22459 Hamburg	Büro Reinhold Hemker MdB / Deutsch-Simbabwische Gesellschaft e.V.
180	Zmuda-Krikava	Lucy	67059 Ludwigshafen	Stadtverwaltung Ludwigshafen

Publikationen

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gewinn und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Januar 2005.

Material-Reihe der Servicestelle:

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003.
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004. ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004.
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle - Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle:

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
- Kommunale Servicestelle Partnerschaftsinitiative. (Februar 2005)

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch verfügbar; in Deutsch vergriffen)
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Über uns – Flyer der Servicestelle (in Deutsch)

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen).

Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage www.service-eine-welt.de vor.

*Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.*

Über uns

Eine Welt beginnt vor Ort

Immer mehr Entscheidungsträger aus deutschen Städten und Gemeinden erkennen das vielgestaltige Potenzial, das die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Sicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren gleichermaßen vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt** unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, dieses oft noch brachliegende Potenzial für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entdecken und zu nutzen.

Welche fachlichen Themen und Leistungen bietet Ihnen die Servicestelle?

Die vier kommunalen Zukunftsthemen sind:

- Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog,
 - Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften,
 - Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit Diasporen,
 - Faires Beschaffungswesen – der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.
- Städte und Gemeinden rund um die Zukunftsthemen zu informie-

ren, beraten, vernetzen und qualifizieren ist Auftrag der **Servicestelle**. Dabei bieten wir Ihnen nicht nur:

- vielfältige Publikationen, wie unsere Dialog Global und Materialreihe,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- unsere umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de. Hier stehen sämtliche Publikationen der **Servicestelle** zum Download bereit und Sie erhalten neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und ModeratorInnen-Netzwerks.

Sondern auch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gern auch vor Ort in Ihrer Stadt oder Gemeinde,
- Veranstaltungen: Workshops, Netzwerktreffen, Konferenzen u.a.,
- Wettbewerbe und
- Fachveranstaltungen und individuelle Beratung in Ihrer Region.



Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Friedrich-Ebert-Allee 40 · 53113 Bonn

Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 0 · Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1766

www.service-eine-welt.de

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von **InWEnt** zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern: Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen lösungsgerecht angepasst. Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und

Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein. Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

Gesellschafter von **InWEnt** sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder. **InWEnt** entstand in 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).



InWEnt –

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40 · 53113 Bonn

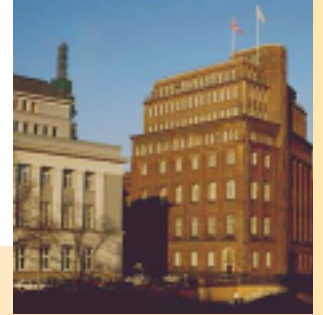
Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 0 · Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1601

www.inwent.org



Globalisierung gestaltet Kommunen -
Kommunen gestalten Globalisierung

Erklärung



Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung -

Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, Hamburg 2006

Die Vertreterinnen und Vertreter aus kommunaler Verwaltung und Politik, Spitzenverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft stellen fest:

Die Gestaltung der Globalisierung erfordert eine Rückbesinnung auf lokale Fähigkeiten und Potenziale der Zivilgesellschaft. Kommunen gewinnen an Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit: Sie sind der Ort für Begegnung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und -konzepte.

Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit verbinden

Eine Orientierung am Leitbild einer weltoffenen und international vernetzten Kommune erhöht entscheidend die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Zeiten der Globalisierung. Erfolgreiche Integration, Förderung von Partizipation und kultureller Vielfalt sind zugleich erfolgreiche kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Es ist vordringlich die Politikfelder Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit miteinander zu verbinden und eine Kohärenz dieses Themenkomplexes mit anderen Ressorts, insbesondere Bildung, Kultur, Außen, Finanzen und Wirtschaft, herbeizuführen. Der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund kommt eine zentrale Rolle zu, in unserer Gesellschaft Probleme des globalen und demographischen Wandels besser zu lösen.

Zusammenarbeit und Partnerschaft in und zwischen Kommunen

Das Ziel nachhaltiger Entwicklung bietet die gemeinsame Grundlage für strategische Partnerschaften zwischen allen kommunalen Akteuren aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Hierzu sind Potentiale zu analysieren, Interessen zu klären und eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Kooperation, Vernetzung und Austausch in und zwischen Kommunen sowie zwischen den verschiedenen politischen Ebenen bilden das Fundament für erfolgreiche europäische und internationale Partnerschaftsarbeit.

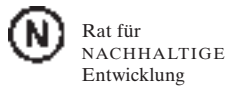
Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Agenda 21 in Kommunen

Die Umsetzung der acht Millenniums-Entwicklungsziele ist eine gemeinsame Aufgaben für alle zivilgesellschaftlichen Akteure und politischen Ebenen. Sie sind Anlass und Chance, um kommunale Entwicklungszusammenarbeit und lokale Agenda 21-Prozesse zu stärken und auszuweiten. Die weltweite Verwirklichung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Anerkennung und Förderung

Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung. Sie sind wichtige Partner für die internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Zugleich ist ihre Partnerschaftsarbeit auch eine Investition in die eigene Kommunalentwicklung. Dieses Engagement ist auf EU-Ebene, von Bund und Ländern zu unterstützen. Es braucht rechtliche Sicherheit, angemessene Ressourcen und eine verbesserte Förderung, ähnlich den Konzepten verschiedener europäischer Nachbarn.





Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn. **Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der

Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Deutsche UNESCO-Kommission e.V. und Agenda-Transfer NRW.